

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

42

1921 - 1922.

No. 19.

I

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 23. Februar 1922.

=====

T a g e s o r d n u n g :

1. Antrag auf bessere Beleuchtung der Mainstraße.
2. Erhöhung der Gebühren und Pachten der öffentlichen Badeanstalten im Bürgerpark.
3. Entwurf einer Fremdensteuer-Satzung.
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Kriegshilfs-Kassen-Ausschusses.
5. Änderung der Kohlenversorgung.
6. Beschaffung einer Reserve von Heizmaterial für das kommende Jahr.
7. Erweiterung des Aschenlagerplatzes auf den Feuerwehr-Grundstücke.
8. Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Arbeiter-Samariter-Kolonie

*Herrn Oberbürgermeister
Rutenmeyer*

9.

9. Beschaffung einer Schreibmaschine für das Städtische Wohlfahrtsamt.
10. Aufstellung eines elektrischen Heizofens in dem Direktorzimmer der Gaußschule.
11. Hypotheken- und Kaufpreis-Regelung für das stadtseitig angekaufte Grundstück Leopoldstraße 16.
12. Einrichtung eines Plättesaales in dem Turnhallen-Grundstück Leopoldstraße 32.
13. Einrichtung weiterer Schulräume für die Fortbildungsschule in der Mädchen-Mittelschule.
14. Abbruch einer Flugplatz Baracke.
15. Antrag M a r t h auf Gewährung von 20% Ausgleichszuschlag auf die ersten 10 000 M Einkommen der Beamten und einer Teuerungszulage von 2000 Mark an die Angestellten.

In Verbindung damit:

Antrag S a u e r b i e r, betreffend die gleiche Angelegenheit.

16. Antrag S t e g m a n n, betreffend Beschaffung geeigneter Schulräume für die kaufmännische Fortbildungsschule.
17. Antrag S i e v e r s, betreffend den Zuschuß der Stadt zu dem Verein Volks-Lesehalle.

In Verbindung damit:

Antrag J a s p e r, betreffend die gleiche Angelegenheit.

18. Antrag S c h u l z e, betreffend Instandsetzung der Wege nach der Siedlung Alt-Petritor.
19. Antrag F a y, betreffend bessere Beleuchtung der Bernerstraße.
20. Antrag S t e g m a n n, betreffend Ausgabe von Wochenkarten für Angestellte auf der Straßenbahnstrecke Braunschweig - Wolfenbüttel.
21. Anfrage S t e g m a n n, betreffend die Anrechnung des höheren Gaspreises.
22. Anfrage S t u k e n b e r g, betreffend den Bau eines Städtischen Schwimmbades im früheren Residenzbade.

Damit verbunden:

Anfrage M a r t h, betreffend die Einrichtung von medizinischen Bädern im früheren Residenzbade.

23. Anfrage S c h m e r b a c h, betreffend eine der Teuerung entsprechende Erhöhung der Armengelder.
24. Anfrage P i e p e r, betreffend die Wohnungsverhältnisse auf dem Flugplatze.
25. Anfrage S t e i n e r t, betreffend die Anstellung von Hebammen in der Stadt Braunschweig.
26. Anfrage R e g e n e r, betreffend die Entlohnung der Reinemachefrauen in den Schulen.
27. Anfrage R e g e n e r, betreffend die Beleuchtung

der

der Höfe der städtischen Wohngrundstücke an
der Korfesstraße.

28. Anfrage J a h n s, betreffend Auszahlung der
erhöhten Witwengelder an die Witwen der
Städtischen Beamten.
-

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r, Bürgermeister M e y e r, Stadtrat
von F r a n k e n b e r g, Stadtbaurat G e b e n s -
l e b e n, Stadtrat S c h a p e r, Stadtrat V o g l e r
sowie die Stadträte B u r g o l d, F ü e r m a n n,
P i n n o w, R ü t e r.

Es fehlen die Herren Stadtverordneten D r e w s
und M u n t e. Frau Stadtverordnete G r a f erscheint
später.

=====

Vorsitzender F r e d e: Ich eröffne die Sitzung
und mache die Versammlung bekannt mit einer ganzen
Reihe von Anfragen, die soeben eingegangen sind:

Eine Anfrage des Herrn S t e g m a n n: „Ist dem
Rat bekannt, daß den Gas-Konsumenten der um 90 Pfennig
per cbm erhöhte Januarpreis rückwirkend bis zum Tage
der Feststellung des Dezemberverbrauchs berechnet wor-
den ist? Gedenkt der Rat zu veranlassen, daß den Be-
troffenen der zuviel abgenommene Betrag zurückerstat-
tet bzw. gutgeschrieben wird?“

Eine

Eine Anfrage des Herrn S t u k e n b e r g:
„ Den Rat der Stadt bitte ich um Auskunft über den
Stand der Angelegenheit des Schwimmbades.“

Eine Anfrage des Herrn M a r t h: „ Kann der
Rat Auskunft geben, wann die medizinischen Bäder in
Residenzbade fertiggestellt sind und dem Betriebe
übergeben werden können?“

Diese beiden Anfragen behandeln ungefähr dieselbe
Angelegenheit.

Eine Anfrage des Herrn S c h m e r b a c h: „ In-
folge der bedeutenden Erhöhung der Preise für die
notwendigsten Lebensmittel, insbesondere des Brotes,
möchte ich fragen, ob der Rat der Stadt bereits eine
entsprechende Erhöhung der Armengelder in Erwägung
gezogen hat.“

Eine Anfrage des Herrn Dr. J a s p e r: „ Am 8.
September 1921 beschlossen die Stadtverordneten dem
Verein Volkslesehalle 100 000 Mark zuzuschließen. Ist
der Rat der Stadt diesem Beschlusse beigetreten?“

Eine

Eine Anfrage des Herrn P i e p e r: „Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß durch mehrere Eingesandts in den hiesigen Tageszeitungen die furchtbaren Mißstände auf dem Flugplatze an der Broitzemerstraße geschildert worden sind? Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um dieser ungeheuren, jeder Kritik spot tenden Beschreibung Einhalt zu tun?“

Eine Anfrage des Herrn S t e i n e r t: „Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß die Schwester Anna Roloff, die seit 12 Jahren beruflich als Schwester tätig ist, unter Anwendung erheblicher eigener Mittel einen Kursus als Hebamme beendet hat, sich bei dem hiesigen Rat der Stadt um eine Anstellung als Hebamme beworben hat?“

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die von dem Kreisarzt Dr. Roth anerkannte Anstellung von Hebammen zu fördern?“

Eine Anfrage des Herrn R e g e n e r: „Die Stadtverordnetenversammlung hatte gemäß dem Antrage der
Stadtverordneten

Stadtverordneten Frau G r a f am 29. Dezember 1921 beschlossen, die Reinemachefrauen der städtischen Schulen in der Besoldung mit denen in anderen öffentlichen Behörden gleich zu stellen. Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um diesem Beschluß der Stadtverordneten nachzukommen?"

Eine weitere Anfrage des Herrn R e g e n e r:
„Gemäß dem Antrage des Stadtverordneten Stukenberg hatte die Stadtverordnetenversammlung vom 20. Oktober 1921 beschlossen, für eine bessere Beleuchtung der Höfe der städtischen Wohngrundstücke an der Korfesstraße Sorge tragen zu wollen. Welche Gründe hindern den Rat der Stadt, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Ausführung zu bringen?"

Eine Anfrage des Herrn J a h n s : „ Der Rat der Stadt wird um Auskunft darüber ersucht, wie weit die Auszahlung der erhöhten Witwengelder für die Witwen der städtischen Beamten gediehen ist, nachdem seitens
des

des Landtages Mittel hierzu zur Verfügung gestellt sind?

Es wird um eine weitere Auskunft ersucht, ob nicht im Falle weiterer Verzögerung der Auszahlung der Witwen Abschlagszahlungen gewährt werden könnten!

Solann eine Anzahl Anträge:

Ein Antrag des Herrn S t e g m a n n: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, sich mit dem Staatsministerium und der Handelskammer ins Benehmen zu setzen zwecks schnellster Beschaffung geeigneter Schulräume für die kaufmännische Fortbildungsschule.

Ein weiterer Antrag des Herrn S t e g m a n n: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, bei der Direktion der Straßenbahn dafür einzutreten, daß die Ausgabe von Arbeiter-Wochenkarten für die Strecke Braunschweig-Wolfenbüttel auch auf Angestellte ausgedehnt wird.

Besgleichen werden die im Aufsichtsrat der

Straßenbahn

Straßenbahn sitzenden Stadtverordneten ersucht, im gleichen Sinne zu wirken."

Ein Antrag des Herrn S a u e r b i e r: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den städtischen Behörden und Lehrern die gleiche **Teuerungszulage** zu zahlen, wie sie den Reichs- und Staatsbeamten zugebilligt bzw. zum Teil schon gezahlt sind.

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn M a r t h:
„1) Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß den Beamten die **Teuerungszulage** von 20% von den ersten 10 000 Mark Einkommen nach den Vorgängen des Reiches und des Staates baldigst gezahlt wird. ~~W~~
2) Daß den Angestellten jährlich eine **Teuerungszulage** von 2 000 Mark gezahlt wird."

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Sievers:
„Der Rat der Stadt wird ersucht, den Beschluß, betreffend den Zuschuß zum Verein Volksleschalle

VOR

Einladung: „ Agahd ist der eigentliche Schöpfer des Deutschen Kinderschutzgesetzes; er steht weiterhin in erster Reihe derjenigen Männer, die dem Wohle der Kinder und Jugendlichen in der Jugendgesetzgebung neue Wege bahnen, und beteiligt sich durch den Verein für soziale Ethik und Kunstpflege – Berlin großzügig an der Bekämpfung der Schundliteratur . In Sachsen hilft er als praktischer sozialer Politiker die Organisation der Wohlfahrtspflege in den Amtshauptmannschaften durchzuführen. Seine Bedeutung liegt darin, daß er nicht nur freimütiger Kritiker , sondern auch praktischer Wegbahner ist.“

Die Vereinigung der Siedlungsgenossen der Siedlung Alt-Petritor hat an die Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet:

„ Der Unterzeichnete Vorstand überreicht unter-

stehend

stehend eine Beschließung, welche in der heutigen Versammlung der Siedler gefaßt wurde, mit der dringenden Bitte, dieselbe noch in der am 23. Februar 1922 stattfindenden Stadtverordnetenversammlung zur Sprache zu bringen:

Die zu einer Vereinigung der Siedlungsgenossen der Siedlung Alt-Petritor zusammengeschlossenen Siedler protestieren in der heutigen Versammlung einmütig gegen die Behandlung, welche ihnen von Seiten des Rates der Stadt inbezug auf Wege-Behandlung und Beleuchtung zuteil wird.

Sie erwarten von der Stadtverordnetenversammlung, daß sie der Dringlichkeit wegen schon in der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 1922 den Rat der Stadt ersuchen, umgehend Abhilfe zu schaffen.

Die Zugangswege zur Siedlung spotten jeder

Beschreibung

Beschreibung. In Schlamm und Sümpfen bleiben Erwachsene stecken, geschweige denn die Kinder, welche zur Schule müssen. Die Beleuchtung ist jammervoll. Die Siedler verlangen gleiche Behandlung wie Steuerzahler an besseren Straßen und nicht wie Menschen niedriger Klasse, welche im Schlamm und Morast verkümmern. Die schöne Siedlung ist in diesem Zustande ein Schandfleck für Braunschweig."

Ein Schreiben in dieser Sache ist an den Rat der Stadt nicht ergangen; ich überweise dieses Schreiben dem Rat zur weiteren Veranlassung.

Der Ausschuß der städtischen Beamten gibt uns in einer Abschrift Kenntnis von einem seinerseits an den Rat der Stadt gerichteten Schreiben. Ich glaube, nicht das ganze Schreiben hier erklären zu sollen, sondern beschränke mich auf Mitteilung der in dem Schreiben wiedergegebenen Entschliebung eiber am 20. Februar stattgefundenen Versammlung der städtischen Beamten. Sie lautet:

Die

„ Die seit 1 1/2 Jahren in großer Not auf die endgültige Erledigung der Besoldungsfrage wartende Beamtenschaft stellt an den Rat der Stadt und die Herren Stadtverordneten das dringende Ersuchen, nunmehr mit größter Beschleunigung an die Beseitigung der großen Härten der Besoldungssatzung No.77 vom 20.März 1920 heranzutreten.

Die städtische Beamtenschaft erwartet dabei die gleiche Behandlung hinsichtlich aller Besoldungsfragen, wie solche vom Reich und Staat in Anwendung gebracht worden ist. Sie weist besonders auf die in ihren Kreisen vorhandene große Unruhe und Unzufriedenheit hin und betont, daß eine Fortdauer dieses Zustandes nicht im Interesse der Stadt liegen kann.“

Unterschrieben ist die Eingabe von dem Vorsitzenden des Beamtenausschusses, Herrn Sander.

Wir

Wir warten ab, welche Stellung der Rat dazu nimmt. Erst dann können wir in Tätigkeit treten, indem wir einer Kommission die Sache zur Vorberatung überweisen, wenn die Herren ^{sich} dann abermals an uns wenden.

1. Antrag auf bessere Beleuchtung der Maien-
straße.

Stadtv. P i e p e r : Meine Damen und Herren!
Die Anwohner der Maienstraße haben sich an das
Stadtverordnetenkollegium mit folgendem Schreiben
gewandt: „Da die Maienstraße trotz mehrfacher behörd-
licher Zusagen bis heute noch immer nicht mit zweck-
entsprechender Beleuchtung versehen ist, gestatten
sich die ergebenst unterzeichneten Anwohner dersel-
ben, in Anbetracht der durch diesen Übelstand vor-
herrschenden allgemeinen Unsicherheit und sonstiger
infolge der Dunkelheit fast täglich auftretender
Mißstände hierdurch nochmals die dringende Bitte
vorzutragen, die durchaus notwendige Beleuchtung
doch nunmehr sofort ausführen zu lassen. In unserer
Straße brennt keine einzige Straßenlampe und der
jetzige Zustand ist einfach unhaltbar.“

Der Bauausschuß hat sich mit der in der Ein-
gabe gekennzeichneten Sachlage beschäftigt, steht

den

dem Antrage der Anwohner ohne weiteres sympathisch gegenüber und ist der Meinung, daß dort Ordnung geschaffen werden müsse. Nun ist der Rat der Stadt aber darüber im Zweifel, ob in dieser Straße, die von der Kreuzstraße nach Lehdorf zu führt, ein Gasrohr liegt. Es erschien dem Ausschuß nötig, weil durch diese Straße früh morgens und abends der Verkehr der Arbeiter, die bei Konegen beschäftigt sind, geht, hier Abhilfe zu schaffen. Aber weil der Rat nicht genau im Bilde war in betreff des Gasrohres, empfiehlt der Bauausschuß, dem Rate diesen Antrag der Anwohner der Maienstraße zur Prüfung und Berücksichtigung zu überweisen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen,

Der Antrag des Bauausschusses wird von der
Versammlung angenommen.

(Kürzer 1)

2. Erhöhung der Gebühren und Pachten der
öffentlichen Badeanstalten im
Bürgerpark.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Punkt der Tagesordnung zunächst um die Erhöhung der Pachten für das Männerbad und das Frauenbad im Bürgerpark. Nach dem von der Baddeputation eingereichten Voranschlag werden die Ausgaben für das Männerbad von 11900 M sich im nächsten Jahre auf 30 600 M steigern und die für das Frauenbad von 18 600 M auf 39 800 M. Die diesen Ausgaben gegenüberstehenden Einnahmen bestehen ausschließlich in den von den Pächtern zu zahlenden Pachtgeldern, und diese ~~Beiträge~~ betrugen zuletzt für das Männerbad 7000 M und für das Frauenbad 3000 M. Es ist nun untersucht, ob durch eine Pachterhöhung die Einnahmen der Stadt aus diesen beiden Bädern in ein angemessenes Verhältnis zu den Ausgaben gebracht werden können. Die beiden Pächter sind gehört und haben erklärt, daß sie eine Erhöhung der

der Badegebühren auf das 3fache der gegenwärtigen Sätze für angängig hielten, und daß, wenn eine Erhöhung der Gebühren in diesem Umfange von den städtischen Behörden genehmigt würde für die Männerbadeanstalt eine Pacht von 21 500 M und für die Frauenbadeanstalt eine solche von 12 000 M gezahlt werden könnte. Die Erhöhung der Badegebühren würde sich folgendermaßen auswirken:

Bei der Männerbadeanstalt würde festzusetzen sein:

- 1) für ein Abonnement für 1 Person statt bisher
10 M. demnächst 30 M,
" " " " 2 Personen statt bisher
16 M demnächst 48 M,
" " " " 3 Personen statt bisher
20 M demnächst 60 M,
für jedes weitere Familienmitglied statt bisher
4 M demnächst 12 M.

Die Herrschaften sehen an diesen Zahlen, daß

jedem

jedesmal das 3fache des früheren Satzes vorgeschlagen wird.

2) für ein einzelnes Bad ohne Wäsche, bisher 30 M ,
demnächst 1,-- M

3) für Vorleihung einer Badehose und eines Handtuches
bisher 70 M demnächst 2,-- M ,

4) für Aufbewahrung von Handtuch und Badehose
bisher 2 M , demnächst 5,-- M

5) für Aufbewahrung eines Badelakens
bisher 4 M , demnächst 10,-- M .

Die Sätze für die Frauenbadeanstalt würden
sich folgendermaßen stellen :

1) Ein Abonnement für eine Person, bisher 8 M ,
demnächst 30 M ,

" " " 2 Personen derselben Familie
bisher 15 M demnächst 48 M ,

" " für 3 Personen derselben Familie,
bisher 20 M demnächst 60 M ,

" " für jedes weitere Familienmitglied
bisher 4 M demnächst 12 M .

- 2) für ein einzelnes Bad ohne Wäsche bisher 30 ¢,
demnächst 1,-- M,
" " " " für Kinder unter 14 Jahren
bisher 20 ¢ demnächst 0,75 M
- 3) für Vorleihung eines Badeanzuges bisher 1 M,
demnächst 2,50 M
- 4) " " " Badelakens bisher 1 M,
demnächst 3,-- M
- 5) " " " Badehandtuches bisher 0,30 M,
demnächst 1,-- M
- 6) für Aufbewahrung eines Badeanzuges oder Badelakens
bisher 4 M demnächst 10,-- M.

Nun besteht neben der Männerbadeanstalt die Freibadeanstalt, und für die Frauenbadeanstalt ist an drei Wochentagen in den Nachmittags- bzw. Abendstunden die unentgeltliche Benutzung freigegeben, so daß auch für Unbemittelte von der Stadt aus Badegelegenheit geboten ist, und deshalb hält es der Rat der Stadt in Übereinstimmung mit der Baddeputa-
tion

tion für im Interesse der Stadt liegend und andererseits für zulässig, die vorgeschlagenen Gebührensätze für die nächste Badesaison zuzulassen und gleichzeitig die Jahrespacht für das Männerbad von 7 000 M auf 21 500 M und für die Frauenbadeanstalt von 3 000 M auf 12 000 zu erhöhen. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich mit diesem Vorgehen einverstanden zu erklären.

Weiter wird in der Vorlage des Rates darauf hingewiesen, daß das im Anschluß an die Männerbadeanstalt eingerichtete Luftbad in diesem Jahre in Betrieb genommen werden wird und die Gebühren für Benutzung des Luftbades festzusetzen sind.

Im Einvernehmen mit der Baddeputation und mit dem Pächter des Männerbades schlägt der Rat der Stadt vor,

1) daß von den ausschließlich das Luftbad benutzenden Personen die Gebühren zu zahlen sind, die bisher für die Benutzung des Männerbades galten, und

2) daß von denjenigen Personen, welche das Luftbad neben der Männerbadeanstalt benutzen und die Gebühr für das Männerbad bezahlt haben, nur die Hälfte der eben erwähnten Sätze erhoben ~~werde~~ wird.

Schließlich muß von den städtischen Behörden noch über die vom Pächter des Männerbades für das Luftbad zu zahlende Pachte eine Bestimmung getroffen werden. Es fehlt nun aber zurzeit an ausreichenden Unterlagen für eine Schätzung des Besuches des Luftbades, und deshalb ist in Aussicht genommen, von der Festsetzung eines bestimmten Pachtpreises für das Luftbad einstweilen abzusehen, dafür aber den Pächter zu verpflichten, über die Benutzung der Anstalt und die dafür erhobenen Gebühren Buch zu führen und vom Bruttoertrag der Gebühren ein Drittel als Pachte für das Luftbad an die Stadt abzuliefern. Der Pächter hat sich zur Übernahme dieser Verpflichtung bereit erklärt, und der Rat empfiehlt dieser Regelung zuzustimmen.

Der

Der Finanzausschuß hat sich mit diesen Fragen beschäftigt und auch Aufschluß darüber erhalten, weshalb die Ausgaben für die beiden Bäder so gewaltig steigen, wie ich zu Anfang meines Berichtes angegeben habe. Die genannten Ausgaben sind deshalb nötig, weil die Badeanstalten ausgebaut werden müssen und nochher der herausgeholte Schlamm fortgeschafft werden muß. Darnach hat sich der Finanzausschuß überzeugen können, daß die vorgesehenen Ausgaben für die beiden Bäder durchaus berechtigt sind. Man konnte nicht umhin, zu sagen: „Weil in den Ausgaben eine Erhöhung eintritt, so ist auch eine Erhöhung der Einnahmen geboten“, und das war nur möglich durch Erhöhung der Pachten und Gebühren. Richtig ist allerdings, daß man Badegelegenheit so billig wie möglich beschaffen soll, weil das der Allgemeinheit nach des Tages Last und Hitze zugute kommt. Aber trotzdem ist nach Ansicht des Rates wie auch des Finanzausschusses um die Erhöhung der Badegebühren nicht

nicht hinwegzukommen, und so habe ich als Bericht-
erstatter des Finanzousschusses Sie zu bitten, zu
den Anträgen des Rates in dieser Sache Ihre Zustim-
mung zu erteilen.

Gemäß dem Antrage des Finanzausschusses stimmt die Versammlung der vom Rat vorgeschlagenen Festsetzung der Pachtpreise und Gebührensätze zu.

(Badeanstalten).

Entwurf einer Fremdensteuerversatzung.

Stadts. Dr. J a s p e r : Meine Damen und Herren! Der Entwurf zu der Fremdensteuerversatzung ist Ihnen allen in Umdruck zugegangen. Es kann in der Besprechung hier in der Versammlung wohl ähnlich verfahren werden, wie es in Ausschuß geschehen ist, nämlich, daß wir nicht erst über die Frage, ob wir eine Fremdensteuer überhaupt einführen wollen, eine längere Aussprache pflegen, sondern uns von vornherein mit dem Gedanken abfinden, mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Stadt uns einverstandⁿ erklären zu müssen, und deshalb gleich in die Einzelberatung des Sitzungsentwurfs hineingehen. Der Haushaltsausschuß empfiehlt allgemein die Annahme des Entwurfs mit den einzelnen Änderungen, über die ich im Laufe der Einzelberatung berichten werde.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der
Versammlung mit dem Vorschlage des Herrn Berichter-
statters, sofort in die Einzelberatung einzutreten,
an.

Stadt. Dr. J a s p e r : Der Eingang ist von uns so gelassen, wie er in der Vorlage steht. Die Grundlage der ganzen Steuer ist das allgemeine Abgabengesetz und die Städteordnung.

In § 1 ist näher dargelegt, was besteuert werden soll: „Für die gewerbmäßige Vermietung von Zimmern oder Wohnungen in Gasthöfen und Gasthäusern (Hotels) Wirtschaften, Fremdenheimen (Pensionen), Kuranstalten, Genesungsheimen oder Privathäusern an Personen zu vorübergehenden Aufenthalte wird eine Fremdensteuer erhoben.“ Der Ausschuss empfiehlt, diese Fassung anzunehmen mit der Änderung, daß hinter dem Worte „Aufenthalte“ eingefügt wird: „in hiesiger Stadt.“ Es ist das mehr eine redaktionelle Änderung, aber es wird damit festgestellt, was für ein Aufenthalt gemeint ist. Im übrigen empfiehlt der Ausschuss, den weiteren Wortlaut dieses § 1 unverändert anzunehmen, also als den Verpflichteten den Vermieter anzusehen, aber die Abwälzbarkeit auf den Gast ausdrücklich zuzulassen.

Ohne Meldungen zum Wort. Der Vorsitzende stellt fest, daß damit § 1 mit dem vom Herrn Bericht-
erstatter beantragten Zusatz angenommen ist.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Mit der Tendenz der Vorschrift in § 2 hat sich der Ausschuß im allgemeinen einverstanden erklärt, schlägt jedoch einige, zum Teil nur redaktionelle Änderungen vor, aber auch solche, die dadurch notwendig geworden sind, daß der Ausschuß es nicht für angebracht hielt, die Steuer auf jeden einzelnen Tag zu berechnen, sondern von der ~~Zurechnung~~ Zurechnung Gebrauch machen zu lassen, die in § 5 vorgesehen ist, daß gewerbsmäßige Vermieter solcher Räume monatsweise abrechnen können. Der Ausschuß schlägt folgende Fassung für Ziffer 1 des § 2 vor :

„Die Steuer ist nach dem Entgelte zu berechnen, der für Benutzung des Mietraumes zu bezahlen ist und zwar einschließlich des Entgelts für die Nebenleistungen (z.B. für Beleuchtung, Heizung, Bedienung), jedoch nicht für Verpflegung.“ Es sind darnach fortzulassen die Worte „jeden Tag der“

und

und „oder für jede Übernachtung, für die Benutzung der Betten, des Zimmers oder der Wohnung.“ Der Gegensatz, der in dem Entwurf zwischen der Benutzung am Tage und der Benutzung in der Nacht vorgesehen war, schien mehr dekorativer Bedeutung zu sein, ohne alle Möglichkeiten der Fälle, in denen die Steuer erhoben werden soll, zu erschöpfen, besonders wenn gesagt ~~ist~~ wird, daß nur die Benutzung von Betten **nächtlicherweise steuerpflichtig sein soll**, so hatte man offen gelassen, daß bei der leider vorhandenen Übernachtungsknappheit ~~zur~~ **Übernachtung** auch andere Schlaf~~geleg~~**enheiten** benutzt werden : Billards, Sofas und dergl. Es kommt auch vor, daß jemand ~~einen~~ **Übernachtungsraum oder Fremdenzimmer mietet**, ohne **nächtlicherweise** zu schlafen, sondern ~~um an~~ **am Tage** vielleicht einen Rausch auszuschlafen, für Festlichkeiten sich anzukleiden oder zu anderen Zwecken. Sollte diese Benutzung **freigelassen sein ?** Das könnte zu Zweifeln führen. Anstelle dieser

homerischen

homerischen Anführung soll nun gesagt werden, daß die Benutzung eines derartigen Raumes steuerpflichtig sein soll und es soll der Findigkeit der ausführenden Organe überlassen werden, alle derartigen Räume erschöpfend mit der Steuer zu bedenken.

Der Nachsatz hat zu einzelnen Zweifeln im Ausschuß Anlaß gegeben, ob es richtig sei, für Beleuchtung und Heizung ohne weiteres die Fremdensteuer mit zu erheben. Die Überwiegende Mehrheit des Ausschusses aber hat sich dafür ausgesprochen, weil es heute im Gastwirtgewerbe üblich ist, ein Zimmer mit Beleuchtung in der Nacht zu vermieten und für die Heizung nur ausnahmsweise ein besonderes Entgelt gewährt wird. Dagegen schien es, in Übereinstimmung mit dem Entwurf, durchaus angebracht, die Verpflegung besonders zu regeln, und diese ist Gegenstand der Behandlung in Ziffer 2 des § 2.

Wir haben diese Ziffer 2 im wesentlichen auch gutgeheißen, nur schien es dem Ausschuß nicht rich-

tig

tig, daß hier nur eine Vermutung ausgesprochen würde, daß 20 v.H. des Gesamtpreises auf die Wohnung entfalle, eine Vermutung, über deren rechtlichen Wertung man insoweit zweifelhaft sein könnte, ob sie durch Gegenbeweise widerlegt werden könnte oder nicht. Es schien dem Ausschuß praktischer zu sein, wenn ohne weiteres eine unwiderlegbare Regel gebildet würde, daß schlechthin 20 v.H. des Pensionspreises für die Wohnung gerechnet werden und den Gegenstand der Steuer bilden sollen. Wir schlagen deshalb vor, die Ziffer 2 wie folgt zu fassen :

„2. Ist ein Gesamtpreis für Wohnung und Verpflegung (Pension) vereinbart, so werden 20 v.H. des Gesamtpreises auf das Entgelt für die Wohnung einschließlich der Nebenleistungen gerechnet.“

Sie werden gemerkt haben, daß die Änderung darin besteht, daß die Worte „wird angenommen, daß“ weggelassen sind und für das Wort „entfallen“ durch das Wort „gerechnet“ ersetzt ist. Über diesen Satz

hat

hat eine ausgiebige Aussprache im Ausschuss stattgefunden und er ist der Meinung geworden, daß der empfohlene Satz das Richtige trifft. Er ist entnommen den Vorschriften, die bei der Reichsumsatzsteuer für diese Art der Besteuerung gelten, und deshalb ist auch im zweiten Satze dieser Ziffer des § 2 vorgesehen, daß wenn die Verteilungsgrundsätze, die das Umsatzsteueramt hinsichtlich der Wohnung und Verpflegung anwendet, sich ändern, in der Fremdensteuer automatisch die gleiche Berechnung eintreten soll, wenn also die Verpflegungsanteile vom Umsatzsteueramt höher angerechnet werden, vielleicht für die Wohnung nur 10 %, so würde das automatisch auch für unsere Fremdensteuer Anwendung finden.

Mit diesen Änderungen bitte ich namens des Ausschusses dem § 2 zuzustimmen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Jede Vereinfachung in einer Steuerangelegenheit ist gewiß mit Freuden zu begrüßen, und wenn man sich vergegenwärtigt, mit was für Schwierigkeiten heute die Bevölkerung bei anderen, nicht städtischen Steuern zu rechnen hat, so wird dankbar anerkannt werden müssen, daß sich der Finanzausschuß bemüht hat, in dieser Beziehung unsere Vorlage zu vervollkommen. Ich habe meinerseits keine Bedenken gegen die Vorschläge des Herrn Berichterstatters geltend zu machen. Es läßt sich nicht verkennen, daß der Finanzausschuß ^{die Vermieter von Fremdenwohnungen} noch stärker und zärtlicher an sein Herz drückt insofern, als er nicht nur für jeden Tag oder jede Übernachtung, sondern schlechtweg für jede Benutzung der fraglichen Räume die Fremdensteuer in Anwendung bringen ^{wird.} Das würde auch diejenigen Personen treffen, die ein Gasthauszimmer mieten, aber im letzten Augenblick, ohne absagen zu können können, verhindert sind,

das

das Zimmer zu benutzen. Sie werden den Gastwirten zweifellos für den Tag das Zimmer zu bezahlen haben und auch die Fremdensteuer entrichten müssen, denn der Mietvertrag und die Inanspruchnahme des Zimmers ist kraft Vertrages vollzogen, auch wenn der Gast eine andere Schlafgelegenheit gefunden hat. Es ist auch richtiger, daß weder wir noch der Vermieter darüber uns den Kopf zu zerbrechen haben, ob das Verhältnis von 20 %, in dem wir die Übernachtung im Vergleich zu dem übrigen Inhalt der Pensions^{ver.}~~be~~träge festgelegt haben, wirklich genau ziffernmäßig zutrifft oder nicht. Es bleibt dann unter allen Umständen bei dieser Feststellung, und das wird für die Durchführung der Satzung ein Segen sein.

§ 2 wird mit den vom Ausschuß beantragten
Änderungen angenommen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Für § 3 schlägt der Ausschuß vor, in Ziffer 1 das Wort „täglich“ zu ersetzen durch die Worte „auf den einzelnen Tag oder die einzelne Übernachtung entfallende“, sodaß der erste Satz lauten würde :

„Die Steuer wird nicht erhoben, wenn das auf den einzelnen Tag oder die einzelne Übernachtung entfallende Entgelt (§ 2) unter 5 $\%$ bleibt.“

Ferner schlägt der Ausschuß vor, in Ziffer 3 die Worte „für jeden Tag“ zu streichen.

Die erste Änderung ist notwendig geworden mit Rücksicht auf die geänderte \S Fassung des § 2 Ziffer 1.- Die Aufzählung der Übernachtung, die widerspruchsvoll erscheinen könnte, ist deshalb hier eingefügt, um die Einheit der Handlung klarzustellen.

Es ist im Ausschuß lebhaft darüber gesprochen worden, ob der Satz, mit dem die Fremdensteuer beginnen soll, das Richtige trifft. Es wird vorgeschlagen, daß lediglich solche Entgelte steuerfrei bleiben

bleiben sollten, die unter 5 M sich bewegen, d.h., daß auch der Betrag von 5 M steuerpflichtig ist. Es wurde im Ausschuß betont, daß dadurch vielleicht eine Art Handwerksburschensteuer eingeführt werden könnte. Daß wandernde Leute zu dieser Steuer herangezogen werden, würde sozialen Grundsätzen nicht entsprechen. Die Anträge, die darauf abzielten, den Satz höher zu stellen, wurden aber abgelehnt, sodaß der Ausschuß empfiehlt, den Betrag entsprechend dem Ratsantrage zu genehmigen.

Die zweite Änderung ist dadurch veranlaßt, daß es nicht gerade wünschenswert ist, für jeden Tag eine Aufrundung auf 10 Pfennig-Teilbeträge vorzunehmen, besonders wenn es sich etwa darum handelt, Meßbesucher zu besteuern. Sie mieten für die Dauer der Messe einen Raum oder mehrere Räume und müßten ihr Entgelt auf den einzelnen Tag der Benutzungsmöglichkeit zurückführen. Dabei könnten Bruchpfennige herauskommen, die im Ergebnis zu Unbillig-

keiten

keiten und Härten führen können. Wir sind der Meinung gewesen, daß im allgemeinen die Aufrundung nur stattzufinden hat für den einzelnen Steuerfall, nicht aber etwa für den Steuernonat. Ich hebe das hervor, weil gewitzigte Gastwirte auf den Gedanken kommen könnten, die einzelnen Steuerfälle zusammenzuziehen und in der monatlichen Nachweisung die Aufrechnung vorzunehmen. Es soll verhindert werden, daß ein gewisser Schnitt für die Vermieter herausspringt. Es soll also die einzelne Übernachtung oder die Mehrheit derselben durch denselben Gast als Einheit benutzt werden und darnach die Abrundung stattfinden.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren !
Die Steuer soll bei einem Entgelt von 4 5 M aufwärts anfangen. Man hat hierbei wohl in Betracht gezogen, daß man für Übernachtungen, die notwendig sind für Leute, die Arbeit suchen oder sonst etwas hier zu tun haben und der minderbemittelten Bevölkerung angehören, Steuer nicht erheben will. Ich halte diesen Satz für zu niedrig. Heute ist es nicht mehr möglich, Nachtquartier im bescheidensten Maße für einen solchen Betrag zu erhalten und möchte beantragen, daß dieser Satz auf 8 M erhöht wird. Das ist das Mindeste, was von Fremden gezahlt werden muß, um ein Unterkommen im Gasthofs zu erhalten.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Vorredners an ; auch ich hatte die Absicht, denselben Antrag zu stellen und habe bereits im Ausschuß diesbezügliche Ausführungen gemacht, nämlich, daß es eine Handwerksburschensteuer werden würde, wenn man es bei dem Betrage von 5 M belassen würde. Es stimmt schon, daß für 5 M eine Übernachtung in Braunschweig nicht zu bekommen ist. Man muß derartige Studien am eigenen Leibe gemacht haben, wenn man es würdigen will, was es bedeutet, wenn man wenig Geld hat und obendrein noch Steuer für die Übernachtungsgelegenheit zahlen soll. Wer verpflichtet ist, diese Steuer zu bezahlen und das nötige Geld nicht hat, muß draußen kampieren, und das wäre doch nicht zu rechtfertigen. Man wird bei diesem Antrage auf Erhöhung des Anfangssatzes für die Steuer verweisen auf den § 8, welcher besagt, daß auf Antrag des Rates der Stadt die Steuer ganz oder

oder teilweise erlassen kann, wenn die Erhebung der Steuer im einzelnen Falle eine unbillige Härte bedeuten würde. Aber der Vertreter des Rates hat auch erklärt, daß es nicht angehen könne, bei einer einzelnen Herberge eine Ausnahme zu machen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß in dem § 3 der Satz auf 8 M erhöht wird, womit den Ärmsten der Armen Rechnung getragen wird. Es könnte vielleicht noch gesagt werden, in anderen Städten habe man überhaupt keinen Satz angegeben, bei dem die Fremdensteuer nicht erhoben werden soll, sondern dort werde diese Steuer von jedem Satze erhoben. Dort sind aber wohl Vereinbarungen mit den Gewerkschaftshäusern getroffen, daß wenigstens dort keine Fremdensteuer bezahlt zu werden braucht. In Braunschweig jedoch haben wir kein Haus, wo wir wandernde Leute unterbringen können und sind auf Gastwirtschaftsbetriebe angewiesen. Wenn wir diesen Satz von 5 M schon versteuern müssen, dann können

wir

wir für Leute auf der Wanderschaft kein Unterkommen kriegen, weil die Wirte sich weigern werden, Leute aufzunehmen, für die sie die Steuer selbst zahlen müßten, da diese Leute nicht im Besitz von Geldmitteln sind. Ich bitte Sie aus diesen Gründen, den Satz von 5 M auf 8 M zu erhöhen.

Stadtv. L e h n e r t : Wer in jüngeren Jahren gereist ist und gezwungen war, zu versuchen gegen geringen Entgelt Logis zu bekommen, der wird wissen, daß derjenige, der sich erlauben durfte, für 50 Pfennig ein Bett zur Nachtruhe sich zu erlauben, schon ein sog. kleiner Krösus war. Wenn man heute für ein Logis zum Preise von 5 ₰ auch noch Steuern bezahlen soll, so weiß ich schon im voraus ganz bestimmt, ohne in die Zukunft sehen zu können, daß ein großer Teil der Betreffenden nicht mehr in die Logierhäuser gehen wird, sondern sich auf der Polizei als obdachlos melden wird, sodaß dann die Stadt dafür zu sorgen hat, sie unterzubringen. Namentlich diejenigen, die in ihrer Jugend als Handwerksburschen draußen gewesen sind, wissen es, wie angenehm es ist, wenn man längere Zeit getippelt ist und sich dann die Nachtruhe in einem richtigen Bette erlauben kann. Ich bitte deshalb, dem Antrage Marth zuzustimmen, damit

damit die Betreffenden, die ⁱⁿ eine gewöhnliche Herberge gehen und 6 M., 6,50 M oder 7 M für einen Unterschlupf bezahlen müssen, von der Steuer frei bleiben. Schon aus Menschlichkeitsgefühl heraus bitte ich, den niedrigsten Satz auf 8 M zu erhöhen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Rat der Stadt hat sich bei über 20 verschiedenen Städten über die Höhe des Satzes erkundigt, bei dem die Fremdensteuer einsetzt, und hat von keiner einzigen die Antwort bekommen, daß bei einem Übernachtungsgelde von mehr als 5 M die Steuer nicht erhoben wird. Nur sind die Städte insofern verschiedene Wege gegangen, als ein nicht geringer Teil den Betrag von 5 M noch steuerfrei läßt, und nur alles, was darüber hinausgeht besteuert. Da die Ergiebigkeit der Steuer eine gewisse Rolle für uns spielt, haben wir geglaubt, mit unserem Satze nicht höher hinauf gehen zu sollen wie die anderen Städte. Ich will es aber der Versammlung überlassen, wie sie sich zu der Sache stellen will.

Stadtv. Dr. R ö p k e : Mit dem von dem Herrn Marth befürworteten Betrage von 8 M würde ich einverstanden sein, möchte aber an den Rat der Stadt und an den Herrn Berichterstatter die Anfrage stellen, ob es nicht möglich ist, für Ausländer höhere Steuersätze zu erheben. Wenn das rechtlich zulässig ist, würde es auch sachlich berechtigt sein, da die Ausländer auf Grund ihrer guten Valuta hier billig leben. Vielleicht würden damit die Ausfälle, die bei einer Erhöhung des Satzes in Ziffer 1 dieses Paragraphen auf 8 M sich ergeben, sich ausgleichen lassen. Ehe ich aber einen entsprechenden Antrag stelle, möchte ich Auskunft darüber haben, ob eine solche Maßnahme gegenüber den Ausländern bereits erwogen ist.

Stadtv. J a h n s : Für den Antrag des Herrn
Marth möchte ich mich aussprechen, da die Übernach-
tungs-Gebühren von 8 M immer noch ein ~~4~~ niedriger
Satz ist. Auch der Antrag des Herrn Dr. Röpke
ist mir sympathisch. Ich habe es erleben müssen,
daß ich in Bremen nicht anders unterkommen konnte,
als daß ich für die Übernachtung 79,80 M bezahlte.
Wenn schon wir Inländer solche Preise bezahlen müs-
sen, dann ist es dringend geboten, daß wir mit der
Fremdensteuer die Ausländer ganz besonders auf Korn
nehmen, denn sie leben in Deutschland bei unserer
niedrigen Valuta besonders billig.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es ist mir sehr schmerzlich, sagen zu müssen, daß ich gegen die Zulässigkeit dieser Maßregel schwere rechtliche Bedenken habe. Wir würden allerdings nach der Städteordnung einen derartigen Beschluß fassen können, aber nach den Richtlinien, die bis-^{auf}her gestellt sind, wird das Staatsministerium seine Genehmigung dazu nicht erteilen und die Verhandlungen darüber dürften ~~soviel~~ viel Zeit in Anspruch nehmen, daß der durch die Verzögerung in dem Inkrafttreten der Satzung entstehende Verlust uns ~~schmerzlicher~~ ^{schwerer} treffen würde als die Berücksichtigung der Tatsache, daß wir die Ausländer nicht mit niedrigerem Maß messen dürfen als die Inländer. Wie ich von Harzwirten erfahren habe, beklagen sie es bitter, daß ihnen nicht die Möglichkeit gegeben ist, verschiedene Preisbestimmungen für Inländer und Ausländer festzusetzen. Wenn das schon gilt für den freien Privatvertrag, so wird es erst recht gelten

für

für behördliche Verfügungen, die der Nachprüfung des Staatsministeriums oder des Reichsfinanzministers bedürfen. Ich würde aber gern eine andere Anregung befürworten, das ist die Staffelung der Steuer nach der Höhe der Übernachtungssätze. Ich glaube ~~aber~~ davon absehen zu sollen im Hinblick auf die vielfach in den Verhandlungen der Gastwirtekreise mit dem Rat der Stadt hervorgetretenen Wünsche und im Hinblick darauf, daß es zur Hebung des Verkehrs beiträgt, wenn wir von dieser Maßregel, die von einem Teil der Städte getroffen ist, absehen.

Stadtv. Dr. J a e p e r : Im Ausschuß ist die Frage der Ausländer nicht besonders behandelt, aber auch ich habe Bedenken gegen die Zulässigkeit des von einer Seite hier empfohlene Vorgehen. Die Stellungnahme des Ministeriums würde wohl abgewartet werden können, doch ist es nach den Vorschriften des Versailler Friedensvertrages ausgeschlossen, Ausländer, die an diesem Vertrage beteiligt sind, anders zu stellen als die Inländer, und diese Ausländer sind gerade diejenigen, die als Valuta-Gewinnler besonders in Frage kommen. (Zuruf: Holländer! Schweden!) Ob man die Schweden, Dänen und Holländer anders stellen soll als die Franzosen und Engländer, scheint mir doch zweifelhaft.

Die Frage der Staffelung ist im Ausschuß länger erörtert. Der Ausschuß ist aus den von Herrn Stadtrat von Frankenberg angeführten Gründen nicht für die Einführung der Staffelung zu haben gewesen, und besonders hat in dabei noch die Erwägung geleitet, daß es sich zunächst darum handelt, eine

einfach

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Selbst wenn wir damit durchkämen, in unsere Satzung eine Sonderbestimmung für die Ausländer aufnehmen zu dürfen, so würde zur Umgehung der Bestimmung leicht eine Schiebung vorgenommen werden können, indem ein Strohmänn als Besteller des Zimmers bezeichnet wird, während es ein Ausländer benutzt. Wir würden nicht in der Lage sein, bei jeder Benutzung eines Zimmers genaue Nachforschungen anstellen zu können und so würden wir in vielen Fällen doch das Nachsehen haben.

Stadt. Frau G i t z e : Ich glaube nicht, daß es nötig sein wird, in der Satzung für die Ausländer besondere Bestimmungen festzulegen. Ich weiß allerdings nicht, wie die Handhabung der hiesigen Wirte ist, aber von Hamburg weiß ich genau, daß dort Valutapreise von den Holländern und Schweden genommen werden. Wenn die Braunschweiger Wirte das auch täten, so würde sich die Fremdensteuer für die Stadt so wie so schon dadurch automatisch erhöhen, daß von den Ausländern für die Abgabe von Zimmern höhere Preise genommen werden.

Stadtv. Dr. R ö p k e : Ich glaube, daß durch die Valutapreise der Wirte allein ein angemessener Ausgleich nicht erzielt wird, und auch die Bedenken, die Herr Stadtrat von Frankenberg zuletzt geäußert hat, erscheinen mir nicht ~~so~~ ausschlaggebend zu sein. Wenn auch wohl Schiebungen vorkommen werden, so könnten wir es doch darauf ankommen lassen. Ich ~~habe aber~~ ^{habe} das rechtliche Bedenken, daß Herr Dr. Jasper anführte; doch scheint es mir nicht so stark zu sein, daß man deshalb nicht versuchen sollte, die Bestimmungen aufzunehmen. Ob damit die Satzung gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages verstoßen würde, scheint mir immerhin zweifelhaft. Wenn aber Herr Stadtrat von Frankenberg meint, daß ^{die} dadurch/Verhandlungen über diesen Punkt mit dem Ministerium eine Verzögerung in der Genehmigung der Satzung eintreten würde und dadurch ^{erhebliche} ein Ausfall in den Einnahmen der Stadt aus der Steuer entstehen würde, dann will ich davon absehen, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Ich bin nicht der Ansicht, daß es Sache der Steuerbehörde ist, die Ausländer hoch zu nehmen, daß geschieht schon seitens der Wirte und der Pensionsbesitzer, wenn auch nicht in dem Maße, wie es die Ausländer ihrer Valuta nach verdienen. Im Laufe der Jahre wird doch die Valuta der fremden Länder wieder sinken, sodaß dann wieder ein neues Statut ausgearbeitet werden müßte, um die Ausländer wieder anzufeuern, die hiesige Stadt zu besuchen.

Der Kommissionantrag, gemäß der Vorlage ein Entgelt unter 5 M von der Steuer frei zu lassen, wird abgelehnt, dagegen der Antrag Marth, 8 M einzusetzen, angenommen.

Mit dieser Änderung wird Ziffer 1 des § 3 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Ebenso wird auch Ziffer 2 und 3 (letzte mit der vom Ausschuß beantragten Streichung der Worte „für jeden Tag“) angenommen.

Zu § 4 schlägt der Berichtserstatter Dr. Jasper unveränderte Annahme vor.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Hinsichtlich des §
5.1, der lediglich versteht, daß gewisse Erleichterungen für die Entrichtung der Fremdensteuer durch die Vermieter seitens des Rats angeordnet werden können, schlägt der Ausschuß ebenfalls unveränderte Annahme vor. Dagegen beantragt der Ausschuß, in Ziffer 2 eine Änderung vorzunehmen. Für Säumige ^{hat} Vermieter/der Ratsentscheid etwas zu viel Nachsicht gezeigt, wenn er meint, daß die Säumigen nur mit einem Zuschlage von 10 v.H. bedacht werden sollen. Wir haben im Ausschuß an den Fall gedacht, daß das Entgelt 10 M beträgt und ebenfalls müssen 1 M Steuer erhoben werden. Dann sollte der Rat sich überlegen, ob er diesen säumigen Untermietern einen Zuschlag bis zu 10 Pfennig auferlegt. Er würde eine gefährliche Ratssitzung vornehmen und überlegen: 1 § - 2 § - 3 § - ich brauch das nicht weiter auszuspinnen. Diese großen Gedankenarbeit schien uns kaum ausreichend entlohnt. Es wird nun von

den

dem Ausschuß vorgeschlagen, Ziffer 2 so zu fassen:

„Wenn die Vermieter die Steuer nicht rechtzeitig entrichten oder trotz Forderung eine Erklärung über die Entgelte nicht abgeben, so verdoppelt sich die von ihnen zu entrichtende Steuer“

Das ist etwas klares, festes und vielleicht auch ausreichend erziehlich wirkendes, hat außerdem den Vorteil, damit die Bedenken beseitigt werden die im Ausschuß geltend gemacht waren, ob es sich nachdem Ratsentwurf um eine Strafe handelt und ob diese Strafe in Widerspruch tritt zu § 9 des Entwurf, es wird für die Säumnigen eine besondere Taxe eingeführt.

Ich bitte, diesem Ausschußantrage zuzustimmen.

§ 5,1 wird unverändert angenommen, § 5,2 mit der vom Ausschuß beantragten Änderung.

§ 6 wird, nach dem der Berichterstatter sich dem entsprechend geäußert hat, unverändert angenommen.

Stellv. Dr. J a s s e r : § 7 führt das Fremde steuerbuch ein. Der Ausschuß pflichtet darin die Paragraphen auszusprechenen Vorschläge des Rats be-
Ich halte es für richtig, hier zu erwähnen, daß im Ausschuß angeregt wurde, den Vermietern die Ver-
pflichtung aufzuerlegen, in irgend einer Weise den Gästen bekannt zu geben, welche Steuer hier am Ort Giltigkeit hat. Man hat daran gedacht, sie zu ver-
pflichten, im Steuerbuche den jeweiligen Steuersatz zu vermerken, vielleicht auch, sie durch den Rat abstempeln zu lassen. Man hat auch angeregt, die Vermieter zu verpflichten, den Betrag der Steuern in den fremdenzimmern oder mindestens in dem Frühstücksraum, wo die Rechnung bezahlt zu werden pfle-
gen, anzuschlagen. Der Ausschuß steht davon ab, irgendwelche Bestimmungen darüber in der die Satzung hineinzubringen und rechnet dabei auf die Verständigung der Mirt und Gäste untereinander. Eine so-
che Bestimmung in die Satzung hineinzunehmen, wür-

vielleicht

vielleicht über den Rahmen dessen hinausgehen, was die städtischen Behörden nach Lage der Verhältnisse allein zu tun haben, denn es handelt sich hier um eine polizeiliche Angelegenheit, die ja in der Stadt Braunschweig staatlicherseits auszunützen ist. Es hat uns auch der Gedanke gelettet, daß die Anschläge in den Hunderten oder Tausenden von Herbergeräumen nicht unerhebliche Druckkosten verursachen würden. Das Bedenken, daß die Gäste nicht wissen, ob der auf die Rechnung gesetzte Steuersatz richtig sei, erledigt sich dadurch, daß die Gäste durch die allgemeinen Straffgesetze nicht genügend geschützt sind. Wenn etwa der Herbergswirt einen Steuersatz von 20 p.H. auf die Rechnung setzen wollte, so würde er sich wegen Vergehens gegen § 263 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar machen, und im allgemeinen wird man den Wirten zu trauen können, daß sie davor einige Scheu haben werden. Aus diesen Gründen sieht der Ausschuß davon ab, besondere Vorschläge über einen Anschlag, Abstempelung der Fremdensteuerbücher usw. zu machen und empfiehlt unveränderte Annahme des § 7.

Stadt v. G a r t u n g : Meine Damen und Herren!
Ich möchte bitten, diesem § 7 eine etwas andere Fassung zu geben. Es kommt hier in Betracht, daß hauptsächlich die Gastgeber und Hotelbesitzer betroffen werden, die die betreffenden Formulare selbst beschaffen müssen. Dagegen wird von uns gebeten, daß man den Rat verpflichten möge, die Steuerbücher oder die nötigen Formulare unentgeltlich zu liefern. Dem gemäß müßte der § 7 eine andere Fassung erhalten und folgendermaßen heißen:

„Sämtliche nach § 1 dieser Satzung steuerpflichtigen Vermieter haben ein Fremdensteuerbuch zu führen und dieses ständig auf dem Laufenden zu erhalten. Aus dem Fremdensteuerbuche oder den entsprechenden Formularen, welche vom Rat der Stadt geliefert werden und von dem steuerpflichtigen Vermieter pfleglich zu behandeln sind, muß ersichtlich sein: Vor- und Zuname des Vermieters, Zahl der für die Vermietung bestimmten Räume und Betten, Vor- und Zu-

name

Zuname der Mieter, Bezeichnung des vermieteten Zimmers, Höhe des Entgeltes, Tag der Ankunft und der Abreise des Mieters".

Ich bitte, den § 7 in dieser Weise zu ändern.

M. Gattung

Stadtrat von Frankenberg: Ich kann sehr wohl verstehen, daß die beteiligten Kreise den Wunsch haben, daß für die weitere Durchführung der Fremdensteuer die Stadt ein Entgegenkommen zeigt, und es ist ja auch nicht zu verkennen, daß für die Einziehung und Ablieferung der Steuer ~~des~~ von Vorteil wäre, wenn ein gleichmäßiges Steuerbuch eingeführt würde. Hinsichtlich ~~geg~~ der Steuerbücher möchte ich mich meinerseits also nicht gegen den eben gehörten Vorschlag aussprechen, obgleich der eine Umstand gewisse Bedenken hervorruft, nämlich der, daß wir leider nicht die Aussicht haben, diese Satzung auf eine längere Reihe von Jahren zu behalten. Wir haben vom Ministerium, wie die Herrschaften aus § 11 ersehen, die Nachricht bekommen, daß die Satzung zunächst nur bis zum Schluß des laufenden Kalenderjahres genehmigt werden soll. Es könnte uns darnach schlimmstenfalls begegnen, daß die Steuerbücher für nicht wenig Geld von uns hergestellt werden, aber nachher Makulation^{en} werden; aber

so schwarzseherisch braucht man wohl nicht zu sein, in irgend einer Form wird sich die Steuer wohl über den 1. Januar n.Js. fortsetzen, nötigenfalls müßten, falls sich Änderungen der Satzung ergeben sollten, die Fremdensteuerbücher umgestaltet werden.

Die Fassung des § 7, wie sie von Herrn Gattung vorgeschlagen wird, macht einen Unterschied zwischen Steuerbüchern und Vordrucken. Ich glaube kaum, daß es nötig sein wird, auch mit Lieferung von Vordrucken den Beteiligten entgegen zu kommen, zumal wir bei der Herstellung der Vordrucke damit zu rechnen haben, daß in absehbarer Zeit eine Änderung eintreten wird. Ich glaube, es möchte genügen, wenn man sagt: Aus dem Fremdensteuerbuch, das vom Rat der Stadt geliefert wird und von dem steuerpflichtigen Vermieter pfleglich zu behandeln ist, muß das Nötige ersichtlich sein. Es ist nicht nötig, noch von Formularen zu sprechen und genaue Auskunft darüber zu geben. Die beteiligten Gewerbekreise werden das Entgegenkommen schon anerkennen, wenn wir uns auf Lieferung der Steuerbücher beschränken.

V o r s i t z e n d e r : Es steht hier in dem Antrage „aus dem Fremdenbuche oder den entsprechenden Formularen“, nicht aber „und“. Soweit ich unterrichtet bin, haben die Wirte geglaubt, daß an Stelle des Fremdensteuerbuches auch Formulare treten könnten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich würde diese Lösung nicht für annehmbar halten. Formulare verpoltern sich leicht, während ein Steuerbuch ^{wird} aufbewahrt/und immer zur Stelle ist. Formulare würden fliegende Blätter sein, die ungeordnet ~~herum-~~^{herum-} ~~im Raum~~ liegen, wenn der Gastwirt nicht versteht, sehr sorgfältig damit umzugehen. Bei einem Steuerbuche, wo Seite für Seite geheftet ist, wird besser Gewähr gegeben, daß unsere Beamten sich sehr schnell unterrichten können. Ich empfehle, es bei den Fremendensteuerbuche zu belassen. Daß daneben die Wirte nach § 5 Absatz 1 uns bestimmte Meldungen zu erstatten haben ergibt sich aus dem Wortlaut der Satzung (§ 5,1 wird vom Redner angeführt) das ist aber eine so kurze, einfache Sache, die sie sich nach meiner Schätzung mit 3 oder 4 Zeilen auf jeden beliebigen Blatt Papier erledigen lassen, ohne ein Formular dazu nötig zu haben. Man darf auf keinen Fall die Vordrucke, die den Gastwirten vorgeschnebt ha~~ben~~^{fen}, mit den polizeilichen Meldevor-

drucken

drucken verwechseln, die bekanntlich für jeden Fremden auszufüllen sind und von denen ein Exemplar an das polizeiliche Meldeamt wandert. Dieses hat eine ganz andere Aufgabe, als der Steuererhebung zu dienen. Ich möchte Herrn Garton bitten, die Worte „oder Formulare“ zu streichen und es bei der Fassung bewenden zu lassen: „aus dem Fremdensteuerbuche welches vom Rat der Stadt geliefert wird und vom Steuerpflichtigen Vermieter pfleglich zu behandeln ist“

Stadt v. G a r t u n g : Ich bin mit der Streichung der Worte „oder Formulare“ einverstanden, wenn die Wirte die Steuerbücher unentgeltlich geliefert bekommen.

Th. Gartung

Stadt v. F a y : Mit Herrn Dr. Jasper bin ich auch der Ansicht, daß allerdings die Mehrzahl der Gastgeber bestrebt sein wird, peinlichst genau die an sie bezahlte Steuer an das Finanzamt abzuführen. Trotzdem habe ich „Exempel von Beispielen“ erlebt und halte es deshalb für notwendig, daß der Schlußsatz des § 7 dahingehend erweitert wird, daß wir sagen: „ausdem Fremdenbuche muß ersichtlich sein ... und dieses ist von dem Mieter zu unterschreiben.“

Nur ~~Wie werden~~ in dem Fremdenbuche des Gasthauses unseren Namen eintragen, so soll es auch in dem Fremdenstemberbuche geschehen. Bei den ~~größeren~~ Monatsabrechnungen handelt es sich doch um einen größeren Betrag, der für das Finanzamt in Frage kommt, und dabei soll man vorsichtig vorgehen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es liegt manches Richtigte in dem, was Herr Fay ausgeführt hat, aber seine Darlegung, ^{die} ~~der~~ auf die Wünsche des Finanzamtes Bezug ^{nahm} ~~hat~~, kann mich doch nicht dahin bringen, zuzustimmen, daß wir bei dieser Satzung die Geschäfte des Finanzamtes besorgen sollen. Wer weiß, ob dem Finanzamte damit gedient würde. Wenn das Finanzamt von seinem Standpunkt aus Wert darauf legt, daß die Umsatzsteuer, die den Wirten auferlegt wird, sachgemäß eingeht und bequem überwacht werden kann, dann mag das Finanzamt ^{Vor-} ~~schriften~~ erlassen. Wir aber kommen mit dem, was in der Satzung bestimmt ist, gut aus. Es würde für die Wirte und für die Reisenden eine empfindliche Erschwerung bedeuten, wenn in dem Fremdensteuerbuch noch die Unterschrift des Gastes beigebracht werden müßte. Denken Sie sich, der Wirt im Hotel Monopol faßt in letzten Augenblick den Gast beim Rockzipfel und ruft: „Sie müssen erst noch das Fremdensteuer-

buch

buch unterschreiben, sonst werde ich bestraft." Ich bin nicht sicher, ob der Gast nicht doch schnell entschwindet, um seinen Zug zu erreichen. Ich bin gern auf die Wünsche der Wirte eingegangen und möchte sie auch in diesem Falle davor schützen, daß eine neue Rute für sie gebunden wird.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Im Ausschuß sind diese Anregungen nur zum Teil verlautbart worden. Ich persönlich möchte mich gegen beide Anträge wenden, gegen den Antrag Fay - der in seiner Tendenz berichtigt ist - wesentlich deshalb, weil wir von vorn herein diese ganz neue Einrichtung, die anscheinend nur für ein Jahr gilt, nicht verwirklicht machen sollen. In anderen Worten ist bisher, wie uns berichtet ist, ohne besondere Mißstände, einer derartigen Maßnahme abgesehen worden.

Der Antrag des Herrn Gartung wendet sich nicht gegen die Vorlage, sondern wünscht sie zu erweitern, in der Vorlage des Rats sieht nichts der, wer die Steuerbücher zu liefern hat. Es schließt demnachst die Satzung in dieser Form nicht aus, daß der Rat der Stadt die Steuerbücher liefert, und es würde an sich auch zweckmäßig sein, das Einheitliche Bücher an Vermieterin zur Verfügung gestellt werden. Der Rat ist die berufenste Stelle dazu. Man brauch sich

das

das Fremdensteuerbuch nicht dickleibig vorzustellen, da es ja erst einmal nur für ein Jahr gelten soll. Ich bin überrascht, daß Herr Stadtrat von Frankenberg heute erklärt, der Rat der Stadt sei zu dieser Lieferung bereit. Im Ausschuß wurde diese Frage angeregt ich habe dort seine Bereitwilligkeit seitens der Ratsvertreter nicht gesehen und der Ausschuß hat sich mit Rücksicht auf die finanziellen Bedenken gesträubt, einen derartigen Antrag zu stellen. Es wurde sogar die Besorgnis geäußert, daß ein gutes Teil dessen, was durch die Steuer einkommen könnte, durch die Beschaffung der Steuerbücher - ähnlich wie durch Beschaffung der zahlreichen Anschläge - wider in Frage gestellt werden könnte. Wenn diese Steuerbücher einheitlich beschafft und gegen Ersatz der Unkosten den Beteiligten zur Verfügung gestellt werden, so wird das den Einzelnen weniger hart treffen als die Stadt bei unentgeltlicher Lieferung der sämtlichen Steuerbücher. Ich bitte auch gegenüber dem Antrage

Gartung

Gartung zu bedenken, daß die unentgeltliche Lieferung, sehr leicht dazu führt, daß Personen Steuerbücher nehmen, bei denen ein Bedarf gar nicht vorhanden ist, daß Steuerbücher abhanden kommen und wieder ersetzt werden müssen. Es könnte sich allenfalls nur um die erstmalige Lieferung handeln. Ich bitte, die Satzung nicht mit einem derartigen Antrage zu beschweren, sondern offen zu lassen, wie die Angelegenheit praktisch geregelt werden kann.

Auch gegen die Fassung des Antrages Gartung möchte ich mich wenden; mir genügt nicht die Ausstellung, die Herr Stadtrat von Frankenberg daran machte. Eine Zusage pflegt man nicht durch einen redaktiven Satz zu geben, der an zweiter Stelle, wo das Wort „Steuerbuch“ vorkommt eingeschaltet wird, sondern da ist es richtiger, daß man in einem Nachsatz für sich über die Lieferung irgendeine Bestimmung trifft, vielleicht in dem man sagt: „das Steuerbuch liefert der Rat der Stadt“, und wenn man Herrn Gartung vollkommen

gerecht

gerecht werden will, muß man noch „unentgeltlich“ dahinter setzen. Wenn man das nicht hinzu stellt, liegt es in dem Erressen des Rats, ob er die ihm entstandenen Unkosten erheben will oder nicht. Darüber genügt eine Verständigung unter den städtischen Behörden, aber aber nicht ist nötig eine besondere zwingende Vorschrift in einer Satzung, die für längere Zeit gedacht ist, ^{wenn} ¹ sie vorläufig auch nur für 1 Jahr gelten soll. Den Satz würde ich befürworten, daß wegen der einheitlichen Ausgestaltung und eines zweckmäßigen Bezuges der Rat der Stadt die Lieferung übernimmt.

Stadt v. Fräulein W o l t e r s : Ich möchte mir die Anfrage an Herrn Stadtrat von Frankenberg erlauben, ob - wie es mir scheint - die Steuer so zu verstehen ist, daß nur Betriebe in Frage kommen, die eine Konzession haben, kurzfristige Gäste aufzunehmen. Heutzutage sind die Verhältnisse so, daß jede dritte Familie, weil sie dazu verpflichtet ist, Zimmer abgibt und irgendwelche Gäste aufnimmt. Wenn die Steuerbücher in alle diese Häuser ~~g~~liegen würden, so würde das eine große Verschwendung sein und doch bei der großen Ausgabe nichts für die Stadt herauskommen.

Jedenfalls möchte ich von Herrn Stadtrat hören, wie ^{als mit der} die Abgrenzung gerade bei den schwierigen Verhältnissen, die heute in dieser Beziehung bestehen, ^{fallen müssen} ~~sehen~~ ^{soll}.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Wie die Damen immer den Vorrang haben, so will ich auch zuerst Fräulein Wolters Antwort geben. Ich darf auf § 1, Ziffer 1 hinweisen, wo gesagt ist: „Für die ^{gewerblichen} gewerbmäßige Vermietung von Zimmern oder Wohnungen in Gasthöfen und Gasthäusern (Hotels), Wirtschaften, Fremdenheimen (Pensionen), Kur-Anstalten, Genesungsheimen und dergleichen oder Privathäusern zu vorübergehenden Aufenthalte in hiesiger Stadt wird eine Fremdensteuer erhoben.“ Die Steuer erstreckt sich nicht auf Vermietungen für längere Zeit an Privatpersonen, sondern nur auf eine Dauer bis zu 3 Monaten, in dieser Beschränkung allerdings auch auf Privathäuser, Fremdenheime usw. Von Konzessionspflicht ist mit keiner Silbe die Rede. Wenn jemand sich ^{in der} ~~besonders~~ Wochenlang in Braunschweig aufzuhalten beabsichtigt und findet in ~~seinem~~ Privathause Unterkunft, so würde für dasjenige, was er für das Zimmer zu bezahlen hat oder für 20 % der gesamten Pension ^{als} Steuer zu zahlen sein.

Die

Die Bemerkung des Herrn Dr. Jasper veranlaßt mich zu der Erklärung, daß ich nicht davon gesprochen habe, der Rat der Stadt hätte der Lieferung der Steuerbücher zugestimmt, sondern ich habe mich als Referent des Rats dahin ausgesprochen, daß sich sehr wohl über die Anregung des Herrn Gartung - oder des Herrn Drews, von dem ~~die~~ ^{die} ausgeht - reden lassen. Ich habe das getan, weil ich mich fragte: Wie macht sich der Rat die Sache am ~~Grund~~ ^M grundgerechtesten und wie sichert er die Überführung der Steuer in der einfachsten Weise. Da sind die paar Hundert Mark gut angewandt, wenn man dadurch Gleichmäßigkeit erzielt, sodaß der überwachende Beamte nur mit einer Sorte Fremdensteuerbücher zu rechnen haben. Man könnte die Sache in der Weise einschränken, daß man sagt, daß die Kosten der erstmaligen Anschaffung stadtseitig zu tragen sind, und dann kann man auf den Zusatz verzichten, daß die Bücher pfleglich zu behandeln sind. Wenn das Buch abhanden kommt oder unbrauchbar wird, muß der Vermieter für das neue

Fremden-

Fremdensteuerbuch selber aufkomm~~en~~^{en}. Ich würde also
damit einverstanden sein, daß gesagt wird: „Die Steu-
erbücher werden den Beteiligten erstmalig vom Rat der
Stadt geliefert.“

Stadtv. R e g e n e r : Ich bin auch nicht für die Fassung, wie sie Herr Gartung vorgeschlagen hat, weil nämlich ein ziemliches Satzungeheuer entstanden ist. Ich möchte vorschlagen, daß wir hinter die Worte „auf dem Laufenden zu erhalten“ einfügen: Das Fremdensteuerbuch liefert der Rat der Stadt unentgeltlich.”

Dann geht es mit dem vom Rat vorgeschlagenen Wortlaut weiter. Wenn der Rat der Stadt dieses ~~Steuerbuch~~ Steuerbuch nicht liefert, dann ist es für den Beamten unmöglich, eine gute und schnelle Überwachung durchzuführen. Stellen Sie sich vor: Der eine Kräuger nimmt Deutsch II, der andere hat ein Notizbuch und der Dritte hat ein ^{aus-} ~~un-~~frangiertes Geschäftsbuch als Steuerbuch genommen usw. Jedenfalls steht fest, daß ein einheitliches Fremdensteuerbuch geführt werden muß, weil das für die Praxis unerläßlich ist.

Sodann stehe ich auf dem Standpunkt: Wenn man eine derartige ~~Steuer~~ ^{Abgabe} einführt, dann kann auch der Magistrat~~s~~ brunvigus diese Bücher liefern. Ich habe

schon

schon einmal hier gesagt: Wenn man nichts weiter weiß, um Gelder herumzubekommen, dann stützt man sich auf den Wirtestand. Geschieht das, dann soll man ihm aber als Äquivalent wenigstens die Steuerbücher liefern.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Für den Fall, daß die geehrte Versammlung in ihrer Mehrheit nicht die Steuerbücher unentgeltlich liefern will, dürfte es sich empfehlen, in den Antrag des Herrn Dr. Jasper die Bestimmung aufzunehmen „gegen Erstattung der Selbstkosten“. Wenn der Antrag des Herrn Dr. Jasper angenommen werden sollte, so könnte die Differenz entstehen, ^{als Folge} - daß der einig Teil der Wirte sagt: „Es ist beschlossen, daß der Rat die Steuerbücher liefert, ich bezahle sie also nicht.“ Ohne den von mir eben angegebenen Zusatz in der Satzung würden die Kosten von uns nicht eingezogen werden können. Daß wir bei Lieferung der Bücher nichts verdienen wollen, ~~brauche ich wohl nicht anzuführen.~~

sp. selbstverschuldet.


Stadtv. F a y : Ich bin im Gegensatz zu Herrn Stadtrat von Frankenberg der Ansicht, daß es nicht Aufgabe des Finanzamtes, sondern Aufgabe des ~~Steuer-~~^{Kontroll-}~~schöpfers~~^{Amtes} ist, dafür zu sorgen, daß die Steuer nicht hinterzogen werden kann, und kann mich trotz der sehr interessanten Aufklärung des Herrn Stadtrats nicht damit einverstanden erklären, von dem von mir beantragten Nachsatz, daß das Steuerbuch dem Gaste zur Unterschrift vorzulegen ist, abzusehen. Ich glaube, daß dadurch, daß rechtzeitig diese Eintragung besorgt wird, ~~manche~~ Weiterungen und Unklarheiten erspart bleiben. Allerdings dürfte die Eintragung nicht auf den letzten Augenblick verschoben werden, denn gerade bei einer eiligen Abreise ~~entschuldigt~~^{und} durch die Eile würde die Eintragung leicht überhaupt unterlassen werden.

Stadt v. H e r b s t : Ich möchte allerdings bitten, von der Einfügung des Zusatzes, wie ihn Herr Fay beantragt hat, abzusehen. Eine derartige Erschwerung des Verhältnisses zwischen Wirt und Mieter würde nicht empfehlenswert sein. Wer viel reist, wird einsehen, daß die Durchführung der Bestimmung unmöglich wäre. Ich bin nicht verpflichtet, eine Sache zu unterschreiben, die mir vorgelegt wird, und wenn ich mein Geld bezahle, muß das genügen. Manch ein Fremder wird einfach weggehen, ohne die Unterschrift geleistet zu haben und es gibt so nur ^{Zwisch-}~~Schwierig~~keiten zwischen Wirt und Reisenden.

Vorhin ist von Herrn Stadtrat von Frankenberg gebeten, die Worte „oder entsprechende Formulare“ aus dem Antrage des Herrn Gartung wegzulassen. Ich bin jetzt zu der Überzeugung gekommen, daß man um die Verwendung von Formularen nicht ^{herum-}~~Raum~~ kommen wird, denn wenn hier große Tagungen stattfinden und die Gäste in den Familien, die sich dazu melden, untergebracht werden,

den,

den, dann kann man nicht jeder dieser Familieⁿ ein Steuerbuch ~~aus~~^{über}geben, das sie nur dies eine Mal benutzen¹ und dann nicht wieder. In solchen Fällen ist es richtiger, Formulare auszugeben, die von den aufnehmenden Familien für die 2 - 3 Tage, wo die Leute für die Kongresse hier anwesend sind, ausgefüllt werden, denn auch in diesem Falle müßte von dem zu zahlenden Entgelte eine ~~F~~remdensteuer gezahlt werden.



Stadtverordneter : Herr Stadtrat von Frankenberg erwähnte, daß auch bei den Pensionen 20 v.H. für die Fremdensteuer gerechnet werden. Es ist aber in der Satzung ausdrücklich gesagt, daß die Steuer von den Pensionspreisen ausschließlich der Verpflegung genommen werden soll. Es müßte in diesen Fällen also festgelegt werden: soviel von dem Pensionspreis gilt für die Wohnung und soviel für die Verpflegung.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich darf Frau Götze freundlichst bitten, § 2 der Satzung durchzulesen. Da ist die Rede davon, daß bei einem Gesamtpreise für Wohnung und Verpflegung 20% als Entgelt für die Wohnungen gerechnet werden und steuerpflichtig sind.

Was Herr Herbst darlegte, mag von mir dahin beantwortet werden, daß in derartigen Fällen, wo für große Massen Quartiere zu schaffen ist, nach § 5 , 1 der Rat befugt ist, auf Antrag ein vereinfachtes Entrichtungs- und Anzeigeverfahren zuzugestehen. Wir würden selbstverständlich in derartigen Ausnahmefällen jede mögliche Rücksicht nehmen.

Stadtverordneter Dr. 3 a b c d e f: Ich glaube Herrn Herbst darauf hinweisen zu können, daß ich auf § 1 aufmerksam mache, in dem gesagt wird daß nur von gewerbenmäßigen Vermittlungen die Fremdensteuer erhoben werden soll. Die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper haben sich aber stutzig gemacht, da Herr Dr. Jasper doch meinte, daß auch die einmalige Vermittlung ohne die Absicht eines dauernden Erwerbs unter die Steuer fallen soll. Bisher war die Auffassung der Mehrheit im Ausschuß, daß wir Wert darauf legten, daß eine gewerbenmäßige Vermittlung stattfindet. Dieses Wort „gewerbenmäßige“ in § 1, 1 bezieht sich doch mit auf die Worte „oder Privathäusern“. Es ist also gleichgültig, ob die Vermittlung von Räumen in Gasthäusern oder in Privathäusern stattfindet, es muß nur kein dauernder Aufenthalt werden und ein entgelt dafür gefordert werden.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Die Bemerkung
des Herrn Berichterstatters ist vollkommen zutreffend.
Es liegt mir fern, diejenigen Leute, die hochherziger
Weise bei besonderen Gelegenheiten gegen geringe^s Entgelt
Leute beherbergen, damit behelligen zu wollen, *dafs sie*
Steuer bezahlen sollen,

Vorsitzender: Also eine „gelegentliche“ Beherbergung ist nicht als unter die Steuer fallend anzusehen.

Stadtverordneter B u r g d o r f f: Ich möchte zur besseren Kontrolle der Sache empfehlen, daß das Fremdensteuerbuch in der Form gehalten wird, daß ein erstes Blatt fest ist und dahinter ein Blatt oder zwei Blätter zum Durchschreiben und Herausreißen benutzt werden. Dann könnten, falls die Fremdensteuersatzung wirklich nicht über^{den} 31. Dezember hinaus^{gel-} ~~haben~~ten würde, diese Formularhefte gegen Erstattung der Selbstkosten an die Gastwirte abgesetzt werden, daß sie dann noch als Rechnungen benutzen könnten. Jedenfalls würde dadurch eine gute Kontrolle gewährleistet sein, indem der überwachende Beamte leicht feststellen könnte: Soviel Blatt sind herausgerissen und soviel sind in dem Hefte enthalten. Dann würde auch das fortfallen können, was Herr ~~F~~ray vorgeschlagen hat, daß die Gastwirte verpflichtet sein sollten, die Steuerbücher von den Gästen unterschreiben zu lassen was ja in der Praxis nicht so leicht durchgeführt werden kann.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Es ist nicht meine Meinung, daß die Steuerbücher Durchschlagblätter enthalten sollen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Meldungen der Wirte an die Polizeibehörde nach anderen Gesichtspunkten beurteilt werden müssen als die Meldungen an uns; Herr Burgdorff meint aber offenbar, diese beiden Meldungen vereinigen zu sollen. Ich glaube, man läßt es bei der einfachen A**M** bewenden; die Wirte werden die üblichen Meldungen aus dem Meldeblock in das Steuerbuch von Tag zu Tag übertragen und so das Fremdensteuerbuch auf dem Laufenden erhalten.

Stadtverordneter M a B : Ich glaube über diesen Punkt ist nunmehr genügend gesprochen worden. (Vorsitzender: Es liegen auch keine Wortmeldungen mehr vor.) Dann erledigt sich das, was ich sagen wollte, sonst möchte ich bitten, die Debatte zu schließen und nur noch den Herrn Berichterstatter zu diesen Punkte sprechen zu lassen.

Vorsitzender: (Zu Herrn Stadtverordneten Gartung gewandt) Ich darf annehmen, daß Sie einverstanden sind, daß ein ^Ihrem Antrage entsprechender Zusatz an das Ende des § 7 gesetzt wird. (Zustimmung des Stadtverordneten Gartung.)

Der Vorsitzende verliest nochmals die Anträge Gartungs ^{Fay} ~~Fray~~ und Jasper.

Antrag Gartung siehe Seite ..66.....

Antrag Fray: „Ich beantrage, den § 7 der Satzung der Fremdensteuer zu ergänzen durch die an den Schluß zu setzenden Worte: „Das Fremdensteuerbuch ist nach erfolgter Eintragung der Sätze dem Mieter zur Unterschrift vorzulegen.“

Antrag Jasper: § 7 erhält folgenden Zusatz: „Der Rat der Stadt liefert das Steuerbuch gegen Erstattung der Selbstkosten.“

Der Antrag Gartung wird abgelehnt, der Antrag Jasper angenommen und der Antrag ~~Fray~~ abgelehnt.

Vorsitzender: Danach ist der Wortlaut des § 7, entsprechend der Ratsvorlage und dem Kommissionsantrage ~~angenommen~~ mit Hinzufügung des Satzes, der in dem Antrage des Herrn Dr. Jasper enthalten ist.

§ 8 wird unverändert angenommen, nachdem der Bericht~~er~~ erstatter dies~~e~~ seitens des Ausschusses empfohlen hatte.

Stadtverordneter Dr. Jaspers: Paragraph 9 schlägt gegen die Bestrafungen eine niedrige Geldstrafe bei Zu widerhandlungen/dieser Satzungen vor, nämlich bis zu 60 M., an deren Stelle mit im Vermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe treten soll. Es ist in der Ausschußsitzung angefragt, eine höhere Bestrafung zu ermöglichen, wir sind aber davon abgekommen, nachdem Bedenken seitens des Rats geäußert wurden, die dahin gingen, daß die Städteordnung nur diesen Höchstsatz vorsieht. Wir schlagen ab, von der anderen Möglichkeit, nämlich der Verhandlung einer Haftstrafe gegen ganz verstockte Sünder Gebrauch zu machen. Wir beantragen, den Nachsatz „An deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt“ zu streichen, da das hierin angedrohte nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen sich von selber versteht, und dafür am Schlusse diese Paragraphen zu sagen:
„mit Geldstrafe bis zu 60 M oder mit Haft bis zu bis zu 14 Tagen bestraft.“

Wir wünschen dabei, daß dieses Vorgehen Veranlassung geben möge, die Städteordnung möglichst bald zu ändern, damit angemessene Strafraumen festgesetzt werden können.

Die Versammlung nimmt Paragraph 9 entsprechend dem Antrage des Finanzausschusses an.

Paragraph 10 wird auf Empfehlung des Berichterstat-
ters unverändert angenommen.

Stadtverordneter Dr. J a s p e r: Paragraph 11 ist mit das heiterste Stück in dieser ernsten Vorlage. Es wird uns zugemutet, eine Satzung zu verabschieden auf die Dauer von ganzen 10 Monaten - sonst sind sie für die Ewigkeit bestimmt. Weshalb soll so verfahren werden? Weil das hohe Ministerium sich noch nicht schlüssig werden kann, ob die sogenannte Blankenburger Mustersatzung oder die preußische Mustersatzung oder wer weiß was für eine Mustersatzung aus Thüringen oder Sachsen angemessen erscheinen könne. In 10 Monaten scheint das Ministerium dazu zu kommen, das Richtige zu treffen. Wir meinten im Ausschuss, wir sollten es darauf ankommen lassen, ob das Ministerium die Genehmigung nicht ausspricht, wenn wir die Satzung ihre Gültigkeit nicht mit dem Ablauf dieses Jahres verlieren lassen, aber die Herren vom Rat, die in diesen Sachen durch die Erfahrung gewitzigter sind, meinten, dann könnte die Annahme in Frage kommen und so haben wir uns beschieden. Aber in dem einen Punkt konnten wir uns nicht ganz bescheiden, nämlich daß

diese

diese 10 Monate der Satzung nicht ganz gegeben werden sollten, sondern der heilige Sylvester uns genommen werden sollte, da nach dem Vorschlage des Rat die Satzung ihre Gültigkeit „am 31. Dezember 1922“ verlor. Wir meinten, es wäre nicht zu viel gesagt- verlangt, wenn wir sagten erst „mit Ablauf des 31. Dezembers 1922“ solle unsere Steuer außer Kraft treten, wenn das Ministerium bis dahin nicht zu einer anderen Erkenntnis gekommen ist. Im übrigen hoffen wir, daß die Steuer ein länger Leben haben wird, und damit diese den Steuerpflichtigen bekannt gegeben wi schlagen wir vor, in einem dritten Satze des ersten Absatzes noch zu sagen:

„Die weitere Genehmigung ist vom Rat der Stadt durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen.“

Joh glaube das ist eine ganz sachgemäße Maßnahme, wodurch der Steuerpflichtige gleich erfährt, ob das Statut weiter gilt oder nicht.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Es ^{wäre} ~~ist~~
für uns betrüblich, wenn diese nicht ohne Mühe zustand
gekommene Satzung nur eine Eintagsfliege sein sollte.
Wenn im Rate der Stadt haben den Wunsch, daß sie ihre
Lebensfaden über den 31. Dezember hinausspinnen
wird, das ist ja auch schon zum Ausdruck gekommen.
Der Zusatz, der vom Finanzausschuß zu § 11 vorge-
schlagen wird, scheint ^{durch} ~~daraus~~ zweckmäßig, weil er
einwandfrei angibt, in welcher Weise die Verlängerung
der Satzung vorsich|gehen soll.

Der Herr Berichterstatter hat nun einen Vor-
schlag nicht miterwähnt, den er selber gemacht hat.
Das Wort „Verkündigung“ fand keinen Beifall, statt
dessen hat der Ausschuß beschlossen „Verkünd~~ung~~“
zu sagen.

Stadtverordneter Dr. J a s p e r : Der Ausschuß hat leider meiner Anregung nicht stattgegeben und deshalb glaubte ich, sie nicht wieder vorbringen zu sollen. Nachdem sie aber erwähnt ist, möchte ich doch vorschlagen, sich etwas moderner auszudrücken und nicht wie in dem Worte: „Siedlich verkündige Euch große Freude!“ zu sagen „Verkündigung“, sondern „Verkündung“. Gleichzeitig bitte ich, einen Schreibfehler zu berichtigen, der unterlaufen ist: Man sagt „Gültigkeit“ und nicht „Giltigkeit“. Die „Gilte“ ist nach dem Sprachgebrauch etwas ganz anderes. Das ist aber nur eine Äußerlichkeit.

Stadtverordneter Dr. R ö p k e : Ich möchte noch erfahren, ob es nicht möglich ist, zu erreichen, daß die Sache so ^{gerügelt} hingestellt wird, daß die Satzung ihre Gültigkeit nur dann verliert, wenn das Ministerium ^{Abm. d. d. d.} seine Genehmigung zurückzieht. Sonst könnte man vielleicht erleben, daß das Ministerium die weitere Genehmigung verzögert und vielleicht vier Wochen lang keine Satzung besteht, woraus dann Scherereien entstehen würden. Das ließe sich vermeiden, wenn man sagt: Die Satzung verliert ^{nach Ablauf d. Frist} ihre Gültigkeit dadurch, daß das Staatsministerium seine Genehmigung zurückzieht.

Stadtvorordneter Dr. J a s s e r : Herr Kollege Dr. Röpke steht gegenwärtig dem Ministerium näher als die Ausschußmitglieder und könnte eher darüber Bescheid wissen. Auch wir haben eine solche Anregung erwogen, haben aber aus früheren Verhandlungen mit dem Ministerium die Erfahrung gemacht, daß bei einer derartigen Anregung nicht immer die nötige Gegenliebe zu finden ist. Wir wollten deshalb durch eine solche Fassung die Genehmigung der Satzung auf keinen Fall gefährden. Vielleicht ist ^{es} durch Jhren Einfluß möglich, ein Zugeständnis in dieser Hinsicht zu erwirken; das würde uns angenehm sein.

Vorsitzender: Herr Dr. Röpke, Sie wollten wohl nur eine Anregung geben, ohne einen Antrag zu stellen? (Zustimmung des Stadtverordneten Dr. Röpke.)

Paragraph 11 mit den vom Herrn Berichterstatter vorgebrachten Änderungen und dem Zusatze wird angenommen.

Schließlich stimmt die Versammlung dem ganzen Statut in der heute beschlossenen Form zu.

4. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Kriegshilfskassenausschusses.

Schulze:

Stadtverordnete Frau ~~Götze~~: Es ist von uns eine Ersatzwahl vorzunehmen für den Kriegshilfskassenausschuß. Es ist dieses ein Ausschuß, der sehr bekannt ist, von dem aber niemand etwas weiß. Herr Bunge, der in diesem Ausschuß mitgearbeitet hat, ist verstorben, und seitens des Rechtsausschusses habe ich Ihnen zur Wahl Herrn Geschäftsführer Heinrich Wöhler, Ölschlägern 29 vorzuschlagen.

- 111 -

Der Genannte wird von der Versammlung gewählt.

(Punkt 4).

5. Änderung der Regelung der Kohlenversorgung.

Stadtverordneter L e h n e r t: Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten geschrieben, daß die Hoffnung, der Kohlenbezug werde zum 1. Mai kommenden Jahres vollständig freigegeben, ohne daß Bezugsscheine dafür zu benutzen ~~sein~~^{sind}, sich nicht erfüllt habe, sondern der Reichskohlenkommissar habe unterm 20. Januar an den Rat der Stadt die Mitteilung gelangen lassen, daß die Bezugsscheinplicht für Steinkohlen, Steinkohlenerzeugnisse und Braunkohlenbriketts bis auf weiteres bestehen bleiben müsse. Da nun aber eine bedeutende Erleichterung in dem Bezuge von Heizmaterial durch das vor Jahresfrist vom Reichskohlenkommissar gemachte Zugeständnis, Zechenkoks, Gaskoks, Grudekoks und Braunkohlen ohne Kohlenkarte beziehen zu dürfen, eingetreten ist, hält es der Rat der Stadt für an der Zeit, die früheren notwendigen straffen Vorschriften der Kohlenversorgung zu mildern. Da

durch

durch ^H~~Her~~stellung der Kohlenkarten bedeutende Kosten verursacht worden sind, ersucht der Rat um Zustimmung dazu, daß für das bevorstehende neue Kohlenwirtschaftsjahr für jeden Haushalt nur eine nach der Zahl der Haushaltsangehörigen berechnete Kohlenkarte ausgegeben wird und daß die von den Kohlenhändlern geführten Kundenlisten in Fortfall kommen, sodaß die Verbraucher nicht mehr gezwungen sind, bei dem betreffenden Kohlenhändler zu kaufen, bei dem sie angeschrieben sind und der sie im abgelaufenen Jahre auch recht liebevoll behandelt hat, der ihnen Kohlen in einem Sack geliefert hat, der schwerer war als die Kohlen darin, oder dessen Inhalt nicht mit dem übereinstimmt, was davon gesagt wurde. In Zukunft soll es ~~wie~~ jedem unbenommen sein, nach einem anderen Kohlenhändler zu gehen, wenn er glaubt von seinem früheren Lieferanten nicht gut bedient zu sein, der Käufer soll also nicht mehr mit seinem Kohlenhändler verbunden sein, als ob

sie

sie verheiratet wären. Auf Kohlenkarten ^{ganz} ~~hat~~ zu verzichten, hält der Rat der Stadt bei der Stellungnahme des Reichskohlenkommissars nicht für ^{angängig} ~~notwendig~~. Es ist in Aussicht genommen, daß Haushaltungen mit 1-2 Personen Karten über 20 Ctr. erhalten, Haushaltungen mit 3 - 5 Personen Karten über 30 Ctr. und Haushaltungen mit mehr als 5 Personen Karten über 40 Ctr.. Es ist in dieser Neuordnung für das Publikum eine bedeutende Erleichterung im Kohlenbezuge einbegriffen, und ich habe ^{Sie} ~~die~~ im Namen des Rechtsausschusses zu ersuchen, die Zustimmung zu dieser Neuregelung zu erteilen und dadurch der Einwohnerschaft etwas mehr Bewegungsfreiheit zu schaffen, daß sie nicht mehr im ganzen Jahr an denselben Kohlenhändler gebunden sind.

Die

- 115 -

Die Versammlung stimmt der Neuregelung zu.

6. Beschaffung einer Reserve an Heizmaterial für das kommende Jahr.

Bürgermeister Meyer: Die Herren, die der Vorberatung über die Neuregelung der Kohlenversorgung beigewohnt haben, werden sich erinnern, daß ich dort einen Zusatzantrag gestellt habe. Da ihn Herr Lehnert nicht erwähnt hat, so komme ich meinerseits darauf zurück.

Sie wissen, daß der Rat der Stadt vor Jahr und Tag beschlossen hat, eine Brennstoffreserve einzurichten, die ^{bestanden hat} ~~Bestand haben~~ aus Braunkohlenbriketts, Holz und Torf. Sie war nicht dazu angelegt, um eine Konkurrenz gegen die Kohlenhändler einzuleiten, sondern um in der Lage zu sein, im Falle der Not der Bevölkerung helfen zu können. In den ersten beiden Jahren des Bestehens der Reserve haben wir keine Veranlassung gehabt, sie allgemein freizugeben, denn wir hatten damals verhältnismäßig milden Winter, dagegen waren wir in

letzten

letzten Winter froh, daß wir eine Reserve zur Verfügung hatten - Sie selbst werden vielleicht davon bezogen haben. Die Reserve in Briketts hat einer ganzen Reihe von Bäckern, die während des Eisenbahnststreiks in Not geraten waren, Hilfe gebracht. Mit der Möglichkeit, daß trotz der im allgemeinen besseren Zufuhr von Kohlen eine Unterbrechung derselben eintreten könnte und dadurch wieder starker ^{er} Mangel hervorgerufen werden könnte, müssen wir rechnen, und deshalb ist der Rat der Ansicht, daß es ^{für uns} ~~nicht unweckend~~ wäre, an der Ansammlung einer Reserve festzuhalten, insbesondere eine Reserve an Braunkohlenbriketts für den nächsten Winter hinzulegen. Bei den heutigen hohen Kohlenpreisen steckt aber in einer solchen Reserve ein erhebliches Kapital, und deshalb möchte der Rat wissen, wie die Stadtverordnetenversammlung über die Beibehaltung dieser Reserve denkt. Wir würden heute noch Material aus der vorhandenen Reserve auf den Markt bringen können, bis zum Schlusse des Winters

~~werden und~~ aber

aber ausverkauft haben. Es empfiehlt sich nicht, die gegenwärtig am Lager befindlichen Briketts ^{länger} zu behalten, ^{da man sie nicht mehr} sonst zerfallen sie. Es muß also ein Austausch zwischen alter und neuer Ware in unseren Lager erfolgen, aber die neue Ware kostet sehr viel mehr als die alte und die Stadt wird heute verhältnismäßig sehr viel Geld mehr aufwenden müssen, um die Reserve anzulegen. Wir dachten, es würde genügen, eine Reserve von vielleicht 20 000 Ztr. zu haben - in den vergangenen Jahren haben wir bis zu 40 000 Ztr. Braunkohlenbriketts auf Lager gehabt. Es ist ^{damit} ~~darauf~~ zu rechnen, daß die Preise für Briketts in den nächsten Wochen ^{hinauf} ~~heruntergehen~~, ^{was} aber ~~doch~~ handelt es sich bei der Anschaffung um ~~die runde Summe von 500 000 M., evtl. um mehr bis zu 1 Million Mark.~~ ^{lauten} Es ist natürlich möglich, daß der ~~Eindeckungspreis~~ ^{Preis} im nächsten Jahre ~~oder wenigstens~~ ^{höchstens} im Laufe des Sommers ^{noch} geringer sein wird, ~~aber andererseits ist auch zu befürchten, daß die Preis-~~
~~und darin liegt in dem angedachten Rückgang eine finanzielle Gefahr.~~
-senkung-

~~senkung nicht so schnell eintreten wird.~~ Dem Rat würde es angenehm sein, von Ihnen die nötigen Mittel ausdrücklich bewilligt zu bekommen, und so ersucht Sie der Rat der Stadt^{1/} sich ~~grundsätzlich~~ damit einverstanden zu erklären, daß eine neue Reserve an Heizmaterial geschaffen wird, und^{2/} die Mittel dazu bis zu 1 Million Mark dem Rat zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender: Die Schaffung einer Reserve an Heizmaterial steht zur Beratung.

Nachdem Herr Stadtverordneter Sauerbier auf seine Anfrage, ob damit die Besprechung über die Neuregelung der Kohlenversorgung eröffnet sei, vom Vorsitzenden eine verneinende Antwort erhalten ^{hat} ~~habe~~, ~~spricht~~ die Versammlung ihr Einverständnis mit der Schaffung einer Reserve an Heizmaterial aus und bewilligt dem Räte der Stadt dafür bis zu 1 Million Mark.

7. Erweiterung des Aschenlagerplatzes auf dem Feuerwehrgrundstücke.

Stadtverordneter R a s c h e: Seit dem Jahre 1909 wird die für das Feuerwehrgebäude und das Waisenhaus gebrauchte Dampferzeugungsanlage von seiten der Stadt betrieben. Es hat sich dabei schon mehrfach herausgestellt, daß der für die Lagerung der Asche aus dem Dampfkesselfeuerung zur Verfügung stehende Raum zu klein ist, und in diesen Fällen ist ein Stück des Hofes des Waisenhauses benutzt, um die Asche zu lagern. Das hat zu Unzuträglichkeiten geführt, die beseitigt werden müssen. Zu diesem Zwecke soll ein Stück des Hofraums des Waisenhauses ^{mit eingetragt} benutzt werden, das widerruflich zur Verfügung gestellt wird. Die dort stehende Planke soll niedergelegt und an einer weiteren ^{hinaus} ~~angeschoben~~ Stelle eine neue Planke errichtet werden, wofür nach Schätzung des städtischen Betriebsamts 3000 Mark aufzubringen sind. Der Rat der Stadt ersucht,

1.)

- 1.) ^b sich mit der Erweiterung des Aschenlagerplatzes in der vorgeschlagenen Weise einverstanden zu erklären und
- 2.) die zur Änderung und Erweiterung der Einfriedigung notwendigen Mittel in Höhe ~~von~~ bis zu 3000 Mark zu Lasten des Kap.XXIV zu bewilligen.

Ich möchte noch erläuternd hinzufügen, daß es sich um Lagerung von ~~Bog~~^{rk}asche handelt, die wertvoll ist. Der Bauausschuß hat dem Antrage des Rats zugestimmt, und ich bitte Sie, gleichfalls Ihre Genehmigung auszusprechen.

**Die Versammlung stimmt den Ratsanträgen zu
(Punkt 7).**

8. Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Arbeitersamariterkolonne.

Stadtverordneter S t e i n e r t: Die hiesige Arbeitersamariterkolonne hat sich an den Rat der Stadt gewandt zwecks einer Beihilfe zur Unterhaltung ihrer Hauskrankenpflege. Diese Hauskrankenpflege wird vollständig unentgeltlich ausgeführt, darum ist es selbstverständlich, daß es der Kolonne allein nicht möglich ist, die Kosten dafür aufzubringen. Daß die Kolonne mit ihrer Hauskrankenpflege ein gut Teil segensreicher Arbeit geleistet hat, geht daraus hervor, daß ^{sie} für 176 ganze, 693 halbe Tage die Pflege übernommen hat und 32 Nachtwachen ausgeführt hat.

Der Rat der Stadt beantragt, der Arbeitersamariterkolonne als einmalige Beihilfe zu den Einrichtungs- und Betriebskosten der Hauskrankenpflege 1000 M aus Kap. XVII der ordentlichen Kammereikasse zu bewilligen. Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage befaßt und schlägt Ihnen vor, den genannten Betrag der Kolonne zu bewilligen.

Stadt v. Frau Schulze : Dieser Bewilligung von Seiten der Stadt stimmen wir zu, doch möchte ich bei dieser Gelegenheit anregen, in Überlegung zu ziehen, ob es in Zukunft nicht richtiger wäre, wenn alle derartigen Gelder der Zentrale zur Verfügung gestellt würden. Wäre es nicht richtiger, daß die Frauen und Mädchen vom Samariterbund, die Krankenpflege ausüben, sowie die Frauen, die gewillt sind, zur Aushilfe für erkrankte Hausfrauen häusliche Arbeiten zu übernehmen, sich im Wohlfahrtsamt melden. Dieses müßte dann, ~~etwa auch~~ wenn die Männer nicht so viel verdienen, daß sie die Ausgaben tragen können für solche ^{Nachwachen} ~~nach Wochen~~ eine Vergütung zu zahlen in der Lage sein. Damit kämen wir zu einer einheitlicheren Arbeit, während jetzt alles ~~zu~~ zersplittert ist. Ich kann mich nicht dafür erwärmen, daß einer ^{einzelnen} ~~kleinen~~ Korporation oder Körperschaft auch in der Zukunft solche Mittel zugewandt werden. (Zuruf!) Ich habe ausdrücklich gesagt: einer einzelnen Korporation. Wir haben die Zentrale. Ist sie noch

nicht

nicht so, wie wir alle wünschen, so müssen Sie bedenken, daß sie noch in den Kinderschuhen steckt. Aber dafür kann ich mich nicht erwärmen, daß immer wieder Absplitterungen vorgenommen werden und Anträge für besondere Unternehmungen kommen. Lassen Sie uns einheitlich arbeiten, dann kommen wir eher zum Ziel. Die Einwohnerschaft muß Vertrauen zu der allgemeinen Einrichtung haben, das Zentralisieren in dieser Beziehung halte ich für richtiger, als daß wir uns zersplittern.

Stadtv. G r ä f : Ich glaube, vor allen Dingen sollte oder müßte man anerkennen, daß das Wohlfahrtsamt nicht in der Lage ist, dem nachzukommen, was ihm zusteht, und weiter sollte anerkannt werden, daß sich eine Arbeitersamariterkolonne bereit findet, den Kranken und Armen zu helfen, was sonst nicht zu ermöglichen wäre. Wenn die Arbeitersamariterkolonnen sich jetzt an den Rat der Stadt gewandt haben, so liegt das daran, weil diese Vereinigung bei ihren finanziellen Bedürfnissen sich wahrscheinlich auch schon an das Wohlfahrtsamt gewandt hat, aber nichts bekommen wird, weil das Wohlfahrtsamt keine Gelder dafür besitzt. So mußte die Arbeitersamariterkolonne schon an den Rat der Stadt herangetreten und um Bewilligung von Geldern bitten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Dieselbe Anregung, die eben Frau Schulze gegeben hat, habe ich meinerseits bei der Vorberatung dieser Angelegenheit auch schon an Herrn Steinert, als denⁿ Vorsitzenden der Arbeitersamariterkolonne mitgeteilt, und Herr Steinert hat anerkannt, daß es sich sehr wohl machen lassen würde, daß der Arbeitersamariterbund die Liste seiner Hauspflegerinnen dem Wohlfahrtsamt mitteilt und auf dem Laufenden erhält, damit daß^s, was Frau Schulze vorschwebt, gewährleistet ist.

Daß im übrigen der Arbeitersamariterbund der Förderung durch die städtischen Behörden wert ist, haben die geehrten Herrschaften seit Jahren anerkannt. Der Bund bezieht eine laufende Beihilfe von 300 M., hat vor zwei Jahren 500 M. für Einrichtung der Hauskrankenpflege bekommen, und seitdem ist seine Hauskrankenpflege gut vorwärts gekommen. Da die Verhältnisse jetzt sich derart zugespitzt haben, daß man es den Frauen nicht zumuten kann, ihre Ar-

beit

beiten ohne jegliche Entschädigung auszuführen, so wird es richtiger sein, wenn der Arbeitersamariterbund in Zukunft eine, wie ich annehme, bescheidene Bezahlung gewährt, da es immerhin eine Art Ehrenamt ist, daß die Frauen übernehmen. Wenn wir die Sache ganz ausschließlich auf städtische Rechnung übernehmen würden, so fürchte ich, daß sie sich reichlich verteuern würde und mancher andere Nachteil entstehen würde. Wir sollen das Gute nehmen, wo wir es finden, und ich wüßte nicht, ~~wehola~~-weshalb wir, nachdem wir das Zugeständnis erhalten haben, daß der Arbeitersamariterbund Hand in Hand mit uns arbeiten will, die Bewilligung ablehnen sollten. Ich habe auch der Geschäftsführerin des Wohlfahrtsamts, Schwester Helene Peters, die Sache unterbreitet, und diese hat sich durchaus befürwortend und anerkennend ausgesprochen, sodaß ich auch ^{dar-}~~durchaus~~ keinen Anlaß nehmen kann, gegen die Bewilligung zu sein.

Stadt v. S t e i n e r t : Wenn die Frage aufgeworfen wird, ob die Einrichtung der Hauskrankenpflege der Arbeitersamariterkolonne dem Wohlfahrtsamt angeschlossen werden soll, so kann ich mich mit dem Anschluß nicht einverstanden erklären. Wir müssen berücksichtigen aus welchen Gründen und Prinzipien wir dazu übergegangen sind, die Hauskrankenpflege einzurichten. Wir wissen, daß das Wohlfahrtsamt länger besteht als die Einrichtung der Hauskrankenpflege durch die Samariterkolonne, es ist schon gesagt, daß unsere Hauskrankenpflege erst seit einem Jahr besteht. Das ^{seinerzeit} ~~seinerzeit~~ Versprochene haben wir voll und ganz gehalten. Das Wohlfahrtsamt ist nicht in der Lage gewesen, derartiges auszuführen. Unsere Hauskrankenpflege will nicht nur deshalb in die Familien hineingehen, um die Kranken zu pflegen, sondern sie will weiter - was in vielen Fällen die Hauptsache ist - den Haushalt aufrecht erhalten, und dazu gehört, daß Frauen zur Verfügung stehen,

die

die auch wirklich den Haushalt eines Arbeiters zu führen verstehen. Wenn Frau Schulze sagte, daß die ganze Hauskrankenpflege gewissermaßen zentralisiert werden solle, so ist doch nichts da, was zentralisiert werden könnte, denn soweit ich im Bilde bin, hat das Wohlfahrtsamt noch keine Hauskrankenpflege. Wenn die Sache weiter ausgebaut werden soll und muß, werden wir die Hand dazu bieten, aber leider ist es uns noch nicht möglich gewesen, die Sache weiter auszubauen, sonst hätten wir es getan. Die finanziellen Mittel, die wir zum weiteren Ausbau benötigen, hätten wir wohl schließlich aufreiben können, aber leider steht uns ein Stein im Wege, das ist die Braunschweiger Ärzteschaft. Hätte sie uns nicht quasi den Stuhl vor die Tür gesetzt, dann hätten wir weit mehr Pflegerinnen ausbilden können, als es uns bisher möglich war. Wir müssen jetzt sämtliche Pflegerinnen, die wir in die Haushalte schicken wollen, selbstverständlich durch die Ärzte erst in

der

der Krankenpflege ausbilden lassen, gewissermaßen einen Nachhilfekursus in diesen Sachen geben lassen, ehe sie ihr Tätigkeitsfeld aufsuchen. Wir sind bereit, soweit uns selbst Krankenpflegerinnen zur Verfügung stehen, sie dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung zu stellen, und wenn wir Anregungen vom Wohlfahrtsamt bekommen, sind wir gern bereit, ihnen nachzukommen.

Stadtv. Frau G ö t z e : Der von Frau Schulze ausgesprochene Gedanke ist nur zu begrüßen. Auch ich kann sagen, daß Herr Steinert im Finanzausschuß sozusagen das Versprechen gegeben hat, nicht nur das zu tun, was er eben sagte, sondern auch eine Liste an das Wohlfahrtsamt abzugeben. Eben sprachen Sie nur davon, daß sie Entgegenkommen zeigen wollten, wenn das Wohlfahrtsamt Anregungen gebe. Sie müßten also schon so freundlich sein, eine Liste einzureichen, dann ist die Zentralisation schon geschaffen. Man muß eine Sache nicht auf die Spitze treiben, und deshalb ist in gewisser Weise auch eine Dezentralisation sehr gut. Nur das möchte ich hier richtig stellen: Im Finanzausschuß haben Sie gesagt, Sie wollten eine Liste einreichen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Herr Steinert kann nicht über alle Einrichtung^{en} des Wohlfahrtsamtes unterrichtet sein, sonst würde ihm bekannt sein, daß seit 10 oder 12 Jahren ~~dort~~^{hier} die Hauspflege eingerichtet ist. Wir haben auch dafür geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen versucht, rechnen allerdings bestimmt auf die Unterstützung des Arbeitersamariterbundes. Ich möchte bitten, zur Bedingung der Bewilligung zu machen, daß die mehrfach erwähnte Liste uns mitgeteilt wird. Allerdings wollen wir nicht alles unter einen Hut bringen, aber einen Überblick über die pflegerischen Kräfte wollen wir im Wohlfahrtsamt^{haben}; wir wollen auch gern ~~die~~^{das}jenige, was bei uns seitens des Samariterbundes beantragt ist, ihm zur Verfügung stellen, müssen aber auf dieser Meldung an das Wohlfahrtsamt bestehen.

Stadtv. S t e i n e r t : Wie die Sache hier aufgezogen werden soll, so geht es selbstverständlich nicht. Wenn ich in der Finanzausschußsitzung auf Anregung des Herrn Stadtrat von Frankenberg gesagt habe, daß ich bereit wäre, ihm eine Liste unserer Pflegerinnen mitzuteilen, so liegen die Dinge in Wirklichkeit anders, denn ^{über} ~~würde~~ eine Liste von Krankenpflegerinnen können nicht zwei Instanzen verfügen. (Sehr richtig!) Wenn von der einen Seite das Wohlfahrtsamt über eine Pflegerin verfügen will und der Vorstand der Hauskrankenpflege auch, dann weiß keiner, wer die Pflegerin bekommt. Es kommen beide Anträge auf die eine Pflegerin zusammen und sie weiß nicht, welchen Auftrag sie ausführen soll: den Auftrag des Wohlfahrtsamts oder den des Vorstandes. So geht es doch nicht! Ich bin gern bereit, in jeder Beziehung, soweit es uns möglich ist, auch die Anträge des Wohlfahrtsamt zur Ausführung zu bringen, bin auch bereit, noch weitere Pflegerinnen auszubilden, soweit uns die Ärzteschaft in dieser Beziehung zur Verfügung steht, sodaß mehr geleistet werden kann als bisher. Aber wenn wir von zwei Instanzen geführt werden sollen, so geht das nicht.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich glaube, die Sache ist nicht wert, daß wir uns hier den Kopf über Einzelheiten zerbrechen. Die Geschäftsführerin des Wohlfahrtsamts wird sich, wenn sie die Liste bekommt - und Herr Steinert wird seine Zusage erfüllen wollen -, ~~dann wird sie sich~~ mit Ihnen in Verbindung setzen, wie auf Grund dieser Liste die Zuziehung der Pflegerinnen erfolgen soll. Wenn Sie selbst von den in Ihrer Liste aufgeführten Kräften Gebrauch machen wollen, so ist das Ihr Recht. Wir wollten nur einen Überblick haben, damit wir, wenn das Wohlfahrtsamt nicht selbst Kräfte zur Verfügung hat, auf Ihre Liste zurückgreifen können, und da⁶ werden Sie nicht als in ihre Geschäftsführung eingreifend ansehen.

Stadt. Dr. S c h u l t z e : Ich möchte Verwahrung einlegen gegenüber ^{dem} ~~einem~~ Vorwurf allgemeiner Art gegen die Ärzteschaft. Ein solcher ^{Vorw} ~~Entwurf~~ gegen einen ^{ganzen} ~~Gegen~~stand, der hier durch nichts bewiesen wird, ist unbillig. Herr Steinert hätte näher begründen müssen, welchen ~~Entwurf~~-Vorwurf er den Ärzten macht. Es ist bekannt, wie sich die Braunschweiger Ärzteschaft ⁱⁿ ~~es~~ den Dienst der Öffentlichkeit ^{keit} gestellt ^{haben} ~~haben~~, z.B. weise ich auf die Vorträge hin, für die sich die Ärzte kostenlos zur Verfügung gestellt haben. (Oh!) Ich kann die Namen derjenigen Ärzte nennen und die Gelegenheiten, wo zahlreiche ~~Ärzte~~ Vorträge für die Öffentlichkeit gehalten worden sind. Herr Steinert hat in keiner Weise für seine Behauptungen Beweise angeführt. Welche Verhältnisse beim Arbeitersamariterbund eine Rolle spielen sollen, kann ich nicht beurteilen. Hat Herr Steinert Anlaß, gegen die Ärzte Vorwürfe zu erheben, dann soll er auch mit Namen, Beweisen und näherer ^{Begründung} aufwarten.

Stadtv. S t e i n e r t : Wenn ich als Referent nochmals Stellung zu dieser Sache nehmen soll, so möchte ich darauf hinweisen, daß gerade eine Bezahlung der Ärzte von uns aus von jeher hat erfolgen müssen. Wir haben sämtliche Kurse, die bei uns von Ärzten abgehalten sind, ständig bezahlen müssen. Ich weiß, daß die Ärzteschaft in der Roten Kreuzkolonne sich in der Zeitschrift der Kolonnenführer des längeren darüber unterhalten haben^A, daß sie es als eine Schmach betrachten, wenn sie für Kurse von den Roten Kreuzkolonnen Bezahlung annehmen müssen. Wir dagegen haben die Kurse an die Ärzte ständig bezahlen müssen. Und in der Frage der Ärzte wurde von dem Verbands der Ärzte angeführt, daß eine Notwendigkeit nicht vorliege, Samariter auszubilden, obgleich die anderen Kolonnen ihre bestimmten Ärzte hatten, nicht einen, sondern vier bis fünf. Die Roten Kreuzkolonnen können nach wie vor ihre Mitglieder unter ärztliche ~~Prüfung~~^{Führung} ausbilden, während

während die Arbeitersamariterkolonne nicht in der Lage ist, ihre Tätigkeit so ausführen zu können, wie sie es zum Wohle der Allgemeinheit tun will, weil der Verband der Ärzte sagt: ²Es liegt keine Notwendigkeit vor, daß ihr einen Arzt für die Ausbildung braucht. So liegen die Dinge! Sie sehen, daß man dazu gekommen ist, uns die Ärzte zu sperren, und bis heute sind sie uns nicht frei gestellt. Die Kräfte sind da, mit denen wir unsere Arbeit erweitern könnten, es handelt sich nur um die Ärzte, nur an ~~die~~ der Ärztefrage liegt es, daß wir nicht weiterkommen können.

*Die Beihilfe an den Arbeitersamariterbund wird
von der Versammlung bewilligt.*

9. Beschaffung einer Schreibmaschine für das Städtische Wohlfahrtsamt.

Stadt v. S a u e r b i e r : Das Städtische Wohlfahrtsamt hat durch die neu aufgenommene Arbeit ~~im~~ ^{Bewältigung} ~~Unter~~ausschuß für gefährdete Jugendliche erhebliche Mehrarbeit bekommen, zu deren ~~Bevilligung~~ es um Anschaffung einer zweiten Schreibmaschine bittet, insbesondere auch mit Rücksicht darauf, daß nach und nach noch andere Zweige der Jugendfürsorge vom Wohlfahrtsamt mit übernommen werden müssen.

Die Firma Störig fordert für eine Kontinental-Schreibmaschine, lieferbar in etwa 2 Monaten, mit Tisch dazu 6 650 M., die Firma Hieronymi für eine sofort lieferbare Schreibmaschine mit Tisch 6025 M., also ungefähr 600 M. weniger. Die Systeme sind beide gut. Der Rat der Stadt beantragt, die Adlermaschine anzuschaffen und die Kosten aus Kap. XXIV der Kämmereikasse zu verwilligen.

Ich habe Namens des Finanzausschusses vorzuschlagen, dem Antrage des Rats zuzustimmen.

Die Anschaffung der Schreibmaschine wird beschlossen und die Kosten bewilligt.

10. Aufstellung eines elektrischen Heizofens in dem
Direktorzimmer der Gaußschule.

Stadtv. I o s t m a n n : Von dem Direktor der Gaußschule ist beantragt worden, daß in dem Direktorzimmer ein Ofen aufgestellt~~n~~ werden möge, damit der Direktor dort in den Schulferien seine amtlichen Arbeiten ausführen kann. In der Gaußschule ist eine Dampfheizung eingerichtet, and es steht dort nur ein Schornstein. Deshalb ist es nicht möglich, in dem Direktorzimmer einen Ofen aufzustellen, der mit Kohlen geheizt werden kann. Herr Stadtbaumeister Zimmermann hat nun den Vorschlag gemacht, wegen dieser besonderen Verhältnisse einen elektrischen Heizofen in dem fraglichen Zimmer aufzustellen. Der Preis des Stroms zum Heizen kommt allerdings ziemlich hoch, denn es wird ungefähr für 2,50 M ~~Stern~~ Strom für die Stunde verbrauchen^A - außerdem steht fest, daß ein solcher Ofen nicht so gut heizt wie ein Ofen, der mit Kohlen geheizt werden kann, aber es handelt sich nur darum, im Frühjahr und ~~Herbst~~

für

für einige Wochen das Zimmer zu erwärmen.

Der Bauausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt und schlägt vor, die Anschaffung eines elektrischen Heizofens zu bewilligen. Die Anlage soll 1 600 M kosten, während ein Ofen für Beheizung mit Kohlen ungefähr dieselbe Ausgabe erfordern würde. Es wurde im Ausschuß auch die Ansicht vertreten, daß bei den heutigen Kohlenpreise die Kohlenfeuerung ebenso teuer kommen würde wie die durch Elektrizität. Der Zentner Kohlen kostet heute mehr als 50 M, und für den Preis kann man den elektrischen Strom erst manche Stunde in Gebrauch nehmen.

Ich bitte Namens des Ausschusses, der Anschaffung des elektrischen Heizofens zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bau-
ausschusses zu. (Punkt 10.)

11. Hypotheken- und Kaufpreisregelung für das stadtseitig angekaufte Grundstück Leopoldstraße 16.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Laut notariellem Kaufvertrag vom 8. Mai 1917 haben die Eheleute Ohlendorf das Grundstück Leopoldstraße 16 an die Stadt Braunschweig verkauft. Der auf 50 000 M vereinbarte Kaufpreis sollte in der Weise berichtigt werden, daß eine auf dem Grundstück ruhende Hypothek von 10 655 M, für das Leihhaus verzinslich mit 4 1/2%, und eine Hypothek von 16 000 M, verzinslich mit 6% für die Witwe F^hurmeister, von der Stadt als Selbstschuldnerin übernommen und der Rest des Kaufpreises mit 23 400 M bar bezahlt werden sollte. Inzwischen haben die Eheleute Ohlendorf mit Genehmigung des Rats noch eine dritte Hypothek in Höhe von 4000 M für den Geschäftsdienstler Seidel, verzinslich mit 5%, eintragen lassen, und ferner ist seitens der Frau

Fur-

^hFurmeister eine Ermäßigung des Zins^{fulses}verhältnisses für die 16 000 M auf 4 1/2% zugestanden.

Die Belastung des Grundstückes ist mithin zur Zeit folgende:

- 1.) 10 655 M für das Leihhaus,
- 2.) 16 000 M für die Witwe ^hFurmeister,
- 3.) 4 000 M für den Geschäftsdienner Seidel.

Nachdem die Hypotheken, die an zweiter- und dritter Stelle aufgeführt sind, zum 1. Mai 1922 gekündigt sind, hat sich der Rat der Stadt bereit erklärt, gegen Auflassung des Grundstückes diese beiden Hypotheken auszuzahlen und die Leihhaushypothek zu übernehmen. Das Restkapital in Höhe von 19 345 M wünschen die Eheleute Ohlendorf in der Weise berichtigt zu sehen, daß 4 345 M bar gezahlt werden und 15 000 M als Hypothek eingetragen und mit 4 1/2% bei 6 monatlicher Kündigung verzinst werden, und zwar soll zu dem

letzteren

letzteren Zwecks die ^{f/}Furmeistersche Hypothek an die Eheleute Ohlendorf in Höhe von 15 000 M abgetreten werden.

Der Finanzausschuß hat die Sache beraten und hat keine Veranlassung, gegen diese Regelung etwas einzuwenden. Er ersucht Sie durch mich, den Maßnahmen zuzustimmen, die der Rat vorschlägt.

Der Regelung in der eben vorgetragenen Weise
stimmt die Versammlung zu.

(Punkt 11).

12. Einrichtung eines Plättessaales in dem Turnhallen-
grundstücke Leopoldstraße 32.

Stadtverordnete Fräulein W o l t e r s: Im Januar d. Js. ist von der Direktion der Städtischen Fortbildungsschule ein Antrag an den Rat der Stadt eingelaufen, den Plättunterricht der Mädchenfortbildungsschule aus den zu eng und daher gesundheits-schädlichen Räume des Nebengebäudes der Schule Reichsstraße 22 nach dem großen und luftigen Zeichensaal im Turnhallengebäude Leopoldstraße 32 zu Ostern d. Js. zu verlegen. Der Rat der Stadt hat sich mit dieser Frage befaßt. Der Zeichensaal muß zur Verwen-
für
dung ~~zu~~ diesen Zweck umgebaut werden, weil bei der Beleuchtung des Saales durch Oberlicht nur an der vorderen Giebelseite ein kleines Fenster angebracht ist und durch dieses und die an der rückseitigen Wand angebrachten Abzugskanäle der Saal nicht in ausreichender Weise gelüftet werden kann. Der vom Hoch-

bauamt

bauamt für diesen Umbau aufgestellten Voranschlag hat leider die betrübliche hohe Summe von 20 000 M ergeben, aber die nun einmal vorliegend^{en}, der Änderung bedürftigen Verhältnisse veranlassen den Rat ~~das~~ dennoch zu dem Antrage an die Stadtverordneten, der Einrichtung eines Zeichensaales im Turnhallengebäude Leopoldstraße zu einem Plättesaal zuzustimmen und die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 20 000 M zu bewilligen.

Ferner bittet der Rat um Zustimmung, daß die Jugendherberge, die bisher in diesem Zeichensaal eingerichtet war, nach dem Nebengebäude der Schule an der Reichsstraße verlegt wird.

Der Schulausschuß hat sich auf den Standpunkt des Rats gestellt, die Notwendigkeit der Änderung anerkannt und bittet die Versammlung gleichfalls, dem vorgelegten Plan zuzustimmen und die Summe von 20 000 M für den Umbau zu ~~un-~~^{be-}willigen.

**Die Versammlung entspricht dem Antrage des Schul-
ausschusses.**

(Punkt 12).

13. Einrichtung weiterer Schulräume für die Fortbildungsschule in der Mädchen-Mittelschule.

Stadtverordnete Frau G r a f: Mit dem kommenden Schuljahre wird der letzte Jahrgang der Schülerinnen der Städtischen Fortbildungsschule eingeschult, und damit ist die Mädchenpflichtfortbildungsschule voll ausgebaut. Die alsdann neu zu errichtenden Abteilungen sollen zum Teil in dem Gebäude der Mädchen-Mittelschule in der Heydenstraße untergebracht werden. Es ist deswegen erforderlich, dort 6 Klassenzimmer und den Zeichensaal mit elektrische Beleuchtung zu versehen. Es empfiehlt sich, bei dieser Gelegenheit das Dienstzimmer des Direktors der Mittelschule gleichfalls mit elektrischem Licht zu versehen. Die Kosten für diese Anlagen sind vom städtischen Hochbauamt auf 16 000 M berechnet und in den nächstjährigen Voranschlag der Fortbildungsschule eingestellt. Da aber das neue Schuljahr bereit Anfang April beginnt, ist es notwendig, daß dann die

Anlage

Anlage schon fertig gestellt ist. Deshalb ersucht der Rat die Stadtverordneten, die Kosten für die Beleuchtungsanlage schon jetzt zu bewilligen, und der Schulausschuß gibt der Versammlung anheim, diesem Antrage des Rats zu folgen.

Ohne Wortmeldungen. Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der Versammlung mit der Bewilligung an.

(Punkt 13.)

14. Abbruch einer Flugplatzbaracke.

Stadtverordneter M a r t h: Auf dem Flugplatze ist wieder der Abbruch einer Baracke fällig geworden, und zwar der Baracke Nr.13. Da der Zustand der Baracke sehr schlecht ist, ist der Rat der Stadt gewillt, sie nicht ausbessern und wiederbeziehen zu lassen, und das um so mehr, da sie teilweise durch Ungeziefer verseucht ist. Es wird sowieso notwendig sein, die ganzen Baracken des Flugplatzes nach und nach abzubauen. Das Holz dieser abzubrechenden Baracke soll später zu Wirtschaftsgebäuden auf dem Rieselgute Steinhoff mit verwandt werden, die Türen und Fenster auf dem Lagerplatz gebracht werden, sodaß sie später wieder verwandt werden können. Die Kosten des Abbruchs belaufen einschließlich der Abfuhrkosten auf rund 12 000 M, doch ist der Wert des alten Holzes, der Türen und Fenster hiervon in Abrechnung zu bringen. Im Namen des Bauausschusses habe ich Ihnen zu empfehlen, Ihre Zustimmung zu dem in Aussicht genommenen Abbruch zu erteilen.

Stadtverordneter L e h n e r t : Vom Herrn
Berichterstatter wurde gesagt, daß die Baracke von
Ungeziefer verseucht ist. Deshalb kann ich es vom
hygienischen Standpunkte aus nicht für gut befinden,
daß man das Holzwerk usw. mit anderen Sachen unter
einen Schuppen bringen und die Sachen bei Bauten
auf dem städtischen Rieselgute verwenden will. Will
man vielleicht eine Paarung von Stadt- und Landläuseⁿ,
vornehmen und versuchen, was bei dieser Zucht ent-
steht? Wenn es zutrifft, ^{daß} wenn die Baracke in dieser
Weise verseucht ist, dann wäre es besser, daß man das
Holzwerk mit Petroleum anpinselt und durch Feuer in
die Luft jagt, als daß man andere Leute durch Verwen-
dung des Holzwerks an anderer Stelle unglücklich
macht.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: An eine solche Lösung haben wir bisher nicht gedacht. Dort draußen auf dem Rieselgute haben wir von Läusen und Wanzen bisher wenig gemerkt. Das kann ja aber noch kommen, doch wollen wir es nicht hoffen. Das Holzwerk ist nun aber derartig im Preise gestiegen, daß ich bezweifeln möchte, ob Herr Lehnert, wenn er privater Eigentümer dieser Baracke wäre, wegen des von ihm aufgeführten Umstandes das ganze Holzwerk in Flammen setzen würde. Ich bin fest überzeugt - und auch die Sachverständigen haben sich in diesem Sinne ausgesprochen -, daß das Ungeziefer vollständig verschwindet, wenn man die Bretter der abgerissenen Baracke eine zeitlang im Freien liegen läßt. Im übrigen wollen wir die Bretter nicht in Wohngebäude hineinbringen - das würde ich wohl auch für bedenklich halten. Das Holz soll vielmehr dazu verwandt werden, um einen freistehenden Schuppen von außen zu bekleiden. Eine solche Verwendung ist doch ziemlich unbedenklich, und ich bitte deshalb, unserem Antrage zuzustimmen.

Stadtverordneter M a r t h: Ich kann den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters nur beipflichten. Auch ich bin der Meinung, die Wanzen und Läuse, wenn sie dauernd der Luft ausgesetzt sind und keine Nahrung finden, bald verschwinden, denn bekanntlich kann die Wanze freie Luft nicht vertragen. Ich bitte, den verlangten Betrag zu bewilligen und auch der Verwendung zur Bekleidung des Schuppens, wobei das Holz gut ^{verleht} verwahrt werden kann, zuzustimmen.

Stadtverordneter Dr. S c h u l t z e: Was der Herr Oberbürgermeister eben ausgesprochen hat, kann ich nur bestätigen. Läuse verschwinden sehr bald, wenn ihnen die Nahrung mangelt, bei den Wanzen stellt sich die Sache allerdings etwas schwieriger. Wenn man aber die Baracke auseinandernimmt und hinterher vielleicht mit einem Anstrich versieht, so sehe ich keine Gefahr

- 159 -

**Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage zu.
(Punkt 14).**

15. Antrag M a r t h auf Gewährung von 20% Aus-
gleichszuschlag für die ersten 10 000 M Einkommen
der Beamten. und eine Teuerungszulage von 2000 M
an die Angestellten.

In Verbindung damit:

Antrag Sauerbier, betreffend die gleiche Angelegenheit!
Wortlaut der Anträge siehe Seite *10* ~~und~~ dieses
Berichts.

Stadtverordneter M a r t h: (Zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Leider müssen wir uns wie-
der mit einer Frage beschäftigen, die durch die Teu-
erung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände her-
vorgerufen ist. Das Reich und die Staaten haben den
Beamten, Angestellten und Arbeiter, Gehalt^u und Lohn-
zulagen bewilligt, damit sich diese der Teuerung er-
wehren können. Daß die bewilligten Beträge trotzdem
nicht ausreichen, um den notdürftigen Lebensunterhalt
zu bestreiten, ist uns allen bekannt. Da nun im Reich

und

und im Staat diese Angelegenheit erledigt ist, so ist es notwendig, daß die städtischen Beamten und Angestellten folgen; die Löhne der Arbeiterschaft sind bereits geregelt. Es ist dringend wünschenswert, daß man mit dieser Maßnahme nicht noch lange wartet, bis die Teuerung noch weitere Fortschritte macht und die Beamten und Angestellten von dem ihnen zugebilligten Gelde wenig Nutzen haben, sondern es liegt im Interesse der Beamten und Angestellten, daß die neue Zulage so rasch wie möglich gezahlt wird. Ich beantrage deshalb, daß man den städtischen Beamten und Angestellten unverzüglich ebenfalls die Summe bewilligt, wie sie den Reichs- und Staatsbeamten bewilligt ist, nämlich den Beamten von den ersten 10 000 M Einkommen 20% Teuerungszulage und den Angestellten, die wie ^z den Be-

amten

anten gleichw^ertig behandeln müssen, eine feste Summe von 2000 M., sodaß sich unsere Beamten und Angestellten in den allgemeinen Rahmen einpassen und etwas für Einkäufe anwenden können, was ihnen jedenfalls sehr notwendig ist. Bekanntlich ist es so, daß die unteren Schichten nicht imstande sind, von ihrem Einkommen die nötige Bekleidung zu kaufen, sondern das ganze Einkommen geht bei den ~~Ausgaben~~ Ausgaben für Nahrungsmittel verloren.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, den Rat der Stadt zu bitten, sobald im Lande die Besoldungsform erledigt ist, auch die diesbezüglichen Verhältnisse in der Stadt zu regeln, um etwas Festes für die Beamten und Angestellten zu schaffen und zu ermöglichen, daß jeder zu seinem Rechte kommt und er das ^{erhält} regelt, was ihm nach seiner Arbeit zusteht. Es wird das für den Rat und uns eine saure Arbeit werden, aber wir müssen uns ihr unterziehen und dafür sorgen, daß auch unsere städtischen Beamten und Angestellten in Ruhe kommen. - Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Die Versammlung beschließt die von dem Antragsteller gewünschte dringliche Beratung.

Stadtverordneter S a u e r b i e r (Zur Begründung seines Antrages): Meine Damen und Herren! Ich habe den Antrag gestellt, den städtischen Beamten und Lehrern, die gleichen Teuerungszuschläge zu zahlen, wie sie den Reichs- und Staatsbeamten zugebilligt und zum Teil schon gezahlt sind. Da der Antrag des Herrn Marth dasselbe wünscht, so ist es richtig, die Beratung der beiden Anträge in eins zu verschmelzen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ich als bekannt voraussetze, daß die Reichsregierung diese 20% bereits gezahlt hat und daß auch der braunschweigische Landtag am Dienstag beschlossen hat, diese Erhöhung des Ausgleichszuschlages um 20% für die ersten 10 000 M Einkommen sofort zu bezahlen. Mein weiterer Antrag geht dahin, daß die Gehaltsdeputation beauftragt und ermächtigt wird, ähnlich wie die Lohndeputation

tation

tation über die weitere Regelung zu beschließen, sodaß, wenn in nächster Woche der Beschluß der Gehaltsdeputation gefaßt ist, die Zahlung sofort angewiesen wird. Ich möchte Sie bitten, dem Antrage des Herrn Marth beizupflichten und zu helfen, daß die Gelder schnell gezahlt werden.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich weiß nicht, ob der Antrag des Herrn Marth so deutlich ist, daß der Rat ohne weiteres danach verfahren kann, wenn der Antrag angenommen werden sollte. Beim Durchlesen der Vorlage, wie sie die Regierung eingebracht hat, sind mir doch einige Zweifel gekommen. Ich bin allerdings nur soweit orientiert, wie ich es aus der Zeitung habe entnehmen können, möchte aber doch anheingeben, daß Sie die Gehaltsdeputation ermächtigen, die Sache endgültig zu regeln. Das kann sofort geschehen, aber wir müssen doch den genauen Wortlaut dessen wissen, was der Landtag beschlossen hat.

Stadtverordneter M a r t h: Mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bin ich einverstanden, denn es könnte doch möglich sein, daß in dem Berichte der Zeitungen der eine oder andere Fehler unterlaufen ist, Aber ich möchte den Gehaltsausschuß bitten, so rasch wie möglich zu tagen, damit den Beamten die ihnen nötigen Mittel in die Hand gegeben werden. Von Tag zu Tag steigen die Preise der Waren, und deshalb ist es notwendig, daß man den Beamten möglich⁴ sofort das Geld gibt, damit sie ihre Käufe vornehmen können. Es wird möglich sein, die Sache in einer einzigen Sitzung zu erledigen. Ich bitte also auch, den Gehaltsausschuß mit der endgültigen Regelung zu betrauen.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Ich möchte nur noch bemerken, daß ich auch die städtischen Lehrer in der Regelung mit einbegriffen wissen wollte.

Vorsitzender: Es wird also über den Antrag Marth nicht beschlossen werden, sondern die Sache der Gehaltsdeputation zugewiesen werden.

Stadtverordneter M a r t h : Mein Antrag kann
angenommen werden, aber er muß der Gehaltsdeputation
zugewiesen werden.

Vorsitzender: Es liegt noch der Antrag Sauer-
bier vor, und die Versammlung wird einverstanden sein,
daß wir die beiden Anträge einheitlich behandeln.
Dieser Antrag lautet: (Wirdverlesen, siehe Seite. 10.)
Herr Marth wünscht, daß über seinen Antrag abgestimmt
wird, aber er ist einverstanden, daß er der Gehaltsde-
putation überwiesen wird, dort über die Einzelheiten
gesprochen ^{wird} ~~wird~~ und eventuell daraufhin eine Prü-
fung erfolgt, ob nicht irgend welche Bestimmungen der
Regelung entgegenstehen und sich die Regelung für
die Stadt mit der vom Staate vereinbaren läßt (Zuruf
Dr. Jasper: ^{Zur} ~~Zur~~ Endgültigen Regelung!)

Wer in diesem Sinne beschließen ^{will} ~~soll~~, den
← bitte ich die Hand zu erheben. (geschieht)
← Das ist angenommen. Ich nehme an, daß die
← Versammlung auch mit der gleichen Regelung
← in betreff des Antrags Sauerbier einver-
← standen ist. (Ohne Widerspruch.)

16. Antrag Stegmann, betreffend Beschaffung
geeigneter Schulräume für die kaufmän-
nische Fortbildungsschule.

Wortlaut des Antrages siehe Seite .9. dieses
Berichts.

Stadtv. S t e g m a n n : (Zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Wenn man die Schulgebäude
in unserer Stadt Braunschweig ansieht, so kann man,
ohne Schönfärberei zu treiben, ein günstiges Ur-
teil darüber abgeben, und auch was die inneren Räu-
me betrifft, so sind sie in gesundheitlicher Be-
ziehung wohl annehmbar. Anders ist es bestellt mit
der städtischen Fortbildungsschule. Die Schulräume
liegen zerstreut, und darin ist dringend¹ Besserung
nötig. Doch darauf will ich nicht eingehen. Ganz
besonders nötig aber ist eine Besserung bezüglich
der Verhältnisse der kaufmännischen Fortbildungs-
schule. Sie wissen, daß diese Schule keine städti-
sche ist, sondern daß sie von der Handelskammer
einge-

eingerrichtet ist, und zum Teil unterhalten wird, sowie daß das Staatsministerium und die Stadt Zuschüsse zu den Kosten der Schule überweisen. Deshalb hat in neuerer Zeit die Stadt auch einigen Einfluß auf die Verhältnisse der Schule bekommen. Man könnte ja sagen, diese Schule ~~haben~~^{gehen} uns als Stadtverwaltung nichts an, aber einen solchen Standpunkt können wir bei den vorliegenden Verhältnissen doch nicht einnehmen. Die Schule hat seit Jahrzehnten kein eigenes Heim, sondern ~~ist~~^{war} in den verschiedensten Schulen untergebracht, in der Oberrealschule, im Realgymnasium und im Gymnasium. Dann wurden die Klassen zusammengeworfen nach dem alten Gerichtsgebäude in der Auguststraße, und vor einigen Jahren wurde vom Staatsministerium - als Herr Dr. Jasper Ministerpräsident war - Dannes-Hotel zu dem Zwecke angekauft, um dort die kaufmännische Fortbildungsschule unterzubringen, und zwar in dem Anbau, in dem Logenhause. Das wurde aber später merkwürdigerweise wieder unge-

umgemodelt, weil das Grundsteueramt die Räume für sich einnahm, die für die Schule bestimmt waren. Seit zwei Jahren jammern die Lehrkräfte nach einer besseren Unterbringung der Klassen und auch die Handelskammer verlangt eine Änderung. Sie hat sich deswegen an das Ministerium gewandt, aber nichts ist in der Sache erfolgt, so daß sie sich jetzt an die Stadtverordneten und an den Rat der Stadt wendet, um eine Besserung herbeizuführen. Ich habe mir die Unterrichtsräume angesehen; sie sind jammervoll, zum Teil sind sie sogar in einem skandalösen Zustande. Nur ein Raum ist gut, die anderen taugen alle nichts. Der große Saal ist abgeteilt und das alte Mobiliar aus dem Amtsgerichte hineingeschafft; mit Schränken ist ein Teil des Raumes abgegrenzt und dahinter sind Tische und Stühle aufeinandergestellt. Der Raum ist zu groß und kaum als Schulzimmer brauchbar; dabei heizt er sich schlecht, so daß Schüler un-

Lehrer

Lehrer frieren müssen. Ein anderer Raum ist kleiner, aber überfüllt, so daß auch da der Unterricht nicht stattfinden kann, wie er sein müßte. Der vierte Raum kann nicht anders bezeichnet werden als ein Stall; er hat 5 - 6 m Länge und vielleicht 3 m Breite und hier stehen nur schmale Bänke. Heizung war bis vor kurzem nicht vorhanden; jetzt ist allerdings ein Heizkörper hineingesetzt, aber er funktioniert nicht. Ich war dort, nachdem die Kälte nachgelassen hatte: Da unterrichtete der Lehrer Dr. Heinen im Pelzmantel, die Schüler standen oder saßen und froren. Die Decke ist durch ein darüberstehendes undichtes Klosett durchgeweicht und ein Teil der Decke ist heruntergefallen, auch die Tapeten fallen herunter. Es ist ein Skandal, daß solch ein stallähnlicher Raum als Schulzimmer benutzt wird. Dabei hat die kaufmännische Fortbildungsschule ungefähr 700 Schüler. Wenn die Schüler 3 Stunden in solchen Räumen unterrichtet werden, muß die Luft schlecht werden.

werden. Ein Hof ist nicht da, auf den die Schüler in der Pause heruntergehen könnten; wenn sie ins Freie wollen, müssen sie auf die Straße gehen. Außerdem findet noch eine Störung des Unterrichts dadurch statt, daß in einem Nebenraum, der nur durch die hölzerne Tür von dem Unterrichtszimmer getrennt ist, Tanzstunde abgehalten und musiziert wird. Ich möchte Sie, und ^{vor allen Dingen} ~~allerdings~~ den Schulausschuß bitten, sich das zweifelhafte Vergnügen zu machen, die Räume einmal anzusehen, auch die Ratsmitglieder und den Ratsdezernenten für die Schulen bitte ich darum. Besserung ist hier dringend nötig. Wenn keine städtische Schule frei ist, so könnte doch die Änderung getroffen werden, daß das Logenhaus, welches sich für die Schule vorzüglich eignet und 5 - 6 Räume hat, für die Schule eingeräumt wird; dann müßte das Grundsteueramt hier weichen. Und wenn gar keine anderen Räume ~~beschafft werden können, müßte die Schule in die Restaurationen gelegt werden, die jetzt wenig benutzt werden.~~ Der Rat der Stadt und wir haben ein

In-

Interesse daran, daß diese Zustände gebessert werden,
~~Wenn~~^{Wenn} es sich auch nicht um eine städtische Schule
handelt - doch ist es zu wünschen, daß sie bald zu
einer solchen wird - und daß ~~solche~~ Zustände ge-
schaffen werden, die einer Großstadt würdig sind.
Und dabei muß schnelle Änderung getroffen werden.
Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, daß der
Rat ersucht wird, sich mit dem Staatsministerium
und der Handelskammer in Verbindung ^{zu} setzen, damit
umgehend, wenigstens bis zu Beginn des neuen Schul-
jahres, bessere Schulräume für die kaufmännische
Fortbildungsschule geschaffen werden. Ich habe mir
sagen lassen, daß die Handelskammer bereit sei, ^(Opferzubringen für) wür-
~~de~~^{ausset.} auf den Geldzuschuß von Stadt ~~und Staat zu~~ ver-
zichten oder doch mit einem kleinerem Zuschusse sich
~~zu~~ begnügen, wenn von dieser Seite für anständige
Schulräume gesorgt würde. Entgegenkommen wird also
auf seiten der Handelskammer vorhanden sein, und da
das Staatsministerium seinerzeit die Räume in Dannes

Hotel

Hotel für die Schule gekauft hat, so müßte auch dort auf Entgegenkommen zu hoffen sein, wenn der Rat der Stadt den von mir gewünschten Schritt unternimmt.

Ich habe meinen Antrag als einen dringlichen bezeichnet. Wenn wir noch lange warten, ehe eingegriffen wird, wenn noch vierzehn Tage oder drei Wochen darüber ins Land gehen, dann wird die Zeit zu knapp, um bis Ostern Änderungen eintreten lassen zu können.

Die Versammlung ist für dringliche Behandlung
des Antrages Stegmann.

Der Antrag Stegmann wird darauf ohne weitere
Erörterungen angenommen.

17. Antrag Sievers, betreffend den Zuschuß
der Stadt zu dem Verein Volkslesehalle.

in Verbindung damit:

Anfrage Jasper, betreffend die gleiche
Angelegenheit.

Wortlaut des Antrages und der Anfrage siehe
Seite 10. und .6. dieses Berichts.

Stadtv. Sievers: (Zur Begründung des
Antrages): Meine Damen und Herren! Am 8. September
haben wir, wenn ich mich nicht irre, ziemlich ein-
stimmig beschlossen, der Volkslesehalle anstelle
der im Haushaltsplan vorgesehenen 40 000 Mark
100 000 M zu bewilligen. Diese^{des} Erhöhung⁷ Zuschußes
war bewilligt vor Eintritt der letzten großen Teue-
rungswelle, und trotzdem hat der Rat anscheinend
diesem Beschluß seine Zustimmung nicht gegeben, oder
er hat ihn nur halb ausführen wollen, denn er ist
über die ursprünglich im Haushaltsplan vorgesehenen
40 000 Mark hinausgegangen, aber hat sich nicht dazu
ent-

entschließen können, die ganze Summe von 100 000 M der Volkslesehalle zu übergeben, sondern hat sich damit begnügt, erst einmal 75 000 M zu zahlen. Wenn wir schon im September der Auffassung gewesen sind und ziemlich einstimmig uns dahin ausgesprochen haben, daß 100 000 M notwendig sind, dann hätte müssen der Rat der Stadt doch wenigstens im Laufe des Winters, wo die Teuerung wesentliche Fortschritte gemacht hat, zu der Überzeugung kommen, daß die Zahlung aufs allerdringendste notwendig ist. Leider ist das nicht geschehen, und der Rat will anscheinend die Politik fortsetzen, sich mit dem Staat darüber zu zanken, wer moralisch oder rechtlich verpflichtet ist, diesen Verein zu unterstützen. Rechtlich selbstverständlich gar keiner von beiden, denn es handelt sich um eine private Einrichtung. Wenn man aber bedenkt, daß augenblicklich in allen Großstädten Deutschlands derartige Einrichtungen vorhanden sind und ^{in der} ~~die~~ überwiegende Zahl der Großstädte auf Kosten der Städte

be-

betrieben werden, so soll man heilfroh sein, daß man hier einen Verein hat, der durch seine Tätigkeit dazu beiträgt, Mittel flüssig zu machen und dadurch dem Säckel der Stadt erhebliche Kosten erspart. Es ist mein Wunsch, daß der Rat der Stadt die im September bewilligten 100 000 M voll auszahlt. In irgend einer Weise muß er diesem Antrage auch seine Zustimmung gegeben haben, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, die 75 000 M zu zahlen, da der Haushaltsplan nur 40 000 M vorsieht.

Meinen Antrag habe ich als dringlich bezeichnet, weil ich heute gern eine Regelung sehen möchte und eine Äußerung des Rates der Stadt über diese Sache erwünscht ist, damit für das kommende Jahr eine Einigung mit dem Staat möglich ist, so daß dem Zustand der Ungewißheit ein Ende gemacht wird, wer zahlen soll - der Staat oder die Stadt - und die Lesehalle in der Lage ist, mit dem Antrage auf

Deckung

Deckung des Fehlbetrages an diese oder jene Stelle heranzutreten. Es ist für die Lesehalle wünschenswert, daß sie weiß, was sie hat und was sie, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, in der Lage ist auszugeben. Wenn man bei Aufstellung des Etats der Lesehalle überall festsetzt, so daß zu erkennen ist, daß man nicht auskommen kann, so ist das ein Geschäftsgebaren, das für dieses Institut nicht vorteilhaft ist. Es sind bis jetzt gezahlt worden von der Stadt 75 000 M und aus der Jüdelstiftung 25 000 M. Wenn wir den Zuschuß aus der Jüdelstiftung auch als eine Zahlung aus städtischen Mitteln ansehen wollen, so ergibt sich, daß diese beiden zusammen 100 000 Mark für die Lesehalle ^{ge}hergeben haben. Der Staat hat im letzten Jahre an eigentlichem Zuschuß nur 10 000 M bewilligt, hat sich aber bereit finden lassen, einen Fehlbetrag von 30 000 M zu übernehmen, so daß der Staat tatsächlich 40 000 M gezahlt hat. Wie mir der Vorstand der Lesehalle sagte, ist selbst dann, wenn sich der Rat bereit

bereit findet, die noch fehlenden 25 000 M zu zahlen immer noch mit einem Fehlbetrage von 40 000 M zu rechnen. Ich glaube, wenn der Rat der Stadt weiterhin seine bisherige Politik der Lesehalle gegenüber fortsetzt, so wird der Staat nicht ewig geneigt sein die Fehlbeträge zu übernehmen. Der Staat hat schon den vorigen Fehlbetrag gedeckt, wenn ihm nun noch der laufende präsentiert wird und der Rat es nicht für nötig befunden hat, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auszuführen, dann sehe ich Schwierigkeiten voraus, daß wir überhaupt zu einer Regelung dieser Frage kommen, oder es müßte jemand den Mut haben, zu sagen: Dann machen wir die Bude zu. Dafür wird so leicht keiner die Verantwortung übernehmen wollen, daß Braunschweig die einzige Stadt sein sollte, keine Lesehalle zu haben, während sie in anderen Städten mit Millionenausgaben ins Leben gerufen werden. Es ist wünschenswert, daß Staat und Stadt bald

zu

zu einer Vereinbarung kommen, in welchem Prozentsatze sie zu den Kosten der Lesehalle beitragen wollen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, hat der Rat selbst auch schon den Vorschlag gemacht: Stadt und Staat teilen sich zur Hälfte in die Ausgaben. Ich glaube nicht, daß der Staat darauf eingehen wird, aber unterhandeln müssen wir und eine geeignete Grundlage können wir finden, wenn der Staat $\frac{1}{3}$ der Kosten übernimmt. Wenn eine Regelung überhaupt gewünscht wird, muß sie jetzt getroffen werden, damit der Staat bei Aufstellung seines Etats Gelegenheit nimmt, Mittel für die Lesehalle in seinen Haushaltsplan einzustellen. Geschieht das nicht, so geht wieder ein Jahr ins Land, wo die Sache ungeklärt ist, daß Schwierigkeiten entstehen, aber der Stadt kein Pfennig Ausgaben in dieser Sache erspart wird. Von Leuten, die Einblick in die Geschäftsführung der Lesehalle haben, wird anerkannt, daß dort aufs sparsamste gewirtschaftet wird. - Ich möchte Sie bitten, meinem Antrage zuzustimmen und hoffe, daß der Rat sich dazu entschließt, unsern Beschluß vom September 1921 zur Ausführung zu bringen.

Der dringlichen Behandlung des Antrages stimmt
die Versammlung zu. (Punkt 17)

Stadtv. Dr. J a s s e r: (Zur Begründung seiner Anfrage) Ich kann mich den Ausführungen und Eröfnungen des Herrn Sievers zum größten Teile anschließen. Ich bezweifle in gleicher Weise durch meine Anfrage, die Sache zu klären. Ich war etwas vorsichtiger in der Angelegenheit wie Herr Sievers und habe eine Anfrage gestellt, weil ich zunächst hören wollte, ob das, was mir über die Stellungnahme des Rates der Stadt zugetragen war, richtig ist, und weil ich hören wollte, welche Beweggründe den Rat in seiner Stellungnahme geleitet haben. Es ist richtig, daß am 8. September vorigen Jahres von uns ziemlich einstimmig beschlossen wurde, daß der Lesehalle 100 000 Mark zur Verfügung gestellt werden sollten, und einem Schreiben des Rates der Stadt vom 2. Februar d. Js. an den Vorstand der Lesehalle, das wohl auch anderen Mitgliedern des Hauses zugegangen sein wird, ist zu entnehmen, daß die Stadthauptkasse bisher lediglich 75 000 Mark

Mark überwiesen hat, die Jüdelstiftung 25 000 Mark, sodaß in Summa ein Zuschuß von 100 000 Mark herauskommt. Es ist dies Verfahren aber mit dem Wortlaut unseres Beschlusses nicht in Einklang zu bringen, denn wir hatten beschlossen, aus städtischen Mitteln 100 000 Mark zuzuschießen. Es war also einer Klärung bedürftig, weshalb der Rat der Stadt hinter diesen fast einmütig gefaßten Beschluß der Stadtverordneten zurückgeblieben ist. Erst dann kann man Stellung nehmen dazu, ob es gerechtfertigt ist in dem Sinne vorzugehen, wie Herr Sievers angeregt hat. Auch ich wünsche, daß der Lesehalle möglichst geholfen werden möge, und sehe es als einen gangbaren Weg an, wenn Verhandlungen mit dem Ministerium gepflogen werden, wie Herr Sievers angedeutet hat. Von vornherein aber zu betonen, daß das Interesse des Staates ein so geringes sei, wie Herr Sievers es darstellte, den Gedanken kann ich nicht unterschreiben, wenigstens möchte ich als Vertreter unserer Gemeinde in Anspruch nehmen, daß der Staat

Staat an dem Gedeihen einer angemessenen Bildungseinrichtung, wie es die Volkshalle ist, gerade in der Hauptstadt des Landes ein sehr großes Interesse hat, sodaß die Beihilfe in dem bescheidenen Maß, wie sie Herr Sievers andeutete, wohl nicht gerechtfertigt ist, sondern wir auf Hilfe in starkem Maße glauben rechnen zu können.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Herr
Sievers meinte, es wäre nicht erwünscht, daß Stadt
und Staat fortwährend sich über die Zuschüsse zank-
ten, die von der einen oder anderen Seite dem gemein-
nützigen Unternehmen der Volkslesehalle gewährt wer-
den. Das ist durchaus auch die Auffassung des Rates
der Stadt. Wir haben uns redlich bemüht, nicht die
Gegensätze in dieser Sache zu schüren, sondern uns
darin zu vertragen. Wir haben vorgeschlagen, man
möge über die Teilung des Fehlbetrages zwischen
Staat und Stadt eine Einigung herbeiführen, aber zu
meinem lebhaften Bedauern ist der Staat nicht darauf
eingegangen, indem in einem von Herrn Minister
Grotewohl unterzeichneten Schreiben erklärt wird:
„Allgemein für die Zukunft in einer klärenden
Art, die die Forderungen der Stadt mit der Stadt (je für
2) einzuwilligen, sehen wir uns nicht in der Lage.“ Ich
glaube, nachdem inzwischen die Verhältnisse der Le-
sehalle sich durch die Teuerung noch schwieriger
gestaltet

gestaltet hat, ^{schon} wird man erneut an den Staat mit einem Ersuchen herantreten müssen. Es liegt dem Rat durchaus fern, dem Institut der Lesehalle, daß wir die Freude haben, sich glücklich weiter entwickeln zu sehen, den Lebensfaden abzuschneiden, wir sind allerdings über der Meinung, daß der Staat für das jetzt laufende Jahr mit 10000 Mark Zubeße nicht abkommen darf. (Sehr richtig!). Die geehrten Herrschaften haben sehr großherzig für die Lesehalle 100000 Mark bewilligt. Wir sind mit der Überweisung zurückhaltend gewesen, indem wir zunächst 75 000 Mark angewiesen haben in der Erwartung, es werde gelingen, den Staat dahin zu bringen, daß er das eine Drittel des Fehlbetrages, nämlich 25 000 Mark zu seinem bisher in Aussicht gestellten Zuschuß noch hinzubewilligen würde. Das würde auf das hinauslaufen, was Herr Sievers andeutete. Je nachgiebiger wir gegenüber dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in dieser Sache verfahren, desto schwieriger würde der

Volkslesehalle

Volkslesehalle ihre Position gegenüber der Regierung werden. Die Regierung würde sagen: Ihr habt den Zuschuß von der Stadt und braucht weiter nichts mehr. Es ist eine nicht richtige Zuschußpolitik des Staates gewesen, daß er erst jedes Jahr hat zu Ende gehen lassen und dann an den Landtag herangetreten ist, um mit der Forderung mehr oder weniger großer Beträge, zuletzt 30 000 Mark, das Loch stopfen zu helfen. Es ist eine arge Einschnürung der Befugnisse des Vorstandes der Volkslesehalle, wenn er das Gespenst des Fehlbetrages ansehen muß und nachher froh sein kann, wenn ihm der Landtag diesen Betrag erstattet. Man wird durch weitere Vorstellungen und Verhandlungen beim Ministerium darauf hinwirken müssen, daß wir uns sowohl für das laufende wie für das kommende Jahr einigen. Wenn es richtig ist - und ich setze keinen Zweifel in die Angabe des Herrn Sievers - daß jetzt über die 100 000 Mark hinaus noch ein weiterer Fehlbetrag von 40 000 Mark sich ergeben hat, dann
wird

wird der Anteil der Stadt an der Deckung des Fehlbetrages so groß, daß der Beschluß der Stadtverordneten auch vom Rate der Stadt gebilligt werden wird. Diese Aussicht hätte der verehrte Vorstand der Volkslesehalle - der ~~aber~~^{mit} von unserm Schriftwechsel mit dem Ministerium ~~nichts~~ erfahren hat - uns mitteilen sollen. Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, heute zu beschließen, den Rat zu ersuchen, mit dem Staatsministerium und dem Vorstande des Vereins Volkslesehalle wegen Deckung des Fehlbetrages für das laufende und künftige Jahr schleunigst in Verhandlungen einzutreten. Ich werde mich im Rat dafür einsetzen, daß er die nötigen Schritte tut.. Aber darauf müssen wir bestehen, daß die Stadt in dieser Sache nicht über Gebühr in Anspruch genommen wird.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich bin der Meinung, daß die Stadt das größte Interesse ^{daran} ~~hat~~, daß die Volkslesehalle in ihrer Wirksamkeit erhalten bleibt, und finde es kleinlich, daß man sich um die Hergabe der vollen Summe drückt, nachdem die Jüdelstiftung 25 000 Mark hergegeben hat. Es wäre dies ~~um~~ so weniger nötig, da die Notlage der Stadt doch nicht so groß ist, daß wir gezwungen sind, diese Feilscherei so weit zu treiben, daß man ~~sagt~~: Wenn der Staat nur 10 000 Mark hergibt, zahlen wir nicht mehr. Wir haben gehört, daß doch noch ein Defizit von 40 000 Mark bleibt, wenn auch diese 25 000 Mark noch ausbezahlt werden. In seinen Mitteilungen hat der Vorstand der Lesehalle bekannt gegeben, daß die Volkslesehalle eingehen muß, wenn nicht großzügige Hilfe geleistet wird. Die Stadt kann die Lesehalle nicht eingehen lassen, sondern müßte sie übernehmen, und das würde hunderttausende von Mark kosten. Ich bin allerdings einverstanden, daß dieser Sache wegen mit dem Staats-

ministerium

ministerium Verhandlungen angeknüpft werden. Ich
(*aber auch*) denke daran, wie man in Hamburg die Volkslesehalle
hat zu Grunde gehen lassen, daß man sie aber hat
wieder aufbauen und eine Million Mark dafür auf-
wenden müssen. So würde es auch hier kommen, wenn
wir nicht eingreifen. Deshalb bitte ich: Lassen Sie
es nicht dazu kommen, sondern nehmen Sie den Antrag
Sievers an. Daß wird mit dazu beitragen, daß von den
beteiligten Stellen der Sache auf den Grund gegangen
wird. Treiben Sie aber nicht ~~diese~~ Feilscherei in
einer Sache, wo es angebracht wäre, ~~daß man~~ tief
in den Säckel ~~greift~~ *zu greifen*.

Stadt v. Dr. S e h u l t z e: Ich glaube, es wird über diese Sache keine große Diskus~~tion~~ notwendig sein. Jeder in unserem Kreise ist wohl dafür, daß dieses Institut so finanziert wird, daß es bestehen bleiben kann zum Segen der Braunschweiger Einwohnerschaft. Wir sind wohl ~~auch~~ alle der Ansicht, daß der Beschluß, den wir einmal gefaßt haben, auch durchgeführt wird und ~~auch~~ die 25 000 Mark ^{mark=} noch gezahlt werden, aber damit nicht zu warten, ^{ist} bis die Verhandlungen mit dem Staat, die sich immerhin lange hinziehen können, zum Abschluß gekommen sind.

Der Antrag S i e v e r s wird angenommen.

18. Antrag Schulze, betreffend Instandsetzung
der Wege nach der Siedlung Alt-Petritor.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 11 dieses Berich
tes.

Stadt v. Frau Schulze: Wenn man so häufig wie ~~ic~~
ich den Weg nach der Siedlung hinaus geht, dann kann
man verstehen, daß die Leute solche Eingaben machen,
wie es geschehen ist. Auch gestern führte mich mein
Weg dahin. Vom schwarzen Wege am Rudolfplatze aus
war es nicht mehr möglich, eine Stelle zu finden,
auf der der Fuß nicht verschwand. Der andere Weg
von der Honrothstraße aus war eine Kleinigkeit bes-
ser, denn er wird nicht so zerfahren. Ich kann nicht
begreifen, wie es möglich ist, daß die Kinder von
dort die Schule besuchen. Es müssen doch auch die
Hausfrauen in die Stadt und einkaufen! Ich möchte
dringend darum bitten, daß der Rat der Stadt Mittel
und Wege sucht, daß diesem Übelstande schnelle Ab-
hilfe

hilfe geschieht. An Arbeitskräften fehlt es doch nicht, wir haben ja so viele Arbeitslose, und so viel kann es nicht kosten, die Wege einigermaßen gangbar zu machen. Sämtliche Anwohner dieser Siedlung, ~~wohin man auch kommt, befürchten das Schlimm-~~
da man mit dem Auto
~~etc,~~ und finden es abscheulich, daß sie so behandelt werden.

*Die Versammlung stimmt der dringlichen
Behandlung des Antrages zu.*

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich weiß nicht genau, welche Siedlung Frau Schulze meint; im Antrag steht: „Der Weg nach der Siedlung Freiland bei Lehdorf.“ Dort liegt allerdings eine solche Siedlung, aber nicht auf Braunschweiger Gebiet. Ich nehme an, daß Frau Schulze die Siedlung Alt-Petritor meint, die aber nicht gebaut ist von der Siedlungsgesellschaft ~~Freiland~~^{innerhalb}, sondern von der Siedlungsgesellschaft Braunschweig, und die vom Rudolfsplatze aus zugänglich ist. Inbezug auf diese Siedlung möchte ich darauf aufmerksam machen, daß schon ein Antrag der Siedler vorliegt, der ,wenn ich recht unterrichtet bin, vom Herrn Vorsitzenden dem Rat überwiesen ist. Wir werden also zu dieser Frage im Rat Stellung nehmen. Wir haben schon einmal Gelegenheit gehabt, zu einer solchen Eingabe Stellung zu nehmen, und das Tiefbauamt ist schon aufgefordert gewesen, Bericht zu erstatten. Dieses hat geschrieben, daß die Zustände in der Tat außerordentlich schlecht sind, zumal jetzt,

jetzt, nachdem der Frost tief in die Erde gedrungen war und es anfängt, an der Oberfläche weich zu werden. Ich habe mir die Sache auch selber angesehen. Der Zustand ist um so schlimmer, als auf dem Wege dorthin mit Fuhrwerk gefahren wird, daß³ leider nicht die Fahrdämme dazu benutzt, sondern mit Vorliebe die in besserer Beschaffenheit befindlichen Fußwege. Das wird auch Frau Schulze bemerkt haben. Wenn diese Fußwege also in Stand gesetzt werden, sind sie sofort wieder in Unordnung gebracht. Das Tiefbauamt ist der Ansicht, daß an diesem Zustande der Wege das schlechte Wetter und die Rücksichtslosigkeit der Fuhrleute Schuld ist. Es wird auf Grund der Eingabe^{das Tiefbauamt} aufgefordert werden, anzugeben, welcher Weg der Abhilfe beschritten werden kann.

Was nun aber der eigentliche Grund aller dieser Mängel ist, das wissen wir. Die Siedlung hätte nicht da^{außen}draußen aufgebaut werden^{sollen}, denn sie ist an eine Stelle gekommen, die als denkbar ungünstig für

Siedlungszwecke

Siedlungszwecke bezeichnet werden muß. Einmal ist sie sehr dem Grundwasser ausgesetzt und sodann ist die Zugänglichkeit von Haus aus eine sehr schlechte.

^{nach den} Wir haben gegen die Sache nichts machen können, da die Bestimmungen der Regierung der Bezirks-Wohnungs-Kommissionen eine außerordentlich große Macht in der Hand ^{hat} ~~gab~~ ^{hat} ~~und kann~~ ^{sich können} sich über sämtliche Bestimmungen hinwegsetzen und die baupolizeiliche Genehmigung einer Siedlung erteilen. ^{kann} Von dieser Bestimmung ist Gebrauch gemacht worden, und nun haben wir mit diesen trostlosen Verhältnissen zu rechnen. Gleichwohl müssen wir sehen, wie wir aus ihnen herauskommen. An einen endgültigen Ausbau des Zugangsweges ist in dieser Zeit nicht zu denken, er würde 300-400 000 Mark kosten; und ich glaube, daß niemand hier im Saale geneigt sein wird, diese Summe zu bewilligen. Es kann sich also nur um ein Provisorium handeln, und lediglich die Zufahrt- und Zugangswege mit Aufwendung bescheidener Mittel ^{können} in Stand gesetzt werden. Wir werden auf Grund der neuen Eingabe der Siedlung zu dieser Sache Stellung nehmen und Ihnen Mitteilung machen, was veranlaßt worden ist.

Stadtv. G r ä f : Ich möchte mir die Frage an den Rat der Stadt erlauben, was er sich dabei denkt, wenn dieser Weg immer ~~wider~~ wieder mit Bockasche aufgebessert werden soll. Das geht doch auf die Dauer nicht. Die Siedlung wird immer größer, und es muß schließlich daran gedacht werden, eine feste Straße dorthin zu bauen, denn so wie in diesem Jahr können die Zustände doch nicht bleiben, ja, sie würden sogar von Jahr zu Jahr schlimmer werden. Der Rat muß doch schließlich einmal daran denken, Wege zu schaffen, die der dort wohnenden Bevölkerung dienlich sind.

Stadtbaurath G e b e n s l e b e n : Die Zustände werden besser werden, wenn die Bautätigkeit dort aufhört, denn die vorhandenen Straßen werden durch den Fuhrverkehr in Grund und Boden ~~ruiniert~~ ^{gefährdet}. In welchem Umfange in diesem Jahre dort gebaut wird, weiß ich nicht, aber gebaut werden wird dort wohl noch; und so ist nicht damit zu rechnen, daß der Mißstand bald verschwindet. Die Regierung wird für Instandsetzung dieser Wege keinen Pfennig beisteuern; ich wüßte nicht, daß die Regierung für städtische Straßen jemals Geld ausgegeben hätte. Hier handelt es sich um Feldmarkswege; und berufen, die Wege instandzusetzen, wäre die Feldmarksinteressentschaft, aber die wird wohl für die Wege nicht so viel aufwenden. So bleibt nichts anderes übrig, als aus städtischen Mitteln Beträge aufzuwenden. In dem Vertrage mit der Braunschweigischen Siedlungsgesellschaft über die Herrichtung der ~~Siedlung~~ ^{Wohnung} selbst haben wir uns

Ver-

verpflichtet, die Zugangswege dauernd instand zu halten; und so liegt uns zweifellos eine Verpflichtung der Siedlung gegenüber ob.

Ich wiederhole, die Schuld an den Mißständen liegt in erster Linie an dem sehr ungünstigen Wetter, an dem Aufgehen des Frostes. Sie können aufs Land gehen, wohin Sie wollen, überall werden Sie finden, daß die Wege in der schlechtesten Verfassung sind. Dann aber liegt die Schuld auch an dem Fuhrwerksverkehr.

V o r s i t z e n d e r : Ich frage, ob die Frau Antragstellerin zufriedengestellt ist mit der Erklärung des Rates, daß eine Not-Instandsetzung vorgenommen werden soll ?

Stadtv. Frau S c h u l z e : Ja, wenn das sofort geschieht.

V o r s i t z e n d e r : Dann brauchen wir nicht abzustimmen.

19. Antrag F a v, betreffend bessere Beleuchtung
der Bernerstraße.

Wortlaut des Antrages siehe ^{unten!} ~~Seite dieses~~
~~Berichts.~~

Stadtv. F a v (zur Begründung) : Ich glaube, es bedarf keiner langen Ausführungen, um die Notwendigkeit des von mir eingebrachten Antrages zu begründen. Es ist schon in dem Antrage selbst gesagt, daß zur Beleuchtung der genannten Straße nur eine einzige Laterne vorgesehen ist, die aber zurzeit auch nicht gebrannt wird. Die Straße ist auf das wenige Licht angewiesen, das von der Ecke der Heinrichstraße und ~~dem~~ Stadtpark her in die Straße fällt. Ich bitte, meinen Antrag bei der Notwendigkeit des darin *Gewünschten* zu unterstützen.

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf einzuwirken, daß die Bernerstraße eine bessere Beleuchtung erhält. Zur Beleuchtung dieser Straße ist nur eine Laterne vorgesehen, die aber zur Zeit auch nicht brennt.“

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag ist
durch die Unterschriften genügend unterstützt.
Ich überweise ihn dem Bauausschuß zur Vorber~~a~~tung.

Punkt 19.

20. Antrag Stegmann, betreffend Ausgabe von
Wochenkarten für Angestellte auf der Straßen-
bahn-Strecke Braunschweig-Wolfenbüttel.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 9 dieses Berichtes

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung) :

Es wird den Damen und Herren bekannt sein, daß bei den Eisenbahnen die Einrichtung besteht, daß für Arbeiter, Botenfrauen und sonstige Personen, die ihre Arbeitsstätte aufsuchen wollen, Arbeiter-Wochenkarten und Monatskarten ausgegeben werden. Auch die Straßenbahn hat diese Einrichtung auf der Strecke Braunschweig-Wolfenbüttel getroffen, aber nur für gewerbliche Arbeiter. Nun gibt es aber einen Teil Angestellte in Braunschweig, die in ~~Wolfenbüttel~~ ^{Wolfenbüttel} wohnen. Sie sind bei dem hiesigen Wohnungsamt als Reflektanten auf eine Wohnung eingeschrieben, können aber noch keine Wohnung bekommen und müssen für ihre Fahrt nach dem Arbeitsorte und zurück nach ihrer Wohnung den vollen

Betrag

Betrag bezahlen. Alle Gesuche, die in dieser Sache an die Direktion der Straßenbahn gerichtet worden sind, ~~es~~ hat man abgelehnt mit der Begründung, daß diese Wochen- und Monatskarten nur für gewerbliche Arbeiter ausgegeben werden. Die Direktion nimmt in dieser Hinsicht also einen recht engherzigen Standpunkt ein. Alle Bahnen gewähren Angestellten gegen Vorzeigung einer Bescheinigung von ihrem Arbeitgeber diese Wochen- und Monatskarten, und ebenso sollte auch die Direktion der Straßenbahn verfahren. Ob vielleicht die Direktion auf dem Standpunkt steht, daß jeder, der mit einem Stehkragen zur Arbeit geht, ein kleiner Krösus oder ein kleiner Kapitalist ist? Sie werden wissen, daß viele Angestellte schlechter bezahlt werden als manche ~~bessere~~ Arbeiter, ^{*Schiffbau*} so daß ihnen dieser geringere Preis für die Fahrgelegenheit wohl zu ~~es~~ gönnen ist. Da die Stadt mit an der Straßenbahn beteiligt ist und über die Hälfte der Aktien besitzt, so hat sie Gelegenheit, ihr Interesse daran zu

zu zeigen, daß diese Ungerechtigkeit beseitigt und die Direktion angehalten wird, solche Monatskarten auszugeben. Ich bitte um Annahme meines Antrages und bitte auch den Rat, diesen Antrag bei der Direktion schnellstens zu befürworten. Desgleichen ersuche ich auch die 4 oder 5 Stadtverordneten, die im Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft sitzen, in diesem Sinne zu wirken. Sie werden alle mit mir darin übereinstimmen, daß es unrecht ist, die Beamten und Angestellten in dieser Hinsicht schlechter zu behandeln als die Arbeiter und Botenfrauen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem
Rechtsausschuß zur Vorberatung.

Stadtv. J a h n s (zur Geschäftsordnung) :
Meine verehrten Damen und Herren ! Es liegt heute
noch ein solcher Wust von Anfragen vor, daß ich
glaube, daß keine Neigung vorliegt, noch heute
alle diese Sachen über uns ergehen zu lassen. Es
wird wohl genügen, wenn wir einige dringliche
Sachen heute ~~ja~~ herausgreifen. Wir haben auch
noch Sachen für die nicht öffentliche Sitzung auf
der Tagesordnung, und wenn wir die erledigt haben,
dann wird es wohl reichlich spät geworden sein.
Ich beantrage, nur noch ganz eilige Punkte heute
zu behandeln.

V o r s i t z e n d e r : Es wird schwer sein,
herauszufinden, welche Sachen wichtig sind und
welche nicht. -

Ich bitte diejenigen Fragesteller, sich zu
melden, die ihre Anfrage nicht für wichtig halten.

(Niemand meldet sich. Leider!)

Stadtv. S t e g m a n n : Ich habe eine Anfrage wegen der Gasrechnungen eingereicht, die meines Erachtens eilig ist. Ich habe sie zuerst eingereicht und bitte, daß sie auch noch behandelt wird.

21. Anfrage Stegmann, betreffend die Anrechnung
des höheren Gaspreises.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite .5. dieses Berichts.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung) :
Vor einiger Zeit haben wir hier zugestimmt, daß der Gaspreis ab 1. Januar erhöht wird. Nun ist es selbstverständlich, daß bei Feststellung des Verbrauchs die Kontrolle der Gasuhren nicht überall genau am 31. Dezember geschehen kann. Da nun auch

noch

noch die Weihnachtsfeiertage dazwischen gekommen sind, so ist in einigen Häusern schon am 20. Dezember angefangen worden, die Gasmesser nachzusehen. Dadurch ist es gekommen, daß für 2 - 10 Tage das Gas für den Dezember mit auf der Gasrechnung erscheint, aber es ist dafür nicht der Dezemberpreis von 1,20 M per cbm, sondern der erhöhte Betrag von 2,10 M in Rechnung gesetzt, also pro cbm 90 Pfg. mehr. Das halte ich für ein wenig reelles Geschäftsgewahren. Wenn ein privater Geschäftsmann so etwas tun würde, so würde sich ^{keiner} ~~keiner~~ ~~das~~ gefallen lassen, und so hat auch die Ausstellung solcher Rechnungen vom Gaswerk an verschiedenen Stellen Empörung ausgelöst. Verschiedene Leute werden kommen und das ihnen zuviel abgeknöpfte Geld zurückverlangen, denn es handelt sich nicht nur um Pfennige, wenn man für 10 Tage pro cbm 90 Pfennig mehr bezahlen soll. Ich habe mir daraufhin gestern auch meine Rechnung angesehen und gefunden, daß mein Gasmesser am 24.

nach=

Conrad Adenauer
nachgesehen ist und ich ~~vielleicht~~ 9 M mehr habe
bezahlen müssen. Viele der Gaskonsumenten werden
ja gar nicht auf das Datum geachtet haben, aber
das Verfahren ist nicht als fair zu bezeichnen. Ich
nehme allerdings an, daß der Rat der Stadt nichts
davon weiß. Ich bitte den Rat, Veranlassung zu
nehmen, ~~für~~ ^{auf} das Betriebsamt einzuwirken, damit es
das zuviel verlangte Geld, wenn es dasselbe nicht
zurückzahlen will, bei der nächsten Monatsrechnung
verrechnet.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Die Annahme des Herrn Stegmann, daß dem Rat der Stadt von dieser Art der Berechnung nichts bekannt ist, ist durchaus zutreffend. Ich bedaure, daß die betreffenden Leute, die sich geschädigt fühlen, sich nicht gleich an den Rat der Stadt gewandt haben. Ich verstehe nicht, wie ein solcher Mißgriff vorkommen konnte, denn wir haben doch klare Bestimmung darüber, von wann an ein neuer Gaspreis in Kraft treten soll. Wenn infolge eines Versehens der höhere Gaspreis auch für die Vergangenheit genommen ist, so muß selbstverständlich das Geld zurückvergütet werden.

Dann muß ich aber auch das andere bestätigen, was Herr Stegmann sagte : Es ist in solchen Fällen schwer, den Verbrauch bis zu einem bestimmten Tage überall festzustellen; dazu reicht die Zahl unserer Beamten nicht aus. Wenn wir erst ein paar Tage vorher beschließen : „Vom 1. Januar soll ein neuer

Gas-

Gaspreis in Kraft treten," dann ist es schlechter-
dings unmöglich, genau auf den festgesetzten Tag
alle Gasmesser zu prüfen; ein ^{man einigen} paar Tagen Spielraum
muß gelassen werden, aber dann soll man lieber
etwas zu wenig nehmen als zu viel. Ich werde in
der nächsten Deputationssitzung, die für den Montag
anberaumt ist, die Sache aufklären *hören*.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe diese eine
Anfrage dem Wunsche des Antragstellers entsprechend
vorweg zur Erledigung bringen lassen, stelle ~~aber~~
^{aber}
nun den Antrag des Herrn Jahns zur Besprechung.

Stadtv. P i e p e r : Es ist von mir eine Anfrage betreffend des Flugplatzes gestellt. Da dort Mißstände aufgetreten sind, die ohne weiteres der Einwirkung bedürfen, so möchte ich bitten, diese Anfrage noch zu erledigen.

V o r s i t z e n d e r : Wenn wir eine Auswahl vornehmen, so werden sich diejenigen Herren, die eine Anfrage gestellt haben, die nicht zur Behandlung kommt, verletzt fühlen. Ich frage deshalb : Wer ist dafür, daß alle Anfragen noch erledigt werden ?

Die knappe Mehrheit der Versammlung ist für die Erledigung der Anfragen.

22. Anfrage Stukenberg, betreffend den Bau eines städtischen Schwimmbades im früheren Residenzbade.

Damit verbunden :

Anfrage Marth, betreffend die Einrichtung von medizinischen Bädern im früheren Residenzbade.

Wortlaut der Anfragen siehe Seite 6 und dieses Berichts.

Stadtv. S t u k e n b e r g (zur Begründung):
Meine Damen und Herren ! Das Projekt des Baues einer städtischen Schwimmhalle ist seinerzeit hier beschlossen worden, aber die Ausführung des Projekts geht nur langsam von statten. Weite Kreise der Bevölkerung haben ein großes Interesse daran, daß die Veränderungen des Hauses möglichst beschleunigt werden. Nicht nur in gesundheitlicher Hinsicht, sondern auch in Rücksicht auf die Kostenfrage ist die

die Beschleunigung des Umbaues nur zu empfehlen. Wenn man bedenkt, daß die Preise für Baumaterialien sehr hoch sind und vielleicht noch steigen, so ist jeder Tag, der ungenützt verstreicht, mit großen Kosten verknüpft. Ich möchte deshalb den Rat um Äußerung bitten, ob es nicht angängig ist, den Bau dieser Schwimmhalle zu beschleunigen.

Bürgermeister M e y e r : Die Anfrage kann ich dahin beantworten, daß von den beiden Kostenanschlügen, die wir zu erwarten haben (je einer vom Städtischen Betriebsamte und vom Hochbauamte) der eine, nämlich der des Betriebsamtes, eingelaufen ist. Wenn der Anschlag des Hochbauamts in unsere Hand gekommen ist, wie das bald erwartet werden kann, und dann nicht vom Rat Bedenken gegen die Ausführung geltend gemacht werden, dann werden wir Ihnen die Vorlage zugehen lassen. Ich kann also mitteilen, daß in Kürze die Vorlage kommen wird.

Stadtv. M a r t h (zur Begründung seiner Anfrage) : Meine Damen und Herren ! Es handelt sich bei der Neu-Einrichtung des Residenzbades nicht nur um das Schwimmbad, sondern auch um die medizinischen Bäder. Soweit ich unterrichtet bin, ist die Arbeit seit langem in Angriff genommen, und ich meine, dann wäre es zweckmäßig, wenn sie endlich fertiggestellt würde. Es geht nicht an, daß ein Grundstück ein ganzes Jahr oder noch länger liegen bleibt, ohne daß es in Benutzung genommen wird. Mit gutem Willen muß es möglich sein, die medizinischen Bäder jetzt fertigzustellen.

Wenn ich noch auf das Schwimmbad eingehen darf, so meine ich : Wenn man jetzt noch nicht weiß, wie man die Einrichtung machen soll, dann werden natürlich noch Jahre vergehen, bis das Bad benutzt werden kann. Ich möchte bitten, daß der Rat energische Schritte in dieser Sache unternimmt, und die Sache nicht immer wieder zwischen dem

dem Hochbauamt und Betriebsamt hin und her gehen zu lassen. Wir müssen versuchen, das Bad jetzt in Ordnung zu kriegen, besonders die medizinischen Bäder, und mindestens bis zum nächsten Herbst muß auch das Schwimmbad fertig sein.

Bürgermeister M e y e r : Auf die Anfrage des Herrn Marth bin ich bisher nicht eingegangen, weil ich die Begründung abwarten wollte. Die Mittel für Neu-Einrichtung der medizinischen Bäder sind bewilligt und die Fertigstellung soll so beschleunigt werden, daß die Inbetriebnahme am 1. April erfolgen kann. Ob das letztere wahr wird, kann ich nicht versprechen, aber es ist doch zu hoffen, daß dann nur noch wenige Wochen bis zur Fertigstellung vergehen. Mit der Eröffnung des medizinischen Bades können wir also in ganz kurzer Zeit rechnen. - Anders liegt es mit dem Schwimmbade. Es wird den Herrschaften erinnerlich sein, daß die Mittel für Ausführung des Umbaues noch nicht bewilligt sind, sondern es ist hier erst einem Entwurfe gutachtlich zugestimmt und darnach sollte die Ausarbeitung des Projekts erfolgen. Das ist geschehen. Es tut mir leid, daß eine Verzögerung in der Aufstellung des Projektes vorgekommen ist, aber jetzt ist es fertig.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Es ist eigentümlich, daß die Erledigung dieser Arbeiten so lange gedauert hat. Im Juli waren alle die Vereine, die an der Sache interessiert waren, zusammenberufen, haben Stellung genommen und das Projekt ist uns vorgelegt worden. Damals wurde gesagt, daß der Bau nun begonnen werden konnte, aber jetzt ist ein halbes Jahr vergangen und nicht einmal die Vorlage an die Stadtverordneten ist ergangen. Es wäre erfreulich, wenn nunmehr recht bald die Vorlage über das Schwimmbad uns vorgelegt würde.

Stadtv. L e h n e r t : Wenn wir bloß nicht vom Herrn Bürgermeister Meyer in betreff der medizinischen Bäder noch in den April hineingeschickt werden! Man hat uns wohl in Aussicht gestellt, daß zum 1. April diese Bäder fertiggestellt sind, aber vielleicht sagt man noch : „April, April! Man kann den Narren führen, wohin man will.“ Ich glaube bestimmt, daß die gesamte Einwohnerschaft Interesse daran hat, daß die Gelder der Stadt, die festgelegt worden sind, sich rentabel zeigen und nicht die Zinsen für das brachliegende Kapital unnütz ausgegeben werden. Bei einem Geschäftsmann wäre der Laden schon eröffnet, aber hier scheint es so, als wenn der Rat, das Betriebsamt und das Hochbauamt aus den Erwägungen nicht herausk^ämen. aber ~~Was~~ für Kosten die Erwägungen der Stadt verursachen, daran denken sie nicht, doch werden wir es bei dem Abschluß des ganzen Werkes sehen. Die Unterhaltungskosten, Bademeister und das Personal

muß

muß doch bezahlt werden, und der Dalles wird immer größer. Wenn einigermaßen guter Wille gezeigt wäre, konnten die Bäder längst eröffnet sein. Ich möchte ersuchen, daß dafür gesorgt wird, daß die Badeanstalten so bald wie möglich eröffnet werden kann.

- 231 -

Stadtv. S t e g m a n n übernimmt den
V o r s i t z .

23. Anfrage Schmerbach, betreffend eine der
Teuerung entsprechende Erhöhung der Armen=
gelder.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 6 dieses Berichts.

Stadtv. S c h m e r b a c h (zur Begründung) :
Am 29. Dezember v. J. lag der geehrten Versammlung
eine Vorlage des Rates vor, wonach das Armengeld
erhöht werden sollte und mußte. Es war damals
dasselbe, wie es heute wieder eingetreten ist, daß
die sprunghafte Teuerung es diesen Ärmsten nicht
mehr möglich machte, sich über Wasser zu halten,
mit den ihnen zustehenden Bezügen ihr Leben zu
fristen. Wegen der gewaltigen Verteuerung des
Brottes und aller Lebensmittel rückt diese Frage
wieder an uns heran, und wenn auch die Teuerung
wieder sprunghaft gekommen ist, so setze ich doch
voraus, daß der Rat der Stadt bzw. die Instanzen,
die darüber zu befinden haben, die Armendirektion

und

und die Armenbezirke, sich damit beschäftigt haben, wie von ihnen aus die Bezüge der Armen erhöht werden sollen, und daß es nur dieses Anstoßes bedarf, um eine Beschleunigung herbeizuführen. Es sollte mich freuen, hören zu können, daß die Vorarbeiten für diese Maßregel schon in Angriff genommen sind.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Herr Stadtverordneter Schmerbach ist auf dem richtigen Wege, wenn er angenommen hat, daß die Armen-direktion sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Nachdem sie sich mit einer Anzahl Bezirksvorsteher und dem Wohlfahrtsamt in Verbindung gesetzt hat, wird am nächsten ^{Mittwoch} Dienstag die Sitzung der Armendirektion stattfinden, sodaß ich heute in acht Tagen im Rat Vorschläge machen kann, in welcher Weise wir in der Armenpflege der bedauerlichen Teuerungswelle Rechnung tragen werden. Die Ermächtigung, die die Versammlung der Armen-direktion in dieser Sache gegeben hat, darf als fortdauernd betrachtet werden, sodaß unmittelbar nach der Sitzung der Armendirektion die entsprechenden Verfügungen des Rates ergehen werden.

24. Anfrage Pieper, betreffend die Wohnungs-
verhältnisse auf dem Flugplatze.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 14. dieses Berichtes

Stadtv. P i e p e r (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß dem Rate der Stadt das Eingesandt in Nummer 40 der Braunschweiger „Freiheit“ bekannt ist. Es werden da recht skandalöse Zustände von dem Flugplatze geschildert, z.B. heißt es in dem Eingesandt, daß in verschiedenen Baracken die Bewohner bei Regenwetter einen Schirm aufspannen müssen, wenn sie im Bette liegen, oder daß sie Langschäftige anziehen müssen, wenn sie in die Kammer hineingehen wollen. Nachdem ich das Eingesandt gelesen hatte, habe ich mich nach dem Flugplatze begeben und die Sache in Augenschein genommen. Ich habe gefunden, daß es tatsächlich der Fall ist, daß es in verschiedenen Baracken durchregnet, auch sind die Fenster so undicht, daß der Regen durchdringt. In einer Baracke
stand

stand ein Einer, in den das Regenwasser hineingelaufen war, und so ist es eine Tatsache, daß unleidliche Verhältnisse dort bestehen. In einer Baracke war es so schlimm, daß es in einer Breite von 1,50 m durchregnete, und die betreffende Flüchtlingsfamilie war denn auch beim Umzuge, sie war wegen des Zustandes der Baracke nach der Korfesstraße unterwegs. So schnell wie möglich muß ⁱⁿ diesen Dingen Abhilfe geschaffen werden, ohne daß vorher lange Beratungen gepflogen werden. Besonders nötig ist, daß die Dächer auf ihre Dichtigkeit hin nachgesehen werden. Ferner ist die Klosettanlage in einem schlechten Zustande. Ich mag Ihnen gar nicht schildern, wie sie aussieht, sonst würden Sie Erbrechen bekommen. Während des Frostes ist die Wasserleitung dort eingefroren und dadurch der größte Teil des Unheils verschuldet. Ich bin der Meinung, der Vizewirt hätte aufpassen können, daß das Einfrieren vermieden wurde, aber das ist nicht geschehen. Wer die

Zustände

Zustände auf diesem „Fluchplatze“ sieht, der muß sagen: Das ist bedauerlich. Es muß die Möglichkeit vorhanden sein, daß da Abhilfe geschaffen wird, und ich möchte den Rat ersuchen, so schnell wie möglich für Besserung zu sorgen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Zu meiner Schande muß ich gestehen, daß mir das Eingesandt in der Freiheit nicht bekannt ist; es sind mir aber sonst verschiedene Eingesandts unterbreitet; und auch Schilderungen über den Flugplatz sind mir bekannt, ebenso ist dem Rat bekannt, daß arge Mißstände auf dem Flugplatze bestehen. Ich habe mich im Wohnungsamt erkundigt, ob Mittel und Wege gefunden sind, um die Mißstände zu beseitigen, und habe erfahren, daß seit dem letzten Montag - nicht erst seit heute - Dachdecke^u dabei sind, die schadhaft gewordenen Dächer instand zu setzen. Erst im vergangenen Jahre haben wir erhebliche Mittel aufgewandt, um die Pappdächer dort auszubessern, aber trotzdem wird nichts anderes übrig bleiben, als ~~sie~~ ^{nehr viel} neu zu teeren. Das kostet ~~ein unendliches~~ Geld, wie denn überhaupt die Unterhaltung der Baracken auf dem Flugplatze gewaltige Kosten verursacht, viel mehr, als Miete einkommt. Aber das ist ein Kapitel für sich. Für diese Pappdächer ist seitens der Heeresverwaltung nur eine einfache Lage Pappe verwandt worden; wenn sie doppelt wäre, dann wären die Mißstände nicht

so groß geworden. Es ist von uns also sofort Sorge getragen, die Mißstände zu beseitigen, und ich hoffe, daß noch in dieser Woche die Dächer fertig ausgefleckt sein werden.

Daß nun in der Klosettbaracke Störungen eingetreten sind, ist nicht zu verwundern. Wer die Örtlichkeit kennt, weiß, daß diese Baracke freisteht, und es leuchtet ein, daß bei der anhaltenden grimmigen Kälte die Klosetts einfrieren mußten. Es gibt gegen die Mißstände auf dem Flugplatze nur ein Radikalmittel, und das verwenden wir seit einiger Zeit: Es muß eine Baracke nach der anderen abgerissen werden. 4 oder 5 davon sind schon gefallen, aber dieses Radikalmittel läßt sich nicht mit einem Male durchführen, das läßt die Schwierigkeit, die Familien von dort an einem anderen Ort unterzubringen, nicht zu. Die dadurch entstehenden Schwierigkeiten, Herr Pieper, die Sie garnicht ahnen (Zuruf Pieper: Davon weiß ich!), waren so groß, daß das Mieteinigungsamt daran war, uns zu ersuchen, keine

keine Baracken mehr abreißen zu lassen, da es absolut notwendig sei, dort noch Leute unterzubringen. Der Rat der Stadt ist allerdings anderer Ansicht. Nur durch Anwendung des von mir genannten Radikalmittels werden wir dahin kommen, daß endlich die Klagen über diese Baracken zum Schweigen gebracht werden.

Für die beantragte Besprechung der Anfrage mel
sich nur eine Minderheit der Versammlung.

(Punkt 24).

bes. Flaggplatz

25. Anfrage Steinert, betreffend die Anstel-

lung von Hebammen in der Stadt Braunschweig.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite ..².. dieses Berichtes.
Stadt v. Steinert (Zur Begründung): Meine Damen und Herren! Dieser Anfrage liegt folgender Fall zu Grunde: Während und nach dem Kriege hat sich die Zahl der Hebammen in hiesiger Stadt vermindert, und dadurch ist ein Mißstand aufgetreten, der so nicht weiter bestehen darf. Im Augusttorbezirk macht sich dieser Übelstand am meisten bemerkbar, dort wohnt keine einzige Hebamme, die nächste in diesem Bezirk wohnt am Augusttor 15. Dadurch kommt es, daß die Geburtshilfe in vielen Fällen durch Ärzte geleistet werden mußte, was für den einzelnen einen größeren Kostenaufwand verursacht. Es ist festgestellt, daß der Arzt nicht nur Geburtshilfe hat leisten müssen, sondern auch mancherlei Nebenarbeiten der Hebamme mit hat übernehmen müssen. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Wilhelmitor. Dort ist vor kurzer Zeit

eine

eine Hebamme auf der Sophienstraße eingestellt, aber auf dem Flugplatze ist absolut keine Hebamme zu finden. Dem Herrn Medizinalrat Roth sind diese Umstände selbstverständlich bekannt, und er hat deshalb die sämtlichen Hebammen zusammengerufen und ihnen erklärt, daß sie ihr Tätigkeitsfeld weiter ausdehnen sollten. Wenn das nicht geschehe, würde er zweimal 4 Hebammen ausbilden lassen und anstellen. Momentan sind 3 Hebammen in der Ausbildung begriffen. Nun liegt der von mir ins Auge gefaßte Fall so: Die Schwester Roloff, die, nebenbei gesagt, 12 Jahre lang Krankenschwester ist gewesen, hat sich nach dem Kriege für ihr erspartes Geld als Hebamme ausbilden lassen, hat dazu die sämtlich^{en} von ihr gesparten Mittel verbraucht und sich dann an den Rat der Stadt zwecks Anstellung als Hebamme in der Stadt gewandt. Sie hat dabei angegeben, daß sie mittellos ist und nebenbei ihre alte Mutter zu ernähren habe, die nur Invalidenunterstützung bekommt. Dieser Antrag

ist

ist an den Medizinalrat Dr. Roth gegangen, und der Herr hat sich darauf dahin geäußert, daß es möglich sei, eine Hebamme anzustellen, daß es jetzt aber nicht unbedingt nötig sei, weil man auf die in der Ausbildung begriffenen warten könne, die aber, nebenbei gesagt, erst im August ihre Ausbildung beenden. So etwas kann es selbstverständlich nicht geben. Wenn eine Hebamme da ist, die sofort angestellt werden kann, sollte man auf diese zurückgreifen, weil der Übelstand besteht, daß zu wenig Hebammen vorhanden sind und der Stadt ein Vorteil dadurch erwächst, daß sie keine neuen Hebammen aus**xx**bilden zu lassen braucht. Man hat der Schwester Roloff mitgeteilt, sie möge sich nach Wolfenbüttel wenden, dort würde eine Hebamme gebraucht. Herr Dr. Engel, der diese Frage unter sich hat, hat dazu erklärt, er stände mit einer Hebamme aus Hannover in Verbindung und man würde auf Schwester Roloff später zurückgreifen. Mir scheint die ganze Sachlage so, daß man die

Schwester

Schwester nicht anstellen will, sondern warten will, bis die „besseren“ Damen, die in der Ausbildung begriffen sind, ihren Ausbildungskursus beendet haben, und daß man dann diese anstellen will. Bei den Hebammenenschülern aus besseren Kreisen findet sich Frau Pastor Schlott und die Frau eines großen Schneidermeisters. Die ^{ben} hat es natürlich nötiger als die Schwester Roloff, die seit 1921 arbeitslos ist und für ihre unterstützungsbedürftige Mutter sorgt. Sie ist nach Braunschweig als ihrer Vaterstadt gekommen und glaubte hier als Hebamme Unterkunft zu finden. Aber die Anstellung ist ihr versagt worden, weil man auf die besseren Damen wartet. Darum möchte ich den Rat der Stadt fragen, aus welchen Gründen die Schwester Roloff nicht eingestellt ist, die doch eine besonders passende Vorbildung hat, da sie schon 12 Jahre lang Schwester ist. Sie ist während des ganzen Krieges als Schwester draußen gewesen und hat eine ganz andere Vorkenntnis für den Hebammenberuf als eine beliebige Bürgerfrau, die jetzt erst einen Kursus als Hebamme durchmachen muß.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Die An-
stellung von Hebammen ist Sache des Landesmedizinal-
kollegiums, der Rat der Stadt wird dabei aber mit
seinen Vorschlägen gehört. Sobald derartige Anfragen
an uns herangekommen sind, haben wir aufs sorgsamste
die Verhältnisse der Beteiligten geprüft und darnach
unser Gutachten abgegeben. In letzter Zeit haben wir
Wert darauf gelegt, daß Krieg^{sw}witwen berücksichtigt
wurden, haben auch in dem Falle, wo es sich um eine
kinderreiche Familie handelt, dem Vorschlage des
Herrn Medizinalrats Dr. Roth kein Hindernis entgegen
gestellt und die genannte ~~Witwe~~^{Person} des hiesigen Geist-
lichen zur Ausbildung empfohlen, und mit dieser Maß-
regel werden wir uns der Zustimmung weiterer Kreise
erfreuen dürfen. Wir haben gegen die Persönlichkeit
der Schwester Roloff nichts einzuwenden, und wenn die
Zeit kommt, daß neue Hebammen angenommen werden müs-
sen, werden wir uns darüber schlüssig werden, ob
Fräulein Roloff sich zur Hebamme eignet. Solange der

Kreisarzt

Kreisarzt, Herr Medizinalrat Dr. Roth nicht die Anstellung neuer Hebammen für erforderlich hält, wird schwerlich das Landesmedizinalkollegium sich dazu entschließen, neue Hebammen anzustellen. Ich bin bereit, mit Herrn Dr. Roth darüber zu verhandeln, ob er die Anstellung der Schwester Koloff für richtig hält. Einen Anspruch aber, hier Hebamme zu werden, haben diejenigen nicht, die in der Absicht nach hier kommen. Es müssen dabei die gesamten persönlichen Verhältnisse geprüft werden. Ich glaube, an der Bevorzugung der Kriegswitwen^{er} bei diesem Amte müssen wir festhalten, da es als eine durchaus richtige Maßnahme anzusehen ist.

- 248 -

Die **Versammlung** beschließt **Besprechung der Anfrage.**

betr. *gebäude*

Stadt v. S t e i n e r l : Wenn Herr Stadtrat von
Frankenberg sagt, Herr Medizinalrat Dr. Roth hätte
es nicht für nötig gehalten, eine Hebamme anzustel-
len, so schreibt doch Herr Dr. Roth hier: „Wenn auch
augenblicklich eine weitere Hebamme sehr wohl be-
schäftigt werden könnte, so halte ich es im Hinblick
auf den bald zu erwartenden Nachschuß es für angemes-
sen, eine weitere Hebamme nicht anzustellen.“ Ein-
mal sagt er, er halte es für angemessen, daß eine
weitere Hebamme beschäftigt wird, aber dann äußert
er sich dahin, daß er warten wolle, bis die bürger-
lichen Damen fertig ausgebildet sind, und dann sol-
len diese angestellt werden. Ich sagte schon, daß
ja auch diese noch angestellt werden ^{können}. Es liegt auf
der Hand, daß man eine Kraft nötig hat, die festan-
gestellt werden muß, um dem vorhandenen Übelstand
abzuhelfen, und man hätte sie schon längst anstel-
len können. Aber auf ihre erste Meldung hat man
überhaupt nicht reagiert und die zweite Meldung hat
man abgelehnt. Wenn man nur den guten Willen hat,
könnte die Schwester Roloff längst als Hebamme tä-
tig sein.

Stadt v. L e h n e r t : Eigenartig erscheint es mir, daß Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, es werde bei der Anstellung der Hebammen ~~nicht~~ namentlich auf Krieg^{er} Witwen zurückgegriffen. Diejenigen aber, die Herr Steinert angeführt hat als in der Ausbildung begriffen, sind doch keine Kriegerwitwen. Es geht aus der Sachlage hervor, daß man die von Herrn Steinert genannte Dame nicht anstellen will, sondern auf den Nachschub wartet. Wir müssen dafür eintreten, daß der Nachschub in der Besetzung der Hebammenstellen rechtzeitig eintritt. Manches arme Weib muß darunter leiden, wenn sie nicht rasch Hilfe haben kann, und nicht nur ein, sondern mehrere Menschenleben können auf dem Spiele stehen, wenn die Hilfe nicht frühzeitig zu haben ist. Namentlich von der von Herrn Stadtrat von Frankenberg genannten Seite sollte man etwas mehr Rücksicht walten lassen, damit den armen Frauen in ihrer schweren Stunde schnell Hilfe zu teil werden kann. Ich kann nicht

begreifen

begreifen, wie man erst noch auf den Nachschub warten soll, wie es der Herr Medizinalrat will, während eine Anwärterin zur Stelle ist. Bis zum August, wo die Ausbildung abgeschlossen sein wird, kann noch manches arme Weib ins Gras beißen müssen, der keine Hilfe geworden ist. Der heilige Bürokratismus zeigt sich einmal wieder, wenn ~~mehr~~ man auf den Nachschub wartet. Diese Damen, die noch vorbereitet werden, sollen ins warme Nest hineingesetzt werden, während eine andere, die während der ganzen Kriegszeit dem Vaterlande ihre Dienst geopfert hat, gesagt wird: Du kannst warten. Wenn irgend wo Menschlichkeitsgefühl am Platze ist, so ist es hier; hier sollte man es zeigen und nicht sagen: Heiliger Bürokratismus, gehe Du voran, Du hast ja die größten Stiefel an.

26. Anfrage R e g e n e r, betreffend die Entlohnung
der Reinmachefrauen in den Schulen.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite .⁴/₇... dieses Bericht

Stadtverordneter R e g e n e r (zur Begründung):

Ich werde der vorgeschrittenen Müdigkeit des Herrn
Jahns und seiner Freunde wegen nicht so lange ~~Sp~~re-
chen~~g~~ wie ein Teil der Vorredner. - Am 29. Dezember ha-
ben wir den Antrag angenommen, wonach ^{den} ~~die~~ Reinmache-
frauen in den Schulen derselbe Stundenlohn gezahlt
werden soll wie den Frauen im Rathause. Dieser Be-
schluß ist ziemlich einhellig gefaßt worden und trotz-
dem ist erst in diesen Tagen dahin berichtet worden,
daß die Auszahlung nach den neuen Sätzen erfolgt. Sie
müssen daran denken, daß inzwischen eine weitere Er-
höhung eingetreten ist und daß die Frauen, die sich
dieser schmutzigen Arbeit unterziehen, das nicht aus
Vergnügen tun, sondern Wert darauf legen, ebenso bezahlt
zu werden wie die anderen Reinmachefrauen. Ich möchte
daran bitten, wenn den Arbeitern und Arbeiterinnen derg-
artige Vergütungen zugestimmt werden, daß sie dann
auch schnellstens ausgezahlt werden.

Stadtrat S c h a p e r: Der hier in der Versammlung gestellte Antrag auf Gleichstellung der Vergütung der ^{Rein}Reinmachefrauen im Rathause ist allerdings im Dezember angenommen worden, aber daraufhin sind erst die nötigen Berechnungen vom Hochbauamt angestellt worden und die eigentlichen Vergütungssätze sind erst zu Anfang dieses Monats von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt worden. Sofort nachdem die Gelder bewilligt worden sind, ist Anweisung zur Auszahlung ergangen. Das Geld selbst ist also nicht im Dezember bewilligt worden, sondern nur der allgemeine Antrag ^{auf Erhöhung der Vergütungen} ist damals angenommen worden, während das Geld erst Anfang ^{Februar} April bewilligt ist, Soweit ich unterrichtet bin, ^{haben sie} ~~hat der~~ Schuldienner die neuen Sätze auch schon bezahlt.

F Reinmachefrauen in den Pfölen mit den

Stadtverordneter M a B beantragt Besprechung
der ^{Au^s} ~~Not~~frage. Die Unterstützung des Antrags aus der
Versammlung ist aber nicht genügend.

Walter Riemann

27. Anfrage R e g e n e r, betreffend die Beleuch-
tung der Höfe der städtischen Grundstücke an der
Korfesstraße.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite .8...dieses Berichts

Stadtverordneter R e g e n e r (zur Begründung):

Der dieser Sache betreffende Beschluß liegt noch wei-
ter zurück, Am 20. Oktober haben wir beschlossen, daß
die nächtliche Beleuchtung auf den Höfen der städti-
schen Wohngrundstücke und Baracken an der Korfesstra-
ße einer Verbesserung unterzogen ^{werden soll.} werden. Wenn eine Bea-
leuchtung eingerichtet werden soll, nimmt ein gewöhn-
licher Mensch einen Elektromonteur beim Ohr und sagt:
„Leg mir hierher und dorthin die Strippe für die
elektrische Beleuchtung“, und dann ist die Sache er-
ledigt. Hier ist noch nichts ~~geschehen~~. Ich habe Herrn
Stadtbaurat Gebensleben vor einiger Zeit wegen der
Anlage gefragt, und er hat mir geantwortet: „Ich habe
gesehen, daß mit der Einrichtung begonnen wird, bald
wird es mit der Beleuchtung angehen können.“ Eine
solche Antwort erhielt ich aber wohl nur zu meiner

Be-

Beruhigung, und jetzt muß ich befürchten, daß es bis in die hellen Nächte des Augusts hineindauert, bis die Sache in Ordnung kommt. Ich möchte ersuchen, daß nun endlich die Richtlaternen angebracht werden, damit dem auf dem Wohngrundstücke in der Korfesstraße bestehende Unbeistand abgeholfen wird.

Stadtbaurat Gebensleben: Nachdem die geehrten Herrschaften beschlossen hatten, eine weitere Beleuchtung der Höfe des genannten Wohngrundstückes zu schaffen, ist das Betriebsamt beauftragt worden, in der Weise, wie es Herr ^{Herr} *Marsh* hier in Vorschlag gebracht hatte, ein Projekt anzufertigen. Das ist geschehen, und das Projekt ist in dem Wohnungsausschusse, der für diese Sache zuständig war, beraten und angenommen worden. Das ist schon seit einer Reihe von Wochen erledigt - ich glaube, es war um Weihnachten herum - und das Betriebsamt ist beauftragt worden, die Arbeit auszuführen. Ich selbst war bisher der Ansicht, daß die Anlage fertig sei. Ich bin inzwischen ^{im} nach dem Wohnungsamt gewesen und habe mich erkundigt, ^{schon} woran es liegt, daß die Sache noch nicht ~~beendet~~ ^{beendet} ist. Es wurde mir gesagt, daß der Unternehmer mit der Arbeit beauftragt worden ist, er habe aber erklärt, er könne bei der knochenharten Erde die Masten für die Beleuchtung nicht aufstellen, und so sei die Arbeit liegen geblieben; erst jetzt sei er bei der Ausführung

Es scheint also der Frost gewesen zu sein, der die Arbeit verhindert hat. Ich wundere mich des höchstens darüber, daß die Anlage noch nicht fertig ist. Da ich Herrn Regener damals den Bescheid erteilt habe, die Arbeit würde sofort ausgeführt, so werde ich mich gleich morgen darum kümmern, daß nun aber schleunigst die Sache zur Ausführung kommt. Man muß allerdings zugeben, daß es auch jetzt noch sehr schwer ist, tiefe Löcher für die Masten im Erdboden auszuheben; denn der Frost ist 80 - 90 cm tief eingedrungen, und die Oberfläche ist jetzt erst auf höchstens 30 - 40 cm wieder aufgetaut, während die tieferen Partien noch feste Eisklumpen sind. Gänzlich aus der Erde herauskommen wird der Frost erst, wenn es intensiv regnet. Ich will Sie aber beruhigen, Herr Regener, die Beleuchtung wird fertiggestellt werden, noch ehe die Nächte so kurz werden, daß die Beleuchtung nicht mehr nötig ist.

26. Anfrage J a h n s, betreffend Auszahlung der
erhöhten Witwengelder an die Witwen der städtischen
Beamten.

Wortlaut der Anfrage siehe Seitedieses Berichts.

Stadtverordneter J a h n s (zur Begründung):

Die Anfrage spricht wohl für sich selbst, so daß ich sie kaum zu begründen nötig habe. Den Reichsbeamten und Staatsbeamten sind im Laufe der Zeit dauernde Teuerungszulagen und höhere Grundgehälter gewährt. Auch die Witwen und Waisen und die Ruhegehaltsempfänger in Staat und Reich sollen erhöhte Bezüge erhalten, die Witwen der Kommunalbeamten aber nicht. Es wurde gesagt, der Landtag würde darüber noch zu bestimmen haben, da die Witwen- und Waisenversorgungsanstalt in der Hand des Staats läge. Jetzt hat der Landtag 300 000 M den Gemeinden zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt, aber ich habe sagen hören, die Sache liege noch im Ministerium. Genaueres weiß ich nicht darüber, und deshalb möchte ich den Rat der *Stadt* bitten, über diese Sache Auskunft zu geben, denn der Rat wird besser informiert sein als ich.

Wenn es nun der Fall sein sollte, daß die Erledigung dieser Sache noch lange dauert und die Witwen noch eine Zeitlang auf die Auszahlung warten müssen, dann möchte ich die Stadtverwaltung bitten, in Überlegung zu ziehen, ob es nicht ratsam wäre, den betreffenden eine Abschlagszahlung zukommenzulassen, damit sie aus der Not herauskommen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wir haben den Witwen bereits Zuschüsse bewilligt und zwar in der Höhe, wie die StadtMittel vom Ministerium erwartet. Im übrigen aber kann ich erklären, daß der Stadtverordnetenversammlung demnächst eine entsprechende Vorlage zugehen wird.

- 262 -

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

I
B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 9. März 1922.

Tagesordnung:

- 1) Bewilligung eines Beitrages für Drucklegung eines Manuskriptes.
- 2) Antrag S t e g m a n n , betreffend Ausgabe von Wochenkarten für Angestellte auf der Straßenbahnstrecke Braunschweig - Wolfenbüttel.
- 3) Antrag F a y , betreffend bessere Beleuchtung der Bernerstraße.
- 4) Aufbesserung der Bezüge der in städtischen Krankenhause tätigen Schwestern vom Roten Kreuz.
- 5) Ersatzwahl eines Beisitzers des Mieteinigungsamts
- 6) Versicherung der Einrichtungsgegenstände in städtischen Gebäuden gegen Feuersgefahr.

Ihren Oberbürgermeister
Rotemeyer

- 7) Anderweitige Regelung der Witwen- und Waisengeldbezüge für Hinterbliebene städtischer Beamten und Lehrer.
- 8) Neuregelung der Vergütungssätze für nebenamtlich tätigen Lehrkräfte.
- 9) Neuwahl der Mitglieder des Schulvorstandes der Städtischen Fortbildungsschule betreffend.
- 10) Bauliche Änderungen auf dem Rieselgute.
- 11) Verkauf von zwei Bauplätzen auf dem Gelände der Charlottenhöhe.
- 12) Aufhebung der Bezirkseinteilung für den Handel mit Milch.
- 13) Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zur Beschäftigung Arbeitsloser auf dem Spielplatz an der Eisenbüttelerstraße.
- 14) Bewilligung von Mitteln für Anschaffung von Badelaken und Wolldecken für die medizinischen Bäder im früheren Residenzbade.
- 15) Besprechung über Aufnahme einer Anleihe von der Staatsbank.

16) Antrag F a y , betreffend die Rückzahlung der für 1920 von Gehalt- und Lohnempfängern zu viel gezahlter Steuern.

In Verbindung damit:

Anfrage S t e g m a n n , betreffend die Abfertigung des Publikums vor den Kassenschaltern im Rathause.

17) Antrag W o l t e r s , betreffend die zu Ostern fällige Mehlerverteilung.

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r , Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r , Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadträte B ü e r m a n n und P i n n o w .

Es fehlen die Herren Stadt. Dr. J a s p e r und T o s t m a n n .

Vor-

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Sitzung:

Es ist eingegangen von seiten des Vertrauens-
ausschusses der Berufsfeuerwehr eine Feststellung
darüber, wie die Feuerwehrleute in anderen Städten
besoldet werden. Der Ausschuß der Feuerwehrleute
wünscht, daß diese Feststellung berücksichtigt wird
bei der demnächstigen Revision der Beamtenbesol-
dungsordnung. Ich überweise die Eingabe dem Rat
der Stadt als Material.

Ferner ist ein Schreiben von Frau Emma Bode,
Rosenstraße 17 eingegangen, in dem um Ermäßigung
der Wertzuwachssteuer ersucht wird. Da der Rat
ein solches Schreiben nicht erhalten hat und ein
derartiges Ersuchen zunächst an ihn zu richten ist,
so überweise ich dieses Schreiben ebenfalls dem
Rat.

Ein Dringlichkeitsantrag ist von Herrn F a y,
eingereicht mit folgenden Wortlaut:

„Die

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß die Rückzahlung der im Rechnungsjahre 1920 von den Gehalts- und Lohnempfängern zuviel erhobenen Steuern schnellstens erfolgt und nicht erst im Mai oder Juni.“

Eine Anfrage des Herrn S t e g m a n n lautet:
„Hat der Rat Schritte unternommen, um eine schnellere Abfertigung des sich täglich vor den Kassenschaltern im Rathaus zu Hunderten drängenden Publikums zu ermöglichen?“

Herr G r ä f stellt folgende Anfrage:
„Wie aus den Zeitungen ersichtlich ist, ist betreffs ^{Aufklärung} der städtischen Besoldungsordnung von der Gehaltsdeputation ein Unterausschuß, bestehend aus den Herrn Oberbürgermeister Retemeyer, Stadtv. Dr. Jasper und Stadtv. Jahns eingesetzt worden. Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, wie weit

die

die Vorarbeiten des Unterausschusses gediehen sind?"

Sodann ² ~~eine doppelte~~ Anfrage des Herrn Regener:
„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß über die Abfertigung der Wohnungsuchenden seitens eines Teils der im hiesigen Wohnungsamts beschäftigten Beamten lebhaft ^(Ansprachen) Klagen geführt werden, demnach ~~der~~ der Verkehr mit dem Publikum sehr zu wünschen übrig läßt und ~~also~~ viele Beschwerden dieserhalb eingegangen sein sollen?"

Ist ferner dem Rat der Stadt bekannt, daß ein großer Prozentsatz der hiesigen Einwohner seit Jahren in die Dringlichkeitsliste eingetragen sein sollen, ohne daß ihnen trotz nachgewiesener Dringlichkeit eine Wohnung nachgewiesen wurde? Ferner, daß seitens der in Frage kommenden Beamten eine große Bevorzugung einzelner Personen und Familien erfolgt sein soll?"

Am Schlusse der öffentlichen Tagesordnung werden wir die neuen Anträge und Anfragen erörtern.
Wir treten in die Tagesordnung ein.

1. Bewilligung eines Beitrages für Drucklegung eines Manuskriptes.

Stadt v. S a u e r b i e ~~r~~: Meine Damen und Herren! Der Regierungsbaumeister C. Clausen aus Magdeburg hat in der hiesigen Hochschule eine Dissertation eingereicht mit dem Titel: „Peter Joseph Krahe, ein Künstler des Städtebaus um 1800.“ Herr Clausen promovierte mit Auszeichnung, aber wegen der großen Druckkosten konnte seine Doktorarbeit bisher nicht im Druck erscheinen. Braunschweig verdankt der Energie und dem reifen Künstlertum Krahes einen großen Teil seiner städtebaulichen Schönheit. Der prächtige Gürtel der Wallanlagen, der Löwenwall, einer der schönsten Platzanlagen Deutschlands, sind sein eigenes Werk. Schon mehrmals ist der Gedanke ausgesprochen worden, durch ein Denkmal dem Danke der Stadt Braunschweig für seinen großen Baumeister Ausdruck zu geben. Hier bietet sich Gelegenheit, ein über Braunschweig hinauswirkendes Erinnerungszeichen durch die Drucklegung dieser Dissertation zu schaffen, ~~und~~ zum ersten

ersten Male das Leben und Wirken dieses Mannes und seine große Bedeutung für die Baugeschichte Deutschlands festlegt. Krahe ist ja nicht nur der Baumeister unserer Wallanlagen, sondern daneben auch der von verschiedenen bekannten Gebäuden in unserer Stadt, so auch der Torhäuschen an den Okerbrücken. Am bekanntesten ist das Gebäude der Familie Hörstel, das Salve Hospes-Haus am Siegesplatz. Außerdem verdanken verschiedene Privatgebäude ihm ihre Gestaltung. Auch die Husarenkaserne am Augusttor, von der der Portikus ^{mit} ~~im~~ ^{im} Bürgerpark steht, ist eins seiner Werke, und außerdem stehen an den Wallanlagen von ihm entworfene Gebäude. Das Werk, ~~daß~~ ^{es} über ihn von Herrn Clausen verfaßt ist, ist in mustergültig^{em}, flüssigem Stile geschrieben, sodaß es zu begrüßen ist, daß von Fachkreisen aus ange~~legt~~ ^{setzt} worden ist, es in Druck erscheinen zu lassen, und so der Stadt Braunschweiger Bürgerschaft Verständnis zu vermitteln von dem Wirken und Schaffen dieses bedeutenden Mannes. Die Firma Westermann hat sich bereit erklärt, dieses

Werk

Werk in Druck zu nehmen, aber mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil Skizzen und Karten ^{dem} ~~im~~ Werke beigegeben sind, werden die Druckkosten ganz erheblich hoch, und deshalb verlangt die Firma Westermann einen Zuschuß von 12 000 M für die Drucklegung. Der Rat der Stadt hat sich an das Staatsministerium gewandt und gebeten, daß dieses 5 000 M ~~Zuschüsse~~ ^{Zuschüsse} zuschießen möge, während die Stadt ebenfalls einen Zuschuß von 5 000 M hergeben soll, sodaß nur noch 2 000 M übrig bleiben, die von privater Seite angeschafft werden müßten, was aber nicht allzuschwer fallen würde.

Ich wiederhole, daß es mit Freuden zu begrüßen wäre, wenn dieses Werk in Buchdruck erscheinen würde. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Firma Westermann ihre Zustimmung am 23. März 1921 gegeben hat, also beinahe vor Jahresfrist - das Ministerium hat die Sache 4 Monate liegen gelassen, und inzwischen sind die Kosten für Papier und Drucklegung

ganz

ganz erheblich gestiegen. So besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Firma Westermann mit dem Zuschuß von 12 000 M wohl nicht auskommen wird. Der Haushaltsausschuß hat sich mit der Angelegenheit eingehend befaßt, hat ebenfalls anerkannt, daß die Drucklegung durchaus erwünscht ist, und hat sich dahinschlüssig gemacht, zu empfehlen, wenn die Firma Westermann mit der genannten Summe nicht auskommen könne, den Zuschuß der Stadt um etwas zu erhöhen. Der Ausschuß gibt Ihnen demnach anheim, einstweilen die 5 000 M zu bewilligung mit der Maßgabe, sich mit einer Erhöhung des Zuschusses um etwas einverstanden zu erklären, und dem Rate Vollmacht zu geben, daß er des Weiteren über die Summe verfügen kann. Ich bitte Sie, den Antrag des Ausschusses anzunehmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Ausschusses zu.

(Punkt 1).

2. Antrag S t e g m a n n , betreffend Ausgabe von
Wochenkarten für Angestellte
auf der Straßenbahnstrecke Braunschweig -
Wolfenbüttel.

Stadt v. G r ä f : Mein Freund Stegmann hat an die Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, bei der Direktion der Straßenbahn dafür einzutreten, daß die Ausgabe von Arbeiterwochenkarten für die Strecke Braunschweig - Wolfenbüttel auch auf Angestellte ausgedehnt wird. Desgleichen werden die im Aufsichtsrat der Straßenbahn sitzenden Stadtverordneten ersucht, in gleichen Sinne zu wirken.“ Der Aufsichtsrat der Straßenbahn, der für diesen Antrag als zuständige Instanz in Frage kommt, hat sich mit der Angelegenheit befaßt und in gewissen Sinne den Anträge zugestimmt, sodaß die Angestellten eine 19-%ige Ermäßigung auf diese ~~Ermäßigung~~ Fahrpreise bekommen werden, während die Arbeiter eine 25-%ige

erhalten

erhalten ha^{ben}. Dieser geringere Satz der Ermäßigung liegt daran, daß eine 6%ige Abgabe an das Reich erfolgen muß. - Gleichzeitig ist die Frage erwogen worden, ob nicht auch die Beamten an dieser Vergünstigung^{An-}teil haben sollen, die in Wolfenbüttel wohnen und in Braunschweig beschäftigt sind. Hierüber konnte im Rechtsausschuß keine Erklärung gegeben werden, und soweit Herr Oberbürgermeister Retemeyer sich äußerte, würde dies abzulehnen sein. Herr Stadtbaurat Gebensleben wird darüber weitere Auskunft geben können. Der Rechtsausschuß hat sich also mit der Sache befaßt und bittet Sie, von dem Ergebnis Kenntnis zu nehmen.

Oberbürgermeister R e t t e m e y e r : Es handelt sich nicht um Ablehnung oder Annahme des Antrages, eine Ermäßigung durchzuführen, sondern nur darum, daß der Rat der Stadt bei der Straßeneisenbahngesellschaft vorstellig werden sollte, daß die Ermäßigung im Aufsichtsrate bewilligt würde. Die Erklärung des Rats hat sich darauf beschränkt, im Ausschuß mitzuteilen, daß der Aufsichtsrat der Straßenbahn diesen ^{Nun} Ersuchen ^{Beratung} vor der ^{Wartung} dieser Sache durch die ~~Generalversammlung~~ ^{Konferenz} nachgekommen ist. ^{bei} In ^{Beratung} der ^{Wartung} des Rechtsausschusses ist es ^(Prinzipal) ^(bezeichnet) zweifelhaft ob auch die Beamten als unter die Ermäßigung fallend zu verstehen seien. Herr Stadtbaurat Gebensleben meinte, daß ^{es} wäre der Fall, aber nach dem Protokoll mußte ich erklären, daß die Beamten nicht darunter fallen. Es ist ausdrücklich gesagt: „~~Nur~~ die Angestellten.“ Nun ist es möglich, daß der Verfasser des Protokolls bei seiner Aufnahme nicht den scharfen Unterschied zwischen Angestellten und Beamten gemacht

gemacht hat, wie wir es zu tun pflegen, und es soll in der Aufsichtsratssitzung diese Sache nochmals zur Sprache gebracht werden, um Klarheit zu schaffen. Ich habe gleich gefragt: „Fallen auch die Beamten mit unter die neue Bestimmung?“ Und darauf wurde von einer Seite geantwortet: Festangestellte öffentliche Beamte, nicht.“ Jedenfalls kann der Rat in der Sache nichts tun.

Stadt v. S t e g m a n n : Wenn ich auch gern gesehen hätte, daß die Angestellten mit den Arbeitern in diesen Fahrpreisen völlig gleichgestellt worden wäreⁿ, so muß ich doch meiner Freude Ausdruck geben, daß meinem Wunsche einigermaßen entsprochen worden ist. Ich darf hier wohl gleich noch einige Wünsche derjenigen, die die Arbeiterwochenkarten benutzen, vorbringen und hoffen, daß der Aufsichtsrat ihnen dasselbe Entgegenkommen entgegenbringen wird wie in diesem Falle.

Der erste Wagen von Wolfenbüttel fährt 5 Minuten vor 5 ~~von~~ Herzogtor ab. Der Wunsch der Arbeiter, die mit diesem Zuge fahren und die in Wolfenbüttel einsteigen geht dahin, daß der Wagen nicht ab Herzogtor fahren möchte, sondern vom Bahnhofe ab, denn das Stadtgebiet von Wolfenbüttel ist recht ausgedehnt. Es wird jedenfalls keine großen Schwierigkeiten machen, daß die Direktion diese kleine Änderung trifft.

Ein zweiter Wunsch geht dahin, es einzurichten, daß wie bei der Staatsbahn die Wochenkarten für den

ganzen Tag Gültigkeit ~~haben~~. Auf dieser Strecke der Straßenbahn gelten sie nur vor 7 Uhr morgens und nach 4 Uhr nachmittags. Es kommt sehr häufig vor, daß jemand nicht vor 7 Uhr fahren kann oder nicht so früh zu fahren braucht; vielleicht beginnt seine Arbeitszeit erst um 9 Uhr, vielleicht hat er schon früher als um 4 Uhr Feierabend und muß dann warten, bis die bestimmte Zeit gekommen ist. Jrgend ein Nachteil kann durch das Eingehen auf diesen Wunsch für die Straßenbahn nicht entstehen, denn die Karten gelten nur für eine Fahrt und werden abgestempelt. Es kann der Straßenbahn gleich sein, ob die Fahrten morgens vor 7 Uhr oder später gemacht werden, und ebenso ist es mit dem Nachmittag.

Ein dritter Wunsch ist der, daß der Preis der Wochenkarten ^{dem} ~~mit~~ der Staatsbahn angepaßt wird; jetzt sind die der Straßenbahn um 7,50 M teurer.

Ich möchte den Rat und die Stadtverordneten im Aufsichtsrat bitten, auch für diese Wünsche der Arbeiter und Angestellten, welche diese Strecke benutzen, einzutreten.

Ohne weitere *Besprechung* und ohne *Beschluß-*
fassung.

(*Punkt 2.*)

3. Antrag F a y , betreffend bessere Beleuchtung
der Bernerstraße.

Stadtv. E f f n e r : Meine Damen und Herren!
Der Bauausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung
mit einem Antrage des Herrn Fay befaßt. Der Antrag
lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf einzuwirken, daß die Bernerstraße eine bessere Beleuchtung erhält. Zur Beleuchtung dieser Straße ist nur eine Laterne vorgesehen, die aber zur Zeit auch nicht brennt.“

Die Bernerstraße liegt bekanntlich zwischen der Heinrichstraße und dem Stadtpark und ist 120 Meter lang. Es ist festgestellt, daß auf der Bernerstraße eine Laterne brennt, aber wirksame Beleuchtung des-

vergeben

wegen nicht erreicht wird, weil die Straße mit Bäumen bepflanzt ist. Die Beleuchtung der Bernerstraße entspricht jedoch den Grundsätzen, welche seinerzeit für die Beleuchtung der Straßen in Braunschweig aufgestellt ^{sind} ~~ist~~, und deshalb ist der Bauausschuß zu dem Resultat gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen. Ich bitte Sie, demgemäß zu beschließen.

Dem Antrage des Bauausschusses entsprechend,
wird der Antrag Fay abgelehnt.

(Punkt **3.**)

4. Aufbesserung der Bezüge der im städtischen Krankenhaus tätigen Schwestern vom Roten Kreuz.

Stadtv. S t e i n e r t : Am 8. September v. Js. hat die geehrte Versammlung zugestimmt, daß dem Schwesterⁿ und Krankenhause vom Roten Kreuz vom 1. Juli v. Js. ab eine Erhöhung der jährlichen Sätze für die im städtischen Krankenhause tätigen Schwestern und Lernschwestern in folgender Weise gewährt wird:

für die Oberschwester früher 400 M,	seit dem 1. Juli 1921	4 500 M
für jede Schwester früher 400 M,	seit dem 1. Juli 1921	3 600 M,
für jede Lernschwester früher 180 M,	seit dem 1. Juli 1921	1 200 M.

Daneben wird freie Verpflegung, sowie in üblicher Weise die Hälfte der Beiträge zur Angestelltenversicherung und ein Drittel der Beiträge zur Krankenversicherung gewährt, für die Lehrschwestern ebenfalls ein Drittel der Beiträge zur Krankenversicherung.

Der Vorstand des Schwestern- und Krankenhauses

DOM

von Roten Kreuz hat inzwischen darauf hingewiesen, daß durch die fortschreitende Teuerung und das Steigen der Vergütungen die obigen Sätze nicht mehr ausreichen, und haben ⁴den Antrag gestellt, vom 1. Januar d. Js. ab eine Heraufsetzung für die Oberschwester und die Schwestern von 4 500, bzw. 3 600 M auf 6 000 M und für die Lernschwestern von 1 200 M auf 2 000 M jährlich zu erhalten.

Die Pflegehausdeputation hat die Angelegenheit vorberaten, und schlägt vor, dem Antrage zuzustimmen. Der Finanzausschuß, der sich ebenfalls mit dem Antrage beschäftigt hat, schlägt Ihnen ebenfalls die Genehmigung dieser Sätze vor.

Stadt v. D r e w s : Nach dem Berichte des Herrn
Refenten steht es so aus, als wenn diese Bezüge die
Schwestern vom Roten Kreuz bekommen, dem ist aber
nicht so. Wie ich mir habe sagen lassen, bekommen
die Schwestern nur ein monatliches Taschengeld von
40 M oder eine Aufwandsentschädigung für Kleider usw.
von 1 400 M, und darin sind die 480 M Taschengeld
einbegriffen. Die Kosten für Unterkleidung ^{haben} hat sie
dabei selber zu tragen. Der Beruf einer Kranken-
schwester ist aufopferungsvoll, und ich stehe auf
dem Standpunkt, daß es nötig ist, die Bezüge der
Schwestern selber zu erhöhen, vor allen Dingen muß
das Taschengeld erhöht werden. Ich möchte bitten,
bei Behandlung dieses Punktes diese ^{Verhältni-} ~~Ergebnisse~~ auf-
zuklären und deshalb den Punkt an die Finanzkom-
mission zurückzuverweisen.

geh. 1/4 22 H.

Stadt v. M a r t h : Herr Stadt v. Drens hat schon darauf hingewiesen, wie gering die Bezüge der Schwestern vom Roten Kreuz sind, ^{und/} auch ich wollte den Herrn Berichterstatter ^{bitten} Auskunft darüber zu geben, wie die Bezüge der Schwestern in Wirklichkeit beschaffen sind, insbesondere was das Schwesternhaus für die Stellung der Schwestern erhält und was die Schwestern selber bekommen. Ich sehe nicht ein, daß man ~~den~~ Mutterhause das Geld überweist, wenn man die Schwestern weiter in Not lassen will. Wenn die Erhöhung unserer Zahlung durchgeführt werden muß, so muß man auch denjenigen, die die Arbeit leisten, den Schw^{stern}~~ern~~ und Lernschwestern, mindestens soviel geben, daß es ihnen damit möglich ist, das Leben als Menschen zu führen, und das tut das Rote Kreuz ~~nach meiner Kenntnis nicht, sondern die Schwestern~~.

nauf

11

nach meiner Kenntnis nicht, sondern die Schwestern werden unter aller Kanone bezahlt, während das Mutterhaus die Mittel für sich in Anspruch nimmt. Es will sie selbstverständlich zu guten Zwecken verwenden, aber doch müssen wir darauf dringen, daß die Schwestern, die in unserem städtischen Krankenhaus beschäftigt sind, so bezahlt werden, wie wir es verantworten können.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Die Sache liegt rechtlich so, daß die Stadt mit dem Schwesterⁿ und Krankenhause vom Roten Kreuz eine Übereinkunft getroffen hat, wonach das Schwesterⁿhaus uns die Schwestern gegen eine Vergütung stellt, die wir dem Schwesterⁿhause zu zahlen schuldig sind. Ein Vertrag zwischen dieseⁿ Schwestern und der Stadt besteht also nicht. Die Herren Drews und Marth sind auf dem richtigen Wege, wenn sie darauf halten wollen, daß die Schwestern seitens des Mutterhauses in ausgiebiger Weise bezahlt werden, sonst hätten die Stadt und unsere Kranken den Schaden davon. Da ich seit längeren Jahren im Auftrage des Rats der Stadt den Vorstände des Roten Kreuzes angehöre, kann ich mitteilen, daß in der letzten Zeit in den Vorstandssitzungen wiederholt namhafte Aufbesserungen der Schwestern sowohl in den Taschengeld wie in den sonstigen Bezügen^{be-} geschlossen worden ^{sind} ~~ist~~, und auch Herr Drews wird ^{das} ~~der~~ erfahren können. Das Rote Kreuz befindet sich in einer außerordnet~~en~~ bedauerlichen

Finanzlage, und es wird sich die geehrte Versammlung demnächst mit einem Antrage in dieser Sache beschäftigen müssen, doch ist der Vorstand sorgfältig bemüht, den Schwestern entgegenzukommen, indem ein Ausgleich dadurch geschaffen wird, daß das Schwesternhaus, nach dem hier die erhöhte Vergütung beschlossen ist, ~~sie~~ auch für die Schwestern mit rückwirkender Kraft ^{zurückwirkend} eintreten lassen wird. Die Rückverweisung würde also nur einen Aufenthalt darin schaffen und nicht den berechtigten Wünschen der Anstalt entgegenkommen. Demnächst werden sich die Herrschaften mit einer umfangreichen Vorlage des Rats zu beschäftigen haben, wodurch die Sicherung des Bestandes des Roten Kreuzes in unserer Stadt, wenn auch der Staat das seine tut, und auch die bessere Bezahlung der Schwestern erreicht werden soll. Ich bitte Sie, rückhaltslos dem heutigen ^{ig-} Antrage des Rats und des Finanzausschusses zuzustimmen.

Stadt v. L e h n e r t : Wenn Klagen über die schlechte Entlohnung der Schwestern zum Ausdruck gekommen sind, so beruhen sie auf Tatsachen, und auch Herr Stadtrat von Frankenberg hat das in gewissem Sinne bestätigt. Aber ein Vorkommnis habe ich erlebt, von dem ich nicht glaubte, daß ^{es} ~~ich~~ bei Schwestern vom Roten Kreuz ~~etw~~vorkommen könnte. Ich fuhr in der Elektrischen über den Hagenmarkt, und dort hatte eine Frau das Mal^{hau}~~euer~~, weil sie schwerhörig war und das Glockenzeichen nicht gehört hatte, vor den Wagen zu kommen. Wenn sie auch nicht überfahren wurde, so wurde sie doch angestoßen und kam zu Falle. In dem Straßenbahnwagen befanden~~s~~ sich auch zwei Schwestern vom Roten Kreuz. Als diese beiden aufsprangen, glaubten alle im Wagen, daß sie hinausgingen, um der Frau draußen zu Hilfe zu kommen. Weit gefehlt; sie ergriffen das Hasenpanier und waren rasch in der Wendenstraße verschwunden. Erst am Wendentor, als der Wagen in einer Weiche

war,

war, kam die eine der Schwestern⁴ wieder heran. Hier hat sich etwas gezeigt, was ich als Mensch nicht gut heißen kann. Auch wenn die Schwestern noch so dringend^{nötig} hätten, für dienstliche Handlung^{en} nach Hause zu kommen, so wäreⁿ sie doch in erster Linie verpflichtet gewesen, dieser armen Frau zu Hilfe zu springen. Im ganzen Wagen zeigte sich über dieses Benehmen der Schwestern⁴ große Aufregung, und wenn diese Fahrgäste ~~selbst~~^{statt} der Anwesenden über den Antrag des Roten Kreuzes zu beschließen hätten, dann würden keine höheren Sätze bewilligt werden. Es gibt auch Schwestern, die wohl die Schwesternhaube tragen, aber es ist das Außenschild, daß sie unter die Haube kommen möchten. Ich möchte anregen, daß ~~keine~~^{ohne} Rücksicht auf die Personen⁴ diesen Herrschaften gesagt wird, daß sie in erster Linie Menschenliebe und menschliche Pflichten zu versehen haben, dann sind wir auch bereit, sie finanziell zu unterstützen.

Stadt v. Dr. S e h u l t z e : Ich muß es als ^{wünschenswert} ~~ge-~~
~~müht~~ bezeichnen, daß, wenn wir derartige Vorlagen
bekommen, durch die Bezeichnung auf der Tagesordnung
nicht der Anschein erweckt wird, daß die Bezüge der
Schwestern vom Roten Kreuz in unserem ^{Krankenhaus} städtischen
aufgebessert werden sollen. Es hätte gesagt werden
müssen, daß die Bezüge ~~des~~ ^{zufrieden} Roten Kreuzes für die
Stellung der Schwestern erhöht werden sollen. Aller-
dings sind auch die Bezüge der Schwestern in letzter
Zeit erhöht worden. Sie bekommen monatlich ein Ta-
schengeld von 40 M und 100 M Bekleidungsbeihilfe.
Das ist natürlich immer noch außerordentlich wenig
und eine weitere Aufbesserung ist dringend zu wün-
schen.

Bezüglich des Antrages des Herrn Drews bin ich
der Ansicht, daß wir damit dem Roten Kreuz gegenüber
wenig erreichen würden. Das Rote Kreuz ist einheit-
lich in ganzen Deutschen Reiche eingerichtet und die
Schwestern bekommen überall dasselbe. Auch der Staat
hat bei seiner letzten Anfrage an das Rote Kreuz für
Gewährung

Gewährung einer Aufbesserung seiner Beihilfe die Bedingung gestellt, daß die Schwestern ein Taschengeld von 100 M bekommen. Ich weiß davon, weil wir auch ~~in~~ im Landeskrankenhaus Rote Kreuz^S Schwestern beschäftigen. Ob aber dieses Vorgehen gegenüber dem Roten Kreuz einen Erfolg haben wird, ist außerordentlich fraglich, weil auch das hiesige Mutterhaus an gewisse Sätze gebunden ist. Es ist aber doch die Rückäußerung ergangen, daß das Mutterhaus hier versuchen würde, den Schwestern ein Taschengeld von 80 M zu geben, und daß wäre ja schon eine, wenn auch geringe Erhöhung.

Ich möchte ~~de~~ an den Rat der Stadt die Anfrage richten, ob es nicht möglich ist, daß er selbst bei dem Roten Kreuz vorstellig wird, damit den Schwestern mehr gegeben wird, und daß er um eine Erklärung bittet, wie diese Gebühren, die wir bezahlen, verteilt werden, sodaß dadurch in ähnlicher Weise gewirkt wird, wie es von den Herren Drewx und Marth

gewünscht

gewünscht wird.


Bezüglich des Vorfalls, den Herr Lehnert geschildert hat, muß ich sagen: ~~Man~~ darf aus einem solchen kleinen Vorkommnis nicht gleich allgemeine Schlüsse ziehen. Ich kenne auch eine ganze Menge Rote Kreuz-Schwestern und weiß, daß sie ^{in einem solchen Falle} hilfsbereit sein würden; wir sind auch mit ihrer Tätigkeit im Krankenhaus durchaus zufrieden. Aus dem Verhalten von einzelnen Schwestern soll man keine Schlüsse ziehen ~~auf~~ ^{auf} das Rote Kreuz selbst, wie Herr Lehnert es getan hat.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Den letzten Worten des Herrn Dr. Schultze möchte ich mich anschließen. Ich habe mich in jahrelanger Tätigkeit davon überzeugt, daß in der Tätigkeit des Roten Kreuzes nicht nur ein guter, sondern ein vorzüglicher Geist herrscht. Die Schwestern haben in Krieg und Frieden bewiesen, daß sie voll auf ihre Pflicht zu tun bereit sind. Wenn dann ein einzelner Fall vorkommt, so wird es auch Herrn Lehnert fern liegen, die Allg^{mein}ehheit dafür verantwortlich zu machen, oder etwa das Mutterhaus, das von diesem Falle nichts weiß.

Den Wunsche nach Mitteilung der Bezüge der Schwestern in einzelnen kann bei der demnächst zu erwartenden Vorlage, auf die ich schon hingedeutete, Rechnung getragen werden.

Die Einwendung des Herrn Dr. Schultze gegen die Bezeichnung dieses Punktes der Tagesordnung sind zutreffend, aber die Überschriften für die Verhandlungsgegenstände werden bekanntlich nicht vom Rat, sondern anderweitig festgesetzt.

Stadtv. M a r t h : Die Aussprache hat gezeigt, daß mit dem Roten Kreuze und dem Mutterhause hier schwer fertig zu werden ist, weiter auch, daß die Schwestern nicht ausreichend bezahlt werden. Wollen wir ein gutes Pflegepersonal im städtischen Krankenhause haben, so müssen wir es auch anständig bezahlen. Wenn das Schwesternhaus die Schwestern nicht so besoldet, wie wir unsere Zahlungen einsetzen, wenn die Schwestern nicht wenigstens annähernd ausreichende Bezüge erhalten, dann müßte man der Frage näher treten, ob wir unsere Pflegerinnen nicht anderweitig ohne das Mutterhaus beschaffen. Ich bin der Ansicht, daß man auf das Rote Kreuz einen Druck ausüben muß, daß von ihm das Personal so bezahlt wird, wie es notwendig ist, andernfalls muß man vermeiden, dem Roten Kreuz die gewünschte Erhöhung der Bezüge zu gewähren. Ich möchte bitten, bis uns Mitteilungen darüber gemacht werden können, wie hoch die Bezüge der Schwestern künftig sein sollen, die Sache zurück zu stellen und in einer neuen Verhandlung, bei der uns feste Angaben gemacht werden können, auf die Sache zurückzukommen. Ich bin für Zurückweisung und weitere Aufklärung.



Stadt v. S t e i n e r t : Es stimmt schon, wenn Herr Marth glaubt, daß das Geld, das verlangt wird, nicht an die Schwester kommt, sondern an das Mutterhaus vom Roten Kreuz. Wieviel die im städtischen Krankenhause beschäftigten Schwestern als solche bekommen, entzieht sich meiner Kenntnis, ich weiß nur, daß 20 Rote Kreuz-Schwestern im städtischen Krankenhause beschäftigt sind, aber persönlich ist mir bekannt, daß die Bezüge der Schwestern minimal sind und daß sie nicht in der Lage sind, sich ein Paar Stiefel anzuschaffen.

Wenn nun Herr Dr. Schultze sagt, man solle einen solchen Fall, wie ihn Herr Lehnert angeführt hat, nicht verallgemeinern, so stehe ich auf einem anderen Standpunkt. Ich bin seit Jahrzehnten Samariter und weiß, was von mir als Samariter verlangt wird, ganz gleich, wo ich bin. An jedem Orte, zu jeder Zeit muß ich zur ersten Hilfe bereit sein, und das gleiche verlangen wir selbst-

verständlich

verständlich auch von den Roten Kreuz-Schwestern.
Sobald sich ein Unglücksfall zuträgt, haben sie die
Pflicht, sofort einzugreifen, das ist ein selbst-
verständliches *V*erlangen, was man an die Rote Kreuz-
schwester stellen muß.

Stadtverordneter L e h n e r t: Es soll fern von mir sein, daß ich diesen Fall, den ich anführte verallgemeinere. Ich habe nur darauf hinweisen wollen, daß, wenn der Wagen von den Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums besetzt gewesen wäre, heute die Erhöhung nicht bewilligt worden wäre. Daß ich alles über einen Leisten ziehe, das gibt es bei mir nicht, aber zeigen wollte ich, daß Personen im Roten Kreuze sind, die ihren Beruf nicht so erfüllen, wie sie es müßten, und daß für manche der Schwester die Haube nur ein Aushängeschild ist, um recht bald in den Hafen der Ehe einzusegeln.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Ich möchte mich gegen den Antrag des Herrn M a r t h wenden, daß wir die Erledigung dieses Punktes verschieben. Allgemein hören wir, daß die Schwestern schlecht bezahlt werden, und schon deshalb sollte man die Sache nicht auf die lange Bank schieben, sondern die Erhöhung bewilligen, aber daran die Bedingung knüpfen, daß die höhere Bewilligung den Schwestern zugute kommt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Ich würde mit einer derartigen Beschlußfassung einverstanden sein. Wenn die vom Roten Kreuze beantragten Mittel heute ^{nicht} bewilligt werden, so hat das die Folge, daß einstweilen das Rote Kreuz in seinen Ausgaben den Schwestern gegenüber sich Einschränkungen auferlegen muß. Sie können durch Aussetzung der Beschlußfassung nicht das Ziel erreichen, ~~das~~ sie sich gesetzt haben. Die Auskunft über die Bezüge der Schwestern will ich das nächste Mal geben. Ich erwähne—und Herr Rasche wird das bestätigen können— daß zum 1. April d.Js. wieder eine Aufbesserung der Bezüge der Schwestern in Aussicht genommen ist. Mit Zurückverweisung an die Kommission würde ^{der} ~~die~~ Sache, dem Schwestern-
hause und den Schwestern herzlich wenig gedient sein

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich möchte bitten, daß Klarheit über den Antrag Marth geschaffen wird. Wenn ich recht verstanden habe, wünscht er, daß das, was heute dem Schwesternhause bewilligt wird, den Schwestern zu Gute kommen soll. (Widerspruch des Herrn Marth. Stadtv. Stegmann: Das habe ich gewünscht.) Nach meiner Ansicht geht das nicht. Wir können unmöglich dem Schwesterhause sagen: „Die paar Schwestern, die bei uns arbeiten, sollen aus dem Kreise der ganzen Schwestern herausgehoben und höher bezahlt werden, nur weil sie in städtischen Krankenhause beschäftigt sind. ^{Wir} Wir können höchstens sagen: „Wir setzen bei der Bewilligung des Mehrbetrages voraus, daß die Schwestern angemessen besoldet werden und der Rat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung darüber Mitteilung zu machen.“ Einen Einfluß auf das Mutterhaus haben wir, denn wir haben bekanntlich ~~den~~ Hause eine Hypothek gegeben und geben alle Jahre einen Zuschuß; Es liegt wirklich nicht an dem bösen Willen der Leitung, sondern bis über die Ohren sitzt

sitzt das Haus in Schulden, sodaß ein Weg geschaffen werden muß, um das Schwesternhaus zu halten. Wenn wir nicht helfen, wird das Haus zusammenbrechen, und dann haben ~~wir nichts Gleichartiges, daß uns Kranken-~~^{fort in. Man kann man}~~schwestern liefern kann.~~^{auf.} So leicht ist es nicht, Schwestern zu bekommen; der Bildungsgang der Schwestern ~~in~~ einer solchen Anstalt ist nach meiner Erfahrung von der allergrößten Bedeutung. Eine solche Schule, wie sie dort durchmachen, können wir ihnen in unserer städtischen Anstalt nicht bieten, und wo ist sonst eine Anstalt, die junge Mädchen zu Schwestern ausbildet. Allein das Geld, meine Herrschaften, macht es nicht, es muß auch Liebe zur Sache vorhanden sein. Wieviel gibt denn das Marienstift seinen Schwestern? Wenn ich recht unterrichtet bin, gar nichts. Wir haben eine ganze Menge Anstalten in Deutschen Reiche, wo es wohl ein Taschengeld gibt, aber eine Bezahlung der Schwestern nicht stattfindet. Das Rote Kreuz steht auf ~~den~~^{einem} anderen Standpunkte;

es bezahlt seine Schwestern, aber leider sind seine finanziellen Verhältnisse, wie bei jeder Anstalt, die Lebensmittel in großen Mengen zu beschaffen hat, ~~ben~~, in der letzten Zeit derartig geschwächt, daß es der Pflicht der ausreichenden Bezahlung der Schwestern zum Leidwesen der Oberin nicht genügen kann.

Stadt v. B u r g d o r f f: Mit Rücksicht darauf, daß im Interesse der Sache eine ^{Klärung der Frage,} ~~Erklärung der Ver-~~ ~~lage:~~ „Was bekommt die Schwester?“ ~~M~~ötig erscheint, möchte ich empfehlen, die Debatte über diesen Punkt für heute zu schließen und gemäß dem Antrage des Herrn Drews die Sache noch einmal an die Kommission zurückzuverweisen, damit uns von ihr in der ~~M~~ächsten Sitzung Mitteilung gemacht ^{wird} ~~werden~~ darüber, welches die Bezüge der Schwestern sind, und wir dann in der Lage sind, unseren Beschluß zu fassen.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Ich möchte mich dagegen aussprechen, die Sache an den Ausschuß zurückzuverweisen, denn das Rote Kreuz gebraucht das Geld und wir würden bei dieser Maßnahme nichts gewinnen. Wünschenswert ist, daß in dieser Frage Stadt und Staat zusammengehen, denn die Roten „Kreuz^Sschwestern sind auf staatliche und städtische Anstalten verteilt. Der Staat^s hat schon erklärt, daß er nur unter der Bedingung höhere Beträge zu zahlen bereit ist, wenn die Schwestern ein monatliches Taschengeld von 100 M bekommen, und so wäre es gut, wenn von der Stadt dasselbe geschähe. Wenn beide gleichmäßig vorgehen, so würd^e~~den~~ dem Roten Kreuz nichts anderes übrig bleiben, als sich darnach zu richten. Bei den Schwestern von Marienstift ist es anders, die bekommen alles frei, auch die Unterkleidung und Schuhe; sie brauchen sich also an Lebensbedürfnissen nichts zu kaufen, und daneben bekommen sie ein Taschengeld, was aber kaum ~~es~~^W Kennenswert ist.

Stadtv. R a s c h e : Zwischen dem Roten Kreuz und dem Staat sowie der Stadt sind Verhandlungen in Gange über eine wirksame Unterstützung des Roten Kreuzes, und das Ergebnis dieser Verhandlungen müssen wir abwarten. Wollten wir jetzt den Antrage des Herrn Marth folgen, so müßten wir auch gleich 20 Millionen Mark bewilligen. Das bitte ich zu bedenken, wenn wir Forderungen stellten. Ich möchte empfehlen, das für heute Gewünschte zu bewilligen und dann abzuwarten, bis das Rote Kreuz an uns mit einem Antrage herantritt. Dann ist es immer noch Zeit, unsere Bedingungen und Wünsche zu äußern.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Die Ausführungen des Herrn Dr. Schultze haben den Nagel auf den Kopf getroffen, und auf demselben Niveau bewegen sich die Worte des Herrn Rasche. Es soll das Ministerium ersucht werden, Verhandlungen einzuleiten, bei denen das Ministerium, der Rat der Stadt und das Schwesterhaus vertreten ist und Richtlinien aufgestellt werden sowohl wegen Unterstützung der notleidenden Anstalt, die wir nicht untergehen lassen wollen und dürfen, als auch wegen der gemeinsamen und gleichmäßigen Besoldung der Schwestern. Da das unmittelbar bevorsteht und ich mich bereit erkläre, nach den Erkundigungen über den Stand von heute und den vom 1. April demnächst Mitteilung zu machen, so scheint kein Grund vorzuliegen, heute der Beschlußfassung aus den Wege zu gehen. Die Summen, die Sie bei der nächsten Gelegenheit, wo wir über das Rote Kreuz sprechen, zu bewilligen gebeten werden, sind für das Beste^{hen} des Rote Kreuz Krankenhauses so bedeutungsvoll

deutungsvoll, ~~daß~~ dagegen die heutige Bewilligung ganz und gar in Hintergrunde steht, sodaß bei dem, was heute vorgeschlagen wird, Sie nicht so ängstlich den Knopf auf dem Beutel zu halten brauchen.

Dem Kommissionsantrage entsprechend wird der beantragten Aufbesserung zugestimmt.

(Hünke 4)

5. Ersatzwahl eines Beisitzers des Mieteinigungsamts.

Stadt v. M ä d g e : Im Dezember 1921 ist von der Stadtverordnetenversammlung als Vertreter der Vermieter im Mieteinigungsamt Herr Löhr, Frankfurterstraße 9 gewählt worden. Herr Löhr ist jetzt auch Landtagsabgeordneter geworden und hat in seinem Schreiben vom 23. April den Rat der Stadt gebeten, ihn mit Rücksicht darauf, daß er nicht gleichzeitig seinen Posten als Mitglied des Mieteinigungsamt und als Landtagsabgeordneter nachkommen könne, von seinem Amte als Beisitzer im Mieteinigungsamt zu entbinden. Der Rat ersucht nun die Stadtverordneten, den Antrag zu prüfen und gegebenenfalls eine Neuwahl vorzunehmen. Der Rechtsausschuß ist der Meinung, daß es allerdings untunlich sein würde, und hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dem Ersuchen des Herrn Löhr stattzugeben. Ich habe Ihnen als Referent des Ausschusses vorzuschlagen, in diesem Sinne zu beschließen.

Wenn jemand, der diese beiden Ämter zu versehen Der
hat, an der Ausübung des einen durch das andere behindert würde,

Der Rechtsausschuß hat auch gleich zu der ~~Frage~~ Frage Stellung genommen, wer an Stelle des Herrn Löhr gewählt werden könnte, und in der Voraussetzung, daß das Haus sich dem ersten Vorschlage des Rechtsausschusses anschließen wird, darf ich hier gleich noch berichten, daß vom Rechtsausschuß in Vorschlag gebracht werden die Herren Frede und Stöcker. Eine Abstimmung über diese beiden Vorschläge hat der Rechtsausschuß nicht vorgenommen, weil das doch ^{von} ~~keiner~~ ^{gewesen wäre.} Bedeutung ~~gegeben hätte.~~ Es steht aber nichts entgegen, daß hier in der Versammlung noch andere Vorschläge gemacht werden.

Die Versammlung ist mit dem Scheiden des Herrn Löhr aus seinem Amte als Mitglied des Mieteinigungsamts einverstanden.

In der Zettelwahl, bei der Herr Stadt v. Stegmann den Vorsitz übernimmt und die Herren Stadt v. Sauerbier und Munte als Stimmzähler fungieren, werden abgegeben für den Restaurateur Stöter 16 Stimmen, für ~~den~~ Herrn Frede (den Vorsitzenden der Stadtverordneten) 15 Stimmen. 3 Stimmzettel waren unbeschrieben. - Herr Stöter ist damit gewählt.

Herr Stadt v. Frede übernimmt den Vorsitz wieder.

6. Versicherung der Einrichtungsgegenstände in den städtischen Gebäuden gegen Feuersgefahr.

Stadtv. Sauerbier: Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, wie hoch die in den einzelnen städtischen Betrieben und Gebäuden vorhandenen Einrichtungsgegenstände und Vorräte gegen Feuersgefahr versichert sind. Bei der Höhe der zu zahlenden Prämie einerseits und bei der Leistungsfähigkeit der städtischen Feuerwehr andererseits sind zu solchen Sätzen, die den heutigen Sachwerten entsprechen, einstweilen nur diejenigen Inventarien und Vorräte versichert, die besonders gefährdet sind, nämlich die in der Neustadtmühle, auf den Rieselgute, auf dem Gaswerk Taubenstraße, in Marstall, in Pflege- und Krankenhaus und die sehr wertvollen Kornvorräte, dagegen sind bei den übrigen Einrichtungsgegenständen die früheren durch Schätzungen des Hochbauamts ermittelten Werte beibehalten. Daß diese Versicherungssummen in Falle eines Brandschadens

schadens zur vollen Deckung des Verlustes nicht ausreichen würden, ist ohne weiteres anzuerkennen, aber bei der hohen Schlagfertigkeit unserer Feuerwehr und der durch zwei Werke gesicherten Wasserversorgung der Stadt hält der Rat eine teilweise Selbstversicherung für unbedenklich und auch in Interesse der ~~Ab~~^{Ers}parung unnötig höhere Prämien für geboten. Der Rat hat nun den Wunsch, sich bei dieser Stellungnahme des Einvernehmens der Stadtverordnetenkollegiums zu vergewissern und ersucht deshalb die Versammlung sich zu der Angelegenheit äußern zu wollen.

Um den geehrten Herrschaften ein einigermaßen klares Bild über die Versicherung zu geben, wird es erforderlich sein, daß ich kurz die Versicherungssumme ^{für die} über einzelnen Gebäude verlese:

(Redner gibt aus der Ratsvorlage die betr. Gebäude etc. an.)

An Gesamtsumme für Prämien sind zu zählen:

für Mobiliar:	52 267,70 M,
für Torf- und Holzvorräte	1 900,-- M,
für Gebäude	<u>85 512,50 M,</u>
zusammen	139 680,20 M.

Wenn man an die gewaltigen Summen denkt, die hier versichert sind, dann erscheint die zu ent^{nicht}~~stehende~~ Prämie eigentlich gering.

In Haushaltsausschuß wurde davon geredet, daß es eigentümlich sei, wenn das Feuerwehrgebäude mit 562 000 M versichert ist. Es ist dagegen gesagt, daß die dort lagernden Vorräte an Benzin usw. durch Blitzschlag oder andere Zufälligkeiten gefährdet sind. Vielleicht könnten aber die dafür angesetzten 3004 M gespart werden. Hervorgehoben zu werden verdient auch das Schulmuseum. Wenn man bedenkt, daß in den Hause Spirituosen lagern, so könnte diese Summe etwas gering erscheinen. Aber der Haushaltsausschuß empfiehlt Ihnen, die Versicherung dieser

Positionen

1. Legen Sie
2. für den
3. für den
4. für den

^{neu}
Position/in der angegebenen Höhe gut zu heißen und
damit gewissermaßen mit die Verantwortung für eine
genügende Versicherung zuübernehmen.

I

- 52 -

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Haushaltsausschusses zu.

(Förster 6)

7. Anderweite Regelung der Witwen- und Waisengeldbezüge für Hinterbliebene städtischer Beamten und Lehrer.

Stadtv. M u n t e : Es ist seitens des Staatsministeriums angeregt, eine anderweite Regelung der Witwen- und Waisengeldbezüge für die Hinterbliebenen städtischer Beamten und Lehrer anzuordnen. In dem darüber uns vom Rat der Stadt gegebenen Berichte handelt es sich um folgendes :

Es ist Ihnen wohl allen bekannt, daß der Staat ursprünglich nach dem Gesetze von 1876 die gesamte Hinterbliebenenversorgung zu tragen hatte. Was damals als Versorgung der Hinterbliebenen bestimmt ist, reicht selbstverständlich heute nicht mehr aus und die Stadt hat aus freiem Antriebe diese Renten durch Zuschüsse vergrößert. Die Höhe des Zuschusses ist zuletzt am 14. Juli v.J. festgelegt. Nun will das Ministerium dem Landtage

empfehlen

empfehlen, die jetzt dem Staate allein obliegende Verpflichtung derartig zu ändern, daß sie in gleicher Weise vom Staat und von den Gemeinden getragen wird, und dabei hat die Regierung vorgeschlagen, die Bezüge der Witwen auf 40 % des Gehalts der Beamten zu erhöhen, während bekanntlich bis jetzt die Hinterbliebenen 24 % des Gehalts des Verstorbenen bekamen. Außerdem soll angenommen werden, daß der Beamte im Genuß des Höchstgehalts gewesen ist, und darnach soll die Pension der Hinterbliebenen errechnet werden, allerdings nur auf der Grundlage von 45/60 des Gehalts, genau so wie es beim Reiche ist. Nachdem die Sache soweit gediehen war, hat das Ministerium beim Landtag sich zunächst eine Pauschalsumme von 300 000 M bewilligen lassen. Dabei scheint es dem Ministerium nicht bekannt gewesen zu sein, um welche aufzuwendenden Summen es sich handeln würde, denn

aus

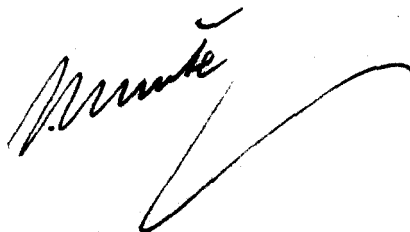
aus der Vorlage des Rates geht hervor, daß der Staat allein an uns schon eine Summe von 324 000 M. würde zahlen müssen, wenn die neuen Grundsätze durchgeführt werden sollen. Das mag der Staat, aber später unter den für ihn maßgebenden Faktoren abmachen, wir haben es mit folgendem zu tun :

Das Ministerium hat ~~an~~ den Rat der Stadt beauftragt, einen Beschluß der Stadtverordneten herbeizuführen, daß aus städtischen Mitteln derselbe Betrag zugeschossen werden soll, wie ihn der Staat in Zukunft zuschießt. Dieser Betrag ist auf einer vom Staatsministerium angeforderten Liste verzeichnet; sie liegt hier vor, und darnach würde der Gesamtbetrag sich auf 648 855,60 M. belaufen, sodaß die Stadt ungefähr 324 000 M. zuzuschießen haben würde. Das sieht viel aus, aber da die Umstände uns veranlaßt haben, freiwillig Zuschüsse zu zahlen, ist es dahin gekommen, daß wir bereits

rund

rund 320 891 M zuschießen, so daß der Stadt jetzt nur noch übrig bleibt, ja dazu zu sagen, daß wir den kleinen Mehrbetrag von 3546,80 M noch zuzahlen.

Der Antrag des Rates ⁷ geht dahin, ihn zu ermächtigen, dem Vorschlage des Staatsministeriums zuzustimmen, wonach vom 1. Januar 1922 bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung stadtseitig zu den gesetzlichen Bezügen von Hinterbliebenen städtischer Beamten der gleiche Zuschuß gegeben wird, den der Staat zahlen wird. Sie sollen diese Zusage hier also offiziell aussprechen, damit vom Staat die Sache weitergeleitet[?] werden kann. Der finanzielle Erfolg ist ^{*eine Aufzählung der Post 904*} rund 4000 M. Ich glaube, daß Sie der Sache zustimmen werden, der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, die Zustimmung zum Antrage des Rates zu erteilen.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich glaube, in den Ausführungen des Herrn Bericht-
erstatters ist einmal ein kleiner Irrtum unterlau-
fen. Es handelt sich nicht darum, daß bei allen
Witwen der Betrag für die Hinterbliebenenversorgung
von 45/60 des Gehalts des Verstorbenen errechnet
wird, sondern das ist nur der Höchstbetrag, der in
Frage kommen kann. Bisher war die Witwenpension
24 % des zuletzt bezahlten Gehaltes und es war
Pflicht des Staates, diesen Betrag aus der Witwen-
und Waisenversorgungskasse zu zahlen. Nun ist es
zur Notwendigkeit geworden, die Bezüge der Witwen
und Waisen der Beamten und Lehrer aufzubessern,
auch die der städtischen. Der Staat hat mit uns
darüber verhandelt, und zu einer endgültigen Rege-
lung muß das Gesetz geändert werden. Bis diese
Änderung zur Tatsache geworden ist, schlägt uns
der Staat vor, den ^{zuletzt bezahlten Betrag} ~~städtischen~~ Beamten und Lehrern
zu den ihnen bisher aus der staatlichen Kasse

der

der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt gewährten Bezügen soviel zuzulegen, daß die ⁱⁿ~~Hinterbliebenen~~ dieselben Beträge bekommen wie die Hinterbliebenen von Staatsbeamten, und dabei die Annahme zu Grunde zu legen, daß der verstorbene Ehegatte noch die Erhöhung der Gehälter erlebt habe. Es muß also für jeden einzelnen Fall errechnet werden, was der Beamte bekommen hätte, wenn die Gehaltsreform in Kraft getreten wäre, als er noch am Leben war, und dann muß eine Umrechnung erfolgen auf Grund von neuen Pensionsbestimmungen, die der Landtag wohl beschlossen hat, die aber noch nicht erlassen sind. In diesen Bestimmungen tritt gemäß den Vorschriften des Reiches ^{45/60}~~der Pensionssatz von 45/60 auf~~, während die Pension ^{nach Braunschweigischer Rechts}~~in früheren Jahren bis zu 90 und nachher bis zu 80 % gehen konnte~~. Von dem Ruhegehaltssatze des Beamten sollen den Witwen und Waisen 40 % gewährt werden; der Höchstsatz beträgt also 40 % von 45/60 des letzten Gehalts des Verstorbenen. Nun

hat

hat der Staat gesagt : Den Hinterbliebenen der Beamten der Gemeinden sollen dieselben Sätze gezahlt werden wie den Hinterbliebenen der Staatsbeamten, und der Betrag, den sie mehr bekommen wie bisher von der Witwen- und Waisenversorgungsanstalt, soll zwischen Staat und Gemeinde geteilt werden. Die Gemeinden wurden angewiesen, ein Verzeichnis aufzustellen, aus dem sich ergibt, was dabei für den Staat und die Gemeinden an Zuschuß herauskommt. Dieses Verzeichnis haben wir angefertigt und vorgelegt, es hat ziemlich viel Mühe gemacht, es fertigzustellen. Es ist daraus zu ersehen, welcher Betrag für uns noch in Frage kommt.

Nun halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß uns heute ~~Morgen~~ ein Reskript des Ministeriums zugegangen ist, wonach ein neues Verzeichnis nach einem anderen Schema angefertigt werden soll, und ich glaube, daß die Sache dadurch aufgehalten wird, aber außerdem kommt in dem Schrei-

ben

ben noch ein bedenklicher Passus vor, denn es
heißt darin : Wir ³wollen in Zukunft die ganzen
Beträge zahlen und vierteljährlich den auf den
Staat entfallenden Teil beim staatlichen Haushalts-
amt liquidieren, worauf uns dies den Anteil des
Staates zurückerstatten würde, sofern der Landtag
demnächst die dazu nötigen Mittel bewilligen würde.
Ich muß offen gestehen, daß ich das für ein eigen-
artiges Vorgehen halte, und ich möchte bitten,
unserer Ansicht zuzustimmen, wenn wir sagen : Die
Sache muß durch gemeinsame Übereinkunft zwischen
Staat und Stadt in der Weise geregelt werden, wie
es in unserer Vorlage steht, aber es muß vorausge-
setzt werden, daß der Staat die Verpflichtung
übernimmt, dementsprechend zu zahlen und nicht das
Recht hat, vor einer anderweitigen gesetzlichen
Regelung zu sagen : Wir haben kein Geld hierfür
und können den auf uns entfallenden Teil der Stadt
nicht wiedergeben. So liegt denn doch die Sache

nicht

nicht, daß die Stadt Geld hat und der Staat nicht, im Gegenteil : Wir rechnen auf die Zuschüsse des Staates. Der Staat hat die gesetzliche Verpflichtung, für die Hinterbliebenen zu sorgen, übernommen, und solange ihm das nicht durch Gesetz abgenommen ist, ist es meiner Überzeugung nach ein Entgegenkommen der Stadt, wenn sie dem Staat bei Erfüllung seiner Verpflichtung hilft. Wir zahlen damit etwas, was uns nach dem Gesetze nicht obliegt. Darüber hinaus etwas dauernd auf uns zu nehmen, dazu liegt
? kein Anlaß vor. Zu diesem Verlangen ist man wohl dadurch gekommen, daß der Landtag nur 300 000 M zur Verfügung gestellt hat und das Ministerium, nachdem es erfahren hat, daß allein auf die Stadt Braunschweig schon ein Zuschuß von mehr als 300 000 M fällt, nun dem Landtage gegenüber gedeckt sein will. Das Ministerium muß sich nun, wenn es das vollständige Material in Händen hat, aufs neue mit dem Landtag in Verbindung setzen und neue Bewilligungen beantragen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Oberbürgermeister, haben Sie Bedenken, daß die von der Kommission beantragte Beschlußfassung angenommen wird ? Sollen vielleicht erst Verhandlungen mit dem Staatsministerium gepflogen werden ?

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Wenn aus Ihrer Mitte kein Einspruch gegen die Richtigkeit meiner Auffassung erfolgt, darf der Rat der Stadt wohl an das Ministerium zurückschreiben, wir kämen dem Auftrage nach, aber die städtischen Behörden wären der Ansicht, daß ein festes Abkommen zwischen Staat und Stadt getroffen werden muß und das Ministerium nicht berechtigt sein darf, den Einwand zu erheben, daß es ihm an Geld für diesen Zweck fehle.

Stadtv. J a h n s : Bereits in der letzten Sitzung hatte ich die Anfrage gestellt, ob den Witwen und Waisen der städtischen Beamten dieselben Hinterbliebenenbezüge wie denen der Staatsbeamten zuerkannt werden würden. Es wurde damals geantwortet, daß die Sache in die Wege geleitet wäre, und als ich den Punkt auf der heutigen Tagesordnung las, glaubte ich, daß heute unsererseits darüber beschlossen werden könnte. Wie nun aber der Herr Oberbürgermeister ausführte, müssen erst wieder Verhandlungen mit dem Ministerium gepflogen werden, und es wird wieder eine lange Zeit hingehen, ehe es zur Auszahlung kommt. Daß die Not der Hinterbliebenen groß ist, das wird genügend bekannt sein, und die Bezüge der Hinterbliebenen der Staatsbeamten sind auch rückwirkend bis 1. April 1920 aufge bessert worden. Wer bedenkt, was heute das Leben kostet, der muß sagen, daß mit solchen Hungerlohnsätzen die Witwen und Waisen der Beamten nicht auskommen

können

können. Von allen Seiten kommen die Rufe, nun endlich die höheren Bezüge auszusahlen. Ich möchte bitten, die Erledigung dieser Sache und die Auszahlung unverzüglich in die Wege zu leiten oder doch wenigstens den Hinterbliebenen eine Abschlagszahlung zu gewähren.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Den Worten des Herrn Jahns gegenüber muß ich folgendes feststellen: Die Stadt hat, obgleich keine gesetzliche Verpflichtung für sie vorlag, schon vom Jahre 1920 an, den Hinterbliebenen Zuschüsse zu den vom Staate bewilligten Renten gezahlt, und diese Bezüge sind dreimal aufgebessert worden. Unsere Zuschüsse sind jetzt so hoch, daß sie annähernd das erreichen, was der Staat uns zur Last legen will. Ferner habe ich zu bemerken: Nach dem, was ich ausgeführt habe, soll die Sache durchaus nicht etwa so aufgezogen werden, daß erst lange Verhandlungen mit dem Staat aufgenommen werden sollen. Im Gegenteil: Der Staat hat verfügt, daß die höheren Bezüge vom 1. Januar d. Js. ab sofort gezahlt werden sollen, und das werden wir tun. Nun aber schreibt das Ministerium: „Wie lange wir unsere Zuschüsse zahlen können, das wissen wir nicht; und nur darüber wollen wir verhandeln. Für selbstverständlich halte ich, daß, wenn ein solches Abkommen getroffen wird, Klarheit über die beiderseitigen Verpflichtungen geschaffen werden muß. Die Auszahlung

- 66a -

wird aber dadurch nicht aufgehoben.

Stadto. Dr. S c h u l t z e: Aus den Darlegungen des Herrn Oberbürgermeisters von der dreimaligen Aufbesserung der Hinterbliebenenbezüge scheint hervorzugehen, daß die Witwen jetzt besser gestellt sind als früher. Aber ich möchte doch ein Beispiel mitteilen, aus dem man erkennen kann, wie außerordentlich schlecht die Witwen der städtischen Beamten gestellt sind. Ich weiß, daß die Witwe eines Oberlehrers mit 3 Kindern seit dem 1. Oktober 1921 für das ganze Jahr 9684 Mark bezieht, vorher aber weniger bekommen hat. Das sind im Monat 800 Mark für die Witwe selbst und 3 schulpflichtige Kinder. Würde sie mit Armengeld unterstützt, so würde sie 200 Mark für sich und 100 Mark für jedes Kind bekommen, das sind 500 Mark. Wenn wir die Armenunterstützungsempfänger als die Ärmsten der Armen bezeichnen, so müssen diese Hinterbliebenen die Ärmeren unter den Armen genannt werden. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob es nicht möglich ist, diese Hinterbliebenen besser

zu

zu stellen, und zwar so wie die Hinterbliebenen der staatlichen Beamten. Wenn das auch keine gesetzliche Pflicht der Stadt ist, so gibt es doch auch eine moralische Verpflichtung. Man kann sehen, wie die Witwe eines Oberlehrers von einer staatlichen Schule, die gar keine Kinder hat, in ihren Bezügen viel besser gestellt ist, als die eines Oberlehrers von einer städtischen Schule ^{mit mehreren Kindern.} Da müßte ein Weg gefunden werden, die Lage dieser Leute zu bessern, nicht bloß vom 1. Januar d. Js. ab, sondern rückwirkend vom 1. April 1921 ab. Ich möchte mir die Bitte an den Rat erlauben, Gelegenheit zu nehmen, diesen Witwen Teuerungszulagen oder Beihilfen zu geben, damit die Hinterbliebenen nicht geradezu verhungern; diese ^{am mir erwählte} Frau muß tatsächlich für ihre Kinder hungern.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Was Herr Dr. Schultze will, liegt wohl in den Worten, eine Nachzahlung vom 1. April 1921 an zu geben." Wenn es anders sein sollte, so müßte ^{er sich} ~~ich mich~~ sehr undeutlich ausgedrückt haben. Unsere Vorlage geht dahin, daß die Hinterbliebenen der städtischen Beamten mit Hilfe des Staates und der Stadt genau dieselben Bezüge bekommen sollen wie die der Staatsbeamten. Ob sie heute schon beschließen sollen, daß aus städtischen Mitteln allen diesen 84 Familien nachträglich für die Zeit vom 1. April 1920 an alles das nachgezahlt wird, was sie bekommen haben würden, wenn die verstorbenen Beamten im Staatsdienst gestanden hätten, darüber ^{Kann man doch} ~~würde ich~~ zweifelhaft sein. Wir haben die von uns gezahlten Sätze während der verflossenen Jahre mit Ihnen vereinbart, und ich glaube kaum, daß für die Stadt genügend Anlaß vorliegt, für die ganze Zeit den Mehrbetrag ihrerseits zu übernehmen. Ich bitte, immer im Auge zu behalten, daß der Staat durch Ge-
setze

setze die Verpflichtung hat, hier einzutreten. Der Rat der Stadt hat mehrere Male dem Ministerium gegenüber die Ansicht vertreten: Wenn der Staat durch das Gesetz von 1876 die Verpflichtung übernommen hat, die Hinterbliebenensätze zu zahlen und die Verhältnisse sich so ändern, daß allseitig anerkannt werden muß, daß die Bezüge nicht mehr annähernd hinreichen, dann liegt der Gedanke nahe, daß zunächst der gesetzlich Verpflichtete, der Staat, hier einzutreten hat. Schließlich ist die Antwort gekommen, daß der Staat nicht darauf eingehen wolle, sondern daß das Eintreten der Stadt überlassen bleiben müsse. Darauf haben wir uns mit den Stadtverordneten in Verbindung gesetzt und mehrmalige Zulagen bewilligt. Wenn wir darüber hinaus weitere Bewilligungen vornehmen sollen, dann muß ich Herrn Dr. Schultze anheimstellen, einen entsprechenden Antrag einzureichen. Darüber müßte dann besonders beraten werden, bei dieser Gelegenheit können wir es nicht.

V o r s i t z e n d e r: Herr Dr. Schultze hat einen Antrag eingereicht. Er lautet:

„ Der Rat der Stadt wird ersucht, eine Vorlage dahingehend zu machen, daß den Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer vom 1. April 1921 ab nachträglich zu den bisherigen Teuerungszulagen weitere Teuerungszulagen gezahlt werden, sodaß die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen denen der Hinterbliebenen der Staatsbeamten angepaßt werden.“

Das ist ein selbständiger Antrag. Wer unterstützt den Antrag? - Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich nehme die Begründung des Antrages als gegeben an und überweise den Antrag dem Finanzausschuß.

Stadt v. M u n t e : Es handelt sich um eine prinzipielle Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten genehmigen damit, die Hälfte der Zuschüsse zu bewilligen. Was sich weiter daraus ergibt, das ist für heute Nebensache bei der Abstimmung.

Munte

V o r s i t z e n d e r : Wer für diese Regelung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben.

(Geschieht.) Die Zustimmung ist erteilt.

(Punkt 7.)

8. Neuregelung der Vergütungssätze
für nebenamtlich tätige Lehrkräfte.

Stadtv. S t u k e n b e r g: Ein Schreiben des Rates an die Stadtverordneten behandelt die Neuregelung der Vergütungssätze für nebenamtlich tätige Lehrkräfte. An der Städtischen Fortbildungsschule werden an Vergütungen für nebenamtlich erteilten Unterricht seit dem 1. Oktober 1920 folgende Vergütungen gezahlt:

Im 1. - 3. Dienstjahre 360 Mark,
" 4. - 6. " 400 "

folgenden Dienstjahren 440 " und in den
" " für die Jah-

resstunde. Durch eine Verfügung des Staatsministeriums
Abteilung für Volksbildung, vom 25. Januar d. Js. ist
angeordnet, daß den nebenamtlichen Lehrern und Lehre-
rinnen für die Erteilung des Berufsschulunterrichts

ab 1. Januar 1922 im 1. und 2. Dienstjahre 640 Mark,
" 3. " 4. " 720 " und
in den folgenden Dienstjahren 800 "

für die Jahresstunde - das Schuljahr zu 40 Wochen
gerechnet - zu zahlen seien.

Die

Die nebenamtlich an der Handwerker und Kunstgewerbeschule tätigen Lehrkräfte, sowie diejenigen Lehrer, die an den Bürgerschulen den Werkunterricht und den Schwerhörigenunterricht erteilen und die Kinder-Lesezimmer verwalten, haben bisher die gleichen Vergütungen erhalten wie die nebenamtlichen Fortbildungsschullehrer. Der Rat hält es daher für gerechtfertigt, wenn auch ihnen die vom Staatsministerium festgesetzten Vergütungssätze zugewiesen werden.

Durch diese Neuregelung der Vergütungssätze erwachsen jährlich an Mehrkosten 312 000 Mark, wovon der Staat an Zuschuß für die Pflichtfortbildungsschule 106 000 Mark zu tragen hat, sodaß die Mehrbelastung der Stadt sich auf jährlich 206 000 Mark belaufen wird.

Der Rat ersucht, der vorgetragenen Neuregelung der Vergütungssätze für die genannten Lehrkräfte mit Wirkung vom 1. Januar 1922 zuzustimmen und die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen.

Ferner

Ferner gibt der Rat der Stadt anheim, sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadt ein Drittel der Mehrkosten übernimmt, die der kaufmännischen Fortbildungsschule durch Einführung der angegebenen Vergütungssätze für ihre nebenamtlichen Lehrer ab 1. Januar d. Js. entstehen.

Der Schulausschuß hat sich in der gestrigen Sitzung mit diesem Schreiben des Rates beschäftigt und hat angesichts der Tatsache, daß die bisher gezahlten Vergütungen nicht im geringsten mehr den heutigen Verhältnissen angepaßt sind, seine Zustimmung dazu gegeben, daß diese Vergütungen, wie sie das Staatsministerium neu festgesetzt hat, gezahlt werden und auch Zustimmung dazu erteilt, daß die erforderlichen Geldmittel angewiesen werden. Ich habe den Auftrag, auch Ihnen Zustimmung zu empfehlen.

F. M.

Die vorgeschlagenen Sätze und der erhöhte Zuschuß für die kaufmännische Fortbildungsschule werden angenommen.

(Zurück 8)

9. Neuwahl der Mitglieder des Schulvorstandes
der Städtischen Fortbildungsschule betreffend.

Stadtv. S c h m e r b a c h: Der Rat der Stadt hat an die Stadtverordneten unterm 2. März folgendes Schreiben erlassen:

„ Zum 1. April d. Js. muß der Schulvorstand der Fortbildungsschule neu gewählt werden. Von den 11 Mitgliedern des Schulvorstandes haben die Stadtverordnetenversammlung nach § 6 des Statuts Nr. 65, betreffend die städtische Fortbildungsschule vom 19. April 1919 vier Mitglieder, von denen mindestens zwei selbständige Arbeitgeber sein müssen, zu wählen. Für die Gewählten sind gleichzeitig Stellvertreter zu bestimmen.

Wir bitten, die Wahl vorzunehmen und uns das Ergebnis mitzuteilen.“

Der Schulausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Vorschlägen für diese Wahl beschäftigt. Die bisher unter den Nummern 4-7 aufgeführten Mitglieder

glieder

glieder des Schulvorstandes waren: Malerob^{er}meister Meyer, Stadtrat Langemann, Stadtverordnete Frau Graf und der verstorbene Herr Bunge, die Stellvertreter: Frau Professor Goetze, M^aurermeister Baumkauff, Gewerkschaftsangestellter Reinowski und Schneider August Recter.

Der Schulausschuß unterbreitet Ihnen folgende Vorschläge:

Als Mitglieder des Schulvorstandes: Malerob^{er}meister Meyer, Frau Philipps, Frau Graf und Schneider August Recter, und als Stellvertreter dieser Mitglieder: Frau Professor Goetze, Fräulein Wolters, Herr Reinowski und Stadtverordneter Stegmann.

Ich bitte um Annahme dieser Vorschläge.

Die Versammlung stimmt den vom Ausschuß gemachten
ten Vorschlägen zu.

(Punkt 9.)

10. Bauliche Änderungen auf dem Rieselgute.

Stadtverordneter R a s c h e : Auf dem Rieselgute sind verschiedene Umbauten erforderlich, und zwar deshalb, weil beabsichtigt wird, den Bestand an Milchkühen noch weiter zu erhöhen, da die Milchwirtschaft auf dem Rieselgute sich ausgezeichnet bewährt hat und von großem Segen für die Stadt gewesen ist. Ferner kommt ~~noch~~ in Betracht, daß die Rieselgutsdeputation auch eine Erweiterung der Schweinezucht beabsichtigt, die sich ebenfalls als sehr vorteilhaft erwiesen hat. Die vorhandenen Stallungen sind jetzt sämtlich voll besetzt und eine Vermehrung des Viehbestandes läßt sich nur durchführen, wenn weitere Stallräume beschafft werden. Die ursprünglich ins Auge gefaßte Erbauung eines neuen Pferdestalles und die Verbindung des alten Pferdestalles mit dem angrenzenden Kuhstall zu einem Raum würde annähernd 300 000 Mark Kosten verursacht haben, und es mußte der hohen Kosten wegen von diesem Plane abgesehen werden. Es wird nun vorgeschlagen, einen Teil der an der Nord-

seite

seite des Wirtschaftshofes liegenden Scheune als Stallung für Pferde und einige Ochsen herzurichten und an die Ostseite der Scheune einen Anbau als Häckselraum, Geschirrkammer und Haferboden anzufügen. Der Plan für die Umänderung hängt dort aus. An Kosten werden aufzuwenden sein:

1) Für den Pferdestall	70 000 Mark
2) Für den Anbau	70 000 "
3) Für Umwandlung eines Pferdestalles in einen Kuhstall	33 000 "
4) Für Umwandlung eines Kutschpferdestalles in einen Schweinestall	14 000 "
	<hr/>

Sodaß sich die Gesamtkosten auf 187 000 Mark stellen werden.

Der Rat ersucht, der Ausführung dieser Bauarbeiten zuzustimmen und die Ausgabe zu Lasten des Extraordinariums der Kämmererkasse zu verwilligen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt, auch an Ort und Stelle sich von den vorliegenden Verhältnissen überzeugt, und empfiehlt Ihnen ein-

stimmig

stimmig die Bewilligung der beantragten Summe.

Ferner wird vom Rat der Stadt anheimgegeben, die Zustimmung zur Ausführung einiger dringend wünschenswerten Bauarbeiten zur Verbesserung und Ergänzung anderer Wirtschaftsgebäude zu erteilen. Es handelt sich darum, in den nächstjährigen Voranschlag einzustellen:

- | | |
|--|----------|
| a) Für Herstellung eines betonierten Fußbodens im Diemenschuppen auf dem Hofe | 28 400 M |
| b) Für Einrichtung eines geschlossenen Raumes in dem offenen Wagenschuppen zur Aufbewahrung von künstlichem Dünger | 16 000 " |
| c) Herstellung eines betonierten Fußbodens im Maschinenschuppen | 5 300 " |
| d) Verkleidung der beiden großen Diemenschuppen, soweit diese noch offen sind, mit 2 cm starken Brettern, die von den Baracken auf dem Flugplatz herführen | 34 500 " |

Es empfiehlt sich, daß zu diesen Arbeiten erforderliche Material heranzuschaffen, solange die Gespanne noch nicht voll beschäftigt sind, und deshalb

halb

beantragte
halb ~~empfiehlt~~ der Rat der Stadt, ihn zu ermächtigen,
schon jetzt die Materialbeschaffung zu bewirken und
nach Bedarf auch die Ausführung der fraglichen Ar-
beiten zu veranlassen. Die Kosten sollen in der
nächstjährigen Rechnung als laufende Ausgaben ver-
bucht werden.

Der Bauausschuß hat nach eingehender Prüfung
auch diese Anträge gutgeheißen und bittet Sie, ihnen
gleichfalls zuzustimmen.

Die Zustimmung wird dem Antrage des Bauausschusses gemäß erteilt.

(Punkt 10)

11. Verkauf von zwei Bauplätzen auf dem
Gelände der Charlottenhöhe.

Stadt v. M e s s e n i u s : Auf der Charlottenhöhe sollen die Parzellen Nummer 72 und Nummer 6 verkauft werden, und zwar die erstere zu gleichen Teilen an Herrn Stadtrat Fäermann und den Zugführer a. D. Reichardt, die letztere an Herrn Stadtbaurat Gebensleben. Die von den städtischen Behörden festgesetzten Bedingungen und Preise sind auch bei diesen Verkäufen eingehalten, und betreffs des vorhandenen Baumbestandes befindet sich in dem Kaufvertrage der Passus, daß Veränderungen irgendwelcher Art an den Grundstücken, insbesondere Geländeabtragungen und die Beseitigung von Bäumen, der Genehmigung des Rates der Stadt bedürfen. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen, diesen Verkäufen zuzustimmen.

Die Zustimmung zum Verkauf der beiden Bausteilen wird von der Versammlung erteilt.

12. Aufhebung der Bezirkseinteilung für
den Handel mit Milch.

Stadttrat S c h a p e r : Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen eine Frage des Milchhandels vorlege, damit Sie Gelegenheit haben, Stellung dazu zu nehmen.

Am 1. Juni vorigen Jahres ist die Zwangsbewirtschaftung der Milch gelockert worden. Seit der Zeit haben die Behörden das Recht verloren, den Milchpreis festzusetzen; der Milchpreis für den Großhandel wird vereinbart zwischen den ländlichen Molkereien, die die Frischmilch liefern, und der Kleinverkaufspreis ^{wird} durch die Vertreter des Milchhandels in den Orten festgelegt. Andere Zwangsmittel sind bestehen geblieben; so sind die Molkereien und Kuhhalter, die im März vorigen Jahres Milch nach hier geliefert haben, verpflichtet, dieselbe Milchmenge weiter nach hier zu liefern. Diese Verpflichtung ist

ist ihnen bis zum 15. Mai 1923 auferlegt. Weiter ist der Betrieb des Milchhandels in der Stadt Braunschweig abhängig von einer Genehmigung, die vom Rat der Stadt erteilt wird, und diese Genehmigung kann aus wichtigen Gründen auch zurückgezogen werden. Endlich muß die Milch zunächst für milchberechtigte Personen, also für Kinder, Kranke, Hochbetagte und ~~hof-~~^{Arbeiter}fende und ~~stillende~~^{Arbeiter} bereitgehalten werden, und zwar gegen Karten oder nach Kundenlisten. Damit hängt zusammen, daß jedem Milchhändler ein bestimmter Bezirk zur Belieferung überwiesen ist, während er in einem anderen Bezirk Milch nicht absetzen darf. Es ist von uns schon vorgeesehen, daß von nächsten Montag ab, die Abgabe gegen Karten aufhören soll, um dadurch die hohen Druckkosten zu ersparen, die das Kartensystem mit sich bringt. Nun ist von ~~den~~^{einer} hiesigen Molkereien schon mehrfach der Antrag gestellt worden, die Zwangsbezirkseinteilung aufzuheben und

den

den freien Milchhandel wieder einzuführen. Begründet wird dieser Antrag damit, daß für unsere Stadt genügend Milch vorhanden sei und jeder Käufer vollauf befriedigt werden könne. Durch die Bezirkseinteilung würde der Handel nur gehemmt, und dem Milchverbraucher sei es möglich, nach Aufhebung der Bezirkseinteilung bei dem Händler zu kaufen, dessen Ware er für die beste hält. Bisher haben wir diesen Antrag abgelehnt und haben uns dabei auf ein Gutachten der Milhhändler gestützt, die wir ebenfalls gehört haben. Sie haben darin ausgeführt: Solange genügend Milch vorhanden ist, würde die Aufhebung der Bezirkseinteilung keinen Schaden anrichten, aber die Zeiten könnten sich ändern und immernoch könnte einmal eine Milchknappheit eintreten, vielleicht durch Auftreten der Maul- und Klauenseuche. Dann wäre vielleicht nur so viel Milch vorhanden, daß allein die Versorgungsberechtigten befriedigt werden könnten, und vielleicht auch die kaum. Wenn nur eine beschränkte Belieferung stattfinden könne, dann

dann müsse die Bezirkseinteilung aufrecht/erhalten sein, weil nur bei ihr jeder Käufer wisse, an welchen Milchhändler er sich zu halten habe, damit er von ihm die ihm zustehende Milchmenge verlangen könne. Weiter wurde auf folgendes hingewiesen: Wenn die Bezirkseinteilung aufgehoben sei und eine Milchknappheit eintrete, dann würden nur diejenigen Milch bekommen, die von ihrem Lieferanten regelmäßig Milch bezogen haben oder die hohe Preise anzulegen imstande seien. Wir haben bisher diese Gründe als berechtigt anerkannt und den Antrag auf Aufhebung der Bezirkseinteilung abgelehnt. Nun aber ist am 1. März wieder eine bedeutende Preissteigerung für Milch eingetreten; die Milchviehhaltung ist dadurch wieder lohnend geworden und die Milchanfuhr steigt. Andererseits haben wir die bedauerliche Erscheinung: je teurer die Milch wird, um so weitere Volksschichten sind nicht imstande, regelmäßig Milch zu kaufen. Aber die Tatsache besteht, daß gegenwärtig so viel

Milch

Milch nach Braunschweig kommt, daß die Molkereien und Händler nicht mehr in der Lage sind, sie abzusetzen, und wir kaum noch zu befürchten haben, daß eine Milchknappheit eintritt. Darum sind beim Rat Zweifel entstanden, ob es noch angebracht sei, diese Schranke, die dem freien Milchhandel entgegensteht, bestehen zu lassen. Wir haben sie bestehen lassen im Interesse der Milchversorgungsberechtigten, glauben aber, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die Bezirkseinteilung aufzuheben, so daß der freie Milchhandel sich wieder betätigen kann. Diese Frage ist aber von so großer Bedeutung und die Verantwortung in dieser Sache ist so groß für uns, daß wir gern die Meinung der geehrten Versammlung in dieser Frage hören wollen. Wir haben die Sachlage am vorigen Dienstag schon im Rechtsausschuß besprochen, und dort wurde beschlossen, daß sie hier erörtert werden soll. Ich bitte also um eine Meinungsäußerung der geehrten Herrschaften.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine sehr geehrten Damen und Herren. Da wir in der Milchbewirtschaftung keine Zwangswirtschaft als solche mehr haben, wie sie früher bestanden hat, so kann bei der Beratung dieser Frage, ob die Bezirkseinteilung aufgehoben werden soll oder nicht, meiner Ansicht nach nur die Praxis maßgebend sein, und die spricht, soweit bekannt geworden ist, für Abschaffung der Bezirkseinteilung. Wie Herr Stadtrat Schaper schon ausführte, sind die Milchhändler infolge der hohen Preise für Milch und bei der starken Anlieferung derselben nicht mehr in der Lage, die von ihnen bezogene Milch in genügendem Maße abzusetzen. Sie sind also gezwungen, sich andere Absetzungsgebiete zu suchen. Da der Rat der Stadt auf die Gestaltung der Milchpreise keinen Einfluß hat, so würde ich bitten, durch den freien Handel die Milchpreise sich regeln zu lassen. Wenn jetzt ein Milchhändler 20 Liter Milch übrig behält und geht damit in eine Straße, die er

nach

nach der Bezirkseinteilung nicht zu beliefern hat, wird der Kontrolleur sagen: „Was tun Sie hier?“ Bleiben Sie in Ihrem Bezirk!“ Das ist ein Fall, wie er in der Praxis vorkommen wird. Ich möchte bitten, zuzustimmen, daß die Bezirkseinteilung, wenn auch vielleicht nur vorläufig aufgehoben wird, damit der Rat in der Lage ist, darnach zu handeln. Falls einmal wieder eine Milchknappheit eintreten sollte, vielleicht wegen der Maul- und Klauenseuche, dann mag für die Zeit, wo die Behinderung in der Milchlieferung eingetreten ist, diese Bezirkseinteilung wieder Platz greifen. Grundsätzlich müßte man aber bei der jetzigen Regelung dafür stimmen, daß die Bezirkseinteilung als solche fortfällt. Ich möchte Sie bitten, in diesem Sinne zu stimmen.

Stadt v. M a r t h : Die Milchversorgung der Stadt ist den Ausführungen des Herrn Burgdorff nach als gewährleistet anzusehen, denn wenn behauptet werden kann, daß die Milchhändler noch Milch übrig haben, so ist dadurch bewiesen, daß Milch genügend angeliefert wird. Es handelt sich aber bei dieser Frage noch um etwas anderes, um den Milchpreis. Die Leute sind heute nicht mehr in der Lage, die Milch zu bezahlen. Die Kinder, die Milch haben müßten, bekommen sie nicht, weil die Eltern die Milch des hohen Preises wegen nicht anschaffen können. Da liegt der Schwerpunkt der Frage. Wenn man heute kommt und sagt, daß man die Zwangswirtschaft ganz oder teilweise aufheben will und es würde dadurch den Kindern, die bei der heutigen teilweisen Zwangsbewirtschaftung noch Milch bekommen, die Milch vorenthalten, so würde das schlimm werden. Die Milch würde zuzeiten nur alle denen zugute kommen, die hohe Preise bezahlen können. Ich stehe auf dem Stand-
punkt,

punkt, daß man unbedingt die Milchkarten beibehalten muß, daß man aber die Bezirkseinteilung aufheben kann, so daß derjenige Händler, der seine Milch nicht los werden kann, sie in einen anderen Bezirk ausführen kann.

Es liegt aber noch eine andere Angelegenheit vor, die ~~MILCH~~ mich veranlaßt hat, das Wort zu nehmen. Ich denke daran, daß seinerzeit eine Frau aus dem Dorfe Rüningen Milch in die Stadt brachte, die 60 % billiger abgegeben wurde als in Braunschweig von den Händlern. Sofort wurde die Kriminalpolizei gerufen, um die Frau aus der Stadt hinauszweisen. Sie hat sich darauf an den Rat der Stadt gewandt, und dieser hat der Frau zugestanden, hier in Braunschweig Milch zu verkaufen, aber es mußte ihr ein besonderer Bezirk überwiesen werden. Nun aber wird den Händlern, die von auswärts hereinkommen, von einem Teil der Braunschweiger Händler das Leben recht schwer gemacht und es wird dahintergesehen,

daß



daß man diese Leute aus Braunschweig hinaustreibt. Wir aber haben doch ein Interesse daran, daß wir in Rücksicht auf die ganze Volkswirtschaft versuchen müssen, Konkurrenz in das Geschäft hineinzubringen, wodurch die Milch für uns verbilligt wird, und daß solche billigere Milch in der ganzen Stadt verkauft werden kann. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, von seinem Rechte Gebrauch zu machen und jedem, der billige Milch in der Stadt verkaufen will, die Möglichkeit zu geben, Milch in der Stadt abzusetzen.

Stadtrat S c h a p e r : Herr Marth hat mit seinen Worten am besten für Aufhebung der Bezirkseinteilung gesprochen, denn, was Herr Marth will, ist nur möglich, wenn die Bezirkseinteilung fällt. Es handelt sich bei der Frau aus Rünigen darum, daß sie die Konzession erwarb, in Braunschweig Milch zu verkaufen, und das war bei der bestehenden Bezirkseinteilung nur dadurch möglich, daß wir ihr einen Bezirk zuwiesen. Wir hatten keineswegs die Absicht, die Frau aus Braunschweig hinauszweisen, aber es war nötig, daß sie sich bei uns meldete ^{um} und eine Konzession nachsuchte, denn wir müssen über den Milchverkauf eine Statistik führen und Meldungen darüber an das Land Braunschweig und an das Reich machen. Aber diese Frau wollte nicht zu uns kommen, und der betreffende Gemeindevorsteher hat einfach gesagt: „Was schert uns Braunschweig? Ich gebe Ihnen die Erlaubnis, und nun können Sie handeln!“ Als dann die Frau zu uns gekommen ist, hat sie die

Er-

Erlaubnis zum Milchhandel bekommen, aber dabei haben wir ihr einen Bezirk zuweisen müssen. Wenn ~~Sie~~^{Wir} willen den Handel haben, dann können Sie sicher sein, daß ein großer Teil der mit Karten ~~Versehenen~~^{Versehenen} bei Milchknappheit keine Milch bekommt. Heute hat ~~keine~~^{keine} Familie auf ihre Karten von dieser Rüniger Frau Milch genommen und morgen verlangt sie auf Grund ihrer Karten von ihrem früheren Milchhändler Milch, der vielleicht gar nicht mehr imstande ist, noch Milch abzugeben. So ist ein Wirrwarr entstanden, und deshalb haben wir scharf eingreifen müssen, um die Bezirkseinteilung zu erhalten. Wir glauben nicht, daß eine Milchknappheit wieder eintreten wird, sonst würde ich nicht für Aufhebung der Bezirkseinteilung sprechen. Das Kartensystem können wir nicht beibehalten, wenn wir die Bezirkseinteilung aufheben. Was nützt mir die Karte, wenn ich nicht weiß, von wem ich dafür Milch beziehen soll. Wir müssen uns klar sein¹ darüber¹. Wenn wir die Bezirkseinteilung aufheben, dann müssen wir auch Schluß machen mit dem Kartensystem¹.

stem und der Kundenliste; das hängt eben ^{eng} miteinander zusammen.

Auf die Worte des Herrn Burgdorff möchte ich erwidern: Wenn wir jetzt die Bezirkseinteilung aufheben, dann ist es nicht möglich, sie bei einer später vielleicht einmal eintretenden Milchknappheit kurzerhand wieder einzuführen. Dafür sind umfangreiche Verwaltungsarbeiten notwendig, die so schnell nicht ins Werk zu setzen sind, ich glaube wenigstens nicht, daß das möglich ist. Die Milchknappheit würde jedenfalls schon behoben sein, ehe wir die Neuordnung fertiggestellt hätten. Wäre das nicht zu bedenken, dann hätten wir die Bezirkseinteilung schon früher aufgehoben.

Stadto. Dr. S e h u l t z e : Wenn wir jetzt Milch im Überfluß haben, so können wir wohl annehmen, daß wir auch in Zukunft Milch genug haben werden. Im kommenden Frühjahr wird sowieso viel mehr Milch auf den Markt gebracht werden, und ich glaube, daß wir auch im Winter keine Milchknappheit zu besorgen brauchen. Deshalb möchte ich mich für Aufhebung der Bezirkseinteilung aussprechen. Interessant ist es, daß gerade die Milchhändler die Bezirkseinteilung haben wollen, die sonst für den freien Handel sind. Aber man kann das verstehen, wenn man die hiesigen lokalen Verhältnisse kennt. Die Bestrebungen der Händler richten sich nur gegen die Braunschweiger Molkerei. Sie wollen die Konkurrenz durch die Molkerei ausgeschaltet sehen, die mit ihren Wagen durch die ganze Stadt fahren kann und nicht wie die Händler auf einen kleinen Bezirk beschränkt ist. Wenn ich bedenke, daß die ganze Milchwirtschaft während der letzten Jahre hauptsächlich durch die Braunschweiger

ger

ger Molkerei gestützt ist, so muß ich sagen: Eine Bezirkseinteilung, die in erster Linie gegen ein derartiges Unternehmen sich richtet, müßten wir aufheben. Ich sehe auch keinen Grund, warum wir es nicht tun sollten. Durch die Aufhebung der Bezirkseinteilung kann es nur dahin kommen, daß möglichst viel Milch in alle Teile der Stadt getragen wird, und dadurch könnte eher der Milchpreis sinken als steigen. Es wird allerdings nicht leicht gelingen, das Sinken des Milchpreises herbeizuführen; ich bin darin kein Optimist. Wenn es aber erreicht werden soll, dann kann es nur durch eine starke Zufuhr geschehen.

Stadt v. M ä d g e : Ich möchte es besonders begrüßen, daß gerade ein Kollege von der sozialdemokratischen Partei in so überzeugender Weise und offenbar selbst so überzeugt für die Aufhebung der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen eintritt (Zuruf: Sie sind doch schon aufgehoben!) Offenbar ist er dafür eingetreten, weil er überzeugt ist von dem Werte der Konkurrenz und weil er eingesehen hat, daß sich die Allgemeinheit bei freiem Handel viel besser steht, sobald die Versorgung überhaupt einigermaßen gewährleistet erscheint. Wenn allerdings eine so außerordentliche Warenknappheit besteht, daß, wie in den schlimmsten Kriegsjahren, eine Notlage vorhanden ist, dann kann durch Maßnahmen der Zwangswirtschaft eine Versorgung derjenigen, die Milch nötig gebrauchen, als richtig zugegeben werden. Ich begrüße es, daß von der Seite her auf diesem Gebiete die Aufhebung der Zwangswirtschaft unterstützt wird, nachdem die Versorgung im allgemeinen gewährleistet

leistet

leistet erscheint. Selbstverständlich bin auch ich davon überzeugt, daß es das einzig Richtige ist, wenn alle zwangswirtschaftlichen Maßnahmen auf diesen Gebiete aufgehoben werden, auch die Bezirkseinteilung aufhört und der allerfreisten Konkurrenz Raum gelassen wird. Ich bin überzeugt, daß die Allgemeinheit sich dabei viel besser steht als früher (Zuruf: Siehe Kartoffelpreise, siehe Fleischpreise!) Ich möchte noch darauf hinweisen, daß es sich nach meiner Überzeugung keineswegs mit der neuen Wirtschaft nicht vereinbaren lassen sollte, daß bestimmten Leuten Milchkarten gegeben werden und sie ein bestimmtes Recht auf Milchbezug haben. Wenn derartige Milchkarten ausgegeben bleiben an diejenigen, die wirklich unbedingt ein bestimmtes Quantum Milch haben müssen, so werden sich immer Händler finden, die bereit sind, auf Basis einer Übereinkunft mit der Stadt, diese Milch zu liefern. Die Karteninhaber können sich da und da eintragen lassen und sind berechtigt und verpflichtet.

pflichtet, dort das bestimmte Quantum abzuholen; das ist wohl durchführbar. Jedenfalls brauchten wir in Rücksicht hierauf nicht dafür zu sein, daß wir die Bezirkseinteilung beibehalten. Ich schließe mich also dem an, daß man die Bezirkseinteilung aufhebt, bitte aber zu prüfen, ob man es nicht für ratsam hält, in irgendeiner Weise dafür zu sorgen, daß den Leuten, die Milch durchaus nötig haben, auch dann, wenn Mangel zu befürchten ist, die Möglichkeit des Milchbezuges gewährleistet wird.


Stadtv. Frau G ö t z e : Auch ich möchte mich für Aufhebung der Bezirkseinteilung aussprechen, und ich sehe auch nicht recht ein, warum wir die Milchkarten beibehalten sollten. Wir haben z. B. Milchbezugskarten für Kranke, aber sie werden seit Monaten nicht mehr abgenommen. In unserer Gegend gibt es Milch in Hülle und Fülle. Wenn jetzt die Braunschweiger Molkerei so lange Anzeigen erläßt, um ihre Milch und Magermilch anzupreisen, so glaube ich darauf schließen zu dürfen, daß wir in absehbarer Zeit auf Milchreichtum rechnen können und deshalb ein Sinken der Preise gerade dann möglich gemacht wird, wenn man nicht gezwungen ist, die Milch von einer bestimmten Stelle zu entnehmen.

Marth:

Stadtv. ~~Mädge~~ : Herr Kollege Mädge hat mich jedenfalls falsch verstanden. Ich bin eingetreten für Aufhebung der Bezirke, aber für Beibehaltung der Milchkarten, für diejenigen, die Milch unbedingt benötigen. Ich möchte also richtig stellen, daß ich nicht für Aufhebung der Zwangswirtschaft bin, sondern wir wollen nur innerhalb der Stadt die Grenzen erweitern, sodaß Milch aus dem einen Bezirke in den anderen überführt werden kann. Wir wollen von auswärts Milch in die Stadt hineinbringen, um etwas Konkurrenz möglich zu machen und dadurch die Milchhändler und ^{Produ-}~~Poluzenten~~ zu veranlassen, die Milch billiger zu liefern. Wenn man aber den Weg wählen will, wie der Herr Stadtrat Schaper vorgeschlagen hat, daß man auch die Karten aufgibt, so kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. Wir müssen uns vorstellen: Wir können in der nächsten Zeit doch einmal wieder in die Lage kommen, daß eine schlechte Milcheinfuhr stattfindet und daß wir dann

nicht

nicht genug Milch für Kranke und Kinder haben, sondern bei freier Wirtschaft die Milch an diejenigen abgegeben wird, die sie hoch bezahlen können oder nur^{an}/die, wohin der Händler sie gerade ~~hinein~~bringt. Die Milch für Kinder, für Kranke und alte Leute müssen wir sicherstellen, sodaß diese ein Recht haben, Milch vorweg zu erhalten. Eine Reduzierung der Milchlieferrung könnte sehr wohl beim Eintreten einer Seuche oder dergleichen zu verzeichnen sein. Ich bitte also, die Milchkarten beizubehalten, aber die Bezirkseinteilung wegfällen zu lassen. Das muß gehen! Es ist denkbar, daß eine Anzahl von Beziehern mit Milchkarten versehen werden und ihnen verschiedene Milchhändler zum Bezuge ihrer Milch zugewiesen werden. Damit brauchen wir nicht alles auf einmal über den Haufen zu werfen. Wer aberⁱⁿ/die Stadt Braunschweig hinein will, um mit Milch zu handeln, den soll man hineinlassen, um dadurch den Milchpreis herunterdrücken zu helfen. .



Stadtv. L e h n e r t : Die Redner von der Gegenseite haben in Stadt, Land und Reich oftmals ausgeführt, daß, wenn die Schranken der Zwangswirtschaft fallen, das Angebot und die Nachfrage die Preise günstig regeln werden. Meine geehrten Herrschaften, das Gegenteil ist eingetreten; bei jeder Aufhebung einer Art der Zwangswirtschaft, ist die Lage des Volkes schlechter geworden, und zwar gerade durch die Aufhebung. So ist es, Herr Mädge, auch wenn sie mit dem Kopf schütteln. Wer nicht genügend über braune Lappen verfügt, der kann sich alles erlauben. Für Geld kann man ja den Deubel tanzen lassen und seine Großmutter dazu. Mit dem Moment, wo Sie in der Milchwirtschaft die letzte Zwangsmaßregel aufheben, wird das eintreten, was bei den anderen Artikeln auch eingetreten ist, z. B. bei dem Fleische. Was ist jetzt schon bei der Milch eingetreten? Herr Stadtrat Schaper hat erklärt, vor dem Kriege seien 32 000 Liter Milch eingeführt worden und jetzt nur

21 000

21 000 Liter, ergo ist das ein Zeichen, daß die Verarmung des Volkes schon soweit vorgeschritten ist, daß das Volk nicht mehr im Stande ist, die Milch zu bezahlen, trotzdem genügend/angefahren wird. Es gibt manche Kreise in der Stadt, die nicht in der Lage sind, die höheren Milchpreise zu zahlen, und Sie werden es eines schönen Tages erleben, daß das Liter Milch nicht mehr 6 M kosten, sondern daß der Milchpreis in kurzer Zeit um 100, ja um 200 % sich gesteigert hat, und das haben Sie dann zu verantworten, wenn Sie die Zwangswirtschaft ganz aufheben. Man hat vor einiger Zeit durch große Schilder „Kinder in Not“ auf die schlimme Lage der ^{hingewiesen} Kinder; ich weiß auch jetzt noch Familien, wo die Kinder jetzt mit brauner Sauce aufgezöpelt werden müssen, weil die Eltern nicht in der Lage sind, Milch anzuschaffen. Daß er eine solche Verantwortung übernehmen will, kann ich bei Herrn Dr. Schultze nicht begreifen, der doch weiß, woher die Unterernährung gekommen ist. Und nun

will

will man die letzten Schranken niederreißen, durch Zulassung des freien Handels. Freie Bahn dem Tüchtigen!" ja, dem Tüchtigen, der es versteht die Preise nach Wucherart hinaufzubringen und dem Ärmsten der Armen ~~die~~ das bißchen Milch zu nehmen, was ihm noch belassen ist. Ich bitte Sie, Stimmen Sie dem nicht zu, sondern sagen Sie: die Beschränkung muß bestehen bleiben! Wir werden ja sehen, ob in kurzer Zeit noch solche große Annoncen in den Tagesblättern stehen, wie sie die Braunschweiger Molkerei jetzt erlassen hat. Es ist ja lächerlich, zu lesen, daß die Magermilch genau so gut im Gebrauch ist wie die Vollmilch. Wer diese Annonce verfaßt hat, der soll ~~so~~ sich sein Lehrgeld wiedergeben lassen. Auch beim Kartoffelhandel hat man seinerzeit behauptet, es seien genügend Kartoffeln da. Ja, genügend da waren für die Schiebergesellschaften, aber die Arbeiter konnten dann diese Preise nicht mehr bezahlen. Nicht nur an die Arbeiterschaft ~~brauchen~~ sie in betreff ~~de~~ der Milch-

der Milchversorgung zu denken, sondern denken Sie auch an die Hinterbliebenen, von denen heute die Rede war, daß ihre Bezüge erhöht werden müßten und wo Ihnen Gelegenheit gegeben war, Einsicht zu nehmen in die Liste über ^{deren} ~~die~~ Bezüge. Manch altes Mütterchen mit 3 - 4 000 M Pension muß auch Milch bekommen können. Wenn solch eine alte Dame nicht mehr im Stande ist, sich ein halbes Liter Milch zu kaufen, dann ist der freie Handel mit daran schuld. Dann denken Sie auch an diejenigen, die Armenunterstützung bekommen, also nicht einmal so viel, wie diese Pensionäre, auch wenn sie die höchsten Sätze erhalten. Darum möchte ich appellieren an Ihr Herz und an Ihr Gefühl, damit Sie sagen: ~~Wir~~ wollen wenigstens solange es möglich ist, diese Schranke aufrechterhalten. Tun Sie es nicht, dann laden Sie die Verantwortung auf sich dafür, daß die Kindersterblichkeit eine größere ~~sein~~ wird als bisher.

Stadtv. B u r g d o r f f: Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Ausführungen des Herrn Lehnert verkennen meiner Ansicht nach vollständig die gegenwärtige Lage. Es wird einerseits wegen der erhöhten Produktion mehr Milch an die Stadt herangeführt, und andererseits ist es eine bedauerliche Tatsache, daß ein großer Teil der Einwohnerschaft bei den heutigen Preise sich Milch nicht mehr leisten kann, wenigstens nicht in dem nötigen Maße. Dadurch verursacht haben wir Milchüberfluß in der Stadt. Wenn man die Sache richtig beurteilen will, muß man bedenken, daß die Aufhebung der Milchwirtschaft Sache des Reichs gewesen ist, und wenn die Stadt bisher auf Grund des Kartensystems in einem gewissen Vertragssystem mit den Händlern gestanden hat, so ist es der Stadt doch dadurch nicht möglich gewesen, die Preisverhältnisse für die Abnehmer zu bessern. Bei den Brotpreisen war es möglich, ihn niedrig zu halten, aber nach dem wir ^{das} ~~dadurch~~ ^A ~~Friedendiktat~~ an Zuschüssen gemindert sind, sind auch dort die Preise höher geworden. Der Zweck der

der ganzen Sache ist doch der, möglichst allen Einwohnern, nicht nur straßenweise, die irgendwie Milch benötigen, diesen Milchbezug zu gestatten und den Milchhandel nicht zu beschränken. Es ist nicht der Fall, daß durch Aufhebung der Bezirkseinteilung der Preis in die Höhe schnellen müßte, das Gegenteil will ich dadurch erreichen, und glauben Sie nicht, daß ich damit nur im Sinne der Milchwändler spreche, welche für die Aufhebung der Bezirkseinteilung eintreten. Wenn der Milchüberfluß mit dadurch verursacht ist, daß ein großer Teil der Einwohner, die Milchkarten besitzen, Milch nicht mehr kaufen können, so soll man die Milch doch nicht verderben lassen, sondern sie in irgend einer Form absetzen. Deshalb trifft nicht zu, wenn Herr Lehnert sagte, wir wären it Schuld daran, falls es dahin kommen würde, daß den kleinen Kindern die nötige Milch nicht gegeben werden kann. Wenn durch Aufhebung des bezirksweisen Vertriebes die Milch den Kindern entzogen würde,

dann

dann würde ich nicht dafür eintreten. (Zuruf Lehnert:
Nächstes Jahr sprechen wir uns wieder!!) Weil so
etwas nicht der Fall sein wird, muß ich bitten, der
Aufhebung der Bezirkseinteilung zuzustimmen.

Stadt v. M a a ß : Der Auffassung, daß die Bezirkseinteilung aufzugeben ist, kann ich mich nicht anschließen, wenn nicht Gewähr dafür gegeben ist, daß für die Milchbezugsbevorrechtigten, die Herr Stadtrat S e h a p e r angeführt hat, Milch bereit gestellt wird. Wir müssen mit der Kalamität einer Milchknappheit rechnen. Nach den Harzorten kommen die Ausländer. Dorthin wird allerdings wohl nicht Milch geliefert, aber die aus der Milch zubereitete Butter wird nach dorthin verabfolgt. Wir können einen trocknen Sommer bekommen, und dadurch würde die Milchlieferung weiter ungünstig beeinflusst werden. Es wird eine Preissteigerung für Getreide kommen, und deshalb schon wird kein Bauer viel Milch mehr erzeugen. Die Lieferung ^{an} des Futters aus Baumwollsaat sind heute so ziemlich abgeschnitten. Alles das muß in Erwägung gezogen werden, weil dadurch eine Milchknappheit herbeigeführt werden kann, und dann haben wir bei Änderung des jetzigen Zustandes

keine

keine Möglichkeit mehr, ^{daß} für die ~~Bevorrechtigten~~
Kinder, kranke und alte Leute die nötige Milch ge-
liefert wird. Herr Burgdorff setzt sich ein für
die Aufhebung der Bezirkseinteilung und will damit
zugleich erreichen, daß die Preise gesenkt werden.
Ich erinnere mich sehr gut daran, daß Herr Burgdorff
sehr stark für die Aufhebung der Kartoffelzwangs-
wirtschaft eingetreten ist. Es sollte dadurch eine
kolossale Preissenkung eintreten. Aber Herr Burg-
dorff hatte dabei etwas anderes im Auge, er wollte
eine Kartoffelpreiserhöhung haben. (Zuruf Burg-
dorff: Ich denke nicht daran!) Auch hier will er
eine Preissenkung im Auge haben, und als weiterer
Vorspann zur Aufhebung der Bezirkseinteilung soll
jetzt dienen, daß man sagt, es sei genug Milch jetzt
da. Die Versammlung soll überrumpelt werden mit
dieser Bekanntmachung der Molkerie, die erlassen
ist, um uns gefügig zu machen, daß wir zustimmen,
die Bezirkseinteilung aufzuheben. So ohne weiteres

stimme

stimme ich der Bezirkseinteilung nicht zu, wenn nicht
- wie ich schon gesagt habe - Gewähr dafür geboten
wird, daß bei eintretender Milchknappheit Milch für
Kinder und Kranke zu beziehen ist. Wir können uns
nicht mitschuldig machen an dem Tode so und so vieler
Säuglinge und Kinder. (Unruhe) Ihnen scheint das
lächerlich zu sein. Aber Sie haben mit Taten be-
wiesen, wie Sie Millionen von Menschen auf dem
Schlachtfelde geopfert haben. (Unruhe. Zurufe: Wir
denken nicht daran! - Werden Sie nicht politisch!)
Sie wollen mit dieser Maßregel Millionen dem Tode
ausliefern, und daß sie davor nicht zurückschrecken,
daß haben Sie während des Krieges mit Taten bewie-
sen. (Glocke des Vorsitzenden.)

V o r s i t z e n d e r : Sie dürfen Mitgliedern des Kollegiums nicht vorwerfen, daß sie solche Taten beabsichtigen.

Stadtv. M a a ß : Ich lasse mir von Ihnen nicht dreinreden. (Oho!)

V o r s i t z e n d e r : Sie müssen das anhören, was ich über ^{all}Ihre Worte ~~sage, denn ich bin der~~ Vorsitzende der Versammlung ~~sage~~.

Stadtv. M a a ß : Ja, Sie sind es die längste Zeit gewesen; es ist Zeit, daß sie von Ihrem Platze verschwinden. (Unruhe und Lachen.)

Ich stimme jedenfalls dieser Aufhebung der Bezirks-
einteilung nicht zu, wenn nicht die von mir ge-
wünschte Gewähr für Belieferung der Kinder und Kran-
ken geboten wird. Der Rat der Stadt scheint mit
lächelnder Miene und Leichtfertigkeit über diese
Frage hinweg zu gehen. Schlagen Sie so viel in die
Hand, wie sie wollen! ^{Sie} ~~Es~~ kommen nicht darum hin-
weg, daß wir durch bedingungslose Aufhebung der
Zwangswirtschaft mit Milch und mitschuldig machen
würden an dem Tode so und so vieler Kinder und
Säuglinge.

Stadtrat S c h a p e r: Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen die Behauptung wenden, daß der Rat der Stadt über diese Frage leichtfertig hinweggegangen ist. Wir haben uns mit ihr mehrfach beschäftigt, haben nicht einen, sondern 10 - 12 Sachverständige darüber gehört, und haben bisher immer gesagt: Aus dem Grunde der Fürsorge für diese Milch-^{-sorg=}versorgungsber^{igkei}echten ist der Zeitpunkt für Aufhebung der städtischen Maßnahmen noch nicht gekommen. Also von Leichtfertigkeit beim Rat kann in dieser Sache keine Rede sein. Wer meine Worte vorhin gehört hat, muß sagen, daß ich ohne Voreingenommenheit die Sache dargelegt habe, daß ich das Für und Wider vorgetragen und erwogen habe, nicht bloß die Gründe, die von den Freunden der Aufhebung der Bezirkseinteilung vorgebracht werden, sondern auch die, die von den Gegnern der Aufhebung ins Feld geführt werden, mit der gleichen Sachlichkeit dargelegt haben. Wenn wir Leicht

fertig

fertig über die Sache hinweggehen wollten, dann hätten wir kein Gutachten der Stadtverordnetenversammlung ^{zu} anfordern brauchen, ~~haben wir doch die anderen Sachen selbst erledigt~~. Aber weil uns die Sache schwer auf dem Herzen gelegen hat und wir uns der großen Verantwortung bei einer Neugestaltung der Verhältnisse bewußt sind, darum wollen wir ihre Meinung hören.

Herr Lehnert ist von der Befürchtung ausgegangen, daß die ^{(Erhöhung der} Preise für Milch unbedingt ^{auf} mit der Freigabe des Handels folgen müssen. Darin kann ich ihm nicht folgen. Die Preise für Milch werden vermutlich weitersteigen, ebenso wie vermutlich auch die Preise auf allen ^{anderen} Gebieten steigen werden, aber eine Folge der Aufhebung der Bezirkseinteilung wird das nicht sein. Wir haben die Einteilung in Bezirken noch gehabt und trotzdem ist seit dem 1. ^{Juni} ~~Januar~~ v. Js. ~~bew.~~ ^{bis zum}

1. dieses Monats der Milchpreis für lose ~~Woll~~milch von 2,40 M auf 5,70 M gestiegen. (Zuruf Lehnert: **A**ber nur ohne Einwirkung auf die Preise durch die Zwangswirtschaft hat das geschehen können!) Wir haben keinen Einfluß mehr auf die Festsetzung der Preise, auch wenn wir die Bezirkseinteilung bestehen lassen. Ich bin wohl zugezogen zu den ^Sitzungen, in denen die Preise festgesetzt wurden, aber eine Einwirkung darauf habe ich nicht gehabt. Der Preis richtet sich nach der Marktlage, und im besondern ist der Butterpreis maßgebend. Sobald die Butter im Preise steigt, sagen die ländlichen Molkereien: Weil die aus der Milch hergestellte Butter um so und soviel im Preise gestiegen ist, darum muß auch der Milchpreis steigen. Wenn ich also leider auch glauben muß, daß der Milchpreis noch weiter steigen wird, so kann ich doch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen diesem Steigen und der Aufhebung der Bezirkseinteilung nicht anerkennen.

Was die Beibehaltung der bevorzugten Lieferung und die der Karten anbelangt, so werde ich mir noch einmal überlegen, ob nicht irgend ein Ausweg in dieser Frage zu finden ist. So leicht ist das nicht. Wenn wir 21000 Liter Milch in der Stadt absetzen, dann sind 14000 Liter davon für Versorgungsberechtigte bestimmt, also zwei Drittel der Menge würden gegen Karten ausgegeben werden müssen und nur ein Drittel würde als überschüssige Milch frei verkauft werden dürfen. Aber Karten sind in der letzten Zeit ^{in der Milchverteilung} nicht mehr genommen worden, weil jeder, der Milch haben wollte, auch so beliefert werden konnte. Ich werde mir ^{aber} überlegen, ob ein Ausweg gefunden werden kann, bisher aber bin ich der Meinung, daß ^{mit} die Bezirkseinteilung ^{auch} und die Ausgabe von Vorzugskarten fallen ^{muss} müssen. Wir werden Ihnen demnächst Vorschläge machen.

Stadtverordneter Dr. Schulze: Was Herr Stadt-
~~verordneter~~ ^{rat} Schaper eben berichtete, kann ich bestä-
tigen, denn ich bin bei den Sitzungen, die Herr Stadt-
rat Schaper erwähnte, als Vorsitzender des Vereins
für Gesundheitspflege mit anwesend gewesen. Auch da-
bei ist besprochen worden, ob die Bezirkseinteilung
aufgehoben werden sollte.

Nun hat Herr Lehnert meinen Namen genannt und
gemeint, ich würde auch mit verantwortlich sein, wenn
Kinder wegen der Aufhebung der Bezirkseinteilung
sterben würden. Dazu muß ich sagen: Ich würde es für
sehr wünschenswert halten, die Preise für die Milch,
die für die Kinder bestimmt ^{ist} ~~sind~~, niedriger zu hal-
ten, wenn die Möglichkeit dazu vorläge. Leider aber
ist uns und überhaupt der Stadt diese Möglichkeit
entzogen. Aber darum handelt es sich heute ja gar
nicht, und insofern hat Herr Lehnert in eine falsche
Kerbe gehauen. Es handelt sich darum, ob die Bezirks-
einteilung aufgehoben werden soll, und das wird auf
die

die Höhe des Milchpreises keinen Einfluß haben. Ich habe mich früher gegen die Aufhebung der Bezirkseinteilung ausgesprochen. Nun haben wir aber gesehen, daß die Milch seit dem Kriege fortwährend im Preise gestiegen ist - abgesehen von den Jahreszeiten, wo Rückschläge stattfinden -, daß wir das also durch die Bezirkseinteilung nicht verhindern können. Wenn wir die Bezirkseinteilung beibehalten, liegt aber die Gefahr vor, daß gewisse Milchmengen, die sonst verkauft werden könnten, verloren gehen, indem sie sauer wird, ^{son} besonders in der heißen Jahreszeit, wo wir vielleicht ^{in diesem Sommer} von der Neutralisierung der Milch, die angesäuert geliefert wird, absehen. Dann ist Gefahr vorhanden, daß ein großer Teil der Milch so rasch schlecht wird, daß sie nicht mehr an den Mann gebracht werden kann. Deshalb wäre die Aufhebung der Bezirkseinteilung zu befürworten. Daß eine Milchknappheit in der Zukunft eintritt, ist nach ^m einem Dafürhalten nicht zu befürchten. Wenn ich überzeugt werden könnte, daß

wir

wir jemals wieder mit einer Milchknappheit zu rechnen hätten, dann würde ich aber doch für die Bezirkseinteilung sein. Da ich nun aber nicht davon überzeugt bin, so bin ich für die Aufhebung, weil das ganze Geschäft dadurch erleichtert wird, ^{und} daß die Möglichkeit besteht, daß Leute von außerhalb Milch in die Stadt liefern.

Stadtverordneter M ä d g e : Ich glaube, es ist über diese Angelegenheit einigermaßen genügend geredet, und deshalb will ich nur noch wenige Worte dazu machen. Ich möchte Herrn Lehnert darauf hinweisen, daß es eigentlich für jeden Menschen, zumal wenn man die österreichischen Verhältnisse in Rechnung zieht, leider Gottes eine allzu geläufige Tatsache sein sollte, daß bei einer Freigabe der Ware allerdings ^{folgt} infall unserer unglückseligen Wirtschaftsverhältnisse und unserer schlechten Valuta die Preise steigen, aber daß bei einer Fortsetzung der Zwangswirtschaft, in der der Preis nicht gesteigert wird, die Waren vom Markte verschwinden. Das haben wir so und sooft erlebt. Sobald in einem Teile des Reiches der Versuch gemacht wird, mit Zwangsmaßnahmen die Preise niedrig zu halten, gibt es nichts mehr davon oder nur hinten herum, aber nicht nach den Vorschriften. Mit solchen Mitteln können wir nicht arbeiten.

Ich stimme im Ganzen den Ausführungen zu, die sich für Beibehaltung des Kartensystems aussprechen.

Mir

Mir scheint heute durchaus noch nicht Gewähr geleistet zu sein, daß fortgesetzt eine genügende Belieferung der Stadt mit Milch sicher ist. Ich halte es für absolut möglich, daß im Sommer ^{folgt} infall des Verkehrs oder aus anderen Gründen vorübergehend eine Milchknappheit eintritt, und deshalb möchte ich es für wünschenswert halten, wenn das Kartensystem im Prinzip beibehalten wird. Es kann sein, daß von diesem Kartensystem jetzt wenig Gebrauch gemacht wird, da die Leute, die Karten erhalten könnten, sie nicht nehmen, weil sie Milch genug im ^{freien} Freiverkehr erhalten können. Aber die Einrichtung sollte doch da sein, und es sollte auch der Versuch gemacht werden, Verträge mit mehreren Händlern abzuschließen, die sich bereiterklären, solche Leute die Milchkarten haben und eingeschrieben sind, vorzugsweise zu beliefern. Das würde man machen können

Daß ich auf die übrigen Ausführungen von jener Seite eingehe, wird Herrn Maßselber nicht erwünscht sein.

Stadtverordneter L e h n e r t : Wie die Sache liegt, läßt sich nicht über aus der Welt bringen, und wenn Herr Kollege Mäße österreichische Verhältnisse zum Vergleich heranzieht, so hat er in die falsche Kerbe gehauen - nicht ich bin das Karnickel gewesen. Die Sache ist die: Nur wenige Staaten im Deutschen Lande gibt es, die so mit Milchwirtschaft versehen sind wie der Freistaat Braunschweig. Aber es gibt wohl auch kein Land in Deutschland, wo die Bauern so unverschämt in Forderung ihrer Preise sind wie in Braunschweig. Der Niedersächsische Bauernschädel läßt alles über sich ergehen, nur am Geldsack darf er nicht geschnälert werden. Wenn Sie heute die Aufhebung der Bezirkseinteilung beschließen, so tragen Sie einen Teil der Verantwortung für die Folge, daraus mit. Wenn Herr Kollege Schulze gemeint hat, daß ich ihn persönlich habe treffen wollen, so sind meine Anführungen sachlich gemeint in der Weise, daß er von seinem ärztlichen Standpunkt aus eine Lockerung der Milchfrage nicht zustimmen sollte, weil er als Fach-

Mann

mann weiß, was unseren Kindern am meisten ^{nachschut.} ~~Not~~-tut.
Wenn man fortwährend sagt: „Sorgt für Nachwuchs,“
so möchte man sagen: „Laß den Deubel für Nachwuchs
sorgen“ und jeder Einzelne wird denken: „Du bist
ein Esel, daß du so etwas getan hast, denn du weißt
nicht, ob der Nachwuchs dir nicht einmal Vorwürfe
macht, daß du Schuld bist an seinem frühen Tode.“
Herr Dr. Schultze, in einem Jahre sprechen wir uns
wieder, und dann wird zutreffen, daß die Milch nicht
um 100, sondern um 200% im Preise gestiegen ist, und
daß sich dann nur diejenigen welche leisten können,
welche genügend braune Lappen besitzen.

Herr Burgdorff hat sich über Herrn Maaß erregt,
aber die Sache trifft zu, wie sie von Herrn Maaß vor-
gebracht ist. Sie selber haben in der Kommission, wo
Sie die Preisregulierungen mit gemacht haben, alle
die schönen Redensarten gebraucht:

„Gebt

„Gebt uns freien Handel, dann fließt Butter und Honig in unserem Lande.“ Nächstens gibt es nur noch trocken Brot, und auch dieses wird dann nur noch von der Apotheke verabreicht.

Stadtverordneter B u r g d o r f f: Ich wollte nur kurz erwidern. Ich kann doch nichts daran ändern, daß eine Entwicklung der Preise nach oben stattfindet. Ich maße mir aber nicht an, etwas vom Zimmermanns Handwerk zu verstehen. Wenn jemand ^{sich} ~~auch~~ über den Handel hier äußert, dann muß man auch voraussetzen können, daß er etwas vom Handel versteht, und daß Äußerungen über das unterbleiben, was man nicht durchgemacht hat.

Vorsitzender: (Zu Stadtrat Schaper gewandt)! Haben Sie eine Meinungsäußerung im allgemeinen oder einen Beschluß gewünscht ?

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin derjenige gewesen, der im Rate wesentlich dafür eingetreten ist, die Sache Ihnen zu unterbreiten, aber ich will Ihnen offen sagen: Wenn ich gewußt hätte, daß die Debatte diesen Verlauf nehmen würde, dann hätte ich wahrscheinlich diesen Antrag nicht gestellt. Die Sache, auf die es uns ankam, ist nicht erledigt, ja kaum erwähnt. Wir wollten gern, daß Sie die Frage beraten ~~und~~ ^{uns} ~~und über die Richtigkeit Ihrer Antwort überzeugen:~~ Wird durch die Bezirkseinteilung jetzt irgendwelcher Vorteil erzielt oder nicht? Oder ist es vielleicht gar so, daß ~~Sie die Ansicht vertreten, daß~~ die Bezirkseinteilung unter Umständen sogar schädlich ist?

Wenn wir weiter nichts in der Hand haben als die Bezirkseinteilung und innerhalb der Bezirke die Milchpreise von uns nicht reguliert werden können, weil eine eigentliche Zwangswirtschaft - von der Sie allerdings immer gesprochen haben - nicht mehr besteht, dann frage ich mich: Was hat die Beibehaltung der

der Bezirkseinteilung zur Folge ? Ob der Zwang, daß die Leute gebunden sind, die Milch bei dem Milchhändler ihres Bezirks zu nehmen, segensreiche Folgen hat, darüber läßt sich streiten, und darüber wollten wir von Ihnen eine Antwort haben. Herr Dr. Schultze hat ein neues Moment in die Besprechung hineingebracht, das zutreffend ist: Wenn die Milch aus bestimmten Quellen, deren Zuführung zur Stadt wir noch auf Grund reichsgesetzlicher Vorschriften verlängern können, bestimmten Händlern ^{bestimmten} in ~~einigen~~ ^{einigen} Bezirken zugeführt wird, dann kann es vorkommen, daß in dem ^{Bezirke} ~~Bezirk~~, die Milch nicht so schnell abgesetzt wird, wie das bei Hitze wünschenswert ist, und dann könnte Milch verderben. Glauben Sie nicht, daß wir im Rate - ^{es ist das ursprüngliche} ~~wir sind aus ver-~~ schiedenen ^{Parteien} ~~Parteien~~ zusammengesetzt - mit Hand und Fuß dahin streben, alles, was an Zwangswirtschaft noch da ist, über den Haufen zu werfen, aber wir möchten die Angelegenheit ^{mit} ~~mit~~ denen wir uns zu beschäftigen tigen

tigen haben, gern so geregelt sehen, daß unsere Einwohnerschaft damit zufrieden ist. Deshalb haben wir auf Antrag des Herrn Kollegen Schaper diese Frage mehrfach erwogen, und da die Ansichten auseinander gingen, so haben wir um Ihre Beurteilung gebeten. Es handelt sich um eine technische Frage; wenn Sie politischen Gesichtspunkt da hineinbringen, dann kommen wir nicht weiter. Wenn es noch möglich wäre, diese Frage zu klären, so würden wir dafür dankbar sein. Im übrigen bin ich zweifelhaft, ob eine Abstimmung am Platze ist. Uns würde lieb sein, wenn wir die Ansicht der Versammlung kennen lernen könnten; daß Nähere muß ich Ihnen überlassen.

Stadtverordneter Gräf: Ich glaube, es wäre besser, wenn die einzelnen Fraktionen die Sache erst einmal unter sich besprächen. Wir sind durch die Frage einigermaßen überrumpelt worden, wenn wir auch im Rechtsausschusse schon davon gehört haben. Überrumpelt ist wohl aber nicht der richtige Ausdruck, doch halte ich es für richtig, daß die einzelnen Fraktionen sich erst über die Frage unterhalten und wir erst in der nächsten Stadtverordnetenversammlung dem Rat einen Bescheid erteilen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wir sind mit dieser Erledigung einverstanden, denn große Eile hat die Sache ja nicht. Da ich gerade das Wort habe, möchte ich auf folgendes hinweisen: Daß wir im Rate uns für die Milchfrage besonders interessieren, können Sie daraus sehen, daß wir Ihnen heute die Vorlage haben zugehen lassen, den Viehbestand auf dem Rieselgute zu erhöhen. Wir liefern jetzt täglich 500 Liter Milch in die Stadt und würden dann in der Lage sein, 700 Liter zu liefern. Wir haben uns im Rate gesagt: Wenn diese Teuerung in den Milchpreisen noch weiter wächst, dann werden wir eine größere Zahl von Pachtverträgen - 400 davon laufen noch - kündigen müssen und den Viehbestand noch weiter vermehren (Sehr richtig!) und unsererseits versuchen, die Milch in der Weise zu verkaufen, daß wir einige Verkaufsstellen in der Stadt einrichten, in denen von uns eingesetzte Verkäufer Milch

zu

zu den von uns vorgeschriebenen Preisen abgeben,
und zwar an solche Familien, die uns durch das Wohlfahrtsamt nachgewiesen werden, denen diese ausgezeichnete Milch vom Steinhofe in erster Linie zukommt.
Aber das Bauen ist sehr teuer, das haben wir jetzt bei dem zuerst projektierten neuen Pferdestall gesehen.

Stadt v. N e s s e n i u s : Es wäre meiner Ansicht nach zwecklos, wenn die Abstimmung über diese Angelegenheit ausgesetzt würde und in der nächsten Versammlung eine ganz neue Debatte darüber zu entfesseln. Jedenfalls kann man dafür sein, daß die Bezirkseinteilung fällt. Es wird allgemein von den Konsumenten anerkannt, daß die Milchwirtschaft bei einer solchen Einteilung einer *Pascha* Wirtschaft geglichen hat. Wenn wir dafür sorgen, daß die Belieferung der Konsumenten im freien Handel geschehen kann, dann tun wir nur etwas Gutes, und durchaus nicht die Rede kann davon sein, daß damit eine Maßnahme getroffen werden soll, die auf die Kindersterblichkeit hinzielt. Diese Behauptung ist natürlich eine ganz **arge** Unterstellung, die unsererseits nicht scharf genug zurückgewiesen werden ^{kann} ~~muß~~. Da heute die Klärung der Frage so weit gediehen ist, bitte ich, sich gleich heute dafür zu entscheiden, daß die Aufhebung der Bezirkseinteilung in die Wege geleitet wird.

V o r s i t z e n d e r : Ein Antrag liegt nicht vor und der Herr Oberbürgermeister hat sich mit der Erörterung der Frage in den Fraktionen einverstanden erklärt. Wollen Sie einen Antrag stellen?

Stadt v. M e s s e n i u s : Ich stelle hiermit den Antrag, daß die Sache heute noch zur Abstimmung kommt und die Aufhebung der Bezirkseinteilung beschlossen wird.

Stadt v. M a r t h : Dann stelle ich den Eventualantrag, daß die Bezugskarten für Kinder und Schwächliche weiter bestehen. Für Aufhebung der Bezirkseinteilung kann ich mich aussprechen, wenn diejenigen, die Karten haben, bei einer Milchknappheit berücksichtigt werden.

Stadt v. G r ä f : Die Herrschaften von der rechten Seite scheinen sich schon vorher in dieser Sache einig gewesen zu sein, wenn sie auch nicht darüber miteinander gesprochen haben. Ich bitte Sie, meiner Anregung Folge zu geben, erst in den einzelnen Fraktionen die Sache zu beraten. Vielleicht kommt dann ein anderes Stimmungsbild heraus als heute. Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir die Karten beibehalten sollen, und weiter über die Frage untereinander sprechen: Können wir überhaupt die ganze Milchversorgung in der Stadt freigeben? Ich glaube, es ist für das Ergebnis der Verhandlungen und auch für den Rat der Stadt besser, wenn meiner Anregung stattgegeben wird.

Stadt v. Dr. R ö p k e : Herr Stadtrat Schaper hat in Aussicht gestellt, daß er die Anregung des Herrn Marth nachprüfen und einen Weg suchen wollte, auf dem die Beibehaltung der Vorzugskarten möglich ist. Vielleicht ist Herr Stadtrat Schaper demnächst in der Lage, Vorschläge in dieser Beziehung zu machen, und deshalb wäre es angebracht, die Abstimmung zu verschieben.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Ich bitte auch, die Entscheidung in dieser Sache auszusetzen. Wir können über diese Angelegenheit ruhig noch einmal sprechen. In bezug auf die Vorzugskarten bin ich mir auch noch nicht klar, wohl aber wegen der Bezirkseinteilung. Es scheint schwer, die Milchkarten beizubehalten und die Bezirkseinteilung aufzuheben.

Frau Stadtv. G u t z e : (Zur Geschäftsordnung):
Wir können die Bezirkseinteilung aufheben und trotz-
dem dem Rat der Stadt anheimgeben, irgendeinen Weg
zu suchen, für solche Zeiten, wo es schwer ist,
Milch zu bekommen, es zu ermöglichen, daß denjenigen,
die Milch unbedingt haben müssen, auch Milch verab-
reicht wird. (Unruhe und Zwischenrufe: Ist das zur
Geschäftsordnung? Augenblicklich habe ich das Wort
- jawohl, zur Geschäftsordnung sage ich das.

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, daß diejenigen Herrschaften, die heute abend die Sache zur Entscheidung gebracht sehen möchten, das aus dem Grunde tun, weil heute häßliche Redewendungen gebraucht sind. Es sollte bei der Besprechung der Sachen hier die Erregung vermieden werden (Zuruf: Oho! Hier ist doch kein Kaffeekränzchen!)

Es wird von Herrn Gräf beantragt, die Entschliebung zurückzustellen, damit die Fraktionen in die Lage kommen, gesondert über die Sache sich zu beraten. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

13 Inangriffnahme von Notstandsarbeiten
zur Beschäftigung Arbeitsloser auf
dem Spielplatze an der Eisenbüttelerstraße.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Herrschaften. Sie wissen, daß am Eisenbüttelerwege ein Spielplatz im Entstehen begriffen ist. Vor längerer Zeit ist angefangen, einen Teil desselben zu planieren; aber derjenige Teil, der an der Wolfenbüttelerstraße liegt muß noch eingeebnet werden. Es müssen Unebenheiten abgetragen und Schutt ~~abgefahren~~ ^{abgefahren} werden, so daß eine ebene Fläche entsteht, wie das an der westlichen Seite schon der Fall ist. Bei dieser Arbeit könnte jetzt eine größere Anzahl von Arbeitslosen beschäftigt werden. Seitens des Tiefbauamtes ist festgestellt, daß mindestens 30 Arbeiter Beschäftigung finden können; und da der Rat der Stadt der Ansicht ist, es müsse alles getan werden, um Arbeit für Erwerbslose zu schaffen, so hat er heute morgen beschlossen, Sie zu ersuchen, uns einen Kredit von 100 000 M

100 000 M zur Verfügung zu stellen, damit sofort mit diesen Arbeiten begonnen werden kann. - Die Sache hat im Bauausschuß nicht vorberaten werden können, und so bin ich beauftragt, die Sache hier vorzubringen. Ich bitte Sie, diese 100 000 M schleunigst verwilligen zu wollen; dann wird umgehend mit den Arbeiten begonnen werden.

Stadt v. M a a ß : Ich möchte mir zunächst in dieser Sache eine Anfrage erlauben. Der Platz soll planiert werden, aber nun habe ich gesehen, daß Leute, die dort Land haben, es noch beackern. Es wäre geboten, daß man denen an anderer Stelle Land überwiese, so daß sie für ihren Verlust hier entschädigt wären. An und für sich bin ich mit der Bewilligung der 100 000 M einverstanden, denn es ist nötig, daß für die Arbeitslosen Arbeit geschaffen wird.

Stadtbourat G e b e n s l e b e n : Es ließe sich wohl darüber streiten, was notwendiger ist: ~~ob wir~~ diese 3 oder 4 Schrebergärten schonen oder 30 ^{zu} Erwerbslose beschäftigen. Aber ich kann Herrn Maaß auch ohne das beruhigen: die Pächter der Kleingärten, die hier in Frage kommen, erhalten Land an anderer Stelle, so daß sie in jeder Beziehung zufrieden~~gestellt~~ sind.

- 153 -

Die 100 000 Mark werden bewilligt.

Kunze 13

14. Bewilligung von Mitteln für Anschaffung von
Badelaken und Wolldecken für die medizi-
nischen Bäder im früheren Residenzbade.

Bürgermeister M e y e r : In der letzten Sitzung habe ich mitgeteilt, daß wir einen Bericht des Hochbauamtes über die Fertigstellung der Badeeinrichtungen in dem früheren Residenzbade erwarten. Der Bericht ist inzwischen eingetroffen und es ist darin gesagt, daß die Arbeiten für das Bad, in dem Wannen- und Gesundheitsbäder verabreicht werden sollen, soweit gediehen sind, daß sie mit dem 1. April zu Ende gehen und anzunehmen ist, daß der Betrieb am 1. Mai eröffnet werden kann. Bei den Vorbereitungen für Eröffnung des Bades hat sich ergeben, daß es an Badela-
ken

laken und Wolldecken fehlt. Für die Wannenbäder sind sie nicht nötig, wohl aber für die Schwitzbäder und für die elektrischen Bäder, also ^{für} die Gesundheitsbäder im engeren Sinne des Wortes. Es ist nur ein geringer Bestand vorhanden, den wir aus dem früheren Residenzbade übernommen haben. Eine Ergänzung ist notwendig, und der Rat empfiehlt - die Finanzkommission hat sich dem angeschlossen -, daß wir auf ein uns in dieser Hinsicht gemachtes Angebot eingehen. Es erscheint **nach** Anhörung von Sachverständigen ausreichend, wenn wir 100 Stück Badelaken haben; 20 sind vorhanden, es wären also noch 80 hinzuzukaufen. Eine Probe des Stoffes liegt hier vor; wer Interesse daran hat, kann sie ~~hier~~ ansehen. Leider ist

ist der Preis sehr hoch. Ein Badelaken in einer Größe von 160 x 200 cm soll 346,40 M kosten. Obgleich der Preis ~~als~~ ungeheuerlich erscheint, hat eine Umfrage in verschiedenen Geschäften ergeben, daß er als für die heutige Zeit angemessen betrachtet werden muß.

Herr Inspektor Ludwig vom Krankenhaus, der uns bei ~~Anschaffung dieser~~ ^{im Jahre 1904} Badelaken vertreten hat, machte uns die Mitteilung, es würden uns von den Geschäften der Stadt noch Offerten zugehen, es ist aber keine eingetroffen, und es sind seitdem annähernd vierzehn Tage vergangen. Wir müssen also damit rechnen, daß ein solcher Preis angelegt werden muß. Sollten noch billigere Angebote kommen, so werden wir

natürlich

natürlich ein billigeres, ~~das~~ gleich gute Ware ~~anbietet~~⁷,
~~anbietet~~, akzeptieren. Im ganzen würde demnach
für Badelaken die Summe von 27 ~~332~~ Mark nötig wer-
den.

Wolldecken sollen in einer Zahl von 25 ange-
schafft werden. Dafür sind uns Proben gegeben. Zwei
Größen kommen in Frage: eine kleinere Decke für Da-
men und Kinder und eine etwas größere für Herren;
~~und~~ der Preis für die kleinere zu 140x190 cm würde
sich auf 450 M, der für größere zu 150x210 cm auf
590 Mark belaufen. Wenn 10 kleinere und 15 größere
angeschafft werden, so würde damit eine Ausgabe
von 13350 Mark verbunden sein, also eine Gesamtaus-
gabe von ~~38 982~~^{41 084} Mark.

In

In der Finanzkommission hatten wir den Wunsch, daß rund 40 000 Mark zur Verfügung gestellt werden möchten, da kleine Schwankungen im Preise eintreten könnten, und wenn noch einige Mark übrig blieben, sollten sie zur Anschaffung von Bürsten usw. verwendet werden.

Ich möchte namens des Rates und der Finanzkommission ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Sachen angeschafft ~~werden~~ und zu diesem Zweck 40 000 Mark zu Lasten des Kap.VI des Etats ausgegeben werden.

Die angeforderte Summe wird verwilligt.

(Punkt 14.)

15. Besprechung über Aufnahme einer Anleihe von
der Staatsbank.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wie die anderen Ratsmitglieder habe auch ich den Wunsch, Ihnen heute noch eine Sache vortragen zu dürfen. Es ist uns in diesen Tagen von der Staatsbank mitgeteilt, daß sie bereit sei, der Stadt auf 10 Jahre unkündbar die Summe von 5 - 6 Millionen Mark vorzuleihen zum Kurse von 96 1/2, einem Zinsfuß von 5% und einer jährlichen Tilgung von 1% nebst den ersparten Zinsen. Wir sind ersucht worden, uns schleunigst darüber zu äußern, ob wir dieses Angebot annehmen wollen. Eine Vorlage Ihnen hierüber zugehen zu lassen, war uns nicht mehr möglich, aber ich habe Veranlassung genommen, die Sache in Finanzausschuß zur Sprache zu bringen. Es ist nicht ganz leicht, über dieses Angebot zu urteilen und zu sagen, ob wir ~~es~~ annehmen oder ablehnen wollen, es sprechen Gründe dafür und auch ~~welche~~ dagegen. Die Sache liegt folgendermaßen:

Wir

Wir müssen uns bei allen Anleihen immer wieder fragen, ob sie nötig sind. Soweit sie nicht unbedingt nötig sind, können wir sie bei solchen Bedingungen, wie sie uns geboten werden, nicht aufnehmen. Ich will versuchen, Ihnen über die Lage der Stadt einen kurzen Überblick zu geben. Im vorigen Jahre 1920/21 hat unsere Rechnung mit einem Fehlbetrage von 3 202 000 Mark abgeschlossen. Im laufenden Jahre (1. April 1921 - 31. März d. Js.) haben wir bisher einen Fehlbetrag von 28 155 000 Mark, aber wohlgemerkt nur beim Ordinarium, beim Extraordinarium haben wir infolge der Realisierung der großen Anleihe jetzt einen Vorrat von 7 Millionen Mark. Ziehen wir den ab, so bleibt im ganzen für das laufende Rechnungsjahr immer noch ein Fehlbetrag von 21 Millionen Mark. Nun hat uns das Ministerium auf unser Drängen auf den künftigen Reichseinkommensteuer-Anteil schon 23 Millionen Mark vorgeschossen, die aber ausdrücklich als

als Vorschuß bezeichnet sind, sodaß wir nicht sagen können, wir werden endgültig so und soviel Reichseinkommensteuer Anteil bekommen. In dieser Summe mit enthalten ist der Vorschuß, den das Reich zur Deckung der Mehrausgaben für Gehälter und Löhne hergegeben hat in dem Sinne, daß er verrechnet werden soll auf die demnächstige Überweisung des Mehr aus der Reichseinkommensteuer.

Das ist die Haushaltsrechnung. Daneben haben wir eine besondere Rechnung, in der Vorschüsse und Verwahrsummen erscheinen. Dort stellt sich die Sache so, daß für die sogenannten Kriegskonten jetzt Vorschüsse geleistet sind im Betrage von 15 Millionen Mark. Das andere sind Fehlbeträge, die bei verschiedenen größeren Kriegsgeschäften ~~leider~~ unvermeidlich sind. Das Geschäft zieht sich durch mehrere Jahre hin, auch bei dem Holz- und ~~bei dem~~ ^{Lohn-} ~~Feuerungs-~~ Verkauf sind wir nicht ohne Verluste ~~hier~~ ^{allen} abgekommen. Wenn man diese Summen gegeneinander

rechnet

*Das wiederum Gegenstand sind
auf dem Bilanzkonto registriert.*

rechnet, ergibt sich die jetzt bei der Staatsbank
schwebende Schuld, die bekanntlich bis auf über
30 Millionen Mark angeschwollen war. Sie ist jetzt
auf 13 600 000 Mark zurückgegangen, in gewisser
Weise ein Lichtblick. Aber es stehen uns noch größe-
re Ausgaben bevor, insbesondere verlangt das Reich
~~hier, falls man formale 20~~
~~die Summe von 17 2~~ Millionen Mark dafür, daß wir die
Reichseinkommensteuer nicht rechtzeitig abgeliefert
haben. Wir müssen versuchen, ob wir diesen Anspruch
nicht aus dem Felde schlagen können, denn es ist ja
Schuld des Reiches, daß wir in diese Lage gekommen
sind, indem es unser Steuersystem zerschlagen hat.
Einstweilen haben wir uns an die Landesregierung ge-
wandt und gebeten, uns von dieser Last zu befreien.
Damit hätte ich Ihnen ein ungefähres Bild ^{nun, ich, Frau Kersch} des Stadt-
haushalts gegeben.

Wenn man nun aber fragt, was uns für die nächste
Zeit an Ausgaben und Einnahmen bevorsteht und wie
die ganze Geldwirtschaft der Stadt verlaufen wird,
dann

dann ist diese Frage äußerst schwer zu beantworten. Wir wissen nicht, was aus den Reichseinkommensteuern für uns abfallen wird. Anspruch haben wir nur auf 16 Millionen Mark, aber wir hoffen, daß ein erheblich höherer Betrag uns zuteil werden wird, allerdings ^{prinzipiell aber nur auf Grundlage der in Frage kommenden} (nur durch die Staatsregierung, denn diese wird den ~~Mehrbetrag an Reichseinkommensteuer, der auf das Land Braunschweig entfällt, zu verwalten haben~~ und hat es in der Hand, wieviel sie davon den Gemeinden geben wird. Nun kommt eine böse Sache, die Baukostenzuschüsse. Was wird die Stadt in diesem Jahre an Baukostenzuschüssen zu zahlen haben? Es ist mir gesagt worden, es würde sich dabei um etwa 6 1/2 Millionen Mark handeln, und ich glaube annehmen zu können, daß dies Angebot der Staatsbank durch die Annahme veranlaßt worden ist, daß der Staatsbank bekannt geworden ist, daß ~~bei der Verteilung~~ ^{für} ~~der~~ Baukostenzuschüsse etwa ein Betrag von 6 1/2 Millionen Mark auf die Stadt entfallen wird. Wenn

man

Wenn man aber von sachverständigen, ruhig urteilenden Leuten hört, was heute ein Bau kostet, dann muß man zu der Ansicht kommen, daß mit einem städtischen Baukostenzuschusse von 6 1/2 Millionen Mark, auch wenn der Staat denselben Betrag oder auch mehr hergibt, nicht viel zu machen ist. Was uns in der Sache bevorsteht, können wir beim besten Willen nicht voraus-sagen. Wir haben allerdings dabei zu beachten, daß die Gemeinde-abgaben eingehen werden, aber immerhin ^{Können es} ~~ist in höchsten~~ Grade zweifelhaft, ^{hier} ob wir bei Berücksichtigung aller ^{nicht} Verhältnisse jetzt diese Anleihe von 6 1/2 Millionen Mark aufnehmen sollen.

Dabei kommt noch folgendes als wesentlich in Betracht: Unter den Vorschüssen, die ich vorhin in der Gesamtsumme genannt habe, befindet sich auch heute noch ein Vorschuß von 11 Millionen Mark, den wir sozusagen als Betriebskapital in den Geschäfte der Brotgetreide-Versorgung ^{an} stehen haben. Nun wird die Versorgung mit

Brot-

Brotgetreide bis zum 15. August reichen, und die
Einnahme, die wir jetzt wöchentlich für verkauftes
Mehl ^{haben}, beläuft sich ^{vielleicht} auf ~~etwa~~ ^{20 bis 25} 2 Millionen Mark.
Wir können ^{vielleicht} also bis zum 15. August - das sind noch
22 Wochen - mit einer Einnahme ^{bis} von 44 Millionen
Mark für Brotgetreide rechnen. ^{kommen} Aber von diesen 44
Millionen müssen wir einmal den Betrag decken, den
wir noch im Geschäft stecken haben, 11 Millionen
Mark - weiter aber an das Reich ^{angeblich} ungefähr 25 Milli-
onen Mark abführen als ^{zu} Betrag, den das Reich auf
Grund der Reichsgetreideordnung von der Stadt ver-
langt, um in die Lage zu kommen, aus dem Auslande
Mehl und Brotgetreide einzuführen. Das sind zusam-
men 36 Millionen Mark, und es ^{bleiben} ~~bleiben~~ uns ^{noch} ~~von~~ den
44 Millionen nur noch 8 Millionen übrig. Davon haben
wir aber die ganzen Mahlkosten und die sonstigen Un-
kosten zu bezahlen, die uns bei der Getreidebewirt-
schaftung noch erwachsen und die sehr erheblich sind.
Ihnen das alles im einzelnen jetzt vorzuführen,

ist

ist ein Ding der Unmöglichkeit, ich kann nur sagen, die Sachlage ist, wie augenblicklich die Verhältnisse liegen, tatsächlich recht unklar, und deshalb ist es wohl erklärlich, daß der Rat nicht allein die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung des Angebotes der Staatsbank übernehmen will. Allerdings mache ich kein Hehl daraus, daß wir im Rat nach zweimaliger Beratung des Angebotes dazu neigen, zu sagen: Dieses Angebot ist so ^{sehr mangelhaft} ~~schlecht~~, daß wir uns nicht zur Annahme verstehen können (sehr richtig) und ich glaube, es war schließlich auch die Mehrheit des Finanzausschusses der Ansicht - die einzelnen Mitglieder waren nicht ^{alle} derselben Ansicht -, daß es sich empfehle, das Angebot nicht anzunehmen.

Wir werden wahrscheinlich gezwungen werden, erhebliche Beträge für Baukostenzuschüsse aufzubringen, denn wenn die ganze Bautätigkeit liegen bleibt, gibt es ein Unglück für die Stadt. Aber wie die Sache durchgeführt werden soll, kann heute noch

kein

kein Mensch sagen. Unser Kredit ist Gott sei Dank noch ein guter, und wenn wir ^{unlennselig} schließlich auch zu ungünstigeren Bedingungen als bisher Geld beschaffen müßten, so würde ich das noch lieber in Kauf nehmen, als jetzt ein Angebot akzeptieren, das uns auf jeden Fall ein Disagio von 3 1/2 % zur Last legt und in 10 Jahren abgetragen werden muß. Ich will mit diesen Worten ganz gewiß der Staatsbank keinen Vorwurf machen. Sie hat ihre Not, heutzutage langfristige Anleihen zu beschaffen, und 10 Jahr kann man heute schon für eine lange Frist halten. Es wäre unangenehm, wenn sich ~~auch hier~~ ^{nachher} herausstellen sollte, daß dieses Angebot günstiger war als ein später von uns vielleicht anzunehmendes, und der Rat möchte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er allein das Angebot abgelehnt habe.

Deshalb haben wir den Wunsch, daß zunächst Ihrer-

seits

seits eine Äußerung erfolgt, ob wir annehmen oder ablehnen sollen. Dabei muß ich allerdings bitten, schon heute hier über diese Frage abzustimmen.

Stadt v. S t e g m a n n : Es ist allerdings für einen Laien außerordentlich schwer, über diese Frage eine Entscheidung zu treffen. Auch im Finanzausschuß ist nicht eine Mehrheit für die eine oder andere Beantwortung der Frage aufgetreten, sondern wir waren uns tatsächlich über unsere Stellungnahme zweifelhaft. Ich für mein Teil habe der Meinung zugeneigt, die auch der Rat jetzt vertritt: man soll nicht auf das Angebot eingehen. Ich bin der Ansicht, daß die finanziellen Verhältnisse der Stadt in letzter Zeit etwas besser geworden sind, und auch aus den Zahlen, die der Herr Oberbürgermeister zum Besten gegeben hat, scheint mir hervorzugehen, daß es damit besser wird, sodaß ich nicht einsehen kann, warum wir uns jetzt eine solche Rute binden sollen. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir die 3 1/2% einbüßen, sondern auch darum, daß wir das Geld, wenn es nicht gleich von uns gebraucht wird, wieder bei der Staatsbank anlegen müssen und zwar zu dem üblichen

üblichen Zinsfuß von 3 - 3 1/2 %. Ohne große Not kann man darauf nicht eingehen, und eine solche große Notlage der **Stadt** scheint nicht vorzuliegen. Sollten unsere Verhältnisse in der nächsten Zeit ungünstiger werden, sodaß wir Kredit nehmen müssen, so werden wir auch dann Kredit bekommen und kommt Zeit, kommt Rat. Ich bin der Meinung, man soll dieses schlechte Geschäft nicht machen.

Stadtv. M ä d g e : Herr Kollege Stegmann meint, es wäre für einen Laien nicht ganz einfach, solche Sachen zu beurteilen. Ich möchte weitergehen : es ist auch für einen routinierten Fachmann heute wahrscheinlich recht schwierig, zu sagen, ob ein derartiges Angebot für eine Stadt günstig oder ungünstig ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß unser Geld keine stabile Größe ist, sondern daß jedes Darlehnsgeſchäft, selbst wenn es sich um ein Darlehn für kürzere Zeit handelt, immer Spekulation ist und bleiben wird, solange die Valuta nicht auf irgend einer Basis stabilisiert ist. Ich halte es deshalb fast für unmöglich, daß wir ohne eingehende Beratung der sich bietenden Chancen mit Anspruch darauf, daß unserer Meinung Wert beizumessen ist, uns gutachtlich äußern können. (Sehr richtig!) Eine solche Meinungsäußerung setzt eine ganze Menge Prüfungen voraus, nicht nur einseitig

eine

eine Prüfung der augenblicklichen Belastung der Stadt und Kalkulationen darüber, was eingehen wird, sondern auch eine Prüfung der sich bietenden Möglichkeiten der Verwendung des zur Verfügung stehenden Darlehnsbetrages. Die Meinung könnte sich ändern, wenn man zu der Überzeugung kommen könnte, daß für die Stadt sich die Möglichkeit bietet, das Darlehn vorteilhaft zu verwenden. Ich weiß nicht, ob in Frage kommen könnte, daß man Grundstücke zu günstigen Preise für die Stadt erwirbt - es mag sein, daß das ausgeschlossen ist. Ich rechne auch mit der Möglichkeit des Ausbaues des Rieselgutes, Beschaffung von Milchkühen oder sonst etwas Vorteilhaftern. Jedenfalls bietet sich eine solche Fülle von Möglichkeiten, daß man auch die Möglichkeit der Verwendung des Geldes einer ernstlichen Prüfung unterwerfen muß. 10 Jahre scheinen keine lange Zeit zu sein, aber für die heutigen Verhältnisse sind sie es doch. Vor allen Dingen müssen wir uns darüber

klar

klar sein, daß ein Geldbetrag von irgend welcher Höhe einen ganz verschiedenen Wert hat, je nachdem ich das Geld in Papier beim Dollarkurse von 260 bekomme und es zurückzahlen muß bei einem solchen von 80, oder ob ich umgekehrterweise das Geld in österreichischer Währung zurückzahlen muß. Aus diesem Grunde ist ein derartiges Geschäft ein kaum zu übersehendes Spekulationsgeschäft. Ich würde es für sehr gefährlich halten, wenn wir als Stadtverordnete hier heute uns für Annahme oder Ablehnung äußern wollten, ohne wirklich die Sache nach allen Seiten überlegt zu haben. Wir müssen einfach erklären : Ohne Prüfung können wir ein definitives Gutachten nicht abgeben. Ich persönlich erkläre wenigstens, daß es mir unmöglich ist, mich dafür oder dagegen auszusprechen, wenn ich nicht die Möglichkeit habe, die Sache nach allen Richtungen durchzudenken und innerhalb und außerhalb der Fraktion zu besprechen.

Stadtv. N e s s e n i u s : Die Stadt Braunschweig hat so viele ^{Legenden} Gegenstände des verpaßten Augenblicks. Ich erinnere daran, wie die Verwendungsmöglichkeit des Geldes für die Stadt reichlich gegeben ist. Die Müllabfuhr liegt ganz im argen; wenn wir sie einigermaßen vernünftig gestalten wollen, brauchen wir 20 Millionen dafür, und wenn wir die Anschaffungen dafür heute machen, haben wir in einem Jahr 20 Millionen Mark daran verdient, da wir sie doch einmal machen müssen. Das ist eine Verwendungsmöglichkeit $\frac{1}{2}$ für Geld, das auch nicht unter günstigen Bedingungen an die Stadt geliefert wird. Gelegenheiten, das Geld günstig für die Stadt wirken zu lassen, gibt es schon. Eine gute Gelegenheit, die Gelder zu verwenden, liegt darin, daß sie heute in Sachwerten angelegt werden, und vielleicht hat der Rat der Stadt auch solche Projekte. Mit Schluß des Jahres wird der Gewinn, der dabei erzielt wird, das doppelte des ganzen angelegten Betrages bringen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich nach diesen Worten sagen muß : Die Finanzen der Stadt sind doch schwer zu beurteilen. Die 3 Millionen Mark Defizit des vorigen Jahres decken wir dadurch, daß wir sie beim Extraordinarium verbuchen, denn dies hat zurzeit noch einen Vorrat von 7 Millionen Mark. Natürlich muß man sich dabei klar machen, daß dies nur eine buchmäßige Tilgung ist, es läuft alles in die eine Spitze hinaus : das ist die schwebende Schuld bei der Staatsbank. Worauf es ankommt - und ich glaube, das hätte ich deutlich genug gesagt - sind die beiden Fragen : Was werden wir an Baukostenzuschüssen in diesem Jahre zahlen müssen ? und: Wie wird es mit der Brotgetreidewirtschaft? Ich habe Ihnen auseinandergesetzt : Wenn nicht ganz besondere Verhältnisse eintreten, werden wir das ganze Geld, das wir für Anschaffung von Brotgetreide ausgegeben haben, bis Mitte August wieder haben.

Wer

Wer kann aber heute sagen, in welcher Weise es dann weitergeht?² Wird die Stadtgemeinde wieder genötigt sein, Millionen für Getreide anzulegen, oder soll die berühmte Aktiengesellschaft in Berlin das tun? Das sind Fragen, die wir nicht allein beantworten möchten, sondern hoffen, von Ihnen Auskunft zu bekommen; wenigstens wollen wir uns vergewissern, daß wir im Einvernehmen mit Ihnen handeln.

Nun sagen die beiden Herren Vorredner, der Rat könne das Geld ruhig annehmen und es einstweilen zu anderen Zwecken verwenden. Dazu wollen wir doch jetzt kein Geld anleihen! Wie sollten wir dazu kommen? Ist denn die Offerte so verlockend, daß wir sagen können: „Her mit dem Geld! Wir sind froh, daß wir etwas kriegen!“ Im Gegenteil, wir sind nicht in der Lage, die Millionen, die wir ^{wir hoffen das Ergebnis} einstweilen bekommen haben, voll auf unsere Schulden bei der Staatsbank abzutragen, weil wir mit der Staatsbank das Geschäft so gemacht haben, daß

wir

wir auf sechs Monate Kündigung einen bestimmten Betrag dalassen müssen; dafür hatten wir die Vergünstigung von 4 1/2 % bekommen. Jetzt haben wir 2 1/2 Millionen Mark dort liegen, und jetzt wird uns gesagt : Ändern läßt sich das nicht mehr, ihr seid an die Kündigungsfrist gebunden.

Zu dem Zwecke wollen wir doch heute kein Geld anleihen, um es irgendwie anders unterzubringen. Wir können das Geld auch nicht in Grundstücken festlegen, um dabei ein Geschäft zu machen, sondern ^{müssen} ~~muß~~ es als verfügbar in der Hand behalten, und dafür gibt es nur eine Möglichkeit : 5 %ige Schatzanweisungen zu kaufen. Vorläufig stehen sie zu pari, aber wer weiß, wie das später kommt !

Im übrigen muß ich auf folgendes hinweisen : Wenn jetzt Ihrerseits zugestimmt wird, daß wir das Angebot ablehnen, so würden wir doch in der Lage sein, ohne weiteres Geld in großer Menge zu beschaffen, und zwar auf folgende Weise : Ich

habe

habe schon hervorgehoben, daß wir die schwebende Schuld auf 13 Millionen Mark heruntergebracht haben, eröffnet aber ist uns ein Kredit bei der Staatsbank bis 30 Millionen Mark. Wir können jeden Tag zu der Staatsbank sagen : Bitte, gebt uns 17 000 000 Mark zu dem laufenden ^{Zinssatz} ~~Kurse~~ ! Der springende Punkt ist der : Tun wir gut, auf die Gefahr hin, daß der Diskont noch weiter hinaufgeht - in anderen Ländern geht er bekanntlich herunter - Geld noch in laufender Rechnung aufzunehmen oder die Anleihe zu 96 1/2 und 5 % ^{auf 10 Prozentsatz} zu nehmen. Nur darüber sollten Sie sich äußern, und ich bin überzeugt, daß diese Sache auch Herr Stadtverordnete Mäde vollkommen beherrscht, ohne längere Erwägungen anzustellen. Ich komme immer mehr dahin, zu sagen : Das Angebot ist nicht so, daß es zur Annahme lockt. Ich glaube, wir tun am besten, wenn wir es ablehnen.

Stadtv. J a h n s : Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters haben mich dahin überzeugt, daß es nicht angebracht ist, das Angebot dieser Anleihe anzunehmen. Ein Hausvater, der keine Not hat, wird nie Darlehen annehmen, um es zu niedrigerem Zinsfuß zu belegen. Wenn wir das Geld unbedingt nötig hätten, weil wir in der ärgsten Not steckten, dann wäre die Sache anders. So aber ist es das beste, wenn wir sagen : Wir danken schön; wir wollen dies Geld nicht haben.

Stadtv. M ä d g e : Auf die Worte des Herrn Jahns muß ich doch einiges erwidern. Ein guter Hausvater wird allerdings so handeln, wie Herr Jahns angegeben hat, ein guter Kaufmann aber handelt sehr oft ganz anders (Sehr richtig!), weil er mit dem geliehenen Gelde sehr viel mehr verdient als er Zinsen bezahlen muß. Es würde ein schlechter Kaufmann sein, der anders handelte. Jedes erhebliche Geschäft arbeitet mit aufgenommenem Geld. Ich will ja nicht von der Stadt verlangen, daß sie in dieser Weise kaufmännisch sich betätigt, und wenn ich an die Verwendungsmöglichkeiten gedacht habe, so waren es solche, die keinerlei Spekulationsgeschäfte sind. Wenn wir an die X Müllabfuhr denken, so ist das eine Aufgabe, die ohne allem Zweifel der Stadt obliegt und die erfüllt werden muß.

Im übrigen möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sagen : Es ist für uns

schlechter-

schlechterdings nicht möglich, daß wir uns eine Ansicht bilden können, wie die Sachen werden sollen; darüber müßte man erst noch Erkundigungen einziehen. Ich verstehe nicht, wie wir hier aus dem Handgelenk wissen sollen, wie sich die Getreideversorgung gestalten wird, aber durch Beziehungen, die der eine oder andere hat zu Großhandelskreisen in Berlin, in denen man weitgehende Fühler besitzt, kann man doch einiges erfahren, was bevorsteht. Ich glaube, es ist nicht möglich, über diese schwierige Frage heute eine definitive Entscheidung abzugeben. Es würde zweckmäßig sein, sie zurückzustellen, und wenn das möglich ist, in acht Tagen eine neue Stadtverordnetensitzung abzuhalten. Bis dahin werden wir die Möglichkeit haben, die Sache in der richtigen Weise zu besprechen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich kann nur wiederholen, daß ich die Sache heute nicht vorgebracht haben würde, wenn nicht die Staatsbank eine schleunige Erklärung über Annahme oder Ablehnung verlangt hätte. Solange wir in der Lage sind, solche Summen auf andere Weise bei der Staatsbank aufzunehmen und zwar ^{3.3/}zu höchstens 5 % - mehr sollen die Gemeinden nicht zahlen - tun wir nicht gut, eine Anleihe aufzunehmen, die wir auch mit 5 % verzinsen müssen, bei der wir aber nur 96 1/2 % ausgezahlt bekommen. Diese 3 1/2 % Verlust müßten in den 10 Jahren herausgewirtschaftet werden, und dann handelt es sich um eine Anleihe von 5 1/3%. Wir stehen uns also besser, wir lehnen die Annahme dieses Angebots ab und nehmen später eine andere Anleihe.

Die Versammlung entschließt sich für Ablehnung
des Angebots der Staatsbank.

16. Antrag F a y , betreffend die Rückzahlung der für 1920 von Gehalts- und Lohnempfängern zu viel gezahlten Steuern.

In Verbindung damit:

Anfrage Stegmann, betreffend die Abfertigung des Publikums vor den Kassenschaltern im Rathause.

Wortlaut des Antrages Fay: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinzuwirken, daß die Rückzahlung der im Rechnungsjahr 1920 von den Gehalts- und Lohnempfängern zu viel erhobenen Steuern schnellstens erfolgt und nicht erst im Mai oder Juni.“

Wortlaut der Anfrage Stegmann: „Hat der Rat Schritte unternommen, um eine schnellere Abfertigung des sich täglich vor den Kassenschaltern im Rathause zu Hunderten drängenden Publikums zu ermöglichen?“

Stadtv. F a y (zur Begründung des Antrages):
Die jetzt zur Verrechnung kommenden Steuern für

das

das Geschäftsjahr 1920 sind bekanntlich von den Lohn- und Gehaltsempfängern vorweg in Form des 10 %igen Abzuges eingezogen worden, wobei die gesetzlichen Abzüge von dem Einkommensbetrage nicht berücksichtigt worden sind. Die wirklichen Steuerbeträge, die sich bei Berücksichtigung dieser Abzüge ergeben, sind niedriger als die bei der Lohn- und Gehaltszahlung durch Einbehaltung bezahlten Steuerbeträge, und es soll jetzt die Rückzahlung der 3 - 400 M ausmachenden zu viel zurückgehaltenen Beträge erfolgen. Die Steuerzahler, die dieses Mehr zu einer Zeit geleistet haben, als der Dollarkurs zwischen 60 und 80 schwankte, legen natürlich Wert darauf, das Geld möglichst schnell zurückzuerhalten, aber unter ganz eigenartiger und unverständlicher Begründung werden sie von den Kassenbeamten zurückgewiesen und auf die Monate Mai bis Juni vertröstet, wo aller Wahrscheinlichkeit nach der Wert der Mark ein ganz anderer sein wird, als er heute repräsentiert. Während bei

den

den Staatsbeamten und Staatsangestellten - ich erinnere besonders an die Bahnbeamten - zum großen Teil die gezahlten Mehrbeträge ohne weiteres zurückgezahlt werden, ist dies bei den Privatangestellten nicht der Fall, und zwar unter der eigenartigen Begründung, daß die Steuerbücher erst revidiert werden müssen. Aber auch selbst diejenigen, die die Steuerbücher mitbringen und den Nachweis erbringen, daß soundso viel für sie abgeliefert worden ist, auch denen wird, trotzdem sie eine dreistündige Polonaise vor den Schaltern mitgemacht haben, der ihnen gebührende Betrag nicht zurückgezahlt. Ich kann einige krasse Fälle belegen, die zeigen, mit wie wenig Entgegenkommen die Kassenbeamten vorgegangen sind. Zwei Frauen von Ingenieuren von Luther, Klingenberg und Engelmann, sind am 4. März im Zimmer Nr. 8 für Steuerveranlagung erschienen und haben ihre Bitte um Rückzahlung der mehr gezahlten Beträge vorgetragen. Sie sind zurückgewiesen worden mit

dem

dem Bemerken : Bringen Sie erst den Nachweis, daß Sie tatsächlich mehr bezahlt haben als nötig war, d.h. : Bringen Sie uns das Steuerbuch oder eine Bescheinigung von der Fabrik. Diese Frauen mußten also nach dreistündigem vergeblichen Warten wieder nach Hause ziehen. Des Geldes bedürftig, sind sie am 8. März, nachdem sie sich von der Firma Luther eine Bescheinigung haben geben lassen, wieder erschienen, haben nach dreistündiger Polonaise ihre Bescheinigung vorgezeigt und trotzdem ist eine Rückzahlung nicht erfolgt, sondern ihnen gesagt, sie müßten noch einmal wiederkommen, es müsse das noch nachgeprüft werden, denn es seien schon Differenzen vorgekommen. Dann sind Bemerkungen gefallen, die nicht am Platze waren. Auch ich selbst habe erlebt, daß mir, als ich in voriger Woche in Zimmer 8 war, gesagt wurde : Wir haben kein Geld in der Kasse. Nun stellen Sie sich das Hallo auf dem Korridor vor als es dort hieß : „Se hebbet kein Geld! - Das ist

unerhört!

unerhört! - Wir kiesen es nicht wieder." So etwas sollte nicht vorkommen. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß bei der Abfertigung des Publikums rigoros vorgegangen worden ist, so kann man sich nicht wundern, wenn im Publikum allgemein Klagen vorkommen. Jeder einsichtige Bürger wird bei solchen Vorkommnissen auf das Rechenexempel geführt: Wieviel Tausende von Arbeitsstunden werden durch dies Verfahren dem Publikum und den Beamten genommen? Ich möchte bitten, daß Sie allseitig meinen Antrag unterstützen, daß der Rat darauf hinwirkt, so schnell als möglich diese Beträge zur Auszahlung gelangen zu lassen.

Die Versammlung stimmt der dringlichen Behandlung des Antrages zu und der Vorsitzende eröffnet die Besprechung.

Ranke 16

Stadtv. S a u e r b i e r : Es sind tatsächlich ganz traurige Verhältnisse, die sich vor den Schaltern der Stadtkasse abspielen. Zu diesem Urteil muß jeder kommen, wenn er bedenkt wie das Publikum stundenlang warten muß, um abgefertigt zu werden. Die Schuld daran liegt aber nicht an den Beamten des Rathauses, sondern ganz wo anders. Es werden zu Tausenden Steuerbücher eingeliefert, manchmal sogar zu ganzen Ballen verpackt. Da können Sie sich denken, welche Arbeit darauf^{er} erwächst, alle diese Steuerbücher nachzuprüfen. Die Ausrechnung ist kein Kunststück, und streng genommen müßte sie schon in den Steuerabteilungen der Werke und überhaupt durch die betreffenden Firmen genau fertiggestellt sein. Die Prüfung eines jeden dieses Steuerbuchs erfordert an sich schon eine ziemliche Zeit. Von den Steuerbüchern, die fix und fertig eingeliefert werden und nun noch einmal aufgerechnet werden müssen, können in einer Stunde höchstens 4 - 5 von einem fleißigen und gewissenhaften Arbeiter fertiggestellt werden.

Nun

Nun bedenken Sie, daß viele Tausende zur Prüfung vorliegen, und dann können Sie sich einen Begriff machen welche Arbeit geleistet werden muß. Dabei müssen die Steuerbücher hinterher von den Kassenbeamten noch einmal revidiert werden, denn sie bedeuten für diese Beamten bares Geld. Selbst wenn die ganzen Beamten des Rathauses nur damit beschäftigt würden, die Steuerbücher aufzurechnen, dann würde es nach meiner Schätzung immer doch noch bis in den Mai hineindauern, bis die ganze Arbeit erledigt wäre. Nun malen Sie sich aus, wie lange die Arbeit dauert, wenn nur ein Teil der Rathausbeamten und auch diese nur in ^{ihren} ~~ihren~~ ~~Frei~~ ^{Frei}stunden mit der Aufrechnung sich beschäftigen. Das geschieht jetzt, und es wird getan, was menschenmöglich ist, aber an eine schnelle Erledigung ist auf diese Weise nicht zu denken.

Wenn nun gesagt wird, daß die Beamten in etwas grober Weise das Publikum zurückgewiesen haben, so kann ich mir das nicht denken. Ein Mißverstehen

zwischen

Beamten kann leicht eintreten, weil das Publikum gar nicht verstehen kann, wie eigenartig die Sache liegt, und weil das Publikum nicht wissen kann, daß diese Sachen nicht so schnell erledigt werden können. - Wenn es vorgekommen sein sollte, daß kein Geld mehr in der Kasse gewesen ist, so kann das schon einmal möglich gewesen sein, denn man macht sich keinen Begriff davon, was da an Hunderttausenden von Mark zurückgezahlt werden muß.

Anders läßt sich von seiten der Beamten nicht handeln, als daß von ihnen, wenn heute ein Steuerbuch eingeliefert wird, gesagt wird : Holen Sie es sich im Juli oder August zurück.

Wo liegt denn nun aber die Schuld? An der städtischen Verwaltung wahrhaftig nicht. Es ist das traurige Ergebnis unserer ganzen Verhältnisse, daß wir unter dem Joche der fremden Mächte stehen, und ferner das Ergebnis der traurigen Gesetzgebung von Berlin aus. Wenn man den Gemeinden die Bearbeitung

der

der Steuersachen gelassen hätte, die seit Jahren darauf eingestellt waren, dann hätte es in allen Städten geklappt. Jetzt geht es wie in einem Dorfe, wo man einen bisher klares Wasser spendenden Brunnen zuwirft, an einer anderen Stelle gräbt und einen neuen Brunnen schafft, der nicht genügend Wasser gibt. Bedenken Sie, wie im Finanzamt die Leute schon lange Zeit beschäftigt sind, um die Steuerzettel für ein Jahr hinauszubringen. Das geschah in früherer Zeit durch die Städte in einem Vierteljahr, - allerdings waren dazu Vorarbeiten von 1/2 Jahre zu leisten - und im Mai waren die Steuerzettel draußen, und dabei handelte es sich damals um mehr Zettel als jetzt; es waren 40 - 50 000, während das Finanzamt höchstens 30 000 hinausbringen wird. Dort liegt die Schuld an der Verzögerung, und dabei hat es das Reich verstanden, die Gemeinden gewaltig mit Arbeit zu belasten. - Das Reich will schöpfen, wo es geht, aber die Lasten fallen zum großen Teil auf

die

die Beamten der Gemeinden. Wie aus § 23 R.^{A.}~~V.~~^{O.} hervorgeht, kann ein Teil der Arbeit auf die Gemeinden abgewälzt werden. Daß die Arbeit der Aufrechnung der Steuerbücher eine ungeheure Last ist, das haben wir auch aus Hannover und Magdeburg gehört. Bei uns werden die Steuerbücher jeden Tag angenommen und es wird dann gearbeitet, soweit es möglich ist, dennoch wird die Zeit für Abholung der Bücher und der Empfang der Rückzahlung noch nicht so bald geschehen können, und in anderen Städten wird es noch länger dauern als in Braunschweig.

Ich habe den Antrag des Herrn Fay mit unterschrieben, habe dabei aber nicht geahnt, welche Ausführungen er machen würde. Allerdings muß man zugestehen, daß die Not besteht, aber Abhilfe könnte nur geschaffen werden durch den Landtag oder durch den Reichstag, indem diese beiden uns Leute zur Verfügung stellen, damit die Aufrechnung der Steuerbücher schneller vor sich gehen kann. Erst dann

käme

käme das Publikum schneller in den Besitz des ihm
rechtmäßig zustehenden Geldes.

V o r s i t z e n d e r : Herr Fay hat bei seiner Begründung Bezug genommen auf das lange Warten des Publikums, das durch den starken Andrang an den Kassenschaltern entsteht. Es hat in demselben Sinne Herr Stegmann eine Anfrage gestellt. (Wird vom Vorsitzenden verlesen.) Wir können diese Sache gleich mit erledigen.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung der Anfrage): Meine Anfrage betrifft im großen und ganzen dasselbe, was Herr Fray gewünscht hat, und zum Teil ist die Begründung meiner Anfrage mit durch die Ausführungen des Herrn Fray erledigt. Es handelt sich für die Leute, die ins Rathaus kommen, nicht nur um die Steuerbücher, sondern auch um die Rückzahlung der Gelder vom Steuerjahr 1920, die an Steuern zu viel bezahlt sind, und ferner noch um andere Steuerfragen. Wer in den letzten Wochen morgens ins Rathaus gekommen ist, der hat hören können, welcher Unwillen sich vor den Kassenschaltern bemerkbar macht. Viele Verluste an Arbeitslohn und an Zeit sind durch das Warten entstanden. Ich gebe zu, daß der Rat der Stadt in diesen Steuersachen eine gehörige Arbeit zu bewältigen hat, wie das Herr Sauerbier ausgeführt hat, und auch von anderer Seite ist mir gesagt worden, daß es nicht möglich sei, die Sachen einfach anzunehmen und

es

zurück Anfertigung der Bücher

die Leute ^{200.} ~~haben~~ ⁱⁿ ~~ihre~~ ^{ihre} Kasse zu lassen,
~~es damit gut sein zu lassen, weil die Nachprüfungen~~
~~in vielen Fällen nicht möglich sind, da die Nachprüfungen~~
erforderlich sind, ~~daß~~ ^{da} die Betreffenden erst einmal
~~in die Kasse~~ warten müssen - Geld aber bekommen sie einstweilen
nicht zurück.

Ein Mißstand ist es auch, daß man über die Steuer-
erbücher nicht eine Quittung bekommt, sondern nur
eine Bescheinigung, daß von Herrn soundso ein Buch
eingeliefert ist oder von dem Betriebe im ganzen
soundso viel Bücher.

Nun ist es richtig, daß die Hauptschuld an die-
ser unglückseligen Ordnung das Reich trifft, ^{vielleicht} oder die
ganze Finanzpolitik des Reiches. Aber ich kann doch
auch den Rat nicht freisprechen von einem Teil der
Schuld. Seit Wochen sehen wir diesen Andrang - hätte
da nicht Abhilfe geschaffen werden können, hätte nicht
eine Anzahl Schalter mehr eingerichtet werden können?
Diese ganzen Zustände werden noch wochenlang so hin-
gehen, denn es werden noch immer Steuerbücher von 1921

abgeliefert.

abgeliefert. Da frage ich den Rat, ob noch immer keine Maßnahmen getroffen sind, um dem Überstand an den Kassenschaltern abzuhelpfen.

Auch das hat böses Blut erregt, daß es so fürchterlich lange gedauert hat, bis Anstalten gemacht sind um die zuviel gezahlten Steuern zurückzuzahlen. Wer vom Jahre 1920 sein Geld zurückbekommt, der hätte zu der Zeit für sein Geld viermal soviel kaufen können als jetzt. Und wer sein Steuerbuch von 1921 abgeliefert hat, der ist auf Juli und August vertröstet worden, und bis dahin sind gegenüber dem Wert des Geldes im Vorjahre so große Verluste entstanden, daß es später ~~nur~~ nur ein Drittel des damaligen Wertes hat. Es muß mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, daß es schneller geht. Wenn aus anderen Büros Beamte nicht herausgenommen werden können, so müssen Hilfsbeamte eingestellt werden.

Außerdem möchte ich noch auf eine Sache hinweisen, die in einem Artikel der „Freiheit“ behandelt worden ist. Von der Stadt werden die Kirchensteuern

ein-

eingezogen. Darüber wundere ich mich. Die Kirche soll doch vom Staat getrennt sein. Auch durch die Annahme der Kirchensteuer durch die Beamten der Stadt werden eine Menge Arbeitskräfte verschwendet, die für eine schnelle Abfertigung in anderen Angelegenheiten notwendig sind. Ich frage deshalb: Weshalb wird immer noch in diesem Sinne gehandelt? Warum gibt man nicht der Kirche ^{auf} ~~anhand~~, ihre Steuern selber einzunehmen? ^{Freibau?} ~~einzuheben~~. Auf Grund der Reichsverfassung braucht es die Stadt nicht mehr. Wenn auch die Trennung von Staat und Kirche noch nicht vollständig durchgeführt ist, so muß doch einmal Ernst gemacht werden und mit der Durchführung angefangen werden. Was hat die politische Gemeinde mit der Kirche und ihren Steuern zu tun?

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Den Antrag des Herrn Fay halte ich für durchaus begreiflich, und ich zweifelte keinen Augenblick daran, daß die geehrte Versammlung ihn annehmen wird. Der Antrag wird uns eine willkommene Unterstützung sein bei unserer Stellungnahme gegenüber denjenigen Stellen, die uns in diese unsagbare Schwierigkeit hineingebracht haben. Solange wir unsere Angelegenheiten selber zu regeln hatten, sind derartige Verhältnisse nicht vorgekommen, aber dadurch, daß in einer theoretischen Weise die Gesetze und Ausführungsvorschriften gemacht worden sind und uns Aufgaben übertragen sind, denen beim redlichsten Eifer in der kurzen Zeit nicht entsprochen werden konnte, haben wir eine solche Überfülle von Arbeiten bekommen, die Besorgnisse erwecken müssen. Vorhin erwähnte der Herr Oberbürgermeister, wie wir in Schwierigkeiten gekommen sind, weil wir uns durch die eingegangenen Reichseinkommensteuern geholfen haben, und

wie

wie uns deswegen jetzt Zinsen abgefordert werden. Das schmerzlichste aber würde sein, wenn die geehrte Versammlung nicht Verständnis und Einsicht für die außerordentlich schwierige Lage hätte, in der wir uns befinden. Es ist dankenswert, daß Herr Sauerbier vorhin ausgeführt hat, wie unsere städtischen Behörden überwältigt und nahezu erdrückt werden durch diese Aufgaben, die uns jetzt obliegen. So wie die Verhältnisse liegen, können wir den Aufgaben nicht entsprechen. Ganz in dem Sinne des Herrn Stegmann haben wir nicht versäumt, Maßregeln zu treffen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir haben uns mit dem Finanzamt ins Einvernehmen gesetzt und darauf einzuwirken gesucht, daß durch fortgesetzte Belehrung der Bevölkerung Aufklärung darüber geschaffen wird, daß wir nicht an der Sache schuld sind, sondern daß die Schuld an den Verhältnissen liegt. Das Finanzamt hat uns ermächtigt, diese Rückzahlungen nicht an demselben Tage oder binnen wenigen Tagen zu leisten, denn

denn tatsächlich müssen die Steuerbücher sorgfältig nachgeprüft werden, denn wenn wir das Geld ausgezahlt haben und die Aufrechnung der Steuerkarte stimmt nicht, dann können wir lange warten, bis wir das Geld vom Reiche wiederkriegen. In dankenswerter Weise hat die Lehrerschaft während der letzten Kohlenferien in diesem Saal die Durchsicht einer ganzen Zahl von Steuerbüchern vorgenommen, und wenn das auch etwas geholfen hat, so ist das doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir haben schon Anordnung getroffen, daß andere junge Kräfte für diese Sache gewonnen werden, damit die Steuerbücher alsbald aufgerechnet werden.

Nun könnte in dieser Zeit, wo auch andere Steuern fällig werden (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Kirchensteuer) und an den Kassenschaltern eingezahlt werden müssen, die Gefahr entstehen, daß der Andrang von neuem verstärkt werden könnte. Deshalb haben wir im Rat beschlossen, daß wir besondere Notschalter einrichten,

die

die diese Art Steuern entgegennehmen, sodaß der Strom der Steuerzahler für diesen Zweck einen anderen Weg geht als derjenigen, die Steuern zurückverlangen wollen.

Im übrigen kann ich allen Steuerzahlern nur raten, es nicht auf das Warten am Schalter ankommen zu lassen, sondern zunächst ihre Steuerbücher einzureichen, indem sie sie mit einem kurzen Anschreiben einfach in den Rathausbriefkasten werfen, und dann abzuwarten, bis eine Benachrichtigung an sie erfolgt, sie könnten jetzt die ihnen zustehenden Beträge zurückbekommen. Es kann nicht helfen, aufzutrumpfen und die Erledigung innerhalb 48 Stunden zu verlangen; daß das einfach unmöglich ist, wird jeder unserer Beamten bestätigen können.

Mit einer Vermehrung der Schalter ist absolut nichts zu erreichen, weil jede einzelne Steuerhebestelle ihr Hebebuch hat. Dieses ist nur ein einziges Mal da, und wenn wir auch 3 verschiedene Nothebestellen

ein-

einrichteten, so hätten wir doch nicht drei Heberrollen für jeden Bezirk. Die müßten erst abgeschrieben werden, und ehe die Arbeit fertig wäre, vergingen kostbare Monate, und statt Abschriften zu machen, wollen wir lieber die Leute selbst abfertigen.

Daß wir die Kirchensteuer nach wie vor - aber nicht an diesen Schaltern, sondern an Notschaltern - erheben, ist eine Zweckmäßigkeitsmaßregel, für die uns von den Steuerzahlern gedankt werden kann, denn auf diese Weise wird der zeitraubende Weg zu einer anderen, kirchlichen Steuerstelle erspart. Es wird nicht ausbleiben, daß bei der Kirchensteuer zurückgegriffen werden muß auf die anderen Heberrollen, und es würde selbstverständlich die Steuerzahler belasten, wenn sie von der anderen Stelle ins Rathaus laufen und sich dort erst erkundigen müssen. Das allerzweckmäßigste ist, daß wir das alles hier erledigen.

Wir haben unsererseits alles getan, um dieses Ei, das wir nicht ausgebrütet haben, zur Verarbeitung zu

bringen.

bringen, damit es für die Steuerzahler einigermaßen genießbar wird. Aber ein Kräutchen wird jeder Steuerzahler noch hinzutun müssen, das heißt : Geduld.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Herr Stegmann hat gefragt, wie der Rat dazu käme, die Kirchensteuern einzuziehen. Die Sache liegt nicht ganz einfach. Bekanntlich ist die Gemeinde nach der Kirchengemeindeordnung und nach dem dazu erlassenen Staatsgesetze verpflichtet, die Kirchensteuer zu veranlagern und zu erheben. Nun bestehen allerdings Zweifel, ob durch die Reichsverfassung alle diese landesgesetzlichen Vorschriften außer Kraft gesetzt sind, aber ich will darauf hinweisen, daß der Reichsfinanzminister den gegenteiligen Standpunkt vertritt, indem er sagt: Solange nicht der Staat seine Gesetze geändert hat, gelten sie noch trotz der Vorschrift in der Reichsverfassung, daß Kirche und Staat vollständig getrennt sind. Wenn die Gemeinde noch die Verpflichtung hat, die Kirchensteuer zu erheben - das wird mit der Zeit wegfallen und auf das Finanzamt übergehen -, dann würden wir dem Stadtkirchenverband gegenüber

haftbar

haftbar sein, wenn wir die Steuer nicht erheben.
Selbstverständlich muß die Kirche unsere Arbeit
in dieser Sache voll und ganz bezahlen, eine Bela-
stung der Stadt entsteht also aus der Erhebung der
Kirchensteuer nicht.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Über diese Steuergeschichte kann man sagen: Grau ist
alle Theorie! Die größte Erregung, die in der breiten
Masse der Einwohnerschaft Platz gegriffen hat, ist
dadurch entstanden, daß auf den Steuerzetteln stand:
Sie haben für das Jahr noch soundso viel, selbstver-
ständlich innerhalb vier Wochen zu bezahlen, widrigen-
falls die Steuer zwangsweise eingezogen wird. Das ist
der springende Punkt. Nun strömt alles nach dem Rat-
hause, denn sie sagen sich: Es laufen die vier Wo-
chen ab, und wenn wir bis dahin nicht das Geld hinge-
bracht haben, müssen wir auch noch die Einziehungsge-
bühr bezahlen. Ich habe das für unseren Betrieb anders
gemacht. Meinen sämtlichen Kollegen habe ich gesagt:
Ich bringe die Bücher nach dem Rathause, habe eine
Quittung bekommen und mir ist mitgeteilt: Sie bekom-
men Bescheid, wann die bei Ihnen in Arbeit stehenden
Personen herkommen können. Es hätte dies allgemein
so gemacht werden können, und wenn vom Finanzamt

einigermassen

einigermaßen deutlich darauf hingewiesen sein würde, dann hätte der Arbeit hier nichts~~im~~ Wege gelegen und die Abwicklung wäre glatt vor sich gegangen. Darum habe ich gesagt: Grau ist die Theorie.

Was Herr Stegmann angeführt hat, entspricht den Tatsachen. Auch ich mußte in diesen Wochen in den Morgenstunden hierher zum Rathaus gehen; es war unten nicht zum Durchkommen. Nur ein Steuerzahler kann auf ein Mal bedient werden, das ist nicht anders möglich. Nun werden Fragen gestellt ^{an} von den einzelnen Beamten, und der eine Steuerzahler kann auf das eine nicht Aufklärung geben und der andere auf andere Sachen nicht. Bei solchen Umständen kann selbst den besten und ruhigsten Menschen einmal etwas passieren, was man eigentlich nicht erwarten sollte. Wenn das Finanzamt einigermaßen Menschenkenntnis besäße, hätte es schon eine Bekanntmachung erlassen und das darin gesagt, was schon von Herrn Stadtrat von Frankenberg

erwähnt

erwähnt ist: Die Steuerzahler brauchen hier nicht zu warten, sondern sollen nach Abgabe der Steuerbücher zu Hause auf Bescheid warten. Es sind schon Tausende und aber Tausende von Mark an Arbeitsverdienst verloren gegangen für diejenigen, die in bestimmten Stundenlohn gestanden haben. Für die Beamten, die dort gewartet haben, ist allerdings der Verdienst nicht entgangen, aber immerhin ist es auch ihnen unangenehm, zu warten ~~und~~ ^{zu} ihre Arbeit ~~versäumen~~. Die Abfertigungsweise ist unter den ~~wof~~waltenden Umständen erklärlich und die betreffenden Beamten unten haben nicht die Schuld, sondern die Schuld liegt bei der Auguststraße durch die Bemerkung, daß innerhalb vier Wochen die Steuern bezahlt sein sollen.

Noch über eins möchte ich vom Rat Auskunft haben. Es werden jetzt auch die Steuerzettel ausgetragen, worauf die Grundsteuer und die Kanalabgaben eingefordert werden. Sollen die an diesen Schaltern da unten auch noch einkassiert werden? (Zuruf des Herrn Stadtrat von Frankenberg: Ich habe eben gesagt, daß das an Notsschaltern geschehen soll.) Sonst könnte

auch

auch die Stadt lange darauf warten, daß sich jemand da unten einstellt und stundenlang wartet, um seine Steuern los zu werden. Ich weiß bestimmt, daß ein großer Teil der Hausbesitzer sich höchstens dafür bedanken würde, und dann hätte die Stadt diese Einnahme nicht.

In betreff der Kirchensteuer sollen die Beamten hier im Hause durch mich keine Last haben, ich bezahle keine Kirchensteuer. Wenn jeder es so gemacht hätte wie ich und aus der Kirche ausgetreten wäre, dann hätte die Stadt keine Arbeit aus der Kirchensteuer zu übernehmen.

Stadtv.M ö 1 1: Joh habe schon vor über vier Wochen an den Rat der Stadt eine schriftliche Anfrage gerichtet, um diese Mißstände, die bei der Stadtkasse bestehen zu beseitigen, aber bis heute ist seitens des Rates nichts darin geschehen. Wenn der Rat der Stadt etwas hätte tun wollen, so hätte er schon vor Wochen durch Inserate in den Tageszeitungen darauf hinweisen müssen und können, daß die Steuerbücher auf dem Rathaus abgegeben werden können, daß den Betreffenden eine Bescheinigung darüber ausgestellt wird und das Weitere sich findet. Das ist nicht geschehen, sonst aber hätten wir die Polonaise nicht mehr. Wenn dann auch, nachdem die Steuerbescheide herausgekommen sind, in das Inserat aufgenommen wäre, daß die Steuer erst dann zu bezahlen ist, wenn die Steuerbücher zurückgegeben sind, dann hätte es diesen Andrang nicht gegeben. Es hätte jeder gewartet, bis er die Benachrichtigung bekommen hätte, daß er sein Steuerbuch zurückholen soll. Wie gesagt: der Rat hat die

Sache

Sache nicht richtig gemacht; mit einer Aufklärung
hätte er die ganze Sache richtigstellen können.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Wenn wir soviel Machtbefugnis hätten, wie der Herr Vorredner meint, dann hätten wir vielleicht so handeln können. Wie können wir, wenn das Finanzamt eine Frist festgesetzt hat, diese Festsetzung beiseiteschieben? Das dürfte doch die Stadtverwaltung gegenüber der Reichsfinanzbehörde nicht wagen. Wir haben in der Richtung sofort Schritte getan, haben uns sofort mit dem Finanzamt in Verbindung gesetzt und darauf hingewiesen, daß es gut tue, einen solchen Hinweis zu erlassen. Wir selbst aber waren nicht dazu in der Lage, dem Finanzamt in der Festsetzung der Frist in die Parade zu fahren. Ich bitte zu beachten, daß es sich um eine Reichssteuer und nicht um eine städtische Steuer handelt. Ich habe bei einer Rücksprache mit Herrn Oberregierungsrat Schnelle mich mit ihm darüber verständigt, daß sowohl die Handelskammer wie die Handwerkskammer und die Spitzenverbände der Arbeiterschaft auf diese sehr einfache

Möglichkeit

Möglichkeit, die schon Herr Sauerbier erwähnt hat, hinwiesen, daß die Beteiligten die betreffende Mitteilung erhalten, und nicht eher Rückzahlung der zuviel abgegebenen Steuern verlangen, ehe sie nicht die Mitteilung darüber bekommen. Ich bitte, in der Stadtverordnetenversammlung nicht nach dem Muster der „Eingesandt“ - Schreiber zu verfahren und einfach zu sagen: Natürlich hat der Rat schuld. Wenn in jeder Sache unser Gewissen so rein ist, wie in dieser, können wir getrost in die Zukunft sehen.

Während dieser Rede des Herrn Stadtrat
von Frankenberg hat Herr Stadtverordneter Stegmann den
Vorsitz übernommen.

Stadt-

Stadtverordneter Fay : Es liegt mir nichts ferner, als die einzelnen Beamten anzugreifen, die die Ausführung bei diesen Steuersachen zu übernehmen haben, sondern ich bin vor allem der Meinung, daß das System jedenfalls verbesserungsbedürftig ist. Vor allen Dingen liegt mir daran, daß diejenigen Steuerzahler, die den Staat durch Vorausbezahlung der Steuer bei den 10 %igen Abzug unterstützt haben, ihren zuviel gezahlten Betrag bald zurückbekommen. Ich will mich auch nicht dahin festlegen, daß ich sage, daß die landwirtschaftliche Industrie weil sie sich beim Reichsnotopfer zurückgehalten hat und eine 5 %ige Verzinsung zahlen muß, schuld daran hat, daß man hier einen Zahlungstermin festsetzt. Aber die Auszahlung dieser Beträge noch weiter zurückschieben, das geht nicht. Ich muß sagen, daß die Erkenntnis, daß nur gut organisierte Arbeit uns retten kann aus den jetzigen schlimmen Zuständen, dem Reichssteueramt noch nicht gekommen ist.

Wenn der Beamte schnell die paar Zeilen nachaddiert, und dem Steuerzahler auf seinem Steuerzettel eine Quittung darüber gibt, wieviel er nach Ausweis seines Steuerbuches schon gezahlt hat, dann sollte er doch schneller mit seiner Arbeit fertig werden. Sollte dem nicht so sein, dann möchte ich wenigstens auf eins hinweisen: Die Steuerkarte enthält die Anweisung, in Zimmer 8 oder 9 des Rathauses zu erscheinen. Wäre da nicht richtiger eine Bekanntmachung zu erlassen, in der gesagt wird, daß in den Fällen, wo der Arbeitgeber die Steuerbücher abgegeben hat, dieser Aufforderung auf der Steuerkarte nicht nachzukommen ist. Ein Drittel der Steuerzahler kommt hierher, ohne hier etwas zu suchen zu haben, steht während einer langen Zeit Polonaise und verbringt seine Zeit zwecklos, während ein einfaches Plakat dieses verhindern konnte. Die Beamten haben mindestens 20 oder 30 % der Wartenden zurückgeschickt, indem sie ihnen sagen mußten: „Ihr Steuerbuch befindet sich hier, warten Sie das Weitere ab.“

Stadtverordneter S a u e r b i e r : Wenn die Nachrechnung des Steuerbuches eine so schnell zu erledigende Arbeit wäre, wie Herr F a y annimmt, dann wäre die Angelegenheit viel einfacher abgemacht. Aber nicht immer wird ein Steuerbuch vorgelegt, das richtig aufgerechnet ist. Sie machen sich keinen ^{kleinen} Begriff davon, wie ungenau die Bücher im Allgemeinen aufgerechnet sind. Selten ist ein Buch da, das ganz fehlerlos ist. (Widerspruch des Herrn F a y). Ich will keinem mit dieser Bemerkung zu nahe treten, aber die Fehler kommen dadurch so leicht, weil so viele verschiedene Marken angewendet werden. Ich habe Bücher gefunden, bei denen sich die einliefernde Stelle auf einer Seite um 90 Mark verrechnet hatte und ^{daher} ~~schon~~ muß ohne Ausnahme jedes Buch nachgerechnet werden. ^{Daß} der Beamte das in dem Augenblick machen soll, wo der Steuerzahler wartet, ist unmöglich. Wenn die beiden allein wären, dann ließe sich das noch machen, aber denken Sie daran, daß noch Hunderte von Personen mit dem gleichen Anliegen dastehen.

Stellen Sie sich vor, was für Nerven dazu gehören, wenn der Beamte von 9 - 1 Uhr ununterbrochen, zum Teil ohne etwas genießen zu können, nur diese eine Tätigkeit vornehmen muß, Woche für Woche, Monat für Monat. Da ist es schon ratsamer, wenn öffentlich empfohlen wird, daß die Steuerbücher in der Fabrik oder in dem Betriebe gesammelt und hier eingeliefert werden. Damit würde erreicht, daß ein großer Teil der Personen nicht nach hier kommt.

Werden für die Grundsteuer, Kanalabgabe und Kirchensteuer die neuen Schalter geschaffen, dann möchte ich empfehlen, daß der Rat der Stadt ersucht wird, das Hauptportal am Langenhofe zu öffnen, damit es nicht wieder dieselbe Stürmerei wird, wenn alles von einer Seite kommt. Um 9 Uhr stehen die Leute vor der Tür des Rathauses und dann geht es mit dem Glockenschlage in einem Karriere ins Rathaus. Das könnte vermieden werden, wenn die zweite Tür geöffnet würde.

Stadtverordneter N o 1 1: Herr Stadtrat von
F r a n k e n b e r g ist um die Sache herumgegangen
wie die Katze um den heißen Brei. Auf die Sache, die
ich vorgetragen habe, ist er nicht eingegangen. Ich habe
gesagt: Wenn der Rat der Stadt eine Bekanntmachung erlas-
sen hätte, daß die Steuerbücher abgegeben werden können,
dann wäre der Andrang nicht dagewesen, und wenn er dabei
bemerkt hätte, daß eine Quittung für den eingezahlten Be-
trag an die Firmen oder die Personen ausgehandigt wird,
dann wäre es auch nicht zu dem Andrang gekommen. Und wenn
Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, das Finanzamt hat die
Bekanntmachung zu erlassen, wann die Steuerbescheide be-
zahlt werden müssen, so ist das nicht ganz richtig. Es wur-
de am Schalter gesagt: „Ja, das können Sie noch nicht be-
zahlen, Sie müssen erst die Quittung haben über die Beträ-
ge aus dem Steuerbuche.“ Das hätte man ebensogut bekannt
machen können wie man es mündlich gesagt hat. Ich habe
schon vor vier Wochen schriftlich darauf hingewiesen, und
so konnte die Sache längst erledigt sein.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Ich habe über die Sache mit dem Herrn Stadtkämmerer gesprochen und werde weiter mit ihm darüber reden. Ich hoffe, daß wir möglichst im Sinne des Herrn Vorredners die Sache erledigen können.

Die Versammlung nimmt den Antrag F a y an.

=====

Stadtv. M a r t h (zur Geschäftsordnung) :
Ich glaube, die Zeit ist nun so weit vorgeschritten, daß es nötig ist, die Sitzung abzubrechen und die noch ausstehenden Sachen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

V o r s i t z e n d e r : Es liegt noch
ein Dringlichkeitsantrag von Fräulein Wolters
vor :

„Der Rat der Stadt wird ersucht, die zu Ostern
fällige Mehilverteilung auf Lebensmittelkarten
bereits zur Konfirmation am 26. März vornehmen zu
lassen, da die wenigsten Familien in der Lage
sind, die gegenwärtigen hohen Mehlpreise zu zahlen.“

Herr Marth ist wohl damit einverstanden, daß
wir diesen Antrag noch vornehmen.

(Zustimmung des Stadtverordneten Marth.)

17. Antrag Wolters, betreffend die zu Ostern
fällige Mehlmehlwerteilung.

Wortlaut des Antrages siehe vorige Seite.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s (zur Begründung):
Ich möchte bitten, diese harmlose Sache heute noch
zu erledigen. Der Wunsch, in dieser Weise seitens
der Stadtverwaltung zu verfahren, ist mehrfach in
der hiesigen Bevölkerung laut geworden. Es sind
heutzutage wenig Familien in der Lage, die hohen
Mehlpreise zu bezahlen, und die Familien, die
Konfirmation haben, sehen diesem Tage wegen der
hohen Ausgaben mit Sorgen entgegen. Wenn dieses
Mahl die Mehlmehlwerteilung schon vor dem Konfir-
mationstage vorgenommen würde, so wäre das für
manche Familie eine sehr erwünschte Hilfe, ~~da sie~~
~~es dann zum Feste verbrauchen könnten~~

↑ Sie wissen nicht, womit sie ihre Gäste
begrüßen sollen.

Die Versammlung beschließt dringliche Behandlung des Antrages.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich würde es gern gesehen haben, wenn die Antragstellerin die Freundlichkeit gehabt hätte, mich vorher von der Einbringung dieses Antrages in Kenntnis zu setzen. Ich bin jetzt einigermaßen durch diesen Wunsch überrascht und kann keine bindende Erklärung abgeben. Aber ich werde versuchen, dem Wunsche von Fräulein Wolters gerecht zu werden.

V o r s i t z e n d e r : Ist Fräulein
Wolters mit dieser Erledigung ihres Antrages ein=
verstanden ?

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Ich selbst bin ja bei der Sache unbeteiligt, denn ich habe keinen zur Konfirmation zu schicken, möchte aber trotzdem im Interesse der Eltern der Konfirmanden, daß diesem Antrage Folge gegeben wird. -
Mit der Erklärung des Herrn Stadtrat von Franken-
berg gebe ich mich zufrieden.

V o r s i t z e n d e r : Ich ~~nehme~~ an, daß Sie damit den Antrag als erledigt erklären. (Zustimmung der Stadtverordneten Fräulein Wolters.)

Nachdem der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht hat, daß noch 2 Anträge eingereicht sind, wird über den Antrag Marth auf Schluß der Sitzung abgestimmt. Der Antrag Marth wird angenommen, und der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 23. März 1922.

Tagesordnung:

1. Festsetzung der Gas- und Wasserpreise nach gleitender Skala.
2. Anfrage Regener, betreffend die Abfertigung der Wohnungsuchenden im städtischen Wohnungsamt.
3. Antrag Schultze auf Gewährung weiterer Teuerungszulagen an die Hinterbliebenen städtischer Beamten und Lehrer.
4. Äußerung des Rates der Stadt über Errichtung eines Gesundheitsfürsorgeamtes.
5. Anbringung eines sicheren Verschlusses an dem Dienstraum für die Depositenverwaltung im Ratshause.

Registrator

6. Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten und Lehrkräfte infolge Einreihung der Stadt Braunschweig in die Ortsklasse A.

In Verbindung damit :

Antrag F a y, die Bezüge der städtischen Angestellten der Versetzung Braunschweigs in die Ortsklasse A anzupassen.

7. Übernahme eines Drittels der Mehrkosten für die Lehrkräfte der kaufmännischen Fortbildungsschule wegen Versetzung Braunschweigs in die Ortsklasse A.
8. Gewährung von Zuschüssen für Kinderspeisungen in der Anstalt am neuen Petritor 9.
9. Ersatzwahl eines Beisitzers des Mieteinigungsamts.
10. Jahresbeihilfe für das Jugendheim an der Helmstedterstraße 8.
11. Beihilfe für Vorführung eines Lehrfilms über Gefahren und Bekämpfung der Tuberkulose.
12. Erhebung der Wohnungssteuer nach dem Nutzungswerte
13. Gutachtliche Äußerung über die Arbeitszeit in den städtischen Büros während der Sommerzeit.

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,
Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g , Stadtbau=
rat G e b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r ,
Stadtrat V o g l e r sowie Stadtrat P i n n o w .

Es fehlen die Herren Stadtverordneten M u n t e
und S c h m i d t .

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die
Sitzung und mache zunächst die Versammlung bekannt
mit einigen Eingängen, Anfragen und Anträgen.

Zunächst liegt ^{noch} ~~eine~~ Eingabe der Herren Schmidt,
Müller usw. ~~ver.~~ früheren Beamten des städtischen
Steuerbüros, die in den Reichsdienst übergetreten
sind. Sie ersuchen darum, auch ihnen die Mehrbeträ-
ge zu zahlen, welche durch Einreihung der Stadt
Braunschweig in die Ortsklasse A sich ergeben,
während nach der Ratsvorlage die Personen, die sich
am Zahlungstage nicht mehr im städtischen Dienste
befinden, keinerlei Nachzahlungen erhalten sollen.

Der

Der Rat der Stadt hat dieselbe Eingabe erhalten, wir warten deshalb seine Stellungnahme ab.

Sodann ist ein Schreiben eingegangen von dem Kellner Otto Schulze, das die Verpachtung der Wirtschaft im Bürgerpark betrifft. Dieser Gesuchsteller hat sich an den Rat gewandt, eine höhere Pacht für die Bewirtschaftung angeboten und einen abschlägigen Bescheid erhalten. Nun wendet er sich wegen dieser Sache an die Stadtverordnetenversammlung. Ich überweise die Eingabe dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

Eine Anfrage ist eingegangen von Herrn Jahns : „Der Rat der Stadt wird um Auskunft ersucht, wie weit die seit langem geplante Abänderung der Straßenpolizeiordnung vorgeschritten und ob baldigst eine Vorlage zu erwarten ist. ”

Eine Anfrage des Herrn Steinert lautet : „Wie aus Zeitungsnotizen hervorgeht, ist am 9.d.M. ein Pflegling des städtischen Pflegehauses beim Kohlenabladen auf dem Nordbahnhofe von einem Blut-
sturz

sturz befallen, derweil ein anderer Pflegling bei derselben Beschäftigung an einem Schlaganfall verstorben ist. Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die Pfleglinge vor zu großen Anstrengungen zu schützen ? "

Eine Anfrage des Herrn G a r t u n g :

„Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, welche Gründe ihn veranlaßt haben, daß das zur Verteilung an die Bevölkerung unserer Stadt gelangende Ostermehl nur 12 Händlern überwiesen wurde ? "

Ein Antrag des Herrn ^{Hoffmann} ~~Fay~~ :

„Liegt es im Bereich der Möglichkeit für den Rat der Stadt, auf dem Löwenwalle an der Seite der Oker die Fahrstraße zu sperren und für die Sommerzeit einige große Sandkasten aufzustellen zum Tummeln für unsere kleinsten Mitbürger, dann wären die dafür notwendigen Mittel im Interesse des Volkswohls gut angelegt. Der Sand kann im Winter dann zum Bestreuen der Steige benutzt werden.

Sodann

Sodann ein Dringlichkeitsantrag des Herrn

F a y :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß bei Beratung der Besoldungsregelung für die städtischen Beamten auch die Bezüge der städtischen Angestellten der Versetzung Braunschweigs in die Ortsklasse A angepaßt werden. ”

Schließlich ein Dringlichkeitsantrag des Herrn

L e h n e r t : „

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß den am lebenskundlichen Unterricht teilnehmenden Kindern von seiten der Lehrer keine Vorwürfe und Schwierigkeiten bei bestimmten Lehrfächern gemacht oder darob der Klasse verwiesen werden.“

Am Schluß der Tagesordnung werden wir auf die Sachen eingehen können.

1. Festsetzung der Gas- und Wasserpreise nach
gleitender Skala.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Ihnen allen ist die Vorlage des Rates zugegangen, die die Folge ist eines Wunsches der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Dezember v.J., fernerhin die Gas- und Wasserpreise nach gleitender Skala festzusetzen. Auf Vorschlag des Städtischen Betriebsamtes soll das durch einen sogenannten Preiswandler geschehen. Als Ausgangspunkt für den Gaspreis sind die jetzigen Preise angenommen und zwar ein Kohlenpreis von 662,40 M für die Tonne frei Werk und ein Gaspreis von 2,10 M. Der Gaspreis soll der Vorlage nach in Zukunft nicht von der Stadtverordnetenversammlung festgesetzt werden, sondern von der Verwaltungsdeputation. In gleicher Weise soll in bezug auf den Wasserpreis verfahren werden, und hierfür ein Preiswandler in der Weise

ein-

eingeführt werden, daß zugrunde gelegt wird der Preis für eine Tonne Kohle frei Werk von 784,50 M und für 1 cbm Wasser von 1,30 M. Der Gaspreis soll entsprechend einer Erhöhung oder Senkung des Kohlenpreises um 3 M für 1 Tonne Kohle auf das cbm um einen Pfennig erhöht oder herabgesetzt werden und ebenso der Wasserpreis bei einer Änderung des Kohlenpreises um je 3 M für die Tonne. Die ermittelten Preise sollen stets auf volle 5 Pfennig für das cbm abgerundet werden und zwar bei der Preiserhöhung nach unten und bei einer Preissenkung der Kohlen - was ja so bald nicht zu erwarten ist - nach oben. Der Preis für das Automatengas und für Wasser, das ohne Wassermesser abgegeben wird, soll in demselben Verhältnis erhöht oder erniedrigt werden.

Das Städtische Betriebsamt hat in einem umfangreichen Schreiben die empfohlene Neuerung begründet und durch Zahlenmaterial seine Ausführun-

gen

gen belegt. Die Ermittlung des Preiswandlers scheint nach dem Schreiben auf Auskünfte von anderen Städten hin erfolgt zu sein: so haben z.B. folgende Städte dieses System angewandt : Aachen - bei einer Erhöhung des Kohlenpreises um 2 M für die Tonne soll eine Erhöhung des Gaspreises um 1 Pfg. stattfinden, Dresden - hier soll die Erhöhung des Gaspreises um 1 Pfg. stattfinden, wenn der Kohlenpreis um 3 M für die Tonne steigt, ebenso in Hamburg, in Köln bei einer Erhöhung des Kohlenpreises um 2,50 M, in Kiel bei 3 M Erhöhung. Das Städtische Betriebsamt hat für Braunschweig einen Preiswandler von 3 M festgesetzt. Es heißt darüber in dem erwähnten Schreiben, die Erfahrung habe bewiesen, daß man ziemlich gleichmäßig aus einer Tonne Kohlen rund 320 cbm Gas erzielen könne. Erhöhe sich nun der Preis für eine Tonne Kohle um 3 M, so könne diese Preissteigerung ungefähr damit ausgeglichen werden, daß man den Gaspreis um rund 1 Pfg. für das cbm

erhöht

erhöht. Damit wäre aber ^{noch} nicht die Vermehrung der anderen Betriebskosten, nämlich aus Löhnen, Gehältern und Betriebsstoffen ausgeglichen. Es sei daher zu untersuchen, wie weit die vermehrten Betriebskosten aus den Nebenprodukten gedeckt werden können und inwieweit sie von den Einkünften aus Gas mitgetragen werden müssen. Über die Nebenprodukte ^{wird} ~~werde~~ ausgeführt, daß die Einnahme aus Koks in starkem Maße zum Ausgleich der Mehrkosten gebraucht werden könnte, hingegen könne Teer infolge der schwankenden Preise nicht mit für einen selbsttätigen Ausgleich von Teuerungssteigerungen in Betracht gezogen werden. Bezüglich des Teers wird darauf verwiesen, daß der Preis dafür betragen habe im Mai 1920 300 M., im Januar 1921 185 M., im Juni 110 M., im Dezember 212 M. Damit hört die Aufzählung hier auf; es hat sich aber gezeigt, daß die Steigerung, die sich in der letzten Angabe zeigt, fortgeschritten ist, sodaß jetzt, wie wir von Herrn Direktor

Kellner

Kellner erfahren haben, wieder ein Teerpreis von 380 M gezahlt wird. Es heißt dann in dem Schreiben weiter : „Für das schwefelsaure Ammoniak sind gesetzliche Höchstpreise festgesetzt, und diese werden im Belang der Förderung der Erzeugung von Lebensmitteln stets so knapp bemessen, daß nach Abzug der hohen Unkosten kein bedeutender Gewinn verbleibt. Da wir keinen Einfluß auf die Bildung des Verkaufspreises haben, so können die Einnahmen aus diesen Nebenprodukten nicht zum Ausgleich von Unkostenvermehrungen benutzt werden.“ - Die gesamten Einnahmen aus Teer und Ammoniak betrügen nur rund 9 bis 12 % der Einnahmen aus Gas und Koks, seien also bei den Gesamteinnahmen nicht von ausschlaggebender Bedeutung, sondern bildeten nur eine erwünschte Sicherung gegen unvorhergesehene Unkosten.

Bei Anwendung des Preiswandlers von 3 M auf den letzten Gaspreis ergibt sich nach dem Schreiben des Betriebsamts folgendes :

Mit

„Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab wurde der Gaspreis von 1.20 M auf 2,10 M, um 90 ¢ für das cbm Gas erhöht. Dieser Erhöhung lag eine Steigerung des Kohlenpreises nach dem 1. Dezember von 433,70 M für eine Tonne auf 662,40 M, also um 228,70 M für eine Tonne Kohle zugrunde. Bei dem vorgeschlagenen Preiswandler würde sich eine Erhöhung um 228,70 M : 3 = 76 Pfg. errechnet haben.“ - In Wirklichkeit hat die Erhöhung 90 Pfg. betragen. Zur Rechtfertigung dieser höheren Festsetzung des Gaspreises wird angeführt, daß der Kohlenpreis sich seit dem 1. Februar d.J. um 103,60 M für eine Tonne erhöht hat. Unter Zugrundelegung eines Jahresbedarfs von rund 27 000 Tonnen ergeben sich für das kommende Jahr Mehrausgaben von rund 3 260 000 M, ferner Mehrausgaben für Löhne und Gehälter im Jahre von 940 000 M, das sind insgesamt 4,2 Millionen Mark. Abzüglich der erhöhten Einnahme aus Koks im Betrage von 1 200 000 M — 15 000 t ^{gkr.} 4 M teurer —
bleiben

bleiben immer noch 3 Millionen Mark zu decken. Es wird dafür eine Menge von 8,8 Millionen cbm produzierten Gases angenommen, und darnach wird dann ausgerechnet, daß dementsprechend der Preis für 1 cbm Gas um 34 Pfg. erhöht werden müßte, daß also derselbe Preis herauskommt, den die Versammlung damals bewilligt hat. Es heißt hier darüber : „Legt man den vorgeschlagenen Preiswandler zugrunde, so ergibt sich aus der Verteuerung der Kohlen um 103,60 M für die Tonne ab 1. Februar eine Gaspreiserhöhung von $103,60 \text{ M} : 3 = 34,5 \text{ Pfg.}$ Dieses Ergebnis stimmt recht gut mit der auf Grund der Mehrausgabe errechneten Preiserhöhung von 34 Pfg. für ein cbm überein.

Bezüglich des Wassers wird für das Jahr eine Mehrausgabe für Löhne, Gehälter und Kohle von 573 700 M berechnet, einschließlich der sonstigen Betriebskosten eine solche von 925 000 M. Bei einem Konsum von 4 Millionen M³ cbm Wasser im Jahre

be-

bedingt diese Mehrausgabe eine Erhöhung des Wasserpreises um 23 Pfg. für das cbm.

Es würde zu weit führen, wollte ich die ziemlich komplizierten Rechnungen im einzelnen hier vortragen. Der Finanzausschuß hat sich stundenlang mit der Frage beschäftigt, und dabei hat in erster Linie der Finanzausschuß die Prinzipienfrage erwogen, weil bisher hier in der Versammlung keine Rede davon gewesen ist. Es ist hier wohl der Wunsch ausgesprochen, der Rat möge eine Vorlage machen, wonach für die Festsetzung der Gas- und Wasserpreise eine Regelung nach gleitender Skala eingeführt würde, aber eine Debatte über diesen Wunsch und eine Abstimmung hat nicht stattgefunden. Deshalb hat der Finanzausschuß zunächst die Prinzipienfrage aufgeworfen; es wurde dabei auch der Antrag gestellt, das alte System beizubehalten und alle Erhöhungen hier zu beraten. Die Mehrheit des Finanzausschusses war aber gegen diesen Antrag

und

und stellte sich auf den Standpunkt, das solle in Zukunft von der Verwaltungsdeputation erledigt werden. Es wurde sodann ein weiterer Antrag beraten, daß wenigstens der Finanzausschuß an diesen Beratungen teilnehmen solle und nicht die Deputation allein in diesen Sachen zu bestimmen habe, sonst sei den Stadtverordneten das bisher ihnen zustehende Recht genommen, den Preis für Gas und Wasser festzusetzen. Damit war die Finanzkommission einverstanden, und es wurde nun in die Beratung des Preiswändlers für Gas und Wasser selbst eingetreten. Die Mehrheit stand auf dem Standpunkt, daß die Vorlage anzunehmen sei, während eine Minderheit den Standpunkt einnahm, daß die Berechnung des Preiswändlers auf 3 M unrichtig sei und daß man auf 4 M gehen müsse, das heißt : Nur wenn der Kohlenpreis um ¹/₂ M steige, solle sich der Gaspreis um 1 Pfg. erhöhen. Nach längerer Debatte ergab sich, daß die Mehrheit von dieser Abänderung nichts

wissen

wissen wollte, und so würde der Antrag auf Annahme eines Preiswandler von 3,50 M eingebracht. Aber auch dieser Antrag fand keine Gnade vor der Mehrheit des Finanzausschusses. Nun wurde die Beratung abgebrochen; man wollte den Betriebsdirektor einladen, die ganze Berechnung persönlich zu begründen. Die Fortsetzung der Beratung hat dann am Montag stattgefunden; Herr Direktor Kellner war dabei anwesend und hat seine Begründung vorgebracht. Von der Minderheit der Finanzkommission wurde ihm in verschiedenen Punkten widersprochen. Es wurde ihm entgegengehalten, daß die Berechnung nicht richtig und der Preiswandler nicht hoch genug festgesetzt sei, sondern daß man bei ihm mindestens auf 3,50 M gehen müsse. In betreff des Wassers habe man sich anders entschieden, denn da kommt nur die Höhe der Betriebskosten, aber keine Nebeneinnahmen in Betracht. Man hat sich also im Finanzausschuß damit einverstanden erklärt, den Preiswandler für Wasser

mit

mit 8 % bestehen zu lassen. Nachdem der Betriebsdirektor seine Rechnung aufrecht zu erhalten versucht hatte und noch hinzugefügt hatte, daß weitere Preissteigerungen eingetreten seien, hat der Ausschuß schließlich in seiner Mehrheit der Ratsvorlage zugestimmt, sowohl was das Gas wie das Wasser anbetrifft, und hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, zu beschließen, daß in Zukunft nicht die Verwaltungsdeputation allein den Preiswandler bestimmen soll, sondern nur im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß, sodaß in gemeinsamer Sitzung jede derartige Änderung beraten und beschlossen wird.

Der Antrag des Rates lautet :

- „ 1) Genehmigen zu wollen, daß die Gas- und Wasserpreise fortan durch die Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke gemäß den aufgestellten Richtlinien festgesetzt werden,
- 2) den anliegenden Entwurf eines Nachtrages zu

den

den Bedingungen für Abgabe von Gas und Wasser aus den städtischen Gas- und Wasserwerken gutheißen zu wollen. "

Der Entwurf für die Änderung zu den Bedingungen für die Abgabe von Gas und Wasser hat folgenden Wortlaut :

„Die städtischen Behörden haben beschlossen, diese Bedingungen für die Abgabe von Gas und Wasser aus den städtischen Werken wie folgt zu ändern : Die Preise für Gas und Wasser werden fortan nach den von den städtischen Behörden aufgestellten Richtlinien von der Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke festgesetzt und vom Rat der Stadt durch die Braunschweigischen Anzeigen zur öffentlichen Kenntnis gebracht.“

Der Finanzausschuß empfiehlt die Annahme dieser Ratsanträge, nur soll hinter den Worten : „ von der Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke“ eingeschaltet werden :

im

„im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß.“

Nachdem ich so für den Finanzausschuß berichtet habe, gestatten Sie mir, auch meine persönliche Ansicht und die meiner Fraktion näher zu begründen, denn wir sind es, die die Minderheit im Finanzausschuß gebildet haben und eine Abänderung des Preiswändlers wünschten. Bisher ist zu der prinzipiellen Frage auch noch keine Stellung genommen. Der Hauptgrund, der in dem Schreiben der Betriebsleitung dafür angeführt ist, daß nicht mehr die Stadtverordnetenversammlung die Preisänderungen beschließen soll, sondern die Deputation, ist der, daß die Öffentlichkeit ausgeschaltet werden soll. Es ist jedenfalls dem Rate und einem Teile der Stadtverordneten unangenehm, daß über diese Verhältnisse öffentlich verhandelt wird. Es wird gesagt : Zu schwerfällig sei es, wenn zu einem solchen Zwecke erst die Verwaltungsdeputation zusammenkommen müsse, dann der Finanzausschuß und darauf

noch

noch die Stadtverordnetenversammlung; es gingen womöglich Wochen darüber hin und die Sache wäre damit manchmal schon überholt. Einfacher sei es, wenn die Verwaltungsdeputation ohne weiteres die Änderungen vornehmen könne. Meine Meinung, wie ich sie auch in der Sitzung der Finanzkommission vorgebracht habe, ist folgende : Gewiß, die Verhältnisse ändern sich manchmal sprunghaft, aber es ist doch möglich, daß auch die Stadtverordnetenversammlung schnellstens beschließt. Wir kommen doch alle 14 Tage zusammen, und wenn in der betreffenden Woche keine Sitzung sein sollte, könnte in einer solchen wichtigen Frage eine einberufen werden, und womöglich könnte an demselben Nachmittage, wo die Finanzkommission tagt, auch der Beschluß in der Stadtverordnetensitzung gefaßt werden. Weiter wird angeführt, durch diese öffentliche Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung würde die Bevölkerung beunruhigt. Ich meine, dadurch, daß diese

Ver-

Verhandlungen stattfinden, wird die Bevölkerung nicht beunruhigt, sondern dadurch, daß eine exorbitante Erhöhung des Preises eintritt. Es sind nur windige Ausflüchte, die gemacht werden. Meiner Meinung nach ist es so, daß mehr Überschüsse wie bisher herausgewirtschaftet werden sollen, und das ist so leicht nicht möglich, wenn die Stadtverordnetenversammlung öffentlich über die Preise beschließt. ^{! Eine Erhöhung der Gas- u. Wasserpreise vorzunehmen, ist} Auch ~~jetzt ist es schwer~~, wenn die Betriebsleitung Gelegenheit geben muß, die Zahlen zu prüfen, ob sie nicht zu hoch sind. Bei der letzten Erhöhung hat sich herausgestellt, daß wir mit dem Gaspreise tatsächlich zu hoch gegangen sind, und zwar nach der eigenen Berechnung des Betriebsamtes ist dies der Fall. Das ist die Tendenz dieses Antrages; es ist einfach, solche Beschlüsse zu fassen, wenn nur eine Verwaltungsdeputation zu beschließen hat, wie der Betriebsleiter es den Mitgliedern derselben vorredet, damit Überschüsse heraus-

herausgewirtschaftet werden. Sie wissen, daß wir Gegner dieses Systems sind. Man konnte ein solches System, bei dem Hunderttausende aus dem Gaswerk herausgewirtschaftet werden, noch verstehen in der Zeit, wo der Gaspreis in Braunschweig noch niedrig war, aber in der jetzigen Zeit, wo Tag für Tag die Preise steigen, haben wir Stadtverordneten die Pflicht und Schuldigkeit, dafür einzutreten, daß unsere Einwohner von zu hohen Preisen für Gas und Wasser verschont bleiben. Ferner kommt für die Stadtverordneten bei dieser Sache in Betracht, daß sie sich das Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen lassen sollen, wie doch auch die Gemeinden auf das Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Staate halten, womit es allerdings in Braunschweig leider schlecht bestellt ist, weil bisher immer noch keine Änderung der Städte- und Landgemeindeordnung eingetreten ist. Jeder freidenkende Mann ist dafür, daß auf dieses hohe Recht gehalten wird, und ebenso müssen

wir

wir das Selbstbestimmungsrecht der Stadtverordneten hochhalten, daß wir die Preise für die Produkte dieser Betriebe festsetzen. Ich bitte ~~deshalb~~, ^{hier} ~~daß~~ sich ~~die Versammlung~~ ^{zu helfen} prinzipiell auf den Standpunkt ~~stellt~~, daß fernerhin wie bisher die Preisveränderungen für Gas und Wasser von der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden. Ich glaube, der Herr Vorsitzende wird damit einverstanden sein, daß zunächst über ~~diese~~ prinzipielle Frage gesprochen wird, ehe wir auf die Einzelheiten eingehen. Falls die prinzipielle Frage verneint werden sollte, brauchen wir auf die Preiswandler selbst nicht weiter einzugehen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann hat die allgemeine Aussprache ja schon eröffnet, es steht nichts im Wege, daß sie fortgesetzt wird. Es soll also zunächst die prinzipielle Frage erörtert werden. - Das Wort wird nicht beliebt.

Stadtv. S t e g m a n n : Auch wenn keine Aussprache über die prinzipielle Frage stattfindet, bin ich der Meinung, daß erst einmal darüber abgestimmt werden müßte, ob man für oder gegen meinen Antrag ist, die Sache beim alten zu lassen. Wenn dieser Antrag angenommen wird, erübrigt es sich, auf das Weitere einzugehen.

V o r s i t z e n d e r : Der Rat hat an die Stadtverordnetenversammlung die beiden am Schlusse der Ratsvorlage stehenden Ersuchen gerichtet und die Kommission empfiehlt, ihnen mit einer Einfügung der Worte „~~Am~~ Einvernehmen mit dem Finanzausschuß“ zuzustimmen. Herr Stegmann beantragt, daß die Festsetzung wie bisher vom Plenum aus geschieht.

Für den Antrag Stegmann stimmen 12 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt.

Stadt v. S t e g m a n n : Dann darf ich mich
~~an~~ der Festsetzung des Preiswändlers selbst ^{zu}wenden.
Ich sagte schon, daß die rechnerische Tendenz vor-
liegt, mehr aus der Sache herauszubekommen, als nötig
ist. Das zeigt sich schon durch die Fundierung
auf die jetzige Preisfestsetzung. Wir haben beschlos-
sen, den Gaspreis vom 1. Januar dieses Jahres ab
auf 2,10 Mark zu erhöhen. Der Betriebsleiter des
Gaswerkes hat aber selbst festgestellt, daß nach
dem Preiswandler nicht eine Erhöhung um 90 Pfg.,
sondern eine solche nur um 76 Pfg. nötig gewesen
wäre; es sind also 14 Pfennig pro cbm zu viel fest-
gesetzt worden. Die ganze Grundlage ist schon zu
hoch. Es ist damals richtig gewesen, ^{was} wenn wir gesagt
haben, daß der ^{dem Rat vorgelegte Preis von 2,10 M zu hoch sei,} ~~Antrag des Rates zu hoch ginge, wir~~
^{was} ~~sagten 2 M wären wohl das Richtige,~~ ^{auf} ein Teil der
Herren aber wollte sogar auf 2,50 M gehen, da bin
ich denn mit meinem Antrage damals bis auf 2,10 M
hinaufgegangen. Die Erhöhung der Gestehungskosten

ist

ist auf 34 % errechnet worden. Auch das ist zu hoch. Es sind 15 000 Tonnen Koks mit 4 M Mehreinkommen pro ~~Tonne~~^{Ztr.} zugrunde gelegt - ich glaube, daß diese¹ Betrag zu niedrig ist. ~~Früher~~^{früher} sind nicht die Mehrkosten für ein Jahr, sondern für 14 Monate berechnet worden. Die Erhöhung der Kohlenpreise wird ^{nämlich} vom 1. Februar an gerechnet, während die neuen Gaspreise erst vom 1. April an in Kraft treten. Weiter wurde vergessen zu berücksichtigen, daß jetzt schon 14 Pfennig für das cbm zuviel bezahlt werden. Die Rechnung würde sich so stellen, daß zuzüglich der 940000 Mark für Gehalts- und Lohnerhöhungen und abzüglich der 1 200 000 Mark für Koks im laufenden Jahre nur eine Mehrausgabe von 2 537 200 M herauskäme. Diese dividiert durch die Gesamtzahl des produzierten Gases ergibt nicht 34 % pro cbm mehr, sondern nur 28,8 %. Sie sehen, das ist etwa ein Siebtel ^{weniger} ~~Pfennig~~. Mit dem allen ist schon zur Genüge begründet, daß das, was die Minderheit beantragt hat, nämlich

lich als Preiswandler 3,50 M zu setzen, durchaus berechtigt ist. Herr Betriebsdirektor Kellner, der in der Sitzung zugegen war, suchte die Sache auf das ihm erwünschte Gleis zu bringen, indem er sagte, seit dem März seien schon wieder erhöhte Kohlenpreise eingetreten und auch eine Lohnerhöhung habe stattgefunden. Das ist aber in seiner Berechnung nicht enthalten und jedenfalls war es nur eine Ausrede, um seine Berechnungen zu retten. Vor allen Dingen kommen ^{aber} die Nebenprodukte in Betracht. Da heißt es in der Begründung der Betriebsleitung wörtlich: „Die Gewinne aus Teer und Koks geben eine erwünschte Sicherung gegenüber unvorhergesehenen Unkosten, können aber bei Festsetzung des Preiswandlers unberücksichtigt bleiben“, und zwar weil sie zu schwankend seien. (Zuruf: Wir können nichts verstehen! Der Redner wiederholt deshalb:) Weiter heißt es in diesen Ausführungen, daß die Gesamteinnahmen aus Teer und Ammoniak nur rund 9-12% der Einnahmen aus Gas und

Koks

Koks ausmachen, also bei den Gesamteinnahmen nicht von ausschlaggebender Bedeutung seien. „Gewinne aus Teer und Koks geben eine erwünschte Sicherung gegenüber unvorhergesehenen Unkosten, können aber bei Festsetzung des Preiswändlers unberücksichtigt bleiben. Die Gesamteinnahmen aus Gas und Koks betragen für dieses Rechnungsjahr nach dem Voranschlage 12756000 M 9-12 % davon entfallen nach den Angaben der Betriebsleitung auf Teer und Ammoniak, und nimmt man 10 % an - das Mittel von dem, was die Betriebsleitung sagt - so sind das 1 275 000 M. Ich sagte schon im Finanzausschuß und wiederhole das hier: Seitdem der Voranschlag festgesetzt worden ist, sind so unerhörte Erhöhungen der sämtlichen Preise eingetreten, daß man für die eben genannte Summe ruhig 3 Millionen Mark setzen kann. Der Betriebsleiter hat schnell ausgerechnet, daß die in den Etat eingesetzte Summe für Einnahmen weit überholt wird, daß etwa 40 000 000 Mark als Einnahme aus Gas und Koks gerechnet werden können und daß aus Teer und Ammoniak etwa 5 000 000 Mark

Mark herauskommen werden. Das müssen Sie wohl beachten! Daß die Einnahme aus diesen Nebenprodukten nur als Sicherung gelten soll und nicht zur Deckung der Mehrkosten mit angerechnet werden soll, wo sie mit 5 000 000 Mark angegeben werden kann, das verstehe ich nicht. Ich habe schon vorhin gezeigt, daß schon nach Errechnung durch den Preiswandler die vorige Erhöhung nur 34 % ergibt. Wenn Sie diese mit einrechnen, werden Sie zugeben, daß 3,50 M das allermindeste ist, worauf der Preiswandler festgesetzt werden sollte. Auch 4 M wären dafür gerechtfertigt, aber um Sie zu gewinnen für das, was unbedingt nötig ist - denn wenn 5 000 000 M Einnahme nicht mitgerechnet werden sollen, so ist das einfach unverständlich - beantrage ich wie bereits im Finanzausschuß, den Preiswandler für Gas auf 3,50 M festzusetzen.

Was das Wasser betrifft, so ergibt eine Nachprüfung der angegebenen Zahlen, daß sie stimmen, und Nebenprodukte kommen dort nicht in Betracht, so daß

solche

solche Dinge wie beim Gase hier nicht festzustellen sind. Sollte ein Preiswandler von 6 M beim Wasser ein zu günstiges Resultat ergeben, so ist das etwas ganz anderes als beim Gas, denn wenn der Gaspreis in übertriebener Weise in die Höhe getrieben wird, so müssen die Gaskonsumenten damit eine indirekte Steuer zahlen, die den Nichtgaskonsumenten zugute kommt. Wasser aber wird von allen Einwohnern gebraucht und bezahlt, so daß sie alle daran partizipieren, wenn mehr Einnahmen bei zu hohen Preisen herauskommen. Hier habe ich keinen Änderungsantrag zu stellen, aber für das Gas bitte ich als Preiswandler nicht 3 M, sondern 3,50 M anzunehmen.

Stadt v. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herrn Kollegen Stegmann sind doch ein paar kleine Irrtümer unterlaufen. Hätten wir den Preiswandler vom Beginn des neuen Jahres an gehabt, dann wären wir nicht zu einer so hohen Steigerung gekommen. So hat sich der Betriebsleiter in der Deput⁴ation geäußert, aber ich glaube nicht annehmen zu sollen, daß er erklärt hat, die Gaspreise wären um sehr viel höher festgesetzt, als der Bedarf der Werke in punkto der Ausgaben war. Jedenfalls liegt in einem vernünftig angewandten Gaswandler eine reelle Basis für die Regelung des Gaspreises. Die Frage ist nur, ob 3, 4 oder 5 M die richtige Basis ist. Die Beschlußfassung in der Deputation geschieht doch nicht so, daß ein Vortrag gehalten wird, der dann von allen gutgeheißen wird, sondern in jedem Falle erst nach reiflicher Prüfung. Ob es angenehm ist, wenn wir uns über die gewiß nicht schönen Erhöhungen des Gas- und Wasserpreises hier lang und breit unterhalten müssen, ist die Frage. Sollten Übergriffe

VOR-

vorkommen, daß die Konsumenten zu hohe Preise bezahlenⁿ müßten durch eine Ablesung des Verbrauchs in unrichtiger Weise, so ist das hier sofort zurückgewiesen, und der Betrag zurückgezahlt. (Widerspruch). Jedenfal^{ls} ist angeordnet, daß die Rückzahlung stattfinden soll. Eine gesündere und reellere Basis als die, daß nach der Preissteigerung der Kohle in einem Koeffizienten - seien es nun 3 oder 4 M - die Preissteigerung des Gases ausgedrückt wird, kann ich mir nicht denken. Wir sind uns hier einig geworden, daß die Werke zum mindesten sich selber erhalten sollen und eine Amortisation aufbringen müssen für alles, was abnutzbar ist. Mit der Einführung des Preiswändlers können wir nur einverstanden sein, und wenn zur Festsetzung der Erhöhung nach diesem Preiswandler außer der Deputation auch noch die Finanzkommission hinzukommt, so ist der Apparat groß genug, so daß jede Übervorteilung der konsumierenden Bevölkerung ausgeschlossen erscheint.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Herr Stegmann meinte, der Rat oder die Direktion der Gas- und Wasserwerke habe diese Vorlage veranlaßt und eingebracht, weil es ihnen unangenehm sei, vor der Öffentlichkeit über die Preise für Gas und Wasser zu sprechen. Das kann ich nicht als richtig anerkennen. Aber eins will ich offen zugestehen: Wenn hier im Plenum ein solches Heer von Zahlen im Fluge uns vorgeführt wird, wie es Herr Stegmann getan hat, so bin ich nicht imstande, dem zu folgen, und ich möchte auch bezweifeln, daß die geehrte Versammlung, wenn es so kurz vorgetragen wird, das Zahlenmaterial beherrscht. Deshalb hat eine größere Zahl von Städten die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke - und auch der Lichtwerke - einer Deputation anvertraut, die selbständig urteilt. Bei dem gegenwärtigen Antrage des Rates liegt die Sache so: Nicht von unserer Seite ist es ausgegangen, daß wir Ihnen heute den Vorschlag, eine gleitende Skala einzuführen, unterbrei-

tet

tet haben, sondern die Stadtverordnetenversammlung als solche hat uns ersucht, wir möchten eine Vorlage auf Festsetzung der Gas- und Wasserpreise im Wege der gleitenden Skala einbringen, und das haben wir getan.

Wenn nun Herr Stegmann meint, daß der Betriebsleiter selber zugegeben habe, daß der frühere Gaspreis zu hoch gewesen sei, so ist das eine irrtümliche Auffassung - darin muß ich Herrn Nessenius beipflichten. Daß die Grundlage nicht eine richtige gewesen ist, hat er nicht gesagt, und das ist die Frage um die es sich dreht.

Wenn man hier einzelne Sachen hineinbringt und sagt: „Der Teerpreis ist jetzt auf 360 M gestiegen, auch der Kokspreis ist gestiegen“, so vertragen sich diese Einzelheiten nicht mit dem Prinzip des Preiswändlers. Wenn man auf diese Sachen Rücksicht nehmen wollte, dann müßte man auch die Nebenausgaben (ich erinnere an die Verzinsung und Tilgung, an Rückstellungen

lungen

lungen usw.) ins Gefecht führen und fragen, wie es sich mit ihnen verhält.

Da verschiedene Städte als maßgebende Bestimmungszahl schon 2 M Kohlenpreissteigerung pro Tonne als genügend angesehen haben, um den Gaspreis um 1 Pfennig zu steigern, so müssen wir ohne weiteres anerkennen, daß wir mit unserm Vorschlage erheblich zurückbleiben, denn wir sagen: Wir wollen den Gaspreis erst bei einer Kohlenpreissteigerung von 3 Mark um 1 Pfennig erhöhen. Ich glaube kaum, daß es in der Folge sich zeigen wird, daß wir zu hoch gegangen sind, wenn wir diesen Preiswandler einführen. Die Preise steigen auf jedem Gebiete augenblicklich derart, daß es meiner Ansicht nach ausgeschlossen ist, mit den bisherigen Preisen die Werke rationell verwalten zu können. Bei dem Wasserwerk haben wir schon mit einer Unterbilanz gearbeitet, und bei dem Gaswerk war der Überschuß verhältnismäßig sehr gering, wenn wir alles zurückstellen, was nötig ist. Der Rat hat versucht, Sie zu überzeugen, daß uns

in

in dieser Zeit nichts anderes übrig bleibt, als diese Werke ertragreich zu machen, aber die Stadtverordnetenversammlung hat sich auf den Standpunkt gestellt: es genügt, wenn die Werke sich erhalten. Ob wir diesen Standpunkt aufrecht erhalten können im Gegensatz zu der großen Mehrzahl der deutschen Städte, das möchte ich bezweifeln; vorläufig hat der Rat sich darin gefunden, er hat nicht die Absicht gehobt, mit Hilfe der Preiswandler höhere Einnahmen zu erzielen.

Der Finanzausschuß hat beantragt, es möge in diese „Bedingungen“ der Zusatz aufgenommen werden:
„im Einvernehmen mit der Finanzkommission“. Dann würde in Zukunft über die Frage um wieviel die Kohlenpreise gestiegen sind und um wieviel dementsprechend die Gas- und Wasserpreise erhöht werden müssen, die Verwaltungsdeputation entscheiden und daneben auch noch die Zustimmung der Finanzkommission einzuholen sein, so daß über diese Frage, die selbstverständlich

für

für das ganze Finanzwesen der Stadt von Bedeutung ist, zwei Körperschaften entscheiden, in denen der Rat der Stadt nur mit einer Person vertreten ist. Sie werden mir recht geben, wenn ich sage: Das ist eine wesentliche Einschränkung der Rechte des Rates. Wir haben uns heute morgen in der Ratssitzung mit dieser Frage befaßt und haben beschlossen, gegen eine solchen Beschluß keinen Einspruch zu erheben, aber wir setzen dabei als selbstverständlich voraus, daß nunmehr die beiden Körperschaften, die die Preise festsetzen, sich auch an die Bedingungen halten, wie wir sie heute vereinbaren wollen, das heißt, daß die Richtlinien für das Auf- und Abwärtsgehen der Preise wirklich als maßgebend angesehen werden. Wenn das geschieht, sind wir einverstanden mit Ihrem heute zu fassenden Beschluß, und zwar in dem Bewußtsein, daß es sich mehr um Lösung ~~de~~ eines Rechenexempels handelt als um eine Beschlußfassung über die Erhöhung der Preise. Wir sind weiter der Ansicht, daß die

die Mitwirkung der Finanzkommission insofern ihr Gutes hat, als beide Körperschaften - Verwaltungsdeputation und Finanzkommission - ~~regelmäßig~~ in die Lage versetzt werden, die Frage zu prüfen, ob überhaupt die Grundlage, die für die Preisbemessung maßgebend sein soll, in Zukunft noch richtig ist, oder ob nicht die städtischen Behörden anzugehen sind, die Richtlinien zu ändern. Das ist für uns ein wesentliches Motiv gewesen, diesem Antrage nicht zu widersprechen.

Sodann muß ich noch auf folgendes hinweisen: Wir haben die Vorlage Anfang März eingebracht, in der letzten Sitzung der Stadtverordneten ist sie nicht verabschiedet, und wenn wir die Preise auf Grund des heute zu fassenden Beschlusses erhöhen wollen, dann liegt es wohl nahe, daß man die Neuregelung mit dem 1. April eintreten läßt. Wir haben heute bereits den 23. März, so daß die Zeit drängt. Wir müssen bekanntlich die Änderung der „Bedingungen“ so früh be-

kannt-

bekanntmachen, daß zwischen dem Tage der Bekanntmachung und dem Tage des Inkrafttretens vierzehn Tage Zwischenzeit liegen. Das ist nicht mehr möglich. Wir haben aber früher die „Bedingungen“ schon dahin geändert, daß die städtischen Behörden im einzelnen Falle beschließen und dementsprechend in die „Bedingungen“ die Vorschrift aufnehmen können, daß die Änderungen früher in Kraft treten. Um Weiterungen zu vermeiden, möchte ich anheimgeben, daß wir weiter in die „Bedingungen“ die Bestimmung aufnehmen: „Diese Änderung tritt sofort in Kraft.“ Damit würde die Möglichkeit gegeben sein, daß nach den neuen Vorschriften eine Beschlußfassung darüber erfolgen kann, wann und in welcher Höhe die Preisänderung einsetzen soll.

Stadtv. R e g e n e r: Werte Versammlung! Zunächst möchte ich bedauern, daß ein Teil der uns nahestehenden Stadtverordneten so leichtem Herzens hier ein Recht aus der Hand gegeben hat, für das man jahrzehntelang eingetreten ist und das man bisher mit Hörnern und Klauen verteidigt hat. Nach Ihrem Beschlusse in dieser Sache ist daran nichts mehr zu ändern.

Ich möchte nun auf die Angelegenheit selbst sachlich ein wenig eingehen. Als ich die Äußerung des städtischen Betriebsamtes zu lesen bekam, habe ich die Blätter erst mehrfach durchgelesen bis ich zu der Überzeugung kam, daß es sich hier vergleichsweise um die Tätigkeit eines Tintenfisches handelt, der um sich herum einen schwarzen Blümmel macht, damit man den Kern der Sache nicht erkennt. Wer von den Herrschaften nicht in der Deputation sitzt, der kann sich aus der ganzen Geschichte wahrhaftig kein zutreffendes Bild machen. (Sehr richtig!) Ich habe nachher
die

die Blätter weggelegt und mit dem alten Weisen gesagt: „Ich weiß, daß ich nichts weiß, und das weiß ich nicht einmal ganz genau.“ Verehrte Versammlung, ich nehme an, daß dies Absicht ist, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß die Herrschaften im Betriebsamte nicht imstande wären, daß sie das alles klar darstellen könnten. Ich bin mißtrauisch geworden, wenn ich daran denke, daß uns der Herr Oberbürgermeister, als wir als Neulinge in das Stadtverordneten Kollegium eintraten, und den letztjährigen Haushaltsvoranschlag bekamen, sagte: „Die Zahlen brauchen Sie nicht tragisch zu nehmen; es kann kein Mensch voraussagen, wie das alles kommt.“ Da steht in dem Voranschlage, daß das Gaswerk sehr wahrscheinlich mit einem Fehlbetrage von 126 000 Mark abschließen werde. Tatsächlich ist ein buchmäßiger Überschuß von 2 800 000 Mark herausgekommen. Dazu der mit eingeschloßte Fehlbetrag gerechnet, ergibt, daß fast 3 Millionen Mark übergewirtschaftet sind. So sieht die Sache in der rauhen Wirklichkeit aus. Wenn wir auch zugeben wollen, daß in der Äußerung des Betriebsamts die Angaben

gaben

gaben , soweit sie Produktion von Gas und Koks anbelangen, annähernd stimmen, so sind wir doch der Meinung, daß die Pfuscherei losgeht, wo es sich um Nebenprodukte handelt. Es wird gesagt, es werden 15000 Tonnen Koks verkauft werden können. Wie ich unter Zuhilfenahme technischer Handbücher diese Sache nachgeprüft habe, so kann das stimmen, wenngleich ich der Meinung bin, daß wir 8% einsparen, weil wir Generatoren haben und der eigene Verbrauch bei der Koksfeuerung nicht so besonders groß ist. Aber wir wollen das gelten lassen und annehmen, daß 15 000 Tonnen Koks verkauft werden. Nun steht in der Äußerung des Betriebsamts eine Redewendung, die mich stutzig gemacht hat. Es heißt da, daß man mit den Preisen für die Nebenprodukte, namentlich auch mit den Kokspreisen nicht zu hoch gehen dürfe, die Kokspreise müßten niedrig gehalten werden, sonst würden wir den Koks nicht los. So steht es dem Sinne nach da, und wie ist es in Wirklichkeit? Die Leute aus unserer Stadt stellen sich

sich schon morgens um 3 - 1/2 4 Uhr auf und warten 6 - 8 Stunden, um Koks zu erhalten, aber mit leeren Wagen müssen sie wieder begfahren. Daran können Sie ermessen, was daran wahr ist, wenn man bange ist, keinen Koks absetzen zu können, wenn man die Auswertung unserer Kohsprodukte zu dem angegebenen Preise vornehmen würde. Es ist zu bedenken, daß für Zechenkoks heute ein Preis von 75 Mark gesetzt wird und daß ein Zentner Buchenholz mit 43 Mark bezahlt wird. Da können wir nicht sagen, daß ein Preis von 27 - 30 Mark für den städtischen Gaskoks zu viel wäre, sondern er vertrüge ohne weiteres noch eine Spannung nach oben. (Stadt v. Dr. Jasper: Hört, hört!) Dies hört, hört! wischt das nicht aus. Man will uns nur die Augen verklettern. Es wird geflissentlich versucht, die Einnahmen hier auf dem Papier herunter zu drücken und die Ausgaben höher erscheinen zu lassen, um einen unerhörten Gaspreis zu rechtfertigen. Sie wollen mir doch nicht erzählen, daß, wo die Preise für Feuerung steigen, die

Stadt

Stadt nicht bald kommen wird und sagen: „Diese Feuerung kostet an anderen Stellen 75 - 80 Mark pro Zentner, wir sind jetzt gezwungen 40 Mark zu nehmen.“

Der städtische Koks wird den Leuten unter der Hand weggerissen, und daran können wir erkennen, was daran ist, wenn es heißt: Wir wollen den Preis für Koks nicht so hoch einsetzen. Ich möchte noch weiter hinweisen auf die Mißstände, die sich beim Koksverkauf zeigen. Es ist ein spektakelmäßiger Betrieb, daß zugegeben wird, daß den Beamten und Arbeitern die Möglichkeit, Koks zu bekommen, genommen wird, indem gewissenlose Aufkäufer den Leuten die Kokskarten abkaufen und mit 10-20 Zentnern Koks vom Hofe herunterfahren, während die Arbeiterfrauen, die 6-8 Stunden dort ausgeharrt haben, mit ihren leeren Wagen nach Hause fahren. Das nur nebenbei.

Ich sagte vorhin schon, die Dunkelmännermanier gehe bei den Nebenprodukten an. In der Äußerung des Betriebsamts heißt es, daß 3 - 4% Teerprodukte gewonnen würden. Ich habe mich darnach umgesehen im Joly
wie

wie in Brackhaus, und da steht 5-6%. Ich nehme an, daß die Anlagen modern genug sind, daß diese Auswertung ohne weiteres auch bei uns vor sich gehen kann, und dann werden wir ganz andere Einnahmen aus diesen Nebenprodukten zu verzeichnen haben. Über das Ammoniak äußert sich das Betriebsamt sehr vorsichtig und gibt gar keine Zahlen. Nach dem technischen Handbuche von Joly ergibt sich eine Ausbeute von 0,7 bis 1,05%; ich habe bei meiner Berechnung 0,8% Ammoniak zugrunde gelegt. Nach dem Betriebsamt sind die Einnahmen aus Nebenprodukten sehr minimal, daß sie nicht ins Gewicht fallen. Ich werde eine Aufrechnung bringen, nach der sich ergibt, daß es sehr erhebliche Einnahmen sind.

Daß man bei Berechnung des Preiswändlers von verkehrten Voraussetzungen ausgegangen ist, indem man angenommen hat, ein Preis von 2,10 Mark stimme, darauf hat schon Herr Stegmann hingewiesen. Er ist um 14 % zu hoch, und wenn man bedenkt, daß man 8,8 Millionen obm Gas produziert, wovon das obm um 14 % zu teuer figuriert, so kann dabei schon ein schöner Batzen . Geld

Geld herauspringen, es werden ganz erkleckliche Summen.

Vor allen Dingen möchte ich durch ^{meine} ~~ihre~~ Ausführungen bewirken, daß der Preiswandler von 3 M als absolut zu hoch anerkannt wird und mindestens ein solcher von 3,50 M von uns festgesetzt wird. Ich habe hier zu dem Zweck eine Einnahmen -und Ausgabenrechnung vorgenommen:

Nach den Angaben des Gaswerks geben 15 000 t oder 300 000 Zentner Koks, der Zentner zu 34 Mark gerechnet, eine Einnahme von 10 200 000 Mark
8,8 cbm Gas, a 2,45 M 21 560 000 "
aus 100 kg Kohlen werden 5 kg Teer gewonnen, 27 000 Tonnen Kohlen (=27 Millionen kg) geben 1 350 000 kg Teer, und hieraus wird Erlöst, wenn man nur einen Preis von 3 M zugrunde legt (ich weiß, daß 400 M für 100 kg bezahlt werden) 4 050 000 "

Bei dem Ammoniak liegt die Sache ähnlich. Aus 100 cbm Leuchtgas erhält man
durch-

durchschnittlich 0,87 Ammoniak, aus 8,8 Millionen cbm also 704 000 kg, und das zu 6 M gerechnet (100 kg kosten in Wirklichkeit jetzt 660 M)

das sind 4 225 000 Mark.

Als Ergebnis kommt insgesamt eine

Einnahme von 40 034 000 ".

Es wäre noch eine ganze Reihe von kleinen Nebenprodukten zu verzeichnen, die aber bei dieser allgemeinen Berechnung ausscheiden können.

Nun die Ausgabe.

Wenn man für die 27 000 Tonnen Kohlen einen Preis von 766 Mark für die Tonne einsetzt, so ergibt sich eine Ausgabe von 20 700 000 Mark.

Die Löhne haben nach dem Voranschlag des Vorjahres 1 Million Mark ergeben, und wenn ich den Betrag verdreifache, so komme ich auf 3 000 000 "

Die Gehälter waren für 1921/22 mit 650 000 M eingesetzt, davon das dreifache ergibt 1 950 000 "

rechne

Rechne ich hierzu noch die Positionen III - XXVI aus dem Voranschlage doppelt so hoch wie angegeben und die Positionen XXVII - XXX dreifach, so ergibt sich insgesamt eine Ausgabe von 29 722 000 Mark.

Es würde also das Gaswerk bei einem Preiswandler von 3 Mark und einem Gaspreis von 2,45 Mark mit 10 Millionen Mark Mehreinnahme als Ausgabe reüssieren.

Wenn wir die schwierige Berechnung des Betriebsamtes nachdem Preiswandler außer Acht lassen und allein mit dem Betrage des Preiswandlers in die Preiszahl für die Kohlen dividieren - ich habe mit 3 Mark dividiert und einen Gaspreis von 2,55 Mark heraus bekommen, nicht, wie die Äußerung des Betriebswerks sagt, von 2,45 Mark - so wäre das ein vereinfachtes Verfahren und für das Publikum übersichtlich. Man erhält dann bei einem Preiswandler von 3,50 Mark einen Gaspreis von 2,20 Mark und müßte

dann

dann von diesem Überschuß von 10 Millionen Mark 2,2 Millionen Mark absetzen, sodaß noch reichlich 7 1/2 Millionen Mark übrig bleiben. Auch bei 4 Mark Preiswandler würde der Gaspreis mit 1,90 Mark noch hoch genug sein, indem von den 10 Millionen Überschuß 4,8 Millionen abzuziehen sein würden und somit immer noch ein Überschuß von jährlich 5 Millionen Mark übrig bleibt. Meine Parteifreunde halten das ~~denn~~ auch für ausreichend. Um aber nicht die Annahme durch eine höhere Forderung zu gefährden, möchte ich empfehlen, daß wir einen Preiswandler von 3,50 M annehmen. Er wird durchaus genügen, der Überschuß von 7 1/2 Millionen wird allen hoch genug erscheinen und wir werden sehen, daß der Rat bei der Sache ein sehr gutes Geschäft machen wird. Ich möchte mit meinem Antrage verhüten, daß ein winziger Bruchteil der Bevölkerung, nämlich die Gaskonsumenten, Mittel

aufbringen

aufbringen sollen, die zur Balancierung der finanziellen Verhältnisse unserer Stadt erforderlich sind. Ich bitte Sie alle, unsern Anträge zuzustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich möchte der Behauptung des Herrn Stadtverordneten Regener entschieden entgegentreten, daß der in Rede stehende stellvertretende Betriebsleiter der Gaswerke in seinen Aufstellungen absichtlich die Einnahme verschleiert oder falsch dargestellt hat, Das ist ein Vorwurf, wie er schwerer gegen einen Beamten von einem Stadtverordneten kaum erhoben werden kann. Bisher hat der Beamte nicht gezeigt, daß er in dieser ~~absichtlich~~ dolosen oder fahrlässigen Weise in seinem Dienste vorgeht. Wenn der Beamte allein uns seine Ansicht vorträge, möchte es noch möglich sein, daß jemand auf eine solche Idee kommt wie Herr Regener, aber ich bitte zu beachten, daß er diese ganze Sache der Verwaltungsdeputation vorgetragen hat und diese keine Einwendungen dagegen erhoben hat. Wenn diese Vorwürfe den Stadtbaumeister Kellner treffen, dann würden sie auch die Deputation treffen.

Ich

Ich möchte auch der Redeweise entgegentreten, daß der Rat bei dieser Sache ein Geschäft macht. Ich verstehe diese Art des Ausdrucks nicht. Kommt es Ihnen darauf an, nachzuweisen, daß der Rat keine Geschäfte machen darf? Der Rat hat nur dasselbe Interesse an dem allgemeinen Wohl wie Sie, wir arbeiten doch zusammen. Uns kann es schließlich einerlei sein, wenn Sie die Verantwortung übernehmen wollen, Herr Regener, daß die Werke kaputt gehen – bei dem Wasserwerk haben wir ein Defizit schon gehabt.

Auf die Einzelheiten einzugehen, hat keinen Zweck. Ich habe schon erklärt: Es handelt sich um die Preisbemessung unter Zugrundelegung eines Preiswändlers oder darum, daß wir bei den bisherigen Verkauf bleiben. Sollte das letztere geschehen, dann müssen Sie eins ohne weiteres anerkennen: Es ist für ein solch großes Werk, wie es unser Gaswerk ist,

schlechterdings

schlechterdings unmöglich, sondern oft im Laufe
des Jahres Ihnen genaue Teilbilanzen aufzustellen,
besonders wenn die Kohlenpreise so ^{schnell} steigen wie jetzt.
Wir würden immer darauf angewiesen sein, am Schlusse
des Jahres zu prüfen, wie das Werk im Vorjahre ge-
wirtschaftet hat und müßten darnach unsere Maßnahmen
treffen. Wohin das führt, wenn wir solche Zustände
haben, wie augenblicklich im Deutschen Reiche herr-
schen, das brauche ich wohl nicht näher auseinander
zu setzen. Was für einen Zweck hat es, wenn Herr
Stadtverordneter Regener uns wieder das Märchen vor-
führt, bei dem Gaswerk wären 2 497 000 Mark verdient.
Wir haben Ihnen bereits klipp und klar nachgewiesen
und Sie haben das anerkannt, daß das nicht wahr ist.
Wenn wir 2 Millionen Mark zurückgestellt haben, so
bin ich überzeugt, daß das ein mäßiger Betrag ist ge-
genüber den Aufgaben, die uns beim Umbau des Gaswer-
kes bevorstehen. Wie lange wird es dauern, dann können
wir

wir das Gaswerk an seiner jetzigen Stelle nicht mehr halten. Es ist rings umbaut; kommen Sie heraus, dann merken Sie, wie schlecht die Luft dort ist. Sobald wir den Hafen bekommen, wäre es geradezu töricht, das Werk nicht an den Hafen zu bauen, denn nichts ist für ein solches Werk günstiger, als wenn die Kohlen aus dem Kahn sofort in das Werk geschafft werden können. Daß wir da Rückstellungen vornehmen müssen, ist selbstverständlich. Herr Regener hat den Kassenabschluß mit der Bilanz verwechselt. Wenn wir uns darüber streiten wollen, dann hat es keinen Zweck, uns mit den vorgebrachten Zahlen abzulagen. Ich möchte Sie bitten, dem Antrage des Rats und des Finanzausschusses zuzustimmen.

Stadt v. M a r t h: Herr Kollege Regener hat mit vielen Zahlen hier operiert. Dazu möchte ich eins bemerken: Es wäre mir lieb, wenn Herr Regener mit in der Verwaltungsdeputation des Gaswerks wäre und Sie durch seine Kenntnisse unterstützt hätte. Den Vorwurf, daß die Deputation nicht alles eingehend geprüft hätte, was von dem Betriebsamt vorgebracht ist, muß ich zurückweisen, denn in der Deputation sind alle Möglichkeiten, die uns zu Gebote standen, vorgenommen, und wir haben gesucht, das Beste für die Allgemeinheit herauszuholen. Es tut mir leid, daß die Deputationsmitglieder nicht so sachverständig sind, um Herrn Regener bei Vorbringung dieser Zahlen sofort folgen zu können, aber die Frage des Kokspreises muß ich doch noch einmal ansprechen. Herr Regener meinte, daß der Koks bedeutend mehr für die Finanzen des Gaswerks ausgenutzt werden könnte. Die Deputation dagegen hat auf dem Standpunkt gestanden.

gestanden, den Koks den kleinen Leuten unbedingt zu den niedrigsten Preisen zu belassen, und wenn heute der Kokspreis auf 27 - 30 Mark steht, so ist das ein Beweis dafür, daß er so niedrig gehalten ist, um den kleinen Leuten die Möglichkeit zu geben, ihn kaufen zu können, denn sonst Kohlen zu kaufen, sind die Minderbemittelten bei den hohen Preisen nicht imstande. Herr Regener meinte, die Kokspreise verträgen noch eine Erhöhung. Wenn es dazu kommen sollte, dann können sich die kleinen Leute bei Herrn Regener bedanken, daß er durch diese Worte für eine Erhöhung der Kokspreise gesorgt hat.

(Widerspruch und Unruhe.) Herr Regener weist diesen Vorwurf zurück, aber er hat hier darauf hingewiesen, daß die Kokspreise besser ausgebaut werden müßten. Das muß ich als unzweckmäßig bekämpfen. Die Kokspreise müssen niedrig gehalten

werden

werden, um die Interessen der kleinen Leute
zu wahren.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich verstehe nicht, wie Herr Marth diese Gelegenheit benutzen kann, um einen solchen Vorstoß gegen Herrn Regener zu machen, denn Herr Marth wird wohl verstanden haben, was Herr Regener gemeint hat. Er hat gesagt: Wenn die Vorlage unter Dach und Fach ist, würde zweifellos eine Verteuerung des Kokes eintreten. Auch ich habe im Finanzausschuß ausgeführt, daß der Preis für den Koks niedrig ist, aber ich wünsche doch nicht, daß eine Steigerung des Kokspreises eintritt oder daß er gar so in die Höhe getrieben würde, daß Preise wie bei den Kohlenhändlern bezahlt werden müssen. Das ist mein Standpunkt gerade deshalb, weil die kleinen Leute darauf angewiesen sind,, Koks vom Gaswerk zu holen, denn das Geld für Kohlen und Koks vom Kohlenhändler können sie nicht erschwingen. Und das ist auch der Standpunkt meiner Partei. Wenn Herr Marth es so darstellt, daß die ganze unabhängige

Fraktion

Fraktion eine Preistreiberei zu Ungunsten der kleinen Leute vornehmen wolle, so ist das falsch. (Zuruf: Absicht!) Es ist vollständig deplaciert mit solchen unlauteren Mitteln gegen unsere Fraktion zu kämpfen. (Unruhe und Zwischenrufe.)

Stadtv. R e g e n e r : Es schmeckt nach Demagogie, wenn Herr Marth sagt, daß ich dazu beitragen wolle, den Kokspreis hinaufzutreiben, wo doch die kleinen Leute diesen Koks so nötig hätten. Sie wollen nur verdecken, daß Sie diesen Raubzug auf die Gaskonsumenten mitmachen, und deshalb schreien Sie : Haltet den Dieb ! Sie werden gehört haben, wie ich gesagt habe, daß der Preis für Zechenkoks 75 M beträgt, und daß ich bei meiner Berechnung als Kokspreis 34 M angenommen habe. Wie können Sie da sagen, daß ich den Koks für die kleinen Leute verteuern will, wenn Worte noch Sinn haben und Sie nicht begriffstutzig sind. (Unruhe und Heiterkeit). Ich stelle fest, daß ich eine Spannung von 2 M gegenüber den jetzigen Preisen in meiner Rechnung zugrundegelegt habe, und daß ich dabei die Befürchtung ausgesprochen habe, daß wenn der Rat die Sache erst unter Dach und Fach hat, eine Erhöhung der Kokspreise ohne weiteres eintreten wird.

V o r s i t z e n d e r : Über Punkt 1 des Ratsantrages ist eine Klärung schon erzielt durch die Abstimmung über den Antrag Stegmann. Gleichwohl lasse ich doch noch über diesen Punkt abstimmen.

Punkt 1 wird von der Versammlung dem Antrage des Finanzausschusses gemäß angenommen. (1.8.17)

V o r s i t z e n d e r : (verliest Punkt 2.)

Hinzuzufügen ist : „Diese Änderung tritt sofort in Kraft.“ Darüber können wir wohl gleich mit abstimmen.

Auch Punkt 2 mit dem Zusatze wird von der Versammlung angenommen.

2. Anfrage Regener, betreffend die Abfertigung
der Wohnungsuchenden im städtischen Wohnungsamt.

Wortlaut der Anfrage : Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß über die Abfertigung der Wohnungsuchenden seitens eines Teiles der im hiesigen Wohnungsamt beschäftigten Beamten lebhaftere Klagen geführt werden, demnach der Verkehr der Beamten mit dem Publikum sehr zu wünschen übrig läßt und viele Beschwerden diesbezüglich eingegangen sein sollen ?

Ist ferner dem Rat der Stadt bekannt, daß ein großer Prozentsatz der hiesigen Einwohner seit Jahren in die Dringlichkeitsliste eingetragen sein soll , ohne daß ihnen trotz nachgewiesener Dringlichkeit eine Wohnung nachgewiesen wurde ?

Ferner, daß seitens der in Frage kommenden Beamten eine große Bevorzugung einzelner Personen und Familien erfolgt sein soll ?

Stadtv. R e g e n e r (zur Begründung) :

Sehr

Sehr geehrte Versammlung ! Seit geraumer Zeit
mehren sich die Beschwerden über das Wohnungsamt.
Eine Unmenge von Menschen kommen zu uns gelaufen
und klagen uns ihre Not, daß sie entweder seit Jahr
und Tag ihre Stiefelschlen nach dem städtischen
Wohnungsamt ablaufen oder daß sie von den Beamten
nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt würden.
Ich bin weit davon entfernt, den Beamten im Woh-
nungsamt eo ipso einen Vorwurf zu machen, denn
ich weiß, daß diese Beamten im Verkehr stehen mit
einem Publikum, das durch die ganze Misère der
Wohnungsverhältnisse verbittert und verärgert ist,
das monate- und jahrelang diesen Weg mit automaten-
hafter Präzision unternimmt und zuletzt den Beam-
ten gereizt gegenübertritt, sodaß es nicht immer
leicht ist, mit diesem Publikum zu verkehren. Aber
ich spreche deshalb hier so laut, daß es die
Beamten im Wohnungsamt auch hören können. Einer
Anzahl der Herren wäre dringend zu empfehlen, daß
sie zu ihrer rauhbeinigen Behandlungsweise des
Publikums

Publikums nicht auch noch Spott und Ironie hinzuzufügen und ^{nicht} die Leute unnötig zu reizen brauchen. Wenn ein Mensch sich darüber beschwert, daß er mit 3 Kindern in einer schrägen Dachkammer hausen muß, daß sie da waschen, schlafen und kochen müssen, und der Beamte fragt dann noch ironisch : „Haben Sie auch noch abvermietet“, dann ist es verständlich, daß die Leute eine „obsternatsche“ Haltung annehmen, weil sie sich ärgern, von dem Manne noch verhohnepipelt zu werden. Ich treffe immer wieder Leute, die mit Mißtrauen die Kartothek betrachten, die im Wohnungsamt eingerichtet ist. Es müßte unbedingt verlangt werden, daß diese Leute der Dringlichkeit nach in Listen eingetragen werden, woraus zu **ersehen** ist, wann sie an ~~die~~ der Reihe sind. Bei der Kartothek haben die Leute das Mißtrauen, daß eine Verwechslung bezüglich der Reihenfolge vorkommen könnte. Ich sage, die Leute denken das, damit nicht die ganze Meute über mich herstürzt und ruft : „Regener hat das gesagt!“

Weiter

Weiter möchte ich fragen, ob der Rat der Stadt die Anweisung an das Wohnungsamt gegeben hat, daß Leute unter 25 Jahren - sogar von 28 Jahren - bei der Zuweisung einer eigenen Wohnung nicht berücksichtigt werden könnten. Derartiges ist den Leuten vom Wohnungsamt gesagt : Sie können nicht berücksichtigt werden, Sie sind noch keine 25 oder 28 Jahre alt.

Wenn ich über die Beamten klagte, so habe ich die Geschichte am eigenen Leibe erfahren. Als ich im Wohnungsamt noch nicht bekannt war und einmal in die Tür hereingetreten bin, bellt mich einer der Beamten an : „Draußen bleiben, einzeln eintreten !“ Ich habe darauf geantwortet, daß ich doch nicht in drei Enden eingetreten sei, sondern einzeln eingetreten bin, worauf der Beamte „heraus“ ruft und mich buchstäblich an die Schulter nimmt, um mich zu entfernen. - „Ist denn Herr Soundso nicht hier?“ Der sagt : „ Das ist ja der Stadtverordnete Regener, der mich in einer Betriebsratsangelegenheit zu sprechen

sprechen wünscht!" Und erst da haben die Leute mit ihrem Widerstreben nachgelassen. Ein ähnliches Erlebnis hat Herr Stadtrat Pinnow gehabt.

Wenn man auf der einen Seite sagt : „ Die Wohnungsnot ist so groß, daß man nicht allen vorgebrachten Wünschen Rechnung tragen kann“, und wenn man vom Ratstische aus die Erklärung hört, daß das einzige Radikalmittel, was den Klagen über die Flugplatzwohnungen abhelfen kann, das ist, daß man die Flugplatzbaracken abbricht, dann möchte ich dringend raten, daß in der Beschlagnahme von Wohnungen etwas kräftiger zugefaßt wird als bisher. Und wenn bei der Beschlagnahme mit einigem Erfolg zugegriffen ist, dann bitte ich, daß dann die dabei erlangte Mansardenwohnung so schnell wie möglich ausgebaut wird. Es sind seit Jahr und Tag Wohnungen beschlagnahmt, wo nichts unternommen wird, die neue Wohnung wohnlich herzurichten. Wir haben die Fixigkeit bei der Beschaffung der Beleuchtungs-

körper

körper für das Wohngebiet an der Korfesstraße kennen gelernt, das hat 5 Monate gedauert. Wieviel Zeit muß da nötig sein, bis 2 oder 3 Lucarden eingebaut werden - das dauert vielleicht 5 Jahre. Ich möchte bitten, daß etwas Dampf dahinter gesetzt wird.

Nun könnte ich eine Reihe persönlicher Klagen unter Anführung des Namens vorbringen, in denen die Leute sagen : Ich stehe seit 2 Jahren in der Dringlichkeitsliste, habe mehrere Kinder und bekomme keine Wohnung, während andere, die seit dem Jahre 1921 verheiratet sind, eine Wohnung erhalten haben. So etwas muß erbitternd wirken. Schon wenn man die Karte sieht, die die Leute vom Wohnungsamt bekommen, dann weiß man, wie schlimm es mit dem Leidwesen eines solchen Wohnungsuchenden beschaffen ist. Es heißt darin, daß nach Prüfung des Antrages das Gesuch als berechtigt anerkannt ist, und sobald sich die Möglichkeit für die Zuweisung

einer

einer Wohnung finde, bekomme der Antragsteller schriftliche Mitteilung. Weiter wird er dringend ersucht, bis zu diesem Zeitpunkt von einem Besuche des Wohnungsamtes Abstand zu nehmen. Auf Hochdeutsch heißt das : „Wir haben das Gesuch aufgeschrieben, nun kommen aber so bald nicht wieder.“ Tatsächlich warten dann die Leute 1 - 2 Jahre und werden nicht berücksichtigt. Eine ganze Reihe von Fällen kenne ich, wo ärztliche Atteste über lungenkranke Personen vorliegen, die mit Frau und Kindern zusammengepfercht in einer ganz kleinen Wohnung hausen. Ich weiß, daß 7 Personen in einem einzigen Raume wohnen, schlafen, kochen und waschen mußten, und erst in jüngster Zeit ist es möglich gewesen, ihnen zwei Zimmer und Küche zuzuweisen. Alle diese Mißstände zwingen uns dazu, dies einmal zum Gegenstand einer Besprechung in der Stadtverordnetenversammlung zu machen, damit der Rat sich äußert, in welcher Art er Schritte zu unternehmen

ge=

- 69a -

gedenkt, damit dieser Wohnungsmisère so schnell wie möglich abgeholfen wird.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Was von Herrn Stadtverordneten Regener vorgebracht ist, das sind außerordentlich schwer zu lösende Fragen, und wir alle, die wir uns seit längerer Zeit wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt haben, wissen, daß die Verhältnisse im Wohnungswesen außerordentlich traurig sind. Die Wahrheit dieses Wortes erleben wir im Wohnungsamt tagtäglich, und auch dem wird es klar, der jeden Tag diese Unmenge Menschen vor dem Zimmer des Wohnungsamtes stehen sieht. Dabei ist es selbstverständlich, daß außerordentlich viele Beschwerden über die Behandlung kommen, die einzelne im Wohnungsamt erfahren haben wollen. Jeder hält, wie man dies nicht anders erwarten kann, seine Angelegenheit für die allerdringlichste, und wenn er nicht in erster Linie berücksichtigt wird, fühlt er sich benachteiligt. Das nimmt man dem Einzelnen nicht übel und die Beamten im Wohnungsamt sind schon daran gewöhnt. Aber wenn derartigen Beschwerden nachgegangen wird, dann hat sich in der Regel herausgestellt, daß sie zum größten

ten

ten Teil erheblich aufgebauscht sind. Wenn Sie die vielen Leute morgens vor dem Büro des Wohnungsamtes sehen, dann werden Sie beurteilen können, welche Zeit dazu gehören würde, wenn man mit jedem einzelnen in ein halb-oder viertelstündiges Gespräch ^{sich} einlassen wollte, denn jeder einzelne will seine Not natürlich ausgiebig vortragen. Aber so liebevoll, wie man wohl möchte, jede Sache zu behandeln, ist nicht möglich. Es ist die Angelegenheit auch in der letzten Wohnungsausschußsitzung zur Sprache gebracht und dabei anerkannt, daß die Beamten im Wohnungsamt auch in dieser Beziehung ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Das schließt nicht aus, daß hier oder da ein hartes oder ungehöriges Wort fällt. Wenn etwas dergartiges vorgefallen ist, was Herr Regener erwähnt hat, so muß das als ungehörig bezeichnet werden, aber im allgemeinen haben die Herren des Wohnungsausschusses durchaus anerkannt, daß die Beamten des Wohnungsamtes ernsthaft bemüht sind, das Publikum in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Leider

Leider ist die Anzahl der Wohnungsuchenden, auch derjenigen, die auf der Dringlichkeitsliste stehen - 800 - 1000 - so groß, daß es nicht möglich ist, sofort oder in mehreren Jahren die Leute zu befriedigen. Was vor 1 1/2 - 2 Jahren als außerordentlich dringlich angesehen wurde, gilt heute schon als weniger dringlich. Bei der Auswahl derjenigen, die in erster Linie eine Wohnung bekommen sollen, muß man außerordentlich vorsichtig sein. Man kann nicht etwa - und Herr Regener wünscht das selber nicht - nach einem Schema gehen, indem man sagt: „Wer zuerst angeschrieben ist, kommt zuerst,“ sondern es muß so gehandelt werden, daß derjenige zuerst berücksichtigt wird, bei dem der Fall am dringlichsten liegt. Es ist als ein Mangel zu bezeichnen, daß die Beurteilung der Frage, wer eine freigewordene Wohnung bekommen soll, in die Hand des einzelnen Beamten gelegt ist - die Herren, die dem Wohnungsausschuß angehören, werden das bestätigen - und es ist im Wohnungsausschuß schon wiederholt, wohl ein halb Dutzend mal von mir der Antrag

trag

trag gestellt, die Zuteilung möge von Mitgliedern des Wohnungsausschusses oder von Stadtverordneten kontrolliert werden, ^{von Herrn die} ~~indem sich Herren~~ bereit finden, jede Woche zwei- oder dreimal sich zum Wohnungsamt zu ~~benützen~~ und die Zuteilung der Wohnungen seitens der Beamten zu kontrollieren. Leider habe ich keinen Herren gefunden, der dieses dornenvolle Amt übernehmen wollte. ~~Herausgeschmissen würden Sie dort nicht, und mit dem Publikum kämen sie kaum in Berührung. Allerdings ist zu befürchten, daß der betreffende Herr außerordentlich bestürzt werden würde, nicht nur im Rathause, sondern auch in seiner Privatwohnung; es könnten sich, ähnlich wie vor dem Wohnungsamt im Rathause, auch Schlangen von Wohnungsbewerbern vor seiner Behausung bilden. Ich weiß nicht, ob das der Grund ist, warum sich keiner für dieses Amt gemeldet hat, aber ich würde außerordentlich dankbar sein, wenn sich aus der Mitte der Herren jemand bereit finden ließe, die Beamten des Wohnungsamtes in dieser Weise zu unterstützen und sich morgen oder an einem der nächsten Tage sich zu diesem Zwecke bei mir einfinden würde.~~

würde. Ich würde dann dem Wohnungsausschuß in der nächsten Sitzung den Vorschlag machen, daß unter ihrer Mitwirkung und Kontrolle die Zuteilung der Wohnungen besorgt würde. Ich kann hinzufügen, daß auch die Beamten des Wohnungsamtes dies gewünscht haben, denn sie wissen, daß ihre Aufgabe außerordentlich kitzlich ist und von allen Seiten kritisiert wird. Die Herren dort sind zweifellos bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Schuldigkeit zu tun. Sollte hier und da Unregelmäßigkeiten vorkommen, so würde ich dankbar sein, Herr Regener, wenn Sie mir das Material dieser einzelnen Fälle zur Verfügung stellen würden.

Im einzelnen ist von Herrn Regener gefragt worden, ob vom Wohnungsausschuß eine Anweisung gegeben wäre, daß Verheiratete eine Wohnung nur dann bekommen dürfen, die mindestens das 25. Lebensjahr erreicht hätten. Ich weiß nicht, ob sich das auf das Männlein oder Weiblein beziehen soll. Aber das ist gleichgültig, denn eine derartige Anordnung ist nicht getroffen, und eine derartige Schematisierung würde auch nicht zweck-

zweckmäßig sein. Es wird jeder Fall sorgfältig untersucht.

Daß Herr Stadtverordneter Regener vom Wohnungsamt nicht ~~subtil~~ individuell genug behandelt sein sollte, dafür kann ich nicht. Wenn er sich gleich als Stadtverordneter legitimiert hätte, so hätte er vielleicht ein besonderes Entgegenkommen gefunden. Im übrigen müssen wir das, was draußen an der Tür steht respektieren. Es geht nicht, daß 50 Personen auf einmal in das Zimmer treten und gleichzeitig zu reden anfangen.

Schließlich hat Herr Regener noch empfohlen, es möchte die Wohnungsbeschlagnahme etwas flotter von staten gehen. Es ist schade, daß Sie, Herr Regener, nicht einer Beschlagnahmekommission angehören, denn sonst würden Sie wissen, daß diese Kommissionen immer noch unterwegs und hier und da mit guter Beute heimkehren. Allerdings muß ich sagen: Je länger diese Zeiten dauern, um so schwieriger sind die Objekte und um so seltener große Wohnungen ausfindig zu machen, bei denen

denen Beschlagnahmen stattfinden können. Aber die Herrschaften haben ja damit zu rechnen, daß Ihnen in kürzerer Zeit eine Vorlage über Wohnungsluxussteuer zugehen wird, und Sie wissen, daß diese nicht in erster Linie dazu dienen soll, Geld zu beschaffen, sondern die Familien zu veranlassen, überschüssigen Wohnraum zur selbständigen Vermietung zur Verfügung zu stellen.

Schließlich brachte Herr Regener noch die Sprache auf einen besseren Ausbau der Dachwohnungen. Herr Regener, im Wohnungsausschuß behandeln wir regelmäßig Dutzende von derartigen Anträgen des Wohnungsamts, bei denen Zuschüsse gewährt werden sollen für den Ausbau von Dachwohnungen. Gerade diesen Ausbau der Dachwohnungen haben wir im allergrößten Maßstabe betrieben und damit außerordentlich große Erfolge erzielt. Wir haben dadurch ~~vielmehr~~ ^{viel mehr} Wohnungen geschaffen als durch den Neubau. ~~von solchen~~. Das Wohnungsamt und der Wohnungsausschuß legen den allergrößten Wert auf solche Ausbauten, und das Staatsministerium hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, erhebliche

che

che Zuschüsse für diesen Zweck bereit zu stellen.
Der Wohnungsausschuß hat sich grundsätzlich bereit
erklärt, die Hälfte der Baukosten, die durch den Aus-
bau von Dachwohnungen entstehen, à fonds perdu zu er-
setzen. Wie ich ausgeführt habe, haben wir auf diesem
Wege gute Erfolge erzielt und wir werden nicht nach-
lassen, auf diesem Wege fortzufahren.

Stadtv. S t e g m a n n beantragt Besprechung
der Anfrage. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Stadtv. M a a ß: Den schwersten Gang, den unsere Mitbürger zu machen haben, sind sie zu gehen gezwungen, wenn sie nach dem Wohnungsamte müssen; das ist mir aus manchen Mitteilungen bekannt geworden, und als ein ganz krasser Fall ist mir der aufgefallen, wo der Beamte, der die Abfertigung vorgenommen hat, tatsächlich zu dem Bewerber, der mit 22 Jahren geheiratet hat, gesagt hat: Sie sind noch keine 25 Jahre, Sie haben noch kein Anrecht auf eine Wohnung. Ich möchte die verehrten Anwesenden fragen - wir haben ja nun schon über ein Jahr lang hier in der Stadtverordnetenversammlung zusammen getagt - ob Ihnen ein derartiger Beschluß bekannt ist. Durch die Antwort des Herrn Stadtbaurat ist die Frage ja schon dahin entschieden, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden ist. Kann man es da verstehen, daß der Beamte sich solche eine Antwort erlaubt? Geschieht das, dann kommen natürlich Auseinandersetzungen, die besser unterblieben.

Mit der Wohnungsbeschlagnahme geht es tatsäch-

lich

lich nicht so ganz einwandfrei, wie es zu wünschen wäre. Ich weiß von dem Falle des Herrn Brauerei-Direktor Dr. Wolters, des hier sehr bekannten früheren Stadtverordneten-Vorsteher^s/der als ein alter Junggeselle eine Wohnung von 10 - 12 Zimmern inne hat. Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, diesen Herrn bei der Wohnungsbeschlagnahme zu verschonen; ich habe schon Fühler ausgestreckt, aber genaues nicht erfahren können. Es wohnt dort wohl noch ein Portier, aber sonst hat der Herr die ganze Wohnung allein inne und keine Wohnungskommission ist da gewesen. Wenn diese Kommissionen so wirken, daß der Herr verschont wird, weil er Stadtverordnetenvorsteher gewesen ist, dann müßte man herbe Kritik an der Wohnungsbeschlagnahme üben. Es ist ferner zu bemängeln, daß für die Dringlichkeitsfälle keine Grenze angegeben ist. Wie weit gehen diese Dringlichkeitsfälle? Wenn 9 Personen in einem Zimmer wohnen müssen, liegt da noch

keine

keine Dringlichkeit vor ? Ich bitte, daß für solche Fälle, wo Dringlichkeit angenommen werden muß, eine Grenze angegeben wird.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! Ich verkenne die Schwierigkeiten für das Wohnungsamt, Wohnungen zu beschaffen, durchaus nicht, und es ist auch nicht meine Absicht, den Beamten irgendwie zu nahe zu treten. Trotzdem muß ich sagen: Wenn einem manche Fälle mitgeteilt werden und man ihnen auf den Grund geht, so scheint dort im Wohnungsamt nicht alles mit rechten Dingen zuzugehen. Es liegen mir zwei Fälle vor, die ich zur Sprache bringen möchte, und zwar deshalb, weil ich mich deswegen persönlich beim Wohnungsamt bemüht habe und Abhilfe noch nicht geschehen ist. Zunächst handelt es sich um einen Flüchtling aus Schlesien, der mit seiner Frau im Pflegehause untergebracht war und der darum ersuchte, möglichst schnell aus dem Pflegehause herauszukommen. Es war nicht möglich, das durch das Wohnungsamt zu erreichen, obgleich er seit einem Jahre in der Dringlichkeitsliste eingetragen ist. Auf privatem Wege ist es dann

dann gelungen, daß ihm der Wirt der „Stadt ^{Lüneburg} ~~Lübeck~~“ ein sogenanntes Fremdenzimmer eingeräumt hat. Der Mann arbeitet in der Stadtmühle, hat allerdings deshalb nicht mehr Recht wie jeder andere. Aber die Familie mit ~~4~~ Kindern hat nur ein Zimmer von vielleicht 3 m Länge und 2,20 m Breite, wie sie in den alten Häusern zu finden sind. In dieser Bude haust, kocht, wäscht und schläft die ganze Familie. Das ist der einzige Raum; es gehört weder Keller noch Holz-
gelaß dazu. Natürlich sind die Düfte in diesem Zimmer derartig, daß es nicht darin auszuhalten ist, besonders als die große Kälte eingetreten war. Unter dem Raum befindet sich ein Schuppen, und ^{von} ~~der~~ Decke desselben ist der Belag zum großen Teil heruntergefallen, so daß die nackten Fußbodenbretter nach unten das Zimmer abgrenzen. Dazu noch ein Ofen, der nicht heizt. Alle Versprechungen des Wohnungsamtes sind nicht gehalten. Das ist doch ein dringlicher Fall. Herr Stadtbaurat Gebensleben sagt allerdings, jeder

halte

halte seinen Fall für einen der dringlichsten, aber jeder Beamte, der in diese Behausung kommt, muß zugeben, daß hier die allergrößte Dringlichkeit vorliegt. Es ist dem Mann versprochen, er solle damals eine Wohnung haben, als durch die Siedlung Freiland 16 Wohnungen frei geworden waren, aber er hat bis jetzt noch keine bekommen. Ich bin dieses Falles wegen selbst beim Herrn Stadtbaurat Gebensleben gewesen und es ist auch versprochen worden, es solle noch einmal versucht werden, aber bis heute ist in der Sache noch nichts geschehen. Es ist geradezu ein Skandal, daß man die Leute aus dieser Hundebude nicht heraustreibt.

In dem zweiten Falle handelt es sich um eine allerdings schöne Wohnung in der ^{Mittelkind-} Hermannstraße, ^{früher war Ruffstraße eigentliche Straße} wo in dieser ~~kleinen Querstraße~~ ein einzelnes Haus noch im Felde liegt, und wo eine ^{Gebauw} Frau wohnt, die deshalb, weil sie so ablegen wohnt, keine Kunden bekommt. Sie bemüht sich seit Jahren um eine besser gelege

gelegene Wohnung, ist auch in der Dringlichkeitsliste eingetragen und es ist ihr wiederholt versprochen, daß sie eine andere Wohnung haben soll, sobald eine solche frei werde. Es wurden auf einmal 5 Wohnungen in der Petritorgegend frei, aber bis jetzt hat sie keine andere Wohnung zugewiesen bekommen, so daß die Frau im höchsten Grade geschädigt ist. Sie ist auch mit einer kleineren Wohnung zufrieden, will nur aus dieser abgelegenen Wohnung heraus, wo für ihr Geschäft nichts zu machen ist.

Ich sehe an diesen Fällen, daß manches nicht so ist, wie es sein müßte und daß tatsächlich manches nicht mit rechten Dingen zuzugehen scheint. Ich will die Beamten nicht angreifen, aber das eine steht fest: daß sie zu leicht nervös werden. Ich halte es für verkehrt, daß so verfahren wird, wie es mit Herrn Regener und anderen geschehen ist - auch Herr Lehnert hat derartiges ^{beurteilt} erzählt. In einem Privatgeschäfte darf das Publikum nicht so behandelt werden

werden und auch in unserm Betriebe darf nicht
erst dann ^{jemand} ~~einer~~ anständig behandelt werden, wenn
er Stadtverordneter oder Stadtrat ist, sondern je-
der einfache Mann hat das Recht, das zu fordern.
Es ist doch dringend nötig, daß der Rat der Stadt
den Beamten eine Lektion erteilt, damit sie wissen,
wie sie zu verhandeln haben.

Stadt v. Dietermann: Die Wohnungsbeschlagnahme ist eine schwierige Aufgabe. Es ist eine bekannte Tatsache, daß diejenigen, bei denen Wohnräume beschlagnahmt sind, sich mit Hand und Fuß dagegen sträuben, sie herzugeben. Ich habe das zweifelhafte Vergnügen, im Mieteinigungsamt zu sitzen und dort mit die Zustimmung zu diesen Beschlagnahmen zu geben. Dabei kommen dann allerdings allerlei wunderliche Dinge zur Welt. Im Gebiete des Steintores waren Räume einer größeren Wohnung beschlagnahmt, aber der Besitzer der Wohnung, Herr Kablitz, weigerte sich, die Räume herzugeben und redete davon, daß er sie mit seiner Schwester gebrauche, und dabei handelt es sich um 7 Räume. Soweit kann die Herrlichkeit natürlich nicht gehen; es muß darauf gedrungen werden, daß die Räume auch hergegeben werden, wenn sie beschlagnahmt sind, damit das Wohnungsamt für die Wohnungsuchenden Unterkunft finden kann. Ebenso unrecht ist es, wenn Leute auf Grund des Urteils des Mieteinigungsamtes

gezwungen werden zu ziehen und beim Wohnungsamt wegen einer Wohnung ansprechen, daß dann das Wohnungsamt sagt: Wir haben noch dringendere Fälle, Sie müssen zurückstehen, so daß der Betreffende auf der Straße liegt. Soweit kann die Herrlichkeit des Wohnungsamtes auch nicht gehen. Wenn die Sache dringend ist, so daß der Besitzer gezwungen wird, innerhalb acht Tagen auszuziehen, so muß er auch seitens des Wohnungsamtes wieder untergebracht werden. Sonderbare Ansichten findet man bei den Hausbesitzern, indem sie die Sipobeanten nicht aufnehmen wollen. Handelt es sich um einen solchen Beamten, dann muß er sich sagen lassen: „Sie sind doch kein Spartakist; solche Leute nehme ich nicht auf!“ Sowie es heißt: „Ich bin Polizeiwachtmeister?“ dann wird von dem Hausbesitzer geantwortet: „Es tut mir leid, die Wohnung können Sie nicht bekommen.“ Da muß die Stadt schärfer Mittel ergreifen, um auch für diese Leute, die für den Schutz der Stadt da sind, Unterkommen zu beschaffen.

Stadtv. Frau S e h u l z e : Herr Stegmann hat zwei Fälle angeführt, den einen davon glaube ich zu kennen, den Fall, wo es sich um den Flüchtling handelt, der im Pflegehause untergebracht gewesen ist. Aber nicht das Wohnungsamt hat die Schuld, daß dieser Mann nicht hat Wohnung bekommen können, sondern der Mann selbst. Er hat eine Wohnung gehabt; die Frau bekam im Städtischen Krankenhaus ein Kind und unter der Zeit hat der Mann die ganzen Sachen, die zum Hausstand gehörten, verkloppt. Dann kam er ins Pflegehaus und kein Hauswirt wollte ihn aufnehmen. Ich glaube, daß dieses der Fall mit dem Flüchtling ist.

Stadt v. M a r t h : Es ist ganz gut, wenn durch eine solche Anfrage einmal diese ganze Wohnungsnotfrage zur Sprache gebracht wird, und wir sind deshalb Herrn Regener dankbar, daß er uns Gelegenheit gibt, eine solche Aussprache vorzunehmen. Schon manchmal haben wir hier über die Wohnungsnot gesprochen, haben manche Fälle angeführt und manches gerügt. Besserung aber kann nur dadurch herbeigeführt werden, daß versucht wird, Wohnungen zu schaffen, entweder durch Wohnungsbau oder durch Wohnungsbeschlagnahme. Sie alle wissen, daß die Beschlagnahme-Kommissionen seit zwei Jahren tagtäglich unterwegs sind. Allerdings muß mit der Widerwärtigkeit gerechnet werden, daß gegen die Beschlagnahme Einspruch erhoben wird und daß ein Teil der Beschlagnahmen wieder aufgehoben wird. Das Mieteinigungsamt spricht hierin immer ein Wort mit, denn jede Beschlagnahme, die durchgeführt werden soll, hat unter Umständen das Mieteinigungsamt zu beschäftigen. Einige Fälle kommen auch vor, daß versucht wird, fingierte Miet-

Mietverträge vorzubringen und so das Wohnungsamt zu hintergehen, bis endlich einer dahinterkommt und die Sache zur Anzeige bringt. Auch ich habe manche Sache angezeigt, damit sie eingehend geprüft und nötigenfalls Renedur geschaffen wurde.

Herr Maaß führt die Wohnung des Herrn Dr. Wolters an, des früheren Stadtverordnetenvorstehers. Ich kann Herrn Kollegen Maaß darüber sagen, daß ich zweimal diese Wohnung besichtigt und 7 Räume der Wohnung zur Beschlagnahme empfohlen habe. Ich weiß nicht, ob die Beschlagnahme dieser 7 Räume durchgeführt ist. Herr ^{Kollege} Jähns war mit bei der Besichtigung, und jedenfalls war es unsere Ansicht, daß die angegebenen Räume überflüssig seien und anderen Leuten zur Verfügung gestellt werden konnten. Aber das ist richtig: der frühere Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wolters hat es verstanden, uns lange an der Nase herumzuführen. Es gibt aber noch manche andere Herrschaften, die nicht mit der Not der Zeit rech-

nen

nen und nicht einmal den Versuch machen, ihren Mitmenschen ein Obdach zu gewähren, sondern in vielen, weiten Räumen hausen und ruhig zusehen, wie Leute, die man als anständig bezeichnen kann, auf der Straße liegen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, habe ich es begrüßt und ist es mein Antrag mit gewesen, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen, damit solche, die sich weigern, ihre Räume zur Verfügung zu stellen, mit einer besonderen Steuer herangezogen werden, soweit es irgend möglich ist.

Wenn ich nun auf das Wohnungsamt selbst zu sprechen komme, so muß man die Sache von zwei Seiten betrachten. Alle Wohnungsuchenden glauben, daß ihr Gesuch das dringlichste ist, alle sind verbittert, weil sie ungesunde Wohnungen, beschränkte Wohnungen haben, weil diejenigen, die besser situiert sind, in vielen Räumen hausen können, während sie nur einen oder zwei bekommen. So verbittert kommen sie beim Wohnungsamte an, und wenn nur eine Kleinig-

keit

keit von dem Beamten gegen sie gesagt wird, werden sie aufgebracht und grob, und dagegen sucht sich selbstverständlich der Beamte auch einmal in nicht z^umer Weise zu wehren. Ich habe viel Gelegenheit gehabt, im Wohnungsamte aus-und einzugehen, und kann die Versicherung geben, daß ein Beamter, der im Wohnungsamte seinen Dienst erfüllen soll, gute Nerven haben muß, denn es wird den Beamten oftmals etwas geboten, was wir uns von niemanden bieten laß-
ließen. Auch ein Beamter ist ein Mensch, dem einmal ein Wort entfährt, was sich nicht gebührt. Ich kann hinzufügen, daß die Beamten im Wohnungsamt, die maßgebend~~en~~ sind, im Durchschnitt in einwandfreier Weise ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. (Bravo!) Es wird auch versucht, diese Beamten mit allen Mitteln für sich zu gewinnen, daß man selbst vor Bestechungen nicht zurückschreckt, daß man schließlich auch schon versucht hat, im Hause seine Frau zu bestechen, um den Beamten für eine bestimmte
Sache

Sache gefügig zu machen. Ich habe mich gefreut, daß diese Beamten - besonders die, die für einflußreich gehalten sind - nicht der Bestechung zugänglich gewesen sind, daß sie alle diese Sachen dem Rat der Stadt zur Anzeige gebracht haben, so daß die Sachen verfolgt werden konnten und die eingegangenen Objekte als verfallen erklärt worden sind. Wir wollen allerdings rügen, wenn jemand von den Beamten nicht richtig behandelt worden ist, ~~aber es kommt~~
~~immer wieder auch in großen Privatgeschäften vor,~~
~~Es wird immer wieder vorkommen~~
wenn ~~man~~ 6 - 7 Stunden lang mit dem Publikum verkehrt hat, ^{sich} daß ~~er~~ dann erregt ^{werden kann} ist und einmal ein Wort gesprochen wird, was besser nicht gesprochenⁿ wäre. Darauf wollen wir Rücksicht nehmen. Das Publikum mag sich auch etwas mehr der Sache anpassen, dann werden die Beamten, wo sie gefehlt haben, das bereuen und dem Publikum mit größerer Ruhe entgentreten können.

Das eine ist und bleibt die Hauptsache: wir

müssen

müssen versuchen mit allen Mitteln, ohne Kosten zu scheuen, die Beschlagnahmen und den Wohnungsbau zu fördern, damit Wohnungen geschaffen werden, sonst hilft alles nichts. Haben Sie keine Wohnungen, so können Sie keine vergeben.

Nun spricht man von der Familie mit 9 Köpfen, die keine Wohnung bekommen hat und sagt: Das Wohnungsamt hat schuld. Wenn man aber der Sache nachgeht, dann findet man, daß das Wohnungsamt der Familie schon mehrere Wohnungen zugewiesen hat, aber jeder Hauswirt sie ablehnt, und das Wohnungsamt ~~nicht~~ einen Zwangsvertrag festsetzen will. Das geschieht seitens des ^{Mietmängelbause} ~~Wohnungsamtes~~, aber, ^{Wohnungsamt} ~~das~~ Stadt ist nicht imstande, diesen Zwangsvertrag durchzuführen, weil die Polizei sich weigert, das zwangsweise durchzusetzen. Es liegt dann nicht am Wohnungsamt, daß die Familie keine Wohnung erhält, sondern an der Polizeibehörde, daß sie den Zwangsvertrag nicht durchführen läßt. Es gibt manch einen, den kein Hauswirt

auf-

aufnehmen will, und wenn in solchen Fällen die Polizei ^{der} sagt, dann soll man nicht dem Wohnungsamt, sondern der Polizeidirektion die Schuld geben, die nicht ihre Macht gebraucht, um das durchzuführen, was durch Gerichtsbeschluß festgesetzt ist.

Wenn Sie sagen, es werde vom Wohnungsamt manchmal auch zurückgegriffen auf solche, die nicht so dringlich eine Wohnung brauchten, so gebe ich das zu.

Es gibt auch Fälle, wo einem Hauswirt 30 Wohnungssuchende zugewiesen ^{wurden} und alle diese 30 lehnen die Wohnung ab. Was soll das Wohnungsamt da machen. Nun muß es einen aussuchen, der nicht gerade an der Reihe wäre, und der nimmt die Wohnung, und so ist sie wenigstens benutzt. Man kann sich also nicht immer auf den Standpunkt stellen, daß nach der Reihe der Eintragungen die Wohnungen zu vergeben sind. Und auch den Hauswirten kann man es nicht verdenken,

daß

daß sie manche Leute nicht aufnehmen wollen. Es ergeben sich auch daraus Schwierigkeiten, die Leute unterzubringen, denn jeder Hauswirt ist bestrebt, dafür zu sorgen, daß sein Haus nicht verunreinigt wird. Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, dann darf man dem Wohnungsamt nicht soviel Schuld zuschieben, sondern den Verhältnissen. Nur wenn wir Wohnungen bauen und schaffen, dann werden wir die Wohnungsnot beseitigen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Herr Marth ist mit dem Wohnungsamt fast verwachsen, er gehört dem Wohnungsausschuß seit Anbeginn an und ^{ist} auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung ganz besonders erfahren. Auch der Landeswohnungskommission gehört er an. Sie haben aus seinen reichen Erfahrungen heraus gehört, wie die Verhältnisse auf diesem Gebiete beschaffen sind, und ich freue mich, daß er sich so anerkennend über die Beamten des Wohnungsamtes und die dort herrschenden Verhältnisse geäußert hat. Selbstverständlich ist nicht alles rosig im Wohnungsamt. Sie haben gehört, mit welchen außerordentlichen Schwierigkeiten es zu kämpfen hat, und wenn es eine Wohnung zu vergeben hat, dann fangen für das Amt die Schwierigkeiten erst an. Auch da ist die letzte Instanz das Mieteinigungsamt. Genau so wie bei der Wohnungsbeschlagnahme durch die Kommission wird auch seitens des Wohnungsamts durchgegriffen, aber die Verfügungsberechtigten erheben oftmals Einspruch und die Be-

schlagnahme

schlagnahme ^{wird} dadurch verzögert, unter Umständen von
Mieteinigungsamte aufgehoben. Aus den Worten des
Herrn Marth haben Sie gehört, daß die Beamten des
Wohnungsamtes jedenfalls den guten Willen haben,
in jeder Beziehung ihrer Aufgabe gerecht zu werden.
Auch darin muß ich Herrn Stadtverordneten Marth
recht geben, daß das ^{Publikum} ~~Problem~~, daß ^{zum} ~~dem~~ Wohnungsamte
kommt, manchmal in seinen Ausdrücken nicht sehr
wählerisch ist, sondern recht energisch vorgeht.
Ich habe selbst in meinem Zimmer erlebt, daß, ob-
wohl ich ein ziemlich ruhiger Mensch bin, die Leute
so rabiat geworden sind, daß ich in meiner Verlegen-
heit die Alarmglocke habe ziehen müssen, um auf-
dringliche Besucher aus dem Zimmer herauskomplimen-
tieren zu können. Ich habe also auf diesem Gebiete
selbst reiche Erfahrungen gesammelt, aber im allge-
meinen vollzieht sich doch alles in ruhiger Weise.

Herrn Maaß und Herrn Regener würde ich dankbar
sein, wenn sie die einzelnen Fälle mir einmal per-

sönlich

sönlich vorführen wollten. Wir haben gehört, daß ein einzelner Fall Frau Schulze bekannt ist, und ich glaube, daß es sich damit so verhält, wie es Frau Schulze darstellte.

Sodann ist von der Wohnung des Herrn Dr. Wolters die Rede gewesen. Auch mit dieser Wohnung hat sich das Wohnungsamt und das Mieteinigungsamt in der Berufungsinstantz beschäftigt, und es ist dort eine Wohnung eingerichtet, allerdings erst, nachdem das Mieteinigungsamt in dieser Angelegenheit endgültig gesprochen hat.

Es ist mir auch der Fall der Hebamme bekannt. Sie hat eine schöne Wohnung, möchte nur in ein anderes ^{Viertel} ziehen. Dann muß sie aber in erster Linie selber darnach sehen, daß sie eine andere Wohnung bekommt; ein derartiger Tausch vollzieht sich im großen und ganzen wie im Frieden. Da die Frau eine gute Wohnung hat, dürfte es ihr nicht schwer fallen, einen Komparanten zu finden, der in einem anderen Stadtgebiete wohnt und mit ihr die Wohnung tauscht.

Ja,

Ja, solche Einzelfälle hier zu erörtern, ist müßig. Ich würde dankbar sein, wenn Sie mir derartige Fälle bekannt geben; ich bin selbstverständlich bereit, solchen Sachen auf den Grund zu gehen und Abhilfe zu schaffen, wo es möglich ist.

Stadt v. Frau B ö h m : Meine Damen und Herren!
Ich gebe zu, daß die Wohnungsfrage heute eine schwere Frage ist, aber ich glaube doch, daß das Wohnungsamt nicht so arbeitet, wie es nötig ist. Auf der einen Seite werden Wohnungen beschlagnahmt, und andererseits wird es erlaubt, daß aus zwei kleinen Wohnungen eine große gemacht wird. Derartiges ist bei uns auf der Marienstraße geschehen. Aus 2 Dreizimmerwohnungen ist eine größere geschaffen und aus dem einen Hinterzimmer ein Badezimmer eingerichtet. Die Leute, die die eine Wohnung bewohnt haben, mußten ausziehen. Ich weiß genau, daß die Wohnungskommission dort gewesen ist, aber nichts ist geschehen, um die Uänderung zu verhindern. Wenn 7 - 8 Personen in einem Zimmer wohnen müssen und hier erlaubt wird, daß aus zwei Wohnungen eine gemacht wird, so ist das in der heutigen Zeit skandalös.

Stadtv. L e h n e r t : Es ist über diese Frage hier schon so häufig und auch heute wieder so viel gesprochen worden, daß man glauben müßte, es wäre nun des Guten genug. Wir sehen aus allem dem, daß, um der Sache Herr zu werden, es unbedingt nötig ist, daß gebaut wird. Wenn man aber so vorgehen will, wie seitens des Ministeriums vorgegangen sein soll, daß der Stadt von den Baukostenzuschüssen rund 2 Millionen Mark gestrichen werden, da^m muß uns das dahin bringen, daß gegen energisch Protest zu erheben. Sie sind ~~anzu~~^{zu} gestrichen, weil die Stadt für diejenigen Häuser keinen Zuschuß geleistet hat, die außerhalb der Peripherie der Stadt liegen. Wenn man ferner den Baukostenzuschuß auf einer solchen geringen Höhe festsetzt, dann würden alle diejenigen schwer zum Bauen zu bewegen sein, denen es ihre Mittel momentan unmöglich erlauben zu bauen. Herr Messenius hat auch eine Ahnung davon, wie es unmöglich ist, heute eine Wohnung mit 100 000 M herzustellen; da^s war eine Annahme, wie man sie am 1.

Oktober

Okttober v.Js. machen konnte. Nachdem aber seit der Zeit eine Teuerungswelle wie nie zuvor aufgetreten ist, ist es nicht mehr möglich, mit diesem Betrage auszukommen. Wenn das Ministerium 2 Millionen Mark an Baukostenzuschüssen streicht, dann wird es sich für kürzere oder längere Zeit erübrigen, zu versuchen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Wohnungen herzustellen; daß würde vergeblich sein, wenn nicht andere Maßnahmen ergriffen werden.

Es ist klar, daß sich die Wohnungsuchenden vorläufig gedulden müssen, auch wenn sie wochen- oder Monatlang nachdem Wohnungsamt kommen und ihnen immer wieder gesagt wird: Es ist nichts passendes da. Wenn man aber nicht allein zu Hause die Sorge hat, daß man nicht weiß, wo man sein Haupt hinlegen soll, und dann sieht, daß einzelne Personen sang- und klanglos, sobald sie sich gemeldet haben, in den Besitz einer Wohnung gekommen sind, oder daß seitens des Ministeriums verordnet

wird:

wird: „Die betreffende Person ist zu bevorzugen“,
so muß ich anerkennen, meine verehrten Anwesenden:
Selbst, wenn ^{ein} sozialdemokratischer Minister das unter-
schrieben haben^A, ~~sind~~ so bin ich für solche Dummhei-
ten nicht zu haben. Herr Jahns, Sie lachen darüber!
Und wenn Sie als Rechnungsrat das unterschrieben hät-
ten, so würde ich Ihre Dummheit auch nicht gutheißen.
(Zuruf: Am vielen Lachen erkennt man den Weisen!)

Ist es nötig, daß x-beliebige Auswärtige nach Braun-
schweig ziehen, daß sie sofort bevorzugt werden.
Oder sollte es nicht Rücksicht genug sein, daß sie,
wenn ^{sie} ~~es~~ nicht mit einem Zimmer zufrieden sind, sie
mit 2 Zimmern bedacht werden? Was aber darüber hin-
ausgeht, dafür bin ich nicht zu haben. Wenn der Be-
völkerung solche Bevorzugungen bekannt werden, dann
wird sie mißmutig und läßt ihren Ärger an den Perso-
nen aus, von denen sie glaubt, daß sie haftbar sind.
Von den Beamten im Wohnungsamt aber verlange ich,
daß sie ein freundliches Benehmen gegenüber ~~das~~ dem

Publikum

Publikum zeigen. Ich weiß, daß es unseren Parteifreunden Stadtrat Pinnow und Burgold ebenso ergangen ist wie Herrn Regner. Es wäre fast nötig, daß wir Stadtverordneten ein Abzeichen bekommen, wie sie jeder kleine Kegelklub trägt, damit wir nicht sang- und klanglos vom Wohnungsbüro aus an die Luft gesetzt werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir mehr Rechte haben wollen wie jeder andere, denn jeder Steuerzahler soll von den Beamten gleichwertig beurteilt werden. Aber das Publikum ist nicht wegen der Beamten da, sondern umgekehrt: die Beamten wegen des Publikums. Nun muß man aber auch die andere Seite bedenken. Ich habe häufig Gelegenheit, morgens im Rathause zu sein, und wenn man dann die Polonaisen vor den Türen im Rathause sieht, so wird es einem begreiflich, daß doch einmal ein Übergriff stattfindet. Wenn dann aber diejenigen, gegen die Übergriffe vorgekommen sind, zu Herrn Regner gehen und sich beklagen, und wenn dann Herr

Regner

Regener hier gegen Ungehörigkeiten auftritt, so ist das nur recht. Ich weiß auch, daß einzelne der Beamten nicht auf den Posten gehören, wo sie sich befinden, aber leider kann man nicht jeden Anzustellenden einzelnen unter Röntgenstrahlen nehmen und auf seinen Gemütszustand hin untersuchen. Den Beamten, die ein verantwortungsvolles Amt zu vertreten haben, wäre zu empfehlen, das Buch Knigges „Der Umgang mit Menschen“ durchzulesen. Wenn es auch Militäranwärter sind, so dürften sie nicht glauben das Publikum ebenso zu behandeln, wie sie vordem die Rekruten abgeschunden haben; das läßt sich nicht jeder gefallen, noch dazu, wenn sie kommen, um ihr Recht zu verlangen. Ich habe den festen Glauben, daß der Herr Stadtbaurat alle Mittel in Bewegung setzen wird, um diesen Übelständen, die sich gezeigt haben, abzuhelpen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Auch Frau Stadtverordnete Bühm hat einen einzelnen Fall angeführt. Ich möchte bitten, davon Abstand zu nehmen, so zu verfahren, weil ich nicht in der Lage bin, über diese vielen Tausende von Fällen, die durch meine Hand gehen, hier genaue Auskunft zu geben. Der einzelne von Ihnen weiß genaueres von dem von ihm vorgebrachten Falle, ich weiß aber im Augenblicke nicht, wie es damit steht.

Herr Lehnert hat die Sprache auf die Baukostenzuschüsse gebracht. Ich will Ihnen verraten, daß Ihnen noch eine eilige Vorlage über die Bewilligung von Baukostenzuschüssen in Höhe von $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark zugegangen ist. Bei der Gelegenheit sollte zur Sprache gebracht werden, daß uns das Ministerium den Betrag um 2 Millionen Mark gekürzt hat. Wenn ich nicht irre, hat Herr Steinert das Referat übernommen und wird wahrscheinlich seine Ausführungen in dieser Beziehung schon machen.

Schließlich

Schließlich ist mir noch von Herrn Lehnert nahe gelegt, die Beamten zu instruieren, wie sie sich dem Publikum gegenüber zu benehmen haben. Ich pflege die Beamten von Zeit zu Zeit zu mir zu laden, um sie darauf aufmerksam zu machen und eindringlich zu vermahnen, zu bedenken, daß das Publikum nicht ihret wegen da ist, sondern umgekehrt, daß sie Verständnis haben müssen für die Nöte des Publikums und von diesem Standpunkte ihre Aufgabe ansehen müssen. Wenn die Beamten stundenlang das Publikum abgefertigt haben und durch die Erregtheit des Publikums in dem einen oder anderen Falle zu viel sagen, so ist das wohl zu verstehen. Aber an mir soll es nicht liegen, daß so etwas vorkommt: ich will gern meinen Einfluß auf die Beamten in der von Ihnen gewünschten Weise ausnutzen.

Städt. Frau G r a f : Leider bin ich wieder der Sechste in meiner Fraktion, ~~der fünf zu dieser Partei~~
~~der Sechste~~ ^{ankommt} ~~stehen~~, Aber die Ausführungen von Frau Schulze bringen mich doch dazu, einige Worte zu sagen. Wenn die ~~Ausführungen der Frau Schulze~~ ^{Einzelnen} vielleicht ~~von einem Herrn~~ ^{drücken} ~~darüber~~ von der ~~Verrechten~~ Seite des Hauses gemacht worden wären, dann hätte ich nichts dazu zu sagen, da sie aber von einer Frau, und zwar von einer städtischen Wohlfahrtspflegerin gemacht sind, so sehe ich mich veranlaßt, einige Worte zu erwidern. Sie sagte, die Frau des betreffenden Mannes sei in anderen Umständen gewesen, habe ins Krankenhaus müssen und unterdessen habe der Mann die Hausstandssachen verkloppt und nun wollte ihn keiner aufnehmen. Damit war wohl die Arbeit für die Wohlfahrtspflegerin Frau Schulze erledigt? Nach meiner Meinung aber darf sie damit nicht erledigt sein, sondern sie muß solche Fälle so lange im Auge behalten, bis in günstiger Weise eine Lösung gefun-

den

den ist, und zwar in sofern, daß sie nach einer Wohnung suchen müssen, wo der Familie Gelegenheit gegeben wird, daß Mutter und Kind zusammenbleiben, ^{können} und das ~~geschieht~~ ^{ist} im städtischen Kinderheim des Pflegehauses nicht. ^{möglich} Daß der Fall nicht im Auge behalten ist, wird mir dadurch bewiesen, daß es im Wohlfahrtsamt nicht bekannt gewesen ist, daß die Familie — die endlich doch eine Wohnung gefunden hat — diesen kalten Winter in einem trostlosen Zustand hat zubringen müssen. Ich möchte ^{bei dieser Gelegenheit} dem Rat der Stadt anheimgeben, daß er bei Zwangsräumung ^(=en) das Wohnungsamt beauftragt, mit dem Wohlfahrtsamt zusammen zu arbeiten, sodaß, wenn Zwangsräumungen vorgenommen werden, sofort nachgefragt wird: Sind Kinder in der Familie und wie sind ^{wohl} sie untergebracht. Ich habe vor zwei Jahren hier ^{einen} ~~den~~ Fall angeführt, wo eine Mutter mit ^{zwei} ~~zwei~~ Kindern im Wartesaal 4. Klasse übernachten mußte, und habe vor kurzem einen Fall bearbeitet, wo eine Mutter mit 5 Kindern auch ihre Wohnung zwangsweise räumen mußte und die Kinder nicht zur Schule

gehen

gehen konnten, weil sämtliche Bücher eingepackt waren, ~~Und~~ von der Schule der Antrag auf ^{Fürsorge-}~~Zwangser-~~ziehung gestellt worden ist. Als ich dem Falle nachging, mußte ich feststellen, daß die Familie in einem ^{Gasth.}~~Garten~~hause, und zwar ~~in einem Zimmer~~ alle 7 ~~Personen~~, Mann, Frau und 5 Kinder, und zwar zum Teil ^{in einem Räume} erwachsene Kinder, wohnen und schlafen mußten. Das sind Zustände, ^{wie} sie unter keinen Umständen so gelassen werden dürfen. Es ist unbedingt notwendig, daß ~~te~~in solchen Fällen Wohnungsamt und Wohlfahrtsamt zusammen arbeiten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Diesen Fall möchte ich noch einmal zur Sprache bringen, denn es könnte so scheinen, als ob das Wohnungsamt bei derartigen Fällen rabiat vorgeinge. Wenn ich mich recht entsinne, haben Sie sich früher selbst dahin geäußert, es sei dringend notwendig, daß seitens des Wohnungsamtes rücksichtslos vorgegangen würde in Fällen, wo jemand ohne Genehmigung des Wohnungsamtes in eine Wohnung hineinziehe. Es gibt derartige Fälle, und vorwiegend solche, bei denen es sich nicht um hiesige Einwohner handelt, sondern um solche, die von den umliegenden Dörfern ~~Herkommend~~, ein Haus zu günstigen Bedingungen kaufen, den Inhaber der Wohnung in diesem Hause veranlassen, auszuziehen und dann schleunigst in die so erworbene Wohnung hineinziehen. Ein derartiger Fall liegt hier vor. Der betreffende Mann ist aus einem Dorfe aus der Umgegend der Stadt gekommen, und da sind wir allerdings rücksichtslos vorgegangen. Wenn wir in solchen Fällen nicht eingreifen würden,

dann

dann würden wir mit Wohnungslosen aus den umliegenden Dörfern einfach überschemmt werden und wir hätten gegen die Wohnungsnot, für die das Dorf aufzukommen hätte, unsererseits zu kämpfen. Ich glaube mit Ihnen in Übereinstimmung zu handeln, wenn ~~er~~^{ich} Anweisung gegeben haben, daß in solchen Fällen rücksichtslos vorgegangen wird. (Zuruf: Aber die Kinder!

Stadt v. Frau S c h u l z e : Man ist schon ge-
wohnt, daß bei jeder Gelegenheit dem Wohlfahrtsamt
eins ausgesetzt wird; ^{wisch} ~~stets~~ ^{von Frau Graf} ~~hört man~~ ^{füllt} ~~man~~; Wenn ich da
wäre, dann wäre es besser damit bestellt. In dem
angeführten Falle habe ich mich sehr lange um die
betreffende Familie bemüht. Frau Graf sollte das
wissen, denn in dem einen Falle, den sie anführt,
hat die Betreffende die Frau Graf selber zu mir
geschickt. Die Leute hatten ein Haus in der Stadt
gekauft und hatten mit einer dort wohnenden Frau
vereinbart, daß sie sie in ihre Wohnung mit aufneh-
men sollte. Erst wollte es die Einwohnerin des
Hauses auch, nachher aber nicht mehr. Ich bin hin-
gegangen nach dieser Frau und habe mich erkundigt.
Was war der Grund? Sie hatte die Leute, die das
Haus verkauft hatten, zu sich eingeladen gehabt,
und da hatte die betreffende Frau mit ihrem Manne
derartige Auftritte gehabt und auch andere Sachen
sind vorgekommen, daß aus dem Grunde die dort woh-
nende

nende Frau die Familie nun nicht mehr aufnehmen wollte. Ich habe zugeredet, aber es wurde mir gesagt: „Das ist meine Wohnung, und die Frau mit 5 Kindern aufzunehmen, wo ich solche Auftritte gesehen habe, das kann mir keiner zumuten.“ - Wer mich kennt, der weiß genau, daß ich raus schlage, was mir nur möglich ist und daß ich meine ganze freie Zeit hinbringe; um etwas zu erreichen. Ich möchte wohl, daß Frau Graf einmal mit losginge und Wohnungen zu beschlagnahmen suchte, damit sie für die Leute Wohnungen bekommt, die sie schickt. Es ist leicht reden, aber schwer, besser zu machen. Ich möchte gern einem jeden eine Wohnung beschaffen, daß kann mir das Wohnungsamt bezeugen, aber ich habe nicht die Gelegenheit und die Möglichkeit, für jeden Wohnung zu besorgen. Ähnlich liegt der Fall mit den Flüchtlingen; ich habe mir ihretwegen alle Mühe gegeben, aber wenn sich die Leute weigern, sie aufzunehmen, dann kann ich ihnen nicht helfen, auch wenn ich Wohlfahrtspflegerin bin.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Die Wohnungsfrage ist allerdings eine sehr wichtige Frage, und ich wäre mit ihrer Besprechung einverstanden, wenn sie großzügig~~er~~ behandelt würde. Aber solche Einzelfälle hier vorzubringen, wozu wir keine Stellung nehmen können, das halte ich nicht für richtig. Die Wohnungsfrage an sich zu behandeln, ja wohl! auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus die wichtigste Frage zu lösen suchen, das halte ich für die Versammlung für angebracht. Aber nun mit Klagen über das Wohnungsamt zu kommen und die Sache so auszudehnen, das geht doch nicht an. Deshalb möchte ich den Antrag stellen, daß wir jetzt diese~~n~~ Diskus^{sion}~~sion~~ abbrechen. Es stehen auf der Tagesordnung noch viele Punkte, die zu erledigen sind.

V o r s i t z e n d e r : Wortmeldungen liegen
so wie so nicht mehr vor. Die Sache ist damit
erledigt.

Stadt v. G r ü f (zur Geschäftsordnung): Wie ich aus der Tagesordnung ersehe, ergibt Punkt 13 (Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten und Lehrkräfte usw.), daß die in meiner Anfrage berührte Sache zur Besprechung kommt. Ich verzichte also auf besondere Behandlung meiner Anfrage.

3. Antrag S c h u l t z e auf Gewährung weiterer
Teuerungszulagen an die Hinterbliebenen städtischer
Beamten und Lehrer.

Stadt. S t e i n e r t : In der letzten Stadt-
verordnetensitzung hat Herr Stadtv. Dr. Schultze
einen Antrag gestellt, der dahingehet: „Der Rat der
Stadt wird ersucht, eine Vorlage dahingehend zu
machen, daß ^{den} ~~ein~~ Hinterbliebenen der städtischen
Beamten vom 1. April 1921 ab nachträglich zu den
bisherigen Teuerungszulagen weitere Teuerungszu-
lagen gezahlt werden, sodaß die Gesamtbezüge der
Hinterbliebenen denen der Hinterbliebenen der
Staatsbeamten angepaßt werden.“ Der Finanzaus-
schuß hat sich mit diesem Antrag befaßt und es ist
dort des Langen und Breiten die angeschnittene
Frage auseinandergesetzt worden. Es ist dort er-
örtert worden, daß in der ganzen letzten Zeit die
Gehälter sich immer mehr und mehr den Verhältni-
sen angepaßt ha^{ben}~~t~~ und daß auch den Hinterbliebenen

der

~~städtischen~~
der/Beamten und Lehrer nicht ganz zu ihrem Rechte
gekommen sind, liegt an dem Staate, weil er sein
Teil zu den Aufbesserungen nicht beigetragen hat,
aber vom 1. Januar d. Js. ab werden die Hinterblie-
benen der städtischen Beamten und Lehrer die glei-
chen Bezüge bekommen wie die der Staatsbeamten.
Man hat weiter die Frage erwogen, daß auch die
Ruhegehaltsempfänger aus den Kreisen der Beamten,
Angestellten und Arbeiter hier in Frage kommen.
Nach eingehender Aussprache hat dann der Finanz-
ausschuß den Antrag des Herrn Kollegen Schultze an-
genommen und empfiehlt Ihnen das Gleiche.

Finanzungsfragen gegeben worden
sind, je nachdem die wirtschaftlichen
Verhältnisse sich vergrößern haben.
Daß die Finanzabteilung der Schiffen
beim Bau der Leffer

V o r s i t z e n d e r : Irre ich mich nicht,
so ist der Antrag des Herrn Dr. Schultze schließlich
noch etwas umgeändert.

Stadt v. S t e i n e r t : Er sollte ungeändert
werden dahin, daß er rückverwiesen werden sollte
an den Rat der Stadt; daß hat aber Herr Dr.
Schultze nicht zugegeben:

Stadtv. Dr. J a s p e r : In formeller Beziehung irrt sich der Herr Berichterstatter. Es leuchtete der Antrag des Herrn Dr. Schultze dahin, daß ~~de~~ der Rat ersucht werden sollte, eine Vorlage in dieser Sache den Stadtverordneten zugehen zu lassen, und während der Ausschußberatung hat der Herr Antragsteller den Antrag dahin abgeändert, daß er einen unmittelbar wirkenden Beschluß ab 1. April wünscht. Für diesen Antrag in der abgeänderten Form hat der Herr ~~Berichterstatter~~ Antragsteller eine Mehrheit gefunden.

Demgegenüber möchte ich die verehrten Kollegen und Kolleginnen ersuchen, es bei der ursprünglichen Fassung des Antrages zu belassen, und zwar deshalb, weil die Art der Rückwirkung nicht so aus dem Handgelenk beschlossen werden sollte, sondern es nötig wäre, um einen solchen Beschluß fassen zu können, genaue Unterlagen zu haben, welche Veränderungen in den Bezügen seit dem 1. April 1921 bereits von der städtischen Gehaltsdeputation vorge-

nommen

nommen worden sind. Sie werden aus dieser Zusammenstellung ersehen, daß die Gehaltsdeputation weit eher, ehe der Staat vorging, sich bemüht hat, den jeweiligen Verhältnissen die Bezüge der Hinterbliebenen anzupassen. Bei rückwirkenden Maßnahmen scheint es mir besonders angebracht, ganze Arbeit zu machen und nicht einseitig eine Gruppe, die dem Herrn Antragsteller besonders am Herzen liegt, herauszugreifen. Ich habe im Finanzausschuß bereits darauf hingewiesen, daß auch eine Nachprüfung erforderlich sein würde hinsichtlich der rückwirkenden Gestaltung der Bezüge der Altruheelöhne und Altruhegehaltsempfänger, die nicht automatisch mitgehen, sondern - wenn nun einmal rückwirkend geregelt wird - dann in gleicher Weise den jeweiligen Verhältnissen entsprechend geregelt werden müssen. Damit gewinnt die ganze Angelegenheit mehr den Charakter einer gründlichen Nachprüfung, die allein der Gerechtigkeit und Billigkeit, der mir wohl alle nachstreben, Ausdruck verleihen kann. Ich habe deshalb

dem

dem Herrn Vorsitzenden einen Antrag unterbreitet, der bestimmt, heute von einem Beschluß auf unmittelbare Einführung der rückwirkenden Bezüge abzusehen, sondern ein gleichmäßiges Vorgehen für diese 3 Gruppen: Hinterbliebene, Altruhelohn und Altruhegehaltsempfänger wünscht.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag des Herrn Dr. J a s p e r lautet:

„Die Stadtverordneten überweisen den Antrag des Herrn Stadtv. Dr. Schultze dem Rat der Stadt mit dem Ersuchen, den Stadtverordneten eine Vorlage zuzufertigen, durch die die Bezüge der Hinterbliebenen städtischer Beamten, der Altruhegehaltsempfänger und der Altruhelohnempfänger zeitgemäß geregelt werden.“

Es kann bei der Aussprache Bezug genommen werden auf den ursprünglichen Antrag Schultze, wonach vom Rat eine Vorlage ausgearbeitet werden soll, dann auf die von der Kommission beschlossene ~~Auf~~fassung, die neuen Bezüge vom 1. April 1921 an eintreten zu lassen, und schließlich auf den eben verlesenen Antrag Jasper.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Ich hatte beantragt, den Rat zu veranlassen, eine Vorlage ^{ein-}~~anzu-~~bringen, weil ich glaubte, es würde möglich sein, in der nach 14 Tagen stattfindenden Stadtverordnetenversammlung darüber zu ~~dis~~skutieren. Da dies nicht der Fall ist und meine Absicht dahin geht, der Not bei den Witwen und Waisen der städtischen Beamten und Lehrer ^{somit} abzuhelfen, habe ich mich entschlossen, nicht ^{die Einführung} ~~einer~~ Vorlage zu beantragen, sondern gleich den Beschluß zu fassen, daß vom 1. April 1921 an die Bezüge der Hinterbliebenen der städtischen Beamten und Lehrer denen der staatlichen Beamten gleichgestellt werden. Ich habe schon bei meiner Begründung ein Beispiel ^{von der Not der Kaufleute} ~~dazu~~ auseinandergesetzt. Wenn wir diese Sache dem Antrage des Herrn Dr. Jasper gemäß ~~Ver~~quicken mit den Altruhegehalts- und Altruhelohnempfängern und sie an den Rat zurück verweisen, so dauert es eine ganze Zeit, bis die Betreffenden in den Genuß des Geldes kommen

Es

Es ist nicht richtig, daß die von der Stadt gewährten Teuerungszulagen ^{sch} jemals der wirtschaftlichen Lage der Betreffenden angepaßt worden sind. Man hat dabei immer geglaubt, daß der Staat seinen Anteil noch zahlen würde, und erst jetzt, als er sich geweigert hat, diesen Anteil zu zahlen, ist man zu einer vollkommenen Regelung übergegangen. Deshalb habe ich den Antrag eingebracht, daß die Stadt ~~an~~ ^{den} Hinterbliebenen für die verflossene Zeit noch etwas gibt, damit sie ihre Schulden bezahlen können und aus der Not herauskommen. Was mich veranlaßt hat, diesen Antrag zu stellen, ist also einmal die Not der Betreffenden und zweitens die Ungerechtigkeit, daß in derselben Stadt die Witwen und Waisen der einen Anstalt - ich nenne die städtische Oberrealschule und im Gegensatz dazu das Staatliche Realgymnasium - höhere Bezüge bekommen als die der andern, obgleich die Verstorbenen die gleiche Ausbildung durchgemacht und eine gleiche Stellung inne-hatten. Diese Ungerechtigkeit wird

in

in vielen Kreisen ~~und~~ unliebsam empfunden. - Die Behandlung dieser Frage hat mich etwas enttäuscht. Ich hatte geglaubt, der Rat der Stadt würde außerordentlich dankbar sein, daß von unserer Seite ihm die Möglichkeit gegeben wurde, dieser vorhandenen Not abzuhelpen, und bin nun einerseits enttäuscht, daß der Herr Oberbürgermeister dieser ~~Anerkennung~~ Anregung von mir nicht freundlich zugestimmt hat. Auf der anderen Seite bin ich enttäuscht von der Haltung einiger Herren der Linken, die gegen meinen Antrag ~~gestellt~~ geredet haben. Sie haben doch ^{immer das} sonst ~~ein~~ warmes Herz für die Not des Volkes, ^{auf der Gänge} jetzt aber sind sie ^{plötzlich} so fiskalisch geworden, daß sie diesen Antrag in der Kommission abgelehnt haben. Ich möchte bitten, daß sie nicht diese Materie heute verschieben, sondern einfach zustimmen, daß vom 1. April 1921 ab diese erhöhten Bezüge nachgezahlt werden. Es ^{fall} wird dabei keine gesetzliche ^{gefallungs-} Pflicht anerkannt, ^{wurden} sonst müßten wir ^{ja auf} die Erhöhung vom 1. April 1920 ab geben. Es soll ~~an~~ den Betreffenden

nur

- 128a -

nur etwas gegeben werden, damit sie aus der Not
herauskommen.

Oberbürgermeister **R e t e m e y e r** : Der Herr Vorredner ist so freundlich gewesen, sich darüber aufzuhalten, daß der Rat der Stadt nicht sofort gesagt hat: „Jawohl, wir wollen zahlen!“ aber wir können doch die Finanzfrage bei solchen Sachen nicht ganz außer acht lassen. Wenn da der Rat der Stadt nicht bereit ist, mit vollen Händen hinzugeben, so dürfen Sie das nicht übelnehmen. Es wird sich in aller-nächster Zeit entscheiden, wie sich die Stadt finanziell ungefähr stehen wird, wieviel für Sie aus der Einkommensteuer entfällt (Zuruf Lehnert: Das erleben wir nicht mehr!), allerdings müssen wir anerkennen, daß die Teuerung jetzt Formen angenommen hat, daß die Not zum Himmel schreit, aber ich stimme doch dem Herrn Dr. Jasper zu: Bei alle diesen wohlwollenden Erklärungen hat man als Mitglied des Rats immer doch eins im Auge zu behalten, man darf nicht ungerecht sein. Man darf nicht sagen: Die und die, die gerade gegenste-
Gegenstand
hend

~~während~~ der ^{= Erklärung} ~~Erläuterung~~ des eines Stadtverordneten gewesen sind, sollen sofort ihr Geld erhalten, und andere, deren Verhältnisse auch nicht so liegen, wie bei den Staatsbeamten, lassen wir einstweilen unberücksichtigt. Wenn wir jetzt nachträglich ~~wür-~~
^{über} ~~den~~ das, was die früheren Stadtverordnetenversammlung für angemessen gehalten hat, bei den Witwen und Waisen der Beamten und Lehrer hinausgehen, dann wäre es richtig, auch die ~~Ruhelöhngelälter~~ ^{Lehrlöhne} und ~~Ruhelohn-~~
~~sätze~~ entsprechend aufzubessern. In welchem Umfange das geschehen soll, daß kann ich unmöglich in so kurzer Zeit ermitteln, denn dazu gehören eingehende Berechnungen. Was wir in dem einen Falle tun, müssen wir in dem anderen Falle auch. Ich bin bereit, die Sache in Gang zu bringen, selbstverständlich! Im übrigen weise ich darauf hin, daß das Ministerium erklärt hat, daß die Nachzahlungen, die der Staat sich vorgenommen hat, vom 1. Januar d. Js. an erfolgen werden, sodaß den Hinterbliebenen sofort die Rate für ein Vierteljahr ausgezahlt werden

kann.

- 130a -

kann. Wir haben das Verzeichnis dafür bereits abgesandt.

Stadt v. J a h n s : Herr Dr. Schultze hat den Antrag eingebracht: Nachzahlung ab 1. April 1921. Ich habe bei Einbringung dieses Antrages nichts dagegen erwähnt, weil ich meinte, im Finanzausschuß würde sich die Sache schon automatisch regeln. Ich war bei der Beratung des Antrages im Ausschuß zugegen, aber als Nicht-Mitglied dieses Ausschusses konnte ich mir nur eine mir nötig erscheinende Frage erlauben, die dahin beantwortet wurde, daß von den übrigen Städten nicht festzustellen sei, wie diese in der Angelegenheit vorgehen. Ich bin der Ansicht, daß die Witwen und Waisen der städtischen Beamten und Lehrer nicht schlechter gestellt werden sollen als die der staatlichen und Reichsbeamten, und habe mir deshalb eben erlaubt, einen Antrag einzubringen, diese Nachzahlungen wie bei den Beamten des Reiches und des Staates rückwirkend bis zum 1. April 1920 an eintreten zu lassen. Wir können doch nicht sagen: *Die* städtischen Beamten sind schlechter als alle anderen Beamten, die Reichs-

und

und Staatsbeamten. Wenn wir nun einmal das Sperrgesetz haben, das besagt: Ihr dürft die städtischen Beamten nicht besser bezahlen als die Reichs- und Staatsbeamten, dann halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß sie auch nicht schlechter bezahlt ^{werden} ~~wird~~ als die anderen Beamten, und daß ihre Witwen ebenso behandelt werden wie die der Reichs- und Staatsbeamten.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag des Herrn
J a h n s lautet:

„Es wird beantragt, die Bezüge gleich denen der
Staatsbeamten ab 1. April 1920 zu gewähren.“

Wir müßten wohl hinzusetzen: Wassen Bezüge?
Herr Dr. Jasper will den Kreis der zu berücksich-
tigenden weiter ziehen als Herr Dr. Schultze.

Stadtv. J a h n s ; Ich habe bei meiner Abänderung den Antrag des Herrn Dr. Schultze im Auge, der die Nachzahlungen vom 1. April 1921 ab wünscht, während ich den 1. April 1920 festgesetzt zu haben wünsche.

V o r s i t z e n d e r : (teilt noch einmal den Inhalt der Anträge der Stadtverordneten Dr. Schultze, Jahns und Dr. Jasper mit)

Man kann darüber im Zweifel sein, welches der weitgehendste Antrag ist. Zeitlich gerechnet ist der Antrag des Herrn Jahns, während der Antrag des Herrn Dr. Jasper den Kreis der Personen am weitesten fassen will. Aber es weiß ja jeder, wie er abzustimmen hat. Ich lasse zuerst abstimmen über den Antrag Jahns.

Stadtv. Dr. J a s p e r (zur Abstimmung) Meiner Meinung nach ist zuerst die geschäftsmäßige Lage zu klären, ob heute die sachliche Entscheidung getroffen werden soll oder ob eine Vorlage irgendwelchen Inhalts vom Räte vorgelegt werden soll. Im Allgemeinen ist der zuerst charakterisierte Antrag derjenige, der zuerst zur Erledigung gestellt wird.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte diejenigen Herrschaften, sich zu melden, die der Meinung sind, daß zuerst der Antrag Jasper zur Abstimmung gebracht werden soll. (Geschieht.) Das ist angenommen.

Wer nun für den Antrag des Herrn Dr. Jasper ist, der ~~ehne~~ möge die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag Jasper ist angenommen.

4. Äußerung des Rates der Stadt über Errichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts.

Stadtv. Dr. R ö p k e : Im Dezember v. Js. hat Herr Stadtv. Dr. Schultze den Antrag gestellt, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Vorlage an die Stadtverordneten über Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts ~~bei~~ gelangen zu lassen. Der Antrag ist damals von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. Inzwischen hat der Rat der Stadt wegen Errichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts bei anderen ~~städtischen~~ ^{Hörden} Ermittlungen angestellt und hat am 2. März d. Js. ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet, nach dem er zu der ~~Erkenntnis~~ ^{Erfüllung} gekommen ist, daß man mit der Errichtung eines Gesundheitsfürsorgeamts in der Stadt Braunschweig besser wartet, bis ^{das} in Aussicht stehende Jugendwohlfahrtsgesetz des Reiches in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz läge seit dem vorigen Jahre im Reichstage vor und ~~dieses Gesetz~~ ^{den} würde ~~die~~ Deutschen Städte zu einer durchgreifenden Neugestaltung ihrer

Fürsorge-

Fürsorgemaßregeln Veranlassung geben. Gerade auf gesundheitlichem Gebiete sei eine Zusammenfassung der Fürsorge in ~~der~~ Jugendämtern unter ausgiebiger Inanspruchnahme ärztlicher Mitwirkung geplant. Wollte man vorher hier ein Gesundheitsamt ins Leben rufen, so würde man leicht in die Lage kommen, ~~so~~ ~~würde man leicht in die Lage kommen~~, daß die soeben dafür aufgestellten Richtlinien alsbald nachher wegen des Reichsgesetzes, sowie wegen der Maßnahmen der Reichs- oder landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen umgestaltet werden müßten. Der Rat der Stadt hält es deshalb nicht für zweckmäßig, auf der gegenwärtig ungewissen Grundlage vorzugehen, stellt aber in Aussicht, daß er nach Inkrafttreten des Reichsgesetzes in eine erneute Prüfung der Frage eintreten will.

Dieses Schreiben des Rates ist vom Rechtsausschuß eingehend besprochen worden. Die Stellung der einzelnen Mitglieder des Ausschusses zu dem Rückschreiben des Rats war verschieden. Ein Teil
der

der Mitglieder des Ausschusses schloß sich den Ausführungen des Rats an und vertrat die Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sei, jetzt mit der Einrichtung eines Gesundheitsfürsorgeamte vorzugehen, daß vielleicht erst wirksam würde, wenn es ^{nicht} umgestaltet ^{wäre} ~~wäre~~. ^{müßte} Es wird der Versammlung bekannt sein, daß das fragliche neue Reichsgesetz wahrscheinlich noch in diesem Jahre in Kraft treten wird; die Vorarbeiten sind abgeschlossen und voraussichtlich ~~hat~~ ^{wird} sich der Reichstag sehr bald mit der Sache beschäftigen. Ein anderer Teil des Rechtsausschusses meinte, man solle jetzt nur erst einmal den Anfang machen, und wenn man später Änderungen treffen müßte, so wäre das nicht so schlimm. Eine Beschlußfassung in dieser Frage durch die Stadtverordnetenversammlung ist nicht möglich, denn die Rechtslage ist so: Die Stadtverordnetenversammlung hat den Rat der Stadt ersucht, eine Vorlage zu machen, und der Rat hat das abgelehnt. Die beiden städtischen Behörden stehen sich gleich. Wenn der Rat nicht will, haben

wir

wir keine Möglichkeit, ihn zu zwingen, falls wir nicht das Ministerium anrufen wollen. Wir werden also heute in dieser Sache keinen Beschluß fassen können, es sei denn, daß von irgend einer Seite ^{mein} ~~an~~ besonderer Antrag gestellt wird.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren!
So dringend nötig auch das Gesundheitsfürsorgeamt
ist, sind meine Freunde doch der Ansicht, daß die
Errichtung desselben solange hinausgeschoben wer-
den soll, bis der Reichstag das Jugendfürsorgege-
setz erledigt hat, und ich möchte bitten, sich in
dieser Form auszusprechen. Eins muß allerdings
noch gesagt werden, nämlich daß man in dieser Zeit
eine Abteilung des Wohlfahrtsamt mit dieser Sache
bebrauen könnte, sodaß man jetzt schon alles da-
hin *Gehörige* unter das Wohlfahrtsamt faßt. Eigen-
artig berühren muß es, wenn die Jugendfürsorge in
Frage kommt, daß sie so getrennt gehandhabt wird:
ein Teil durch das Wohlfahrtsamt, ein Teil durch
die Polizeidirektion, ein Teil durch die ^{*Privat*}~~Bade~~ein-
richtungen. Man sollte versuchen, für die Jugend-
lichen eine Abteilung im Wohlfahrtsamt zu errich-
ten und sämtliche Veranstaltungen für die Jugend-
lichen dem Wohlfahrtsamt zu unterstellen, nicht
aber zum Teil der Polizei. Ich glaube, wir alle

wollen

wollen unsere Jugendlichen nicht durch Polizeiorgane beaufsichtigen und erziehen lassen, sondern durch Leute, die mit der Jugend- und Wohlfahrts-
pflege vertraut sind. Da das Gesundheitswesen und die Jugendfürsorge eine Sache der Wohlfahrt des Volkes ist, so müssen sie mit dem Wohlfahrtsamt vereinigt, der Polizei aber für Jugendfürsorge entrissen werden.

Stadt v. Dr. S e h u l t z e : Meine Damen und Herren! Ich habe seinerzeit den Antrag gestellt, ihn näher begründet und ~~ihn~~ ^{das Gesundheitsfürsorgeamt} dabei für notwendig und gut für unsere Stadt erklärt. Sie können deshalb verstehen, daß ich nicht leichten Herzens die Ausführung des in dem Antrage Gewünschten ^{mir} aufschieben lassen will. Ich halte es für ^{nötig} möglich und für besser, daß nicht auf das Jugend-Wohlfahrtsgesetz gewartet wird, welches seit 3/4 Jahren uns ^{aber immer noch nicht fertig} angekündigt ist. ~~Aber~~ ^{angeführt} der Brei ist immer noch zu heiß, so daß man sich ~~immer~~ noch nicht daran gewagt hat. Ich glaube auch nicht, daß sich in dem neuen Gesetze sehr viel finden ~~würden~~, was für das hier zu errichtende Gesundheitsamt irgendwie von wesentlicher Bedeutung ist. Das neue Gesetz wird jedenfalls ein ^{großes Rah-} ~~ganzes~~ ^{men-} ~~gesetz~~, und ~~dann~~ ^{es} (müssen) ~~die~~ einzelnen Kommunen die Einrichtungen selbst schaffen. Selbstverständlich werden wir ~~das~~, was wir vorher schon haben, erhalten müssen und darin das ~~Neue~~ einfügen. ~~Da~~ wir ein Wohlfahrtsamt haben, so ist es natürlich, daß

das

das Jugendamt eng angegliedert wird an das ^{Wohlfahrtsamt und das} Gesundheitsamt. (Zuruf: Umgekehrt!) Nicht etwa umgekehrt, es kann nicht das Gesundheitsamt dem Jugendamt unterstellt werden, aber beide gehören völlig innig zusammen. Das ~~Gesund-~~Jugendamt hat noch andere Aufgaben als das Gesundheitsamt zu treiben und ist ein Teil des Gesundheitsamts. Man kann nicht sagen, es muß auf die Einrichtung eines ^{Gesundheitsamtes} ~~Jugendwohlfahrtsamtes~~ ^{Jugendwohlfahrtsamt} ~~Gesundheitsamt~~ gewartet werden, bis das ~~Gesundheitsamt~~ eingerichtet ist. Ich würde es für erspriesslicher halten, wenn wir schon ein Gesundheitsamt neben dem Wohlfahrtsamt hätten und dann später ein Jugendamt eingerichtet würde, ich befürchte sonst, daß das Gesundheitsamt überhaupt nicht eingerichtet wird. Wir wünschen ein Gesundheitsamt unter ärztlicher Leitung, selbstverständlich in ^{seiner} ~~ihnen~~ Zusammenhänge mit dem Wohlfahrtsamt und dem Jugendamt.

Besonders möchte ich hierbei noch auf eins hinweisen: Es ist mir aufgefallen, daß in der Stadt Braunschweig die ~~gesundheit~~fürsorglichen Maßnahmen

etwas

etwas zurückgeblieben sind, und das ist um so verwunderlicher, als die Stadt in gewisser Beziehung durch den Staat entlastet wird. Es ist Aufgabe der Kommunen, für die Kranken ~~dort~~ ^{für sie} besondere Mittel aufzubringen und Einrichtungen zu schaffen. Nun ist aber hier in der Stadt das Landeskrankenhaus, ^{das vom Staat aufgestellt wurde} und die Stadt weiß vielleicht nicht einmal, wie groß die Entlastung ist, die ihr dadurch zuteil wird. Das Landeskrankenhaus braucht ^{jährlich} ~~jährlich~~ 1 1/2 Millionen Mark Zuschuß, das Städtische Krankenhaus einen Zuschuß von 1 Million - es ist also eine ganze Menge Geld, das die Stadt spart. Alle unsere Nachbargemeinden müssen große städtische Krankenhäuser halten, ^{besonders} ~~und~~ die chirurgische ^{Station} ~~und~~ verursacht ^{mit dem starken Rohraufbau an Werkbaumaterial} viel Geldkosten. Um so mehr sollte man ~~daran~~ denken, daß die Stadt ihre ganze Kraft nun auf das Gesundheitsfürsorgewesen ~~wirft~~ ^{wirft} und dort vorbildliche Einrichtungen schafft, ^{man} ~~aber~~ man kann nicht sagen, daß diese Fürsorgeeinrichtungen in hiesiger Stadt vorbildlich sind - man braucht sich nur die Tuberkulosenfürsorgestelle anzusehen, um das zu ^{kennen} ~~erkennen~~.

Diese

^{geringerer gefühlvoller}
Diese ~~wenige~~ Fürsorge liegt meiner Ansicht nach daran
daß wir kein Gesundheitsamt haben, keine Zusammen-
fassung in einem derartigen Amte, wie ich es bean-
tragt habe. Deshalb habe ich die Ansicht, daß ein
Aufschieben nicht gut ist, und behalte mir vor, ^{nochmal} ~~einen~~
direkten Antrag zu stellen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich möchte nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der Rat sehr eingehende Erhebungen über die Einrichtung von Gesundheitsämtern bei 30 anderen Städten veranstaltet hat. Es hat sich dabei ergeben, daß überwiegend die Gesundheitsämter entweder in inniger Verbindung mit den Kreisärzten, also mit den Physici^{en}, wie sie früher genannt wurden, eingerichtet sind, oder daß die Gesundheitsämter als Unterabteilung des städtischen Wohlfahrtsamtes bestehen. Nur ganz wenige Städte haben ein selbständiges ^{Gesundheits-}Wohlfahrtsamt. Die Stadt Hannover erklärt, sie würde es für außerordentlich ^{unn-}zweckmäßig halten, wenn man ein besonderes Gesundheitsamt neben dem Wohlfahrtsamte einrichten wollte; sie befürchtet, daß durch den Schriftwechsel, durch Zuständigkeitsstreitigkeiten unangenehme Weiterungen entstünden, abgesehen von den Mehrkosten durch die Zersplitterung der Arbeit. Damit die Herrschaften sich über diese Verhältnisse unterrichten können erlaube ich mir auf ^{ihnen}~~diesen~~ ausgezeichneten Aufsatz, der von

Herrn

Herrn Bezirksamtman ~~n~~^hmann geschrieben ist, hinzuweisen, in dem ausgeführt ist, wie tief einschneidend die Bestimmungen des Jugend-Wohlfahrtsgesetzes sein werden, und wie die allgemeine gesundheitliche Fürsorge den Gesundheitsämtern, die Fürsorge für einzelne Menschenkinder aber den Wohlfahrtsämtern übertragen werden müßte. Vielleicht nehmen die Herrschaften Veranlassung, sich zu überzeugen, daß von uns in dieser Angelegenheit völlige Aufmerksamkeit angewendet werden muß, die nach den verschiedensten Richtungen wirksam sein muß und es auf keinen Fall zulassen darf, daß unser Wohlfahrtsamt an die Wand gedrückt wird.

Stadtv. S t e i n e r t : Seinerzeit, als Herr Kollege Schultze seinen Antrag stellte, bin ich warm dafür eingetreten, und zwar aus all den Gründen, die wir hier ausgesprochen haben. Wir wissen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in Braunschweig so liegen, daß auf dem Gebiete der Gesundheitspflege unbedingt etwas getan werden muß. Es ist von dieser Stelle aus schon verschiedentlich über die Lungentuberkulose gesprochen worden und wir haben auf die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten hingewiesen. Das sind Fragen, die mich seinerzeit veranlaßt haben, für den Antrag des Herrn Dr. Schultze einzutreten, weil ich mir sagte, daß besonders in dieser Hinsicht auf dem Gebiete des Gesundheitswesens in unserer Stadt etwas getan werden muß. Wenn nun vom Rat der Stadt gesagt wird, daß wir mit Errichtung des Gesundheitsamts warten sollten, bis das Reichsgesetz heraus ist, so bedauere ich das. Wir wissen, daß derartige Reichsgesetze und Verordnungen einen ziemlich langen

Weg-

Weg nehmen, ehe sie so weit sind, daß sie veröffentlicht werden und handgreifliche Maßnahmen verlangen. Wenn nun gesagt wird: „Würden wir vorgreifen und ein Gesundheitsamt einrichten, so müßten wir, nachdem das Reichsgesetz in Kraft getreten ist, die ganze Sache wieder umodeln,“ so denke ich, daß die Maßnahmen des Reichsgesetzes nicht so einschneidend sein werden, daß wir deshalb das ganze Gesundheitsamt umändern müßten. Ob das Gesundheitsamt dem Wohlfahrtsamt angegliedert werden soll oder sich mit der Jugendfürsorge zusammenschließen soll, daß sind schließlich doch Fragen von untergeordneter Bedeutung. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß wir bestrebt sein müssen, ein *G*esundheitsamt unter ärztlicher Leitung einzurichten. Die Errichtung des Gesundheitsamtes soll man bejaen, aber wenn dieses auch die einzelnen Mißstände wohl ergründen und an seinem Teile zur Abhilfe beitragen kann, so kann es das doch nicht in dem Maße, als wenn eine gesundheitliche Abteilung dem Wohlfahrtsamt angegliedert

dert

dert wäre, wobei der Leiter des Gesundheitsamtes ein Arzt ist, der besseres Verständnis für derartige Sachen hat wie die Wohlfahrtspflegerinnen - denen ich im übrigen aber damit keinen Vorwurf über ihre Tätigkeit machen will. Wenn wir mit der Errichtung des Gesundheitsamtes warten, so wird kostbare Zeit vertrödet, und in diesem Falle ist die Zeit doppelt kostbar, weil es sich um die Gesundheit handelt. Ich bedaure deshalb, daß wir nach der Meinung des Rates warten sollen, bis das Reichsgesetz heraus ist.

Stadt v. M a r t h : Die Herren ^{Dr.} Schultze und Steinert sind auf die Mißstände zu sprechen gekommen, die in gesundheitlicher Beziehung bei uns herrschen, und ich gebe zu, daß solche Mißstände ganz besonders unserer Fürsorge ~~stelle~~ bedürfen. Aber muß es denn gleich ein Gesundheitsamt sein, dem diese Arbeit übertragen wird? Kann man nicht eine Abteilung beim Wohlfahrtsamt einrichten, um dadurch in gesundheitlicher Beziehung zu nützen? Müssen wir denn noch mehr Ämter haben als jetzt schon, oder wollen wir nicht versuchen, das Wohlfahrtsamt so auszubauen, daß es alle Zweige der Fürsorge in sich schließt, auch die Kindertfürsorge und die Gesundheitsfürsorge? Ich möchte also bitten, vorläufig von der Errichtung eines besonderen Gesundheitsamtes Abstand zu nehmen und das Wohlfahrtsamt mit dieser Gesundheitsfürsorge mit zu betrauen.

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : Ich glaube, es ist ein gewisses Mißverständnis meiner Worte entstanden. Ich habe niemals beantragt, ein selbständiges Gesundheitsamt zu errichten und habe absichtlich dieses Wort „selbständig“ in meinem Antrage weggelassen. Damit habe ich es dem Rat der Stadt überlassen wollen, wie es sich das Gesund-
^{= auch einrichten will}heitsfürsorge denkt. Auch habe ich mir nicht gedacht, daß ~~nicht~~ plötzlich ein großes Amt allein für sich errichtet werden soll, sondern an eine Verbindung mit dem Wohlfahrtsamt. Ich stelle mir ein ^{großes} ~~ganzes~~ Wohlfahrtsamt vor mit den Unterabteilungen Gesundheitsamt und Jugendfürsorgeamt. Ob sich nachher ein selbständiges Gesundheitsamt als notwendig erweist, daß ist eine andere Frage. Man kann nicht plötzlich das Haus groß bauen, sondern muß erst klein anfangen und es dann erweitern. Ob man es neben oder unter dem Wohlfahrtsamt einrichtet, ist eine Frage, über die man nicht zu streiten braucht

- das

das wird sich nach den Verhältnissen in der Stadt schon ergeben. Ich möchte Einsprache dagegen erheben, daß es meine Absicht ist, durch das Gesundheitsamt das Wohlfahrtsamt an die Wand zu drücken. Wenn wir das Gesundheitsamt errichtet sehen wollen, so wollen wir selbstverständlich auch ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Wohlfahrtsamt, Jugendamt und Gesundheitsamt. ^{tiefer hin} Das ~~Gehörde~~ innig zusammen, und es ist vollkommen Mißverstanden, wenn gemeint wird, daß man etwas anderes überhaupt beabsichtige.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Es ist außerordentlich erfreulich, daß Herr Stadtv. Dr. Schultze die Sachlage in dieser Weise geklärt hat. Wenn bei Begründung seines Antrages dieses Entgegenkommen dargelegt wäre, dann wäre vielleicht die heutige Erörterung vermieden. Ich kann aber feststellen, daß von seiner Seite damals die Eigenschaft des Gesundheitsamts als einer Unterabteilung des Wohlfahrtsamts nicht erwähnt worden ist, und wir müßten auf der Hut sein, daß durch Einrichtung eines gesonderten Gesundheitsamts nicht die Erfüllung der Aufgaben des Wohlfahrtsamts gefährdet wurde. Es ist schön, daß wir etwas anderes gehört haben, und in der Form, wie es jetzt dargelegt worden ist, wird sich sehr wohl eine Regelung herbeiführen lassen, sobald wir durch das Gesetz freie Hand bekommen.

Stadt v. L e h n e r t : Ich glaube, die Errichtung eines Gesundheitsamts ist nötig, und die Frage hätte vom Reichstage mehr beschleunigt werden können als die Vorlage der Steuer. Dazu hat man die Zeit benutzt, wenn es sich aber darum handelt, den m~~ä~~sserabelen Gesundheitszustand des Deutschen Volkes einigermassen zu heben, glaubt man noch immer Zeit genug dafür zu haben. Wer sich im Krankenkassenwesen mit der Gesundheitspflege befaßt, der kann erkennen, wie unbedingt notwendig es ist, daß ein solches Amt eingesetzt wird. Der Rat wird sich nicht das geringste vergeben, wenn er möglichst rasch dies Institut ins Leben ruft. Herr Kollege Dr. Schultze hat auf die Tuberkulose-Fürsorgestelle hingewiesen. ^{Das} ~~Dieses~~ ^{davon} Überbleibsel kann vielleicht einmal späteren Geschlechtern gezeigt werden, damit wir wissen, wie die Auskunftsstelle ausgesehen hat. Einer Stadt wie Braunschweig gereicht es wirklich nicht zur Ehre, in einem solchen Hundestalle eine Auskunftsstelle für diejenigen untergebracht zu haben, die ~~A~~uberkula sind

sind und die jede Fliege an der Wand ärgert, weil sie nicht sehen, daß ihnen Hilfe nicht gebracht wird. Unbedingt notwendig ist es, Aufklärung in betreff der Geschlechtskrankheiten zu schaffen. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten einen solchen Umfang angenommen haben wie nie zuvor. Ein Gesundheitsamt könnte mit dazu beitragen, so rasch wie möglich überall Aufklärung zu schaffen. Was nützt es, wenn auf der heutigen Tagesordnung ein Beitrag zur Vorführung eines Aufklärungsfilms über die Lungentuberkulose steht. Der Gesundheitszustand des Volkes kann nur gehoben werden, wenn so rasch wie möglich alle verfügbaren Mittel verwandt werden, um gesunde Wohnungen zu schaffen. Ich habe schon in einer früheren Versammlung darauf hingewiesen, daß bei der Einweihung einer Lungenheilstätte bei Dresden der Obermedizinalrat Dr. Schultze besonders hervorgehoben hat, daß dem Deutschen Volke nichts so nötig tut wie gesunde Wohnungen. Wenn das neue Gesundheitsamt seine Aufgabe

so angreift, daß es auch in dieser Hinsicht seine Schuldigkeit tut, dann habe ich die Hoffnung, daß die Behörden, die berufen sind, über die Wohnungsfrage zu wachen, dieser Sache etwas mehr ^{helfend} ~~Hilfe~~ zur Seite stehen, als von mancher Seite bisher geschehen ist. Ich möchte Sie ersuchen: Warten Sie nicht auf das, was der Reichstag beschließen wird. Er hält es unter allen Umständen erst einmal für notwendig, seine Millionen einzuheimsen, und daß andere wird auf den Nimmerleinstag verschoben.

- 158 -

Ohne Beschlußfassung.

(Punkt 4.)

5. Anbringung eines sicheren Verschlusses an dem Dienstraum für die Depositenverwaltung im Rathause.

Stadt, N e s s e n i u s : Der für die Depositenverwaltung bestimmte feuersichere Raum im Anbau des Rathauses entbehrt zur Zeit noch eines festen Verschlusses, sondern ist vorläufig nur durch eine einfache Füllungstür abgeschlossen. Der Rat der Stadt ersucht, die Anbringung eines sicheren Verschlusses zu genehmigen, um so bald als möglich seinen wertvollen Inhalt entsprechend zu schützen. Eine völlige Diebes- und feuersichere Tür würde nun aber heute 29 000 M kosten. Man schlägt deshalb eine aus eichenen Bohlen angefertigte, mit Stahlblechbeschlägen und mit einem eisernen Rahmen versehene Tür vor, die Gewähr dafür bietet, daß sie nicht aufgebrochen werden kann. Die Kosten dafür sollen 6300~~0~~ M betragen. - Der Bauausschuß, der diese Sache vorberaten hat, ist gleichfalls der Ansicht, daß diese Eichentür den Vorzug verdient, weil sie bedeutend billiger ist und auch einen genügenden Schutz bietet. Ich bitte Sie Namens des Ausschusses, die 6 300 M zu bewilligen.

Stadtv. R e g e n e r : Die Worte des Herrn Referenten hab^{en}/mich nicht überzeugen können, daß hier nicht eine Schöppenstedterei vorgenommen werden soll. Es handelt sich um einen feuersicheren Raum, und wie die Tagesordnung sagt, soll eine feuersichere Tür davorgelegt werden. Es gibt ein altes braunschweiger Wort, daß heißt: Alles in der Welt, nur keinen hölzernen Backofen! Dies hier aber scheint solch ein hölzerner Backofen werden zu sollen. Ich wäre dafür, daß die Sache an den Ausschuß zurückverwiesen wird. Wenn der Raum feuersicher sein soll, müßte vor ihm auch eine Panzertür gebracht werden, ganz ~~unberücksichtigt~~ unbekümmert um die entstehenden Kosten. Wenn dort solch wertvolles Dokumente untergebracht sind, würde ich das für notwendig halten.

Oberbürgermeister R e t e m s y e r : Man kann darüber streiten, ob es sich darum dreht, einen vollständigen feuersicheren Raum zu schaffen. Allerdings steht auf der Tagesordnung: „Anbringung eines feuersicheren Verschlusses“, aber wir haben unseren feuersicheren und **d**iebessicheren Raum an einer anderen Stelle im Rathaus - ich brauche ja nicht öffentliche zu sagen, wo. In dem Dienstraum für die Depositenverwaltung aber werden nicht wirklich realisierbare Werte untergebracht, sondern hier liegen nur die Mäntel der Wertpapiere, und die **C**oupons verwahrt der Rat an einer anderen Stelle. Außerdem ist zu bedenken, daß nach menschlichem Ermessen es ausgeschlossen ist, daß in diesem Raume Feuer entsteht, wenn das nicht ~~nur~~ ^{durch} einen Blitzschlag verursacht werden sollte. Das ganze Haus ist massiv gebaut, und während der Nacht haben wir einen Wächter im Rathaus. Sollte wirklich einmal Feuersgefahr entstehen, denn wird sofort die Feuerwehr alarmiert. Unter solchen Umständen genügt es, wenn wir eine starke Eichenholztür die mit Stahl beschlagen ist, vor diesen Raum bringen.

Stadtv. R e g e n e r zieht seinen Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß zurück und der Ratsantrag wird angenommen.

(Punkt 5.)

V o r s i t z e n d e r : Herr J a h n s hat einen Geschäftsordnungs-Antrag eingebracht. Er lautet:

„Es wird beantragt, im Hinblick auf die vorgeschrittene Tageszeit den Punkt der Tagesordnung: „Beamten-pp Besoldung nach Ortsklasse A“ vorweg zu behandeln.“

Der Antrag wird angenommen.

6. Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten und
Lehrkräfte infolge Einreihung der Stadt Braunschweig
in die Ortsklasse A:

In Verbindung damit:

Antrag F a y , die Bezüge der städtischen Angestell-
ten der Versetzung Braunschweigs in die Ortsklasse A
anzupassen.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 6 dieses
Berichts.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine verehrten Damen
und Herren! Die Druckschrift über diesen Punkt^(der Forderung) ist
Ihnen allen zugegangen. Ich setze voraus, daß Sie
sie fleißig studiert haben, und kann mich deshalb
kurz fassen. Es heißt darin, daß das Staatsmi-
nisterium durch Verfügung vom 8. März angeordnet hat
daß die Berechnung und Auszahlung der sich durch hö-
here Einstufung der Stadt Braunschweig in die Orts-
klasse A für die braunschweigischen Staatsbeamten er-
gebenden Mehrbeträge mit größter Beschleunigung durch-
geführt werden soll. Nach § 8,2 der Besoldungs-

satzung

satzung vom 20. Dezember 1920 ist Art und Höhe des Ortszuschlages von den städtischen Behörden zu bestimmen. Bereits bei den früheren Festsetzungen - zuletzt in der Sitzung vom 23. Juni 1921 - haben die Stadtverordneten beschlossen, daß der reichsgesetzliche Ortszuschlag auch den städtischen Beamten und Lehrkräften gewährt werden soll, und da die tunlichste Gleichstellung der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten im ganzen Reiche angestrebt wird und zum großen Teile durchgeführt ist, ist der Rat der Ansicht, daß auch in diesem Falle die vom Reiche und Staate gezahlten Sätze den im Dienst der Stadt tätigen Beamten und Lehrkräften zu gewähren sind.

Es folgen dann in der Vorlage die Beispiele, wie die Sätze früher gewesen sind und wie sie sich demnächst gestalten sollen. Das werden die Herrschaften schon für sich geprüft haben. In dem Absatz, wo von dem Ausgleichszuschlage zu den Kinderbeihilfen die Rede ist, heißt es dann noch: „Dabei möge darauf hingewiesen werden, daß, während der Staat die Kinderbet-

hilfe

hilfe auf 40, 50 und 60 M bemessen hat, diese den städtischen Beamten durchweg in Höhe von monatlich 50 M und zwar bis zum 18. (beim Staate bis zum vollendeten 21.) Lebensjahre des Kindes gewährt werden."

Der Antrag des Rats lautet: Zustimmung dazu zu geben, daß

- 1) den städtischen Beamten und Lehrkräften mit Wirkung vom 1. April 1920 widerruflich gewährt werden:
 - a) die Ortszuschläge nach den Reichsgesetzlichen Sätzen der Ortsklasse A,
 - b) die Ausgleichszuschläge zum Grundgehälter und Ortszuschläge sowie zu den Kinderbeihilfen in der durch die neue Einstufung hervorgerufenen, oben näher erläuterten Höhe,
- 2) als Stichtag der Zahlungstag gilt, sodaß Personen, die am Tage der Auszahlung nicht mehr im städtischen Dienste stehen, keinerlei Nachzahlung erhalten. Ausgenommen hierbei sollen nur solche Beteiligte sein, die nach dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind sowie die Hinterbliebenen

der

der seit jenem Zeitpunkt verstorbenen Beamten.

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat sich mit dieser Frage sehr eingehend befaßt. Es wurde dort zur Sprache gebracht, daß für die Reichsbehörden noch gar keine Verfügung erlassen ist, daß Zahlungen erfolgen sollen. Es ist auch der eigenartige Standpunkt des hiesigen Ministeriums erwähnt, daß es, obgleich es eine neue Benachrichtigung vom Reiche noch nicht habe, für seine Beamten die Zahlung verfügt hat. Demgegenüber wurde darauf verwiesen, daß die betreffende Bekanntmachung im Reichsgesetzblatt stehe, wonach es außer allem Zweifel stehe, daß die neuen Ortszuschläge Gesetzkraft erlangt haben, und außerdem ist in dem heute erschienenen Blatte bekannt gegeben, daß auch Braunschweig zur Ortsklasse A versetzt ist und damit die Zahlung angewiesen ist. Daß die Benachrichtigung noch nicht in Braunschweig angelangt sind, liegt daran, daß Berlin den Vorzug habe, sich bereits in Ortsklasse A zu befinden. Nach alledem hat sich der Haushaltsausschuß in seiner Mehrheit

dafür

dafür ausgesprochen, daß dem Ersuchen des Rates der Stadt nachzukommen sei, und ich habe Ihnen Namens des Ausschusses dies zu empfehlen.

Soweit mein Bericht als Berichterstatter. Ich möchte mir nun noch einige persönliche Bemerkungen zu dieser Sache erlauben, weil ich gerade das Wort habe. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Not groß ist und daß viel daran liegt, daß hier so schnell als möglich ~~die Sache~~ ^{die nach} der Vorlage ~~fälligen~~ Beträge gezahlt werden. Darum möchte ich Sie bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß im Anschluß an die Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung der Rat ersucht wird, mit größter Beschleunigung einen Vorschuß an die in der Vorlage Bezeichneten zu zahlen, und zwar in derselben Höhe, wie das Staatsministerium ~~ihnen~~ ^{an} ~~die~~ jene Beamten gewährt hat, die ~~ihre~~ in Orten wohnen, die in eine höhere Ortsklasse versetzt sind.

Für die Staatsbeamten in der Stadt Braunschweig hat das Staatsministerium genehmigt, daß ein Vorschuß von 1 500 M ihnen ausgezahlt wird. Ich bitte die

Herrschaften,

Herrschaften, sich damit einverstanden zu erklären, daß die ^{gleiche} Ermächtigung ~~dazu~~ ^{auch} dem Rat der Stadt erteilt wird.

In Verbindung hiermit möchte ich Ihnen noch etwas vortragen, was uns vor einigen Tagen bekannt geworden ist. Eine diese Sache betreffende Eingabe liegt ja auch den Stadtverordneten vor, es handelt sich um die Steuerbeamten beim Rat der Stadt, die in den Staatsdienst übergetreten sind..... (Der Redner wird vom Vorsitzenden unterbrochen.)

Vorsitzender: Ich habe vorhin schon bei Herrn Stegmann angedeutet, daß es besser gewesen wäre, wenn er nach Beendigung seines Berichts nicht noch weitere Ausführungen gemacht hätte. Es wird auch in diesem Falle besser sein, wenn Sie mit Ihrem Berichte jetzt Schluß machen. Was Sie zuletzt berühren wollten, ist ein Gegenstand, der nicht unbedingt der Tagesordnung mit diesem Punkt/in Verbindung steht.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Ich wollte die Sache mit vorbringen in der Hoffnung, daß sie bei diesem Punkt gleich mit erledigt werden könnte.

Stadtverordneter L e h n e r t: Ich hätte das Wort zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht ergriffen, wenn Herr Sauerbier nicht gleich mit dem Pferdefuß hinterher gekommen wäre, daß man das machen sollte, was wir bezüglich der früheren städtischen Beamten schon einmal abgelehnt haben. Ich bin der Meinung, wir nehmen die Vorlage an, wie sie hier eingebracht ist, und alles andere ist durch unsere frühere Ablehnung erledigt. Mit demselben Rechte wie diese städtischen Beamten könnte auch ein Teil der Arbeiter, die aus dem städtischen Dienste ausgeschieden sind, Anspruch auf Nachzahlung erheben. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch ein Teil der Leute aus der Abteilung der Zeichner weggegangen sind. Die könnten ^{sich} ja auch noch sagen: Nun holst du auch noch rein, was irgend möglich ist. Das gibt es nicht! ^{er} Was ausgeschieden ist aus dem städtischen Dienst, der hat keinen Anspruch mehr auf Nachzahlungen und auf Teuerungszulagen. Wohin sollte das führen? Keine Privatunternehmer würden das machen. Wer die Tür sich selber von draußen zugemacht hat, der hat in Hause nichts mehr verloren.

Stadtverordneter M a a B: Ich möchte die Frage an den Rat der Stadt stellen, warum es bei den städtischen Beamten nicht so schnell gegangen ist mit der Nachzahlung wie bei dem Staatsministerium. Die Beamten haben zu einem Mittel greifen müssen, wozu sie vor dem Kriege nicht gegriffen haben. Aber die Not ist auch bei ihnen eingetreten, und ich möchte besonders noch bitten, daß der Rat der Stadt auch die Angestellten mit einer Nachzahlung bedenken, wenn diese hier bewilligt wird. Weiter bitte ich aufzuklären, warum diese Kundgebung im Rathause hat stattfinden müssen. Denkt der Rat der Stadt nicht daran, daß auch seine Beamten Not leiden? Die Geldentwertung schreitet heutzutage doch so schnell fort, daß man das, was man heute für 100 Mark bekommen kann, übermorgen mit 150 Mark bezahlen muß. Die Erbitterung ist in die Beamten gekommen, als sie hörten daß das Staatsministerium einen Vorschuß gezahlt habe, ~~während~~ und daß auch die Postbeamten einen Vorschuß bekommen haben, während bei ihnen

noch

noch nicht einmal die Rede davon ist. Allerdings von den Reichsbehörden hat Braunschweig noch keine Anweisung bekommen, nachzuzahlen. Ich möchte bitten, wenn in Zukunft derartige Gewährungen von Aufbesserungen vorkommen, die städtischen Beamten nicht so lange an der Nase heranzuführen, damit sie nicht zu einer derartigen Kundgebung schreiten müssen, wie sie hier vorgekommen ist.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Was die Angestellten betrifft, so haben wir es bisher so gehalten, daß, nachdem Sie der Erhöhung der Bezüge für die Beamten zugestimmt haben, die Gehaltsdeputation ermächtigt worden ist, eine entsprechende Erhöhung der Vergütungen für die Angestellten vorzunehmen. Es ist nicht möglich, diesen Schlüssel der Aufbesserung für die Beamten, der Ihnen in seiner komplizierten Fassung vorgeführt ist, auch bei den Angestellten zur Anwendung zu bringen, denn da haben wir nicht die Merkmale, nach denen sich die Aufbesserung richten soll. Ich bitte Sie, auch ⁱⁿ diesem Falle die Gehaltsdeputation mit entsprechender Vollmacht zu versehen.

Was den Wunsch des Herrn Maaß betrifft, der Rat möge die Beamten später nicht wieder an der Nase herumführen, wie das jetzt geschehen sei, so möchte ich Herrn Maaß fragen, worin denn dieses Herumführen an der Nase bestanden habe⁴. Ist er so wenig orientiert über die Verhältnisse in der Stadtverwaltung, daß er nicht weiß, daß der Rat der Stadt nicht das Recht hat über Hunderttausende ohne die Zustimmung der

der Stadtverordneten zu verfügen? Wie sollte der Rat der Stadt dazu kommen, einfach zu sagen: Das Reich bezahlt das und der Staat auch, dann zahlen auch wir ohne weiteres dasselbe! Wir haben kein Gesetz, daß die Stadt zwingt ihren Beamten dasselbe Gehalt zu zahlen, wie Reich und Staat ihre Beamten bezahlen. Wenn Sie davon gehört haben, so ist das eine Legende. Es besteht nur das Gesetz, daß die Stadt mit ihren Gehältern nicht über die des Reichs hinausgehen soll, und dann ein Beschluß des ^{Land}~~Reichs~~tags, der dahin geht, das Ministerium aufzufordern, eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach die städtischen Beamten in gleicher Weise besoldet werden sollen wie die Staatsbeamten. Ein solches Gesetz ist aber bis jetzt, soviel ich weiß, noch nicht einmal eingebracht. Ich bestreite also, daß der Rat in der Lage ist, die Vorschüsse zu zählen, und bestreite weiter, daß der Rat an dem Tage, an dem diese Demonstration im Rathaus-hofe stattgefunden hat, sich noch nicht mit der Sache befaßt hat. Er hatte bereits beschlossen - und die Vorlage an Sie ist bereits unterwegs -, die gleichen

Sätze

Sätze zu zahlen wie der Staat. Daß die Beamten, die *Sie* Demonstrationsversammlung versucht haben, nicht davon gewußt haben, ist nicht unsere Schuld; wir hätten schon verfügt, die Vorlage zu vervielfältigen; ich glaube allerdings, daß sie noch nicht abgesandt ist, habe das aber nicht nachgeprüft.

Nachdem nun einmal diese Demonstration erwähnt ist, kann ich ja auf sie eingehen. Sie richtet sich, wie wir hinterher erfahren haben, nicht gegen den Rat der Stadt, sondern gegen den Beamtenausschuß, und zwar deshalb, weil er nicht scharf genug gegenüber dem Rate aufgetreten sein sollte - so ist mir berichtet worden. Der Beamtenausschuß hat deshalb gesagt: Wir wollen zunächst wissen, ob die zutage getretene Auffassung die der sämtlichen Beamten ist und habe beantragt, daß die sämtlichen Beamten am Montagabend (am Donnerstag ist die Demonstration gewesen) zusammenkamen. In der Versammlung ist dann mit allen gegen eine Stimme dem Ausschuß das volle Vertrauen der Städtischen Beamtenschaft ausgesprochen. Damit ist diese unglückselige Sache erledigt gewesen. Im übrigen halte ich es für ungehörig, im Rathaus hofe derartige

Ver-

Veranstaltungen vorzunehmen. So etwas kann man auf der Straße tun, aber im Rathause gehört sich das nicht. Es sind auch nicht unsere Beamten gewesen, die die Hand dabei im Spiele gehabt haben, sondern von anderer Seite ist die Anregung ausgegangen. Ich glaube nicht, daß von unseren Beamten der Anlaß zu der Demonstration gegeben worden ist, sonst würden sie nicht nahezu einstimmig dem Beamtenausschuß ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Hindern können wir nicht, daß so etwas vorkommt, denn die Freiheit der Einzelnen wollen und können wir nicht unterbinden. Wenn sich Rathausbeamte an die Einzelnen wenden und sagen: Wir wollen nach Schluß der Arbeitszeit auf dem Rathaushofe zusammenkommen und unsere Angelegenheit ^{en} besprechen, so kann ich das nicht hindern. Wenn allerdings die Beamten zu mir gekommen wären und gesagt hätten: „Wir wollen die Sache besprechen“, dann hätte ich ihnen ohne weiteres den Rathaussaal dafür zur Verfügung gestellt, ^{Ort} ~~dort~~ brauchen sie nicht bei schlechtem Wetter auf dem Rathaushofe zu verhandeln.

handeln. Schließlich erwähne ich noch, daß mir solche Demonstrationen bei unseren Beamten als am wenigsten am Platze erscheinen, denn sie wissen genau, daß sie bei den Städtischen Behörden, wenn sie Wünsche vorzutragen hatten, immer Gehör gefunden haben, und in der Mehrzahl der Fälle haben wir ohne weiteres den Anträgen der Beamten stattgeben können.

Ich möchte nochmals bitten, dem Antrage des Rats zuzustimmen, daß die Regelung der Vergütungen der Angestellten durch die Gehaltsdeputation erfolgt.

Stadtverordneter F a y : Da einmal mein heut-
te gestellter Dringlichkeitsantrag vorliegt, so möch-
te ich Sie bitten, ihn in unmittelbarer Verbindung
(eben zur Besprechung stehenden
~~mit dem~~ Punkte 13 der Tagesordnung zu verhandeln.
Jedenfalls ist die Frage bei diesem Punkt der Ta-
gesordnung zu erledigen, weil, soweit mir bekannt,
die Angestelltenbezüge auf Grund der Besoldungssätze
der Beamtengruppe V einschließlich der Ortszulage
und Ausgleichszuschläge zum Grundgehalt aufgebaut
sind. Es ist somit richtig, wenn die Angestellten bei
der Höhereinstufung der Stadt Braunschweig in Orts-
gruppe A auch mit berücksichtigt werden.

Vorsitzender: Ich habe den Dringlichkeitsantrag des Herrn Fay zu Beginn der Sitzung schon vorgelesen; er lautet: (siehe Seite 6) Der Antrag wird bei diesem Punkt der Tagesordnung selbstverständlich mit erledigt.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Wunderbarer Weise ist im Rathause das Gerücht verbreitet, meine Partei sei eine entschiedene Gegnerin dieser Gehaltsvorlage, die heute bewilligt werden soll. Obwohl es nicht unsere Gepflogenheit ist, auf Beamtenfang auszugehen (wir haben das bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen und immer die uns eigene Stellungnahme bewahrt - Herr Sauerbier nickt dazu), so möchte ich doch erklären, daß derartige Aussagen falsch sind. Wir sind für die Vorlage. Der Herr Berichterstatter gab im Finanzausschuß die Meinung zum Besten, daß es unverständlich wäre, diese Beträge für 2 Jahre nachzuzahlen, nachdem man jetzt erst zur Einsicht gekommen ist, daß Braunschweig in Klasse A versetzt werden muß. Wenn das früher der Fall gewesen sei, dann hätte man es auch schon früher tun müssen. Jedenfalls wäre es berechtigt, daß man Braunschweig in die Klasse A versetze. Von rechtswegen könnte also doch nur von jetzt ab die Zahlung nach der Ortsgruppe A bewilligt werden. Aber wie die Finanzkommission sich dem Antrage des Rats angeschlossen hat, so

Iminer Meinung nach

so schließen wir uns dem auch an. Ich verstehe nicht, wie solch eine Parteipolitik getrieben werden kann, daß man verbreitet, wir wären Gegner der Vorlage!!

Über die Aufbesserung der Vergütungen der Angestellten hat der Herr Oberbürgermeister das Nö-tige schon gesagt.

Die Forderungen der Arbeiter werden im April auf eine Erhöhung von 3,50 M gestellt. Es sind ihnen damals 2 M bewilligt worden und über das übrige sollte, soviel mir bekannt ist, im März verhandelt werden. Der März ist jetzt fast zu Ende, und deshalb frage ich: Wie steht es damit, ^{an Arbeitern,} besonders da jetzt die Beamten an die Reihe kommen?.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Im April haben wir die Erhöhung der Löhne um ^{für die Kunst} 2 M vorgenommen- es handelte sich um ^{eine Mehr-} 1 M (Ausgabe von 4 Millionen Mark. Wir haben dann später, etwa nach 14 Tagen, einen Antrag bekommen, in dem gesagt war, daß in Magdeburg mehr bezahlt wird als hier, und der Wunsch ausgesprochen wurde, daß dementsprechend auch in Braunschweig die Löhne weiter aufgebessert werden. Dabei muß ich bemerken, daß die hier im April gezahlten Löhne zum Teil über die in der Umgegend, auch in größeren Städten gezahlten Löhne hinausgingen, und das haben unsere Arbeiter auch ausdrücklich anerkannt. Nach den Aufbesserungen, die in einigen Städten ^{jetzt} vorgenommen sind, scheinen dort die Sätze um etwas höher zu sein, allerdings um nicht viel. Es muß das immer erst genau berechnet werden, weil die Kinderzulage und das Hausstandsgeld verschieden bemessen sind, die Kinderzulagen sind aber hier höher als an anderen Orten. Nun haben wir Erkundigungen in den benachbarten Städten Hannover, Halle, Frankfurt einge-
eingezogen

eingezogen, und die Antworten auf unsere Fragen sind eingetroffen. Inzwischen ist auch ein Schreiben des Staatsministeriums auf ^{unseren} ~~einen~~ Bericht vom 9. November v. Js., den wir auf Veranlassung des Ministeriums erstattet haben, eingegangen. ⁹ Darin war die Aufforderung enthalten, die Stadt möge die ^{Lohnfestsetzungen} ~~Löhne festsetzen~~ einheitlich mit dem Staate vornehmen. Wir haben uns dazu bereiterklärt und gebeten, es möge ein unparteiliches Organ mit der Festsetzung der Löhne der Staat⁴ und Gemeindearbeiter betraut werden. Die jetzt eingegangene Antwort des Staatsministeriums geht dahin, daß man diesen Weg nicht für zweckmäßig erachten könnte. Man hätte beim Ministerium, auch wenn da durch der Staat ziemlich stark belastet würde, neuerdings für richtig gehalten, die Reichsarbeiterlöhne zu zahlen. Auch der Rat steht auf dem Standpunkt, daß dieses wahrscheinlich der beste Weg wäre, um die fortwährenden Verhandlungen etwas abzukürzen, und ¹ ~~haben~~ die Absicht, in der nächsten Woche die Lohndeputation zu einer Sitzung zu berufen, und mit ihr und mit den Arbeitern über diese Frage zu verhandeln. Ich habe al-
lerdings

lerdings an das Staatsministerium geschrieben, es möchte uns nun mitteilen, wie es die Eingruppierung ^{der} ~~ihren~~ verschiedenen Arten von Arbeitern vorgenommen hätte, denn wenn man den Reichslohntarif ansieht, dann sagt man sich: Das ist ein Kunstwerk, das studiert werden muß, und die schwierigste Frage dabei ist, wie die sachgemäße und gerechte Eingruppierung erfolgen soll.

Im übrigen können Sie sich darauf verlassen, daß der Rat die Sache nicht absichtlich hingezögert hat, aber diese aufklärenden Berichte und Schreiben mußten wir erst abwarten. Es wird uns bei jeder Gelegenheit in der Lohndeputation gesagt: „Die Unterlagen genügen nicht, um ein sachgemäßes Urteil abgeben zu können,“ und das mußten wir zu verschiedenen Malen anerkennen. Aber jetzt können wir die Lohndeputation für die nächste Woche zusammenberufen.

Stadtverordneter H e r b s t: In der Vorlage, die uns zugegangen ist, fällt mir auf, daß bei Gewährung der Kinderzulagen ein Unterschied zwischen staatliche^j und städtischen ⁿ ~~Kindern~~ Beihilfen gemacht wird. Die staatlichen Beihilfen laufen bis zum 21. Lebensjahre, während die der Stadt nur bis zum 18 Jahre laufen. Es ist doch ein eigenartiger Fall, daß die Beamten und Lehrer, die vom Staate besoldet werden, die Kinderbeihilfen für eine längere Zeit bekommen als die städtischen Beamten und Lehrer. Ich möchte beantragen, daß das für Staat und Stadt gleichmäßig geregelt wird.

Stadtverordneter J a h n s: Ich wollte dieselbe Frage zur Sprache bringen, und kann heute schon erklären, daß ich einer solchen gleichmäßigen Regelung ohne Bedenken zustimmen werde, ~~da ich~~ aber der Ansicht bin, wir sollten heute nicht weiter darauf eingehen, denn ^{man} wir diese Frage - Kinderbeihilfe bis zum 18 oder 21 Lebensjahre - zum Aus^{trag}~~ertrag~~ bringen wollten, so würde damit vielleicht die ganze heutige Vorlage ungeschmissen werden. Da wir die Revision der Besoldungsordnung vor uns haben, so wird diese Frage dabei immer noch erledigt werden können. Ich möchte also darauf hinweisen, daß ich allerdings heute diesen Antrag nicht stellen möchte, aber ich werde bei der Prüfung der Besoldungsordnung in der Kommission auf diese Ungleichheit aufmerksam machen.

Stadtverordneter B u r g d o r f f: Ich nehme Gelegenheit, auch hier zu erklären, daß ich den Standpunkt vertrete, daß man wohl den Beamten wie den Angestellten und auch den Arbeitern den Teuerungsverhältnissen entsprechende Aufbesserung^{=en} gewähren muß. Ich möchte aber, da die Fragen der Beamten hier öffentlich verhandelt werden, dem Rat der Stadt anheimgeben, bei derartigen Vorlagen auch eine Übersicht über die Aufbesserung der Bezüge der Arbeiter beizufügen. Ich höre vom Herrn Oberbürgermeister, daß es sich bei der letzten Aufbesserung der Arbeiter um einen Betrag von 4 Millionen Mark gehandelt habe. Ich glaube, das ist für die sämtlichen Damen und Herren von Interesse zum Vergleiche und zur gerechten Beurteilung der Sache. Es soll auch den Arbeitern ihr Recht werden, aber einen Überblick müssen wir uns machen können darüber, welche Bewilligungen seitens der Lohndeputation gemacht sind, damit man die Sache auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachten kann und, wie Herr Stegmann sagt, die Arbeiter nicht zu kurze kommen.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Die Äußerungen des Herrn Herbst und Jahns sind mir selbstverständlich sympathisch. Ich habe aber vor allen Dingen den Wunsch, daß die Beratung über die Vorlage heute zu einem guten Ende kommt und den Beamten möglichst bald ein Vorschuß auf die zu erwartenden Auszahlungen gewährt wird. Dazu, das Lebensalter für die Dauer der Kinderbeihilfe festzusetzen, haben wir in den folgenden Wochen immer noch Gelegenheit. Würde aber diese Angelegenheit, betreffend die Kinderzulage, noch behandelt, so würde etwas herbeigezogen, was nicht notwendig zu der heute behandelten Sache gehört. Ich möchte Sie also bitten, die Ratsvorlage heute anzunehmen und den Rat zu ermächtigen, einen Vorschuß zu zahlen, denn was die Beamten heute mit dem Gelde kaufen könnten, das ist in 6 Wochen nicht mehr möglich.

Vorsitzender: Herr Herbst, halten Sie Ihren Antrag aufrecht?

Stadtverordneter Herbst: Nach den hier gemachten Erklärungen kann ich den Antrag nicht aufrecht erhalten.

Die Rats^{an}~~vor~~träge werden nacheinander (getrennt von einander 1a, 1b und 2 - siehe Seite 165.) angenommen.

Darauf wird auch der Antrag des Herrn Stadtverordneten Sauerbier, den Beamten eine Vorschußzahlung auf die Beträge aus der Höherstufung der Orts-

klasse

klasse , wie sie das Staatsministerium gewährt hat,
zu leisten, angenommen.

Stadtverordneter F k a y: Ich darf annehmen,
daß nach meinem Dringlichkeitsantrage eingeschlossen
ist, daß eine Vorschußzahlung auch den Angestellten
geleistet wird. (Ohne Widerspruch.)

7. Übernahme eines Drittels der Mehrkosten für die
Lehrkräfte der kaufmännischen Fortbildungsschule
wegen Versetzung Braunschweigs in Ortsklasse A.

Infolge Stadtverordneter S a u e r b i e r: ~~an Stelle~~
der Versetzung Braunschweigs in die Ortsgruppe A
sind den festangestellten Lehrkräften der kaufmänni-
schen Fortbildungsschule und einem dort festangestell-
ten Beamten für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31.
März 1922 ^{an} ~~den~~ Ortszuschuß insgesamt 16 157,40 M
nachzuzahlen. Nach dem bestehenden Abkommen hat die
Handelskammer, der Staat und die Stadt je ein Drittel
des Zuschusses zu den Kosten der kaufmännischen
Fortbildungsschule zu zahlen, es würden also als An-
teil der Stadt an dieser Nachzahlung 5385,80 M her-
auskommen. Die Handelskammer bittet um Genehmigung
dieser Nachzahlung und um Leistung des auf die Stadt
entfallenden Anteil^s, und der Rat der Stadt schließt
sich diesem Antrage an. Der Haushaltsausschuß hat
sich ~~in~~ zustimmenden Sinne geäußert, und ich ersuche
Sie deshalb namens des Ausschusses, gleichfalls Ihre
Zustimmung auszusprechen.

Die Gewährung des Zuschusses wird von der Versammlung beschlossen.

(Punkt 7)

8. Gewährung von Zuschüssen für Kinderspeisungen in
der Anstalt am neuen Petritor 9.

Stadtverordnete Frau G ö t z e: Es handelt sich um die Kinderspeisungen, die von der Frauengruppe für soziale Arbeit in dem vormals Krukenberg-schen Hause am neuen Petritor seit längeren Jahren ausgeführt werden. Bis vor kurzer Zeit hatten wir mehrere solche Anstalten, sie sind aber bis auf diese eine eingegangen, für die im vorigen Jahre von den Stadtverordneten 10 000 M als Beihilfe bewilligt waren. Da aber die Preise für die Lebensmittel, Feuerung usw. so hoch gegangen sind, sind wir mit unserem Gelde zu Ende, sodaß wir auf Pump arbeiten, was natürlich nicht so weitergehen kann. Da die Anstalt in der letzten Zeit nur noch von 50 Kindern besucht war, richtete die Leiterin derselben an den Rat der Stadt die Anfrage, ob es für richtig erachtet würde, daß sie einginge. Der Rat hat sich bei den einschlägigen Stellen erkundigt, und da von Seiten der Schulleitung gewünscht wird, daß die Speiseanstalt besonders mit

Rück-

Rücksicht auf die bald einsetzende Tätigkeit zahlreicher Hausfrauen in den Konservembetrieben weitergeführt wird, so geht an die Stadtverordneten seitens des Rats der Stadt die Bitte,

1) für das laufende Jahr 1921/22 eine Restsumme bis zu 3000 M zur Deckung des Fehlbetrages der Kinderspeiseanstalt zu bewilligen, und

2) für das kommende Rechnungsjahr 1922/23 einen ferneren Zuschuß von vierteljährlich 4000 M bis auf weiteres zur Verfügung zu stellen.

Es soll dann im Laufe der Zeit festgestellt werden, ob die Kinderspeisungen sich auch in der Zukunft noch als notwendig erweisen. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, im Sinne des Rats zu beschließen.

- 196 -

Der Ratsantrag wird angenommen.

(Punkt 8).

Stadtverordnete Frau S c h u l z e: Herr Architekt Wilhelm Bartels hat dem Rat der Stadt mitgeteilt, daß er nicht mehr in der Lage ist, daß Amt eines Beisitzers im Mieteinigungsamt zu verwalten, weil er durch seine Tätigkeit für sein Geschäft daran verhindert ist. Er bittet, ihn von diesem Amte zu entbinden. Der Rechtsausschuß hat sich mit diesem Antrage befaßt, empfiehlt der Versammlung zu genehmigen, daß Herr Bartels aus seinem Amte ausscheidet und schlägt Ihnen vor, als Beisitzer des Mieteinigungsamts Herrn Maurermeister Macke, G ü l d e n - s t r a ß e, zu wählen.

*J. Ersatzwahl eines Beisitzers
des Mieteinigungsamts.*

- 198 -

Die beiden Anträge des Rechtsausschusses
werden angenommen.

(Punkt 9.)

10. Jahresbeihilfe für das Jugendheim an der Helm-
städterstraße 8.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Das Jugendheim der Frauengruppe für soziale Arbeit ist seiner Zeit aus eigenen Mitteln dieser Vereinigung ins Leben gerufen und seit seinem vierjährigen Bestehen auch erhalten. Die Einkünfte dieser Vereinigung aus den Kaffeehallen, Volksspeisehallen, Brocken-sammlung sind in dieser Zeit aber zum Versiegen gekommen, und deshalb haben sich Schwierigkeiten für die Erhaltung des Jugendheims herausgestellt, sodaß die Weiterführung ohne Zuschuß der Stadt nur noch ein Jahr möglich sein würde. Nun aber hat sich die Notwendigkeit von baulichen Aufwendungen in dem Gebäude des Heim und für den zu einem Spielplatze umgewandelten Garten nötig gemacht, ^{die} ~~das~~ eine Ausgabe von mindest 30 000 Mark verlangen. In dem Kinderheim sind 12 Kinder in voller Obhut und Erziehung untergebracht, 40 Tageskinder besuchen den Hort und 40 Kinder werden im Kindergarten behütet und ver-
pfllegt.

pflegt. Das alles geschieht ohne Rücksicht auf die Religion der Kinder und die politische Zugehörigkeit ihrer Eltern.

Vom Rat der Stadt ist Herr Schuldirektor Dr. Appuhn gefragt worden, ob ein Nachteil für die Stadt entstände, wenn die Anstalt von der sozialen Frauengruppe nicht mehr gehalten werden könne, und darauf ist die Antwort eingegangen, daß die Anstalt die Stadt wesentlich entlastet. Wenn sie geschlossen würde, so wären 2 neue Kinderhorte erforderlich, wodurch eine jährliche Mehrausgabe von mindestens 20 000 M für die Stadt entstände. Und berücksichtigt sei dabei noch gelassen, daß die Kinder einer Kinderspeiseanstalt zur Verabreichung von Mittagessen überwiesen werden müßte, und dadurch ein erhöhter Zuschuß für die Speiseanstalt erforderlich würde. Ferner würde bei Aufhebung des Jugendheims die Notwendigkeit der Einrichtung von 2 Kindergärten für das vorschulpflichtige Alter eintreten und ~~das~~ dadurch abermals eine Ausgabe von etwa 25 000 M sich als notwendig erweisen. Durch die Anstalt würde also der

der Stadt mindest eine Ausgabe von 50 000 M erspart. Da nun die Plätze im Jugendheim stets eifrig begehrt sind und das Heim immer voll besetzt ist, so schlägt der Rat der Stadt vor, vom 1. April d. Js. ab bis auf weiteres widerruflich eine Jahresbeihilfe von 30 000 M für das Jugendheim aus städtischen Mitteln zu bewilligen. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen, diesem Antrage zuzustimmen.

Stadtverordneter Dr. S c h u l t z e: Meine Damen und Herren! Sie haben gehört daß in dieser Anstalt täglich etwa 100 Kinder vereinigt sind. Deshalb möchte ich mir die Frage an den Rat der Stadt erlauben, wie die gesundheitliche Überwachung der Kinder in der Anstalt stattfindet, ob diese etwa einem Schularzt übertragen ist. Ich halte eine solche Überwachung in der Anstalt für durchaus notwendig. Es ist das besonders wichtig, da die Kinder hier lange Zeit zusammen/bleiben; insbesondere müßte dafür gesorgt werden, daß sie nicht einer Ansteckung durch Tuberkulose ausgesetzt sind. Diese Gefahr ist nicht einmal in der Schule so groß als in einer solchen Anstalt, wo sich die Kinder den ganzen Tag über aufhalten, miteinander spielen und ^{essen} ~~essen~~. Ich ^{müßte} ~~bin~~ darauf hingewiesen, daß ^{man erwarten} ~~in dieser Weise~~ die Anstalt ^{ist} ~~sehr~~ schlecht versorgt sind.

Stadtverordnete Frau G ö t z e: Die Gesundheitsverhältnisse in dieser Anstalt werden von Herrn Dr. Tägtmeyer beaufsichtigt. Nicht nur bei ihrer Aufnahme werden die Kinder untersucht, sondern dieser Herr kommt regelmäßig in die Anstalt und sieht sich die Kinder an.

Die Jahresbeihilfe wird bewilligt.

(Punkt 10).

11. Beihilfe für Vorführung eines Lehrfilms über Gefahren und Bekämpfung der Tuberkulose.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Der Kreisarzt, Dr. Medizinalrat Roth bittet, für die in nächster Zeit beabsichtigte Vorführung eines allgemein-^{volkstümlichen} verständlichen ~~Volksfilms~~, Lehrfilms über die Gefahren und die Bekämpfung der Tuberkulose einen Stadtzuschuß bis zu 4000 M zur Verfügung zu stellen. Es wird beabsichtigt, die sonstigen Kosten durch Zuschüsse des Staats, ~~der~~ sowie Versicherungsträger und anderer Stellen aufbringen zu lassen. Den Schulen, Krankenkassen, Berufsverbänden usw. soll Gelegenheit zum Besuche der Vorführung unter möglichst günstigen Bedingungen gewährt werden. Es ist zur Begründung dieses Antrages ein reichliches Material von Karten, Flugschriften usw. gegeben worden, die darauf schließen lassen, daß der Film mit bedeutenden Mitteln zusammengestellt ist, sodaß die Vorführung für weite Kreise Interesse erwecken wird. Der Rat der Stadt beantragt aus Kap. XVI der ordentlichen Ausgabe der Kämmererkasse einen Betrag bis zu 4000 M zur Verfügung zu stellen. Ich habe namens des Finanzausschusses zu empfehlen, diesen Antrage zuzustimmen.

Ein Betrag bis zu 4000 M wird von der Versammlung
bewilligt. (Punkt 11).

Stadtverordneter S t e g m a n n übernimmt
den Vorsitz.

12. Erhebung der Wohnungssteuer nach dem Nutzungswerte.

Stadtverordneter D i e t e r m a n n: Zwecks der Vorführung des Wohnungsteuergesetzes vom 20. Januar d.Js. richtet der Rat der Stadt folgendes Schreiben an die Stadtverordneten:

Das

Das
Wohnungssteuergesetz Nr. 24 vom 20. Januar d. Js.,
das von der Landesversammlung zur Ausführung des
Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur
Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 er-
lassen ist, läßt zwar für den Regelfall die Steuer
nach der Brandversicherungssumme berechnen, gestat-
tet aber in § 5 auf Antrag der Gemeinde die Erhe-
bung nach dem Nutzungswerte, den die Gebäude im Jah-
re 1914 hatten. Der Antrag muß erstmalig spätestens
am 8. April d. Js. gestellt werden. Wenn schon in einer
Stadt wie die unsrige die Lage des Gebäudes einen
wesentlichen Einfluß auf dessen Wert sowie auf die
Steuerkraft der Eigentümer und Bewohner auszuüben
pflegt, dem man bei der Besteuerung Rechnung tragen
sollte, so kommt weiter für die Berücksichtigung
des Nutzungswertes in Betracht, daß nach Nr. 3 der
vom Staatsministerium am 28. v. M. erlassenen Ausführ-
ungsbestimmungen (Nr. 36) zu § 5 des Gesetzes alle
Gebäude nach dem Nutzungswerte zu veranlagten sind,
in denen ein Handelsgewerbe oder eine Gastwirt-
schaft

schaft betrieben wird, ferner solche Gebäude, bei denen offensichtlich der nach der Brandversicherung berechnete Steuerbetrag um mehr als 20 v.H. niedriger sein würde als 5 v.H. ihres Nutzungswertes. Es wird also für einen ansehnlichen Teil der hiesigen Gebäude auf alle Fälle der Nutzungswert maßgebend sein. Wir halten es nicht für zweckmäßig, einen verschiedenartigen Maßstab bei der Besteuerung anzulegen, zumal da die Ergiebigkeit der Steuer durch den Nutzungswert sehr günstig beeinflußt werden wird. Ob es möglich sein wird, demnächst aus den Erträgen der Steuer eine Rücklage für besondere Bedarfsfälle und zum Ausgleich von Härten zu schaffen, wird von den ferner zu erwartenden Ausführungsvorschriften abhängig.

In der Veranlagung der Grundsteuer besitzen wir für die meisten steuerpflichtigen Gebäude die nötigen Unterlagen, um die Veranlagung ohne nennenswerte Schwierigkeiten bewerkstelligen zu können.

An die geehrte Versammlung richten wir die Bitte sich damit einverstanden zu erklären, daß wir bei dem Staatsministerium die Erhebung der Wohnungssteuer nach dem Nutzungswerte beantragen, "

Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und empfiehlt die Annahme des Ratsantrages.

Stadtverordneter F r e d e: Meine Damen und Herren! Ich vermissе die Erwähnung eines sehr wichtigen Punktes. Da ihn der Herr Berichterstatter nicht erwähnt hat, muß ich darauf zurückkommen:

dem ~~Im~~ Lande Braunschweig wird vom Reiche die Leistung einer gewissen Summe auferlegt - ob nach dem alten oder nach dem neu beantragten Satze, das ist unsere Sache. Diese Summe verteilt sich auf die Hauptstadt, die mittleren und kleinen Städte und die Landgemeinden, und das Verhältnis der Leistung ist durch das Ministerium festgelegt. Ich habe an den Beratungen im Ministeriumgebäude teilgenommen, in der entsprechenden Ausführungen gemacht worden sind; Sie können also die Zuverlässigkeit meiner Mitteilung annehmen. Wenn wir nun nach dem Nutzwert einschätzen, so werden wir meiner Meinung nach einen höheren Ertrag bekommen als wenn die Einschätzung nach dem Brandkassenwert erfolgte, denn die ganze Innenstadt besteht zum größten Teil *Grünflächen mit* aus Geschäftsräumen. Es kann der Brandkassenwert bei einem

einem alten Hause gering, aber der Mietertrag, wenn Läden und dazugehörige Geschäftsräume darin sind, sehr erheblich sein. Dadurch, daß wir uns für einen Steuersatz nach dem Nutzwerte aussprechen - auch ich tue das -, ^{werden} ~~wenn~~ wir in die Lage kommen, einen verhältnismäßig großen Betrag einzuheimsen. Nun möchte ich aber auf keinen Fall, daß das Land Braunschweig oder das Reich Hand darauf legt, sonst würde es uns genau so gehen wie bei der Brandkasse, daß die Hausbesitzer der Stadt Braunschweig ^{fast} das ganze Land versorgen. Auf dem Lande brennt es brillant, bei uns selten, und ein Schadenfeuer bei uns wird bald gelöscht, doch die Brandkassenbeiträge müssen wir in derselben Höhe aufbringen wie die übrigen Gemeinden. Ich habe das Wort genommen, damit von der Stadtversammlung aus der dringende Wunsch an die Regierung gerichtet wird, daß der Mehrertrag aus der Stadt über den geschätzten Betrag hinaus, uns zugute kommt. Die Verwendung kann in der Weise geschehen wie es durchgesetzt vorgeschrieben ist also für das Wohnungswesen.

Jch habe über diese Sache mit Herrn Stadtrat
von Frankenberg gesprochen, und er meint, daß es
möglich wäre, so zu verfahren; ^{sollten wir} ~~aber~~ wir ~~müssen~~ den
dringenden Wunsch danach aussprechen.

Stadtrat von Frankenberg: Diesen Wunsch dem verehrten Herrn Vorredners teile ich vollständig, und wenn Sie die Vorlage sorgsam durchgelesen haben, so werden Sie aus dem vorsichtigen Satze, daß es von den Ausführungsvorschriften abhängen wird, ob es möglich sein wird, demnächst aus den Erträgen der Steuer eine Rücklage für besondere Bedarfsfälle und zum Ausgleich von Härten zu schaffen, ~~wenn Sie~~ diese Absicht auch herausgelesen haben. Wir können bei Überreichung dieses Antrages auf Erhebung der Wohnungssteuer in unserer Stadt nach dem Nutzwerte diesen Wunsche sehr dringend hervorheben. Eine Bedingung zu stellen, daß so verfahren werden soll, wie Herr Frede wünscht, läßt das Gesetz nicht zu und wir würden dadurch unter Umständen die rechtzeitige Stellung unseres Antrages bis zum 8. April gefährden, werden aber nicht unterlassen, den Versuch zu machen, für unsere Stadt zu retten, was zu retten ist.

Stadtverordneter N ö 1 1: Ich bin sympathisch davon berührt, daß der Rat der Stadt an das Wohnungsteuergesetz in der Weise herangehen will, wie es in der Vorlage ausgeführt ist. Das ist unter Umständen ein viel leichteres Rechnen, wenn er weiß, daß ein gewisser Prozentsatz der veranlagten Grundsteuer zu zahlen ist. Es würde in sehr vielen Fällen zu Streitigkeiten führen, wenn der eine/oder andere sagen soll, welches heutzutage der Nutzwert seines Gebäudes ist. In diesen Fällen ist es viel richtiger, wenn wir auf die Friedensmiete zurückgehen. Ich verkenne aber nicht, daß es für das Land besser ist, wenn man dort nach dem Brandkassenwert die Steuer berechnet. Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Frede an und wünsche auch, daß die Mittel, die mehr aufkommen, als vom Ministerium für die Stadt veranschlagt sind, der Stadt zugute kommen.

- 216 -

Die Versammlung erklärt ihr Einverständnis
mit der Erhebung der Wohnungssteuer nach dem Nutz-
werte. *(ungs-*

13. Gutachtliche Äußerung über die Arbeitszeit in den
Städtischen Büros während der Sommerzeit.

Stadtverordneter J a h n s: Meine verehrten Damen und Herren! Der Beamtenausschuß der städtischen Beamten hat eine Eingabe an den Rat der Stadt gerichtet, die dahin geht, für das Sommerhalbjahr dieselbe Arbeitszeit festzusetzen, wie sie bei den staatlichen Behörden zur Annahme gekommen ist. Die Arbeitszeit bei den staatlichen Behörden ist im Einverständnis mit der Beamtenorganisation vereinbart und schon im vergangenen Jahre in derselben Weise durchgeführt. Als Dienstzeit für das Sommerhalbjahr sollen gelten

am Montag, Mittwoch und Freitag vormittags
die Zeit von 7 bis 1 Uhr
und nachmittags die Zeit von 3 bis 6 1/2
Uhr, das sind 28 1/2 Stunden,

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags die Zeit von 7 bis 1 1/2 Uhr unter
Freilassung der Nachmittage, das sind
19 1/2 Stunde, zusammen 48 Stunden.

Wir haben uns im Rechtsausschuß eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Es wurden die guten und schlechten Seiten einer solchen Festsetzung der Arbeitszeit hervorgehoben und von einigen Herren wurden Einwendungen gegen diese Regelung erhoben. Der Rat der Stadt war nicht in der Lage, eine endgültige Äußerung, darüber abzugeben, ob er dem Vorschlage des Beamtenausschusses sympathisch gegenüberstand oder nicht, er wollte eine Äußerung der Versammlung abwarten. Von den Gegnern des Vorschlages des Beamtenausschusses wurde darauf hingewiesen, daß mit einer 9 1/2 stündigen Arbeit an einigen Tagen der gewerkschaftliche Gedanke eines 8-stündigen Arbeitstages zerstört würde und daß deshalb diesem Antrage nicht zuzustimmen sei. Dagegen darf ich darauf hinweisen, daß der gewerkschaftliche Gedanke schon durchbrochen ist dadurch, daß einige Beamten der Staatsbank überhaupt nicht 48 Stunden arbeiten (Zuruf: Sehr gut!), allerdings nur seitens der Bankangestellten, die nach dem Banktarif bezahlt werden, während die anderen Be-
amten

anten und Angestellten 48 Stunden arbeiten. Wenn man diesen gewerkschaftlichen Gedanken durchführen will, dann sollte man auch da eine einheitliche Arbeitszeit festsetzen, aber nicht einige, die nach dem besseren Banktarif bezahlt werden, eine 46 stündige Arbeitszeit zugestehen.

Der Vorschlag des Beamtenausschusses läuft darauf hinaus, daß die heutige Arbeitszeit beibehalten wird unter Freigabe eines weiteren Nachmittags. Es wurde dazu ausgeführt, daß auch die Beamten unter den heutigen Verhältnissen genötigt sein, zur Schaffung ihres Lebensunterhalts durch Haltung von Schrebergärten mit beizutragen. Gerade dies ist ein wesentlicher Punkt für die Beamtenfamilien, und es ist ein sozialer Gedanke, wenn man durch Freigabe des weiteren Nachmittags ihnen hilft, daß sie die Bewirtschaftung eines Schrebergartens durchführen können. Sie verlangen mit der Festsetzung der Arbeitszeit in dieser Form nichts Besseres, sondern genau dasselbe wie andere, ebenso eine 48-stündige Arbeitszeit in der Woche, nur eine andere Verteilung. Ich habe namens des Ausschusses Ihnen Annahme des Vorschlags des Beamtenausschusses zu empfehlen.

Stadtverordneter D i e t e r m a n n: Joh
möchte bitten, dem Antrage der Angestellten und Be-
amten der Stadt nicht entgegen~~zu~~kommen. Es be-
steht nun einmal das Prinzip des 8-Studentages
und nicht der 48-stündigen Arbeitswoche. Wir wollen,
daß alle Tage 8 Stunden lang gearbeitet wird. Wenn
Sie sagen, der Gewerkschaftsgedanke sei schon durch-
brochen, in dem die Bankangestellten bei der Staats-
bank 46 Stunden arbeiten, so ist das damit nicht ge-
schehen, sondern diese Festsetzung kommt uns entge-
gen. Die Gewerkschaften müßten von ~~Gruppe zu Gruppe~~ ^{Klasse zu Klasse}
gehen, um die Arbeitszeit möglichst kurz zu gestal-
ten, damit ihre Angehörigen für Gartenarbeit usw.
Zeit übrig behalten. Wenn Sie für Ihre Gewerkschaft
meinen, die Arbeitszeit verlängern zu können, so mö-
gen Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren. Wir ver-
urteilen es, daß Sie mit dieser ^{Ein-}teilung den 9 1/2-
Studentag einführen helfen. Wir haben jahrzehntelang
^{für den} 8-stündigen Arbeitstag gekämpft und haben keine
Ursache, mit einem Federstrich unsere Arbeit zu zer-
stören.

stören. Es ist Aufgabe des Kapitals, dafür zu sorgen, daß der 8-stündige Arbeitstag beseitigt wird, und dies ist das erste Mittel dazu. Wir werden niemals zustimmen, daß der 8-Studentag beseitigt wird, und bitten auch Sie, im Interesse der Stadt selbst, diesen Antrag des Beamtenausschusses abzulehnen. Es ist wissenschaftlich festgestellt, daß je kürzer die Arbeitszeit ist, verhältnismäßig um so mehr geleistet wird und umgekehrt. Ich bitte Sie, die Arbeitszeit zu lassen wie bisher und den 8-Studentag hochzubalten

Stadtverordneter M a a B: Ich kann den Herrn Berichterstatter nicht verstehen, wenn er sagt, daß der gewerkschaftliche Grundgedanke schon durch die 46½stündige Arbeitszeit durchbrochen sei, und muß ihm entgegenhalten, daß er nicht ganz eingeweiht ist mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen. Bei der Staatsbank besteht ein Aufsichtsrat und die Beamten haben sich an diesen gewandt und bei ihm durchgekämpft, was sie erreichen wollten, wie wir auch uns alles das erkämpft haben, was wir erreicht haben, und heute noch weiter darum kämpfen müssen. Die Beamten haben beantragt, daß sie an 3 Tagen 9 1/2 Stunden arbeiten wollen und dafür an verschiedenen Nachmittagen frei haben. Ja, die Beamten wissen selber nicht, wie sehr sie sich und die Allgemeinheit damit schädigen. Sie bringen zum Ausdruck, daß sie 9 1/2 Stunden hintereinander arbeiten können, und wenn sie das eine zeitlang getan haben, dann werden sie kommen und 11 Stunden lang hintereinander arbeiten und dafür 2 ganze Tage zu Haus bleiben können wollen. Man muß doch auch Rücksicht nehmen auf das Publikum. Das muß am Vormittag

ab-

abgefertigt werden und danach kommen die inneren Arbeiten. Wann wollen sie denn die letzteren erledigen? Wenn 3 Nachmittage freigegeben wird, dann wäre es besser, sie arbeiteten gleich durch. - Die Herren von der mehrheitssozialistischen Partei lachen, und sie haben doch auch mit für den 8-Studentag gekämpft. Wenn sie jetzt davon abgehen, dann bedauern Sie das wohl, Sie Reichsausgleichsamt!? (Zuruf Dr. Jasper: Wer behauptet denn das?) Unter solchen Umständen ist zu befürchten, daß die Privatunternehmer kommen und in der Sommerzeit 60 oder vielleicht gar 72 Stunden lang arbeiten lassen wollen und dann einen Ausgleich schaffen wollen im Winter, wo wir bei den Witterungsverhältnissen nicht soviel oder weniger arbeiten könnten, sodaß 48 Stunden in der Woche herauskommen. Es besteht nicht die 48-Stundenwoche, sondern der 8-Studentag. Wie Sie vorgehen wollen, so ist das eine Umgehung des Gesetzes, es ist ein Verbrechen an der Allgemeinheit, dem wir unsere Zustimmung nicht geben können.

Stadtverordneter B u r g d o r f f : Es ist bei unserer Entscheidung zu berücksichtigen, daß nicht ein Zwang von Seiten des Rats ausgeübt werden soll, gerade diese Art der Arbeitszeit innezuhalten, sondern daß diese Entschlie~~ßung~~ der städtischen Beamten eine freiwillige ist. Wenn wir heute in der Zeit der Freiheit leben, dann sollte man das, was die Beamten wünschen, soweit es mit der Ausübung des Dienstes für die Stadt vereinbart ist, respektieren und nicht aus prinzipiellen Gründen dagegenreden. Ich stehe auf dem Standpunkt: Es bleibt sich wohl gleich, welche Arbeitszeit sich die Beamten aussuchen. Wohl haben wir den gesetzlichen 8-Stundenarbeitstag, das Rechenexempel aber lautet doch: $6 \cdot 8$ ist 48. Wenn die Zahl der Stunden in der Woche nicht gekürzt oder überschritten wird und die Wünsche der Beamten gehen dahin, daß sie sich einen freien Nachmittag schaffen, und wenn das mit der zu leistenden Arbeit zu vereinigen ist, dann soll man die Wünsche nicht besche~~iden~~^{nen}. Wenn der Rat glaubt, es verantworten zu können, daß die Regelung

in

in dieser Weise geschieht, dann bin ich entschieden dafür. Ich bitte Sie, diesen sozialen Standpunkt mit zu berücksichtigen und sich dafür einzusetzen.

Stadtverordneter M ä d g e r: Es wurde ange-
führt, daß man besser arbeite bei einer kurzen Ar-
beitszeit und daß die Arbeitskräfte geringer werden,
je länger die Arbeitszeit dauert. Vollständig richtig!
Aber man muß auch bedenken, daß die Arbeitsfreudigkeit
eine ganz andere ist, wenn man den Wünschen derjenigen
die die Arbeit zu leisten haben, entgegenkommt und
ihnen die Möglichkeit gibt, in frischer Luft in ihrem
Interesse im Schrebergarten sich zu betätigen, wie
das gewünscht wird. Ich glaube, daß diese vermehrte
Arbeitsfreudigkeit und die Gelegenheit, am Tage in
frischer Luft im eigenen Interesse tätig zu sein, das
reichlich aufwiegt, daß die Beamten an andern Tagen
mehr als 8 Stunden arbeiten müssen. Sie werden dann
um so frischer an die Arbeit gehen und in der Woche
die gleiche Arbeit leisten wie bei einer anderen Ver-
teilung der Arbeitszeit. Man soll den Wünschen der
Beamten Rechnung tragen, wenn nicht Bedenken bestehen,
daß bei der gewünschten Zeiteinteilung die Arbeit
nicht so geleistet wird, wie man es fordern muß.

Da am Nachmittage der Verkehr mit dem Publikum nicht in Frage kommt und die dringenden Arbeiten in der fraglichen Zeit unbedingt geleistet werden können, so glaube ich nicht, daß aus der Gewährung der Wünsche der Beamten schwerwiegende Folgen sich geltend machen können. Im übrigen ist in dieser Weise schon früher gearbeitet worden, man hat Erfahrungen gesammelt, und was in anderen Betrieben geht, warum sollte das bei uns nicht gehen? Es würde dem Geist der Zeit widersprechen, wenn man aus engherzig prinzipiellen Erwägungen heraus den Wünschen der geschlossenen Masse der Beamtenschaft widersprechen wollte, nur um die Theorie hoch zu halten.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Was ich sagen wollte, ist schon gesagt worden. Was von den städtischen Beamten gewünscht wird, ist tatsächlich schon im vorigen Jahre ausgeführt gewesen, es soll in diesem Jahre nur wiederholt werden. Ich kann mich nur wundern, daß die Herren jetzt entdecken, daß damals ein Verbrechen gegen ein Prinzip begangen worden ist. Das Prinzip erkenne ich an, weiß andererseits ^{aber} auch ganz genau, daß ein großer Teil der Arbeiter den Wunsch hat, genau so zu arbeiten, wie es von den städtischen Beamten gewünscht wird. Aber die Arbeitgeber sagen: Das geht in unserem Betriebe nicht, die Maschine kann nicht stillstehen, sie muß durcharbeiten. Wo es nun aber einmal möglich ist, dem Wunsche der Beamten zu willfahren, warum wollen Sie sich ihm da entgegenstellen. Dadurch wird das Prinzip nicht durchbrochen, daß unsere Beamten an dem einen Tage länger arbeiten und an dem anderen Tage weniger lang. Es ist weniger der Wunsch der Beamten, daß sie einen Schre-

bergarten

bergarten haben und ^{dort} arbeiten wollen, sondern es ist das in dieser Zeit eine Notwendigkeit. Durch die Landwirte werden die Nahrungsmittel für die Bevölkerung unendlich verteuert, und wenn man ein Mittel dagegen aufreiben kann, dann soll man es aufnehmen. Solche Mittel sind auch die Schrebergärten. Ich frage nach denjenigen, welche keinen Schrebergarten haben? Es hat wohl jeder Beamte einen solchen. Nun ist der lange Winter vorbei und es heißt arbeiten im Schrebergarten. Es würde dort nichts geschaffen werden können, wenn nicht für die städtischen Beamten dasselbe bewilligt wird, was in Bezug auf Arbeitszeit bei den Reichs- und Staatsbeamten der Fall ist. Was für einen Eindruck würde es machen, wenn der Rat der Stadt in dieser Sache einen Extratanz aufführen würde und sagen: Hier wird so gearbeitet, mögen auch die anderen Beamten zu anderer Zeit arbeiten!

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren !
Ich bin vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ~~aus~~
prinzipiell Gegner dieser Einteilung der Arbeitszeit;
schon im Rechtsausschuß habe ich meinen Standpunkt
klargelegt. Mit dem Tage, wo die Arbeitszeit nach dem
Wunsche der städtischen Beamten durchgeführt wird,
werden die Metall-Industriellen, die Baugewaltigen
und die chemischen Industriellen dazu übergehen,
auch ihrerseits die Arbeitszeit von 8 Stunden zu
durchbrechen und werden den Teufel darnach fragen,
ob es im Interesse der Allgemeinheit liegt, ~~oder im~~ ^{sondern nur}
Interesse ihres Geldsackes, wenn sie die Arbeitszeit ^{nach dem}
nach ihrer Methode einrichten. Es wurde schon ange-
führt, daß namentlich die Baugewaltigen darauf ausge-
hen, nicht mehr den 8-Studentag innezuhalten, sondern
ihn in eine sogenannte Arbeitswoche umzuwandeln wol-
len, sodaß im Sommer 50 - 60 Stunden lang gearbeitet
wird. Das geht aber nicht davon aus, daß sie einen
menschenfreundlichen Standpunkt einnehmen, sondern
die trachten damit die Arbeitslosen zu drücken. Um
wei-

weiter nichts geht es bei ihnen. Ich habe schon im
Rechtsausschuß ausgeführt: Selbst wenn ein sozialdemo-
kratischer Reichsminister das Dekret unterzeichnet hat,
und wenn ein braunschweigischer Ministerpräsident
auch es unterzeichnet hat, die Eserei, die sie damit
begangen haben, die mache ich nicht mit, weil damit das
ganze Prinzip des 8-Stundentages über den Haufen
geworfen wird. Wenn so etwas in Baukreisen erst ein-
mal durchgeführt ist, dann werden in kurzer Zeit die
anderen Arbeitgeberverbände auf der Bildfläche er-
scheinen und etwas ähnliches verlangen. Dann wollte
ich sehen, was geschehe, wenn irgend ein Minister
oder eine Autorität im Gebiete der Kommune oder des
Staates rückwärts haken wollte. Meistenteils sind
die Minister, mögen sie einer Parteilichkeit
angehören, welcher sie wollen, momentan noch willen-
lose Werkzeuge der heutigen kapitalistischen Wirt-
schaftsweise; sie müssen ausführen, was diese verlangt.
Wenn heute oder morgen ein sozialistischer Präsident

der

der Staatsbank aufgestellt würde und der Beamtenrat aus konservativen Beamten zusammengesetzt ist, und der Präsident würde andere Normen aufstellen wollen, dann würde er sich dem konservativen Körper beugen müssen. So ist es doch ! Wir haben hier die Erfahrung gemacht, daß vom Rat der Stadt beantragt wurde die zusammengelegte Arbeitszeit ~~wieder~~ im Rathause wieder aufzuheben und die geteilte wieder einzuführen, aber es ist anders gekommen. Ich bin aus dem Grunde gegen die ungeteilte Arbeitszeit, weil durch die lange hintereinander liegende Arbeitszeit der Körper über die Maßen angestrengt wird. Es ist nicht möglich, daß der Körper bei einer solch langen Arbeitszeit so widerstandsfähig bleibt, wie er gewesen ist. Mir scheint es so: Durch den Schrebergarten kann manch einer seine Erholung finden, aber die Bergarbeiter in den Kaliwerken sind nicht froh darüber, wenn sie nach Hause kommen und noch zwei Morgen Land bebauen sollen. Die haben gerade genügend

in

in ihrem Werke gearbeitet und überlassen die Arbeit im Garten den Frauen. Ich möchte Sie ersuchen: Wenn es Ihnen auch schmerzlich ist, lehnen Sie diesen Antrag ab, selbst auf die Gefahr hin, in Kollision zu kommen mit den Reichs- und Staatsbeamten.

Stadtv. N ö 1 1: Ich will mit dem anfangen, womit Herr Lehnert aufgehört hat: Der Vergleich der Beamten mit den Bergarbeitern war doch sehr deplaziert. Der Bergarbeiter arbeitet sich in seinem Werke aus, aber der Beamte sitzt am ganzen Tage in seinem Büro auf seinem Platze. Andererseits ist zu bedenken, daß wir in Braunschweig Betriebe genug haben, die mehr als 8 Stunden am Tage arbeiten lassen, und die Gewerbeaufsicht gibt das zu. Es wird dort $8\frac{1}{2}$ Stunden gearbeitet und der Samstag nachmittag ist dafür frei. Keinem Menschen ist es eingefallen, sich dagegen aufzulehnen, im Gegenteil, diese Einrichtung wird von fast allen Arbeitern angestrebt. Im Gesetze heißt es lediglich: Es darf nicht mehr als 48 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Bei Überstundenarbeit dagegen sind 11 Stunden als Höchstmaß festgesetzt, aber die Stundenzahl der gewöhnlichen wöchentlichen Arbeit soll nicht mehr als 48 betragen. Wenn die Beamten solch eine Arbeitszeit wünschen, so wüßte ich nicht, warum

wir

wir uns dem entgegenstellen sollen. Die Beamten, die doch auch organisiert sind, auch die städtischen, würden es sich niemals bieten lassen, daß man von ihnen forderte, sie sollten länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, sie würden entschieden dagegen aufstehen. Der 8-Studenten Tag ist also in dieser Beziehung, wie es die Gegenseite meint, schon lange durchbrochen, da man in vielen Betrieben $8\frac{1}{2}$ Stunden arbeitet und während des Sommers am Samstag Nachmittag um 11⁵⁰ Uhr frei ist, und im Winter um 12⁵⁰ Uhr.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Herr Maaß hat Anstand darauf genommen, daß ich während seiner schätzenswerten Rede gelacht habe. Ich kann ihm versichern, daß nicht er und seine Rede der Gegenstand meiner Heiterkeit war, sondern ich habe gelacht über einen Zwischenruf, der sich auf seine Rede bezog.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, nicht um dieses zurückzuweisen, sondern um zu erklären, daß wir Mehrheits-Sozialisten es weit von uns weisen, den Gedanken des 8-Studentages nicht mehr zu vertreten, wie Herr Maaß beliebt hat, es in seiner Rede hinzustellen. Das habe ich für mich und die 3 anwesenden Mehrheits-Sozialisten, die Sie haranguiert haben, zu erklären.

Mit Verwunderung habe ich gehört, daß Herr Lehner die Maßnahmen des Minister-Präsidenten in Braunschweig, der der unabhängigen sozialistischen Partei angehört, als Eselei bezeichnet hat und daß er Herren, die seiner Partei sehr nahe stehen, als

will-

willenloses Werkzeug des Kapitalismus bezeichnet hat. Ich habe dieser Kritik nichts hinzuzusetzen (Heiterkeit) und freue mich, daß ich Ihnen gegenüber diese Äußerung nicht gebraucht habe.

Herr Maaß entdeckt seine Prinzipien-Tätigkeit sehr spät, aber mit dem Gedanken des 8-Studentages scheint er wenig vertraut zu sein. Es scheint ihm unbekannt zu sein, daß im vorigen Jahre derselben Anregung der Beamten in ähnlicher Weise stattgegeben worden ist, daß unter der sozialistischen Regierung in Braunschweig und unter den städtischen Verhältnissen, die zeitweilig eine sozialistische Mehrheit gebracht haben, es Tage gegeben hat, wo länger als 8 Stunden gearbeitet worden ist, und daß das in vollem Einverständnis mit den Angestellten und der Arbeiterschaft geschehen ist.

Herr Maaß hat es für geschmackvoll gehalten, seine unterirdischen Verbindungen mit der Stelle, der ich vorstehe, zu benutzen und hat mir zugerufen:

„Sie

„Sie Ausgleichsamt!“ Wenn ich nun zu Ihnen sagen würde: „Sie Transportarbeiterverband“ oder „Sie Tintenkuli“! Auch die Angestellten meines Amtes haben gewünscht, daß für sie der Betrieb wie für die Angestellten der staatlichen Betriebe eingerichtet würde, und dem ist entsprochen. Es ist nicht unsozial, wenn ein Unternehmer den Wünschen der Angestelltenschaft *Genüge* leistet, solange der Betrieb und die Interessen des Publikums nicht darunter Not leiden, und das Letztere habe ich vom Ratstische bisher nicht gehört. Ich glaube nicht, daß ~~es~~ ein grundsätzliches Verbrechen ⁱⁿ ~~ist~~ der Bewilligung des Wunsches, noch einmal so zu verfahren wie im vorigen Jahre, ~~nicht~~ gesehen werden kann.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Der Rat hat es für angemessen gehalten, in dieser Frage - bei der, wie ich ohne weiteres im Namen des Rates erklären kann, Gründe dafür und auch Gegengründe vorhanden sind - nicht eher Stellung zu nehmen, als bis Sie Ihre Meinung ausgesprochen haben. Wir haben Sie, wie es unser gutes Recht ist, auf Grund der Städteordnung gebeten, zunächst Ihre Äußerung in dieser Sache abzugeben; also bitte, wir lassen Ihnen den Vortritt!

Stadtv. B u r g d o r f f : Wenn die Herren Dietermann und Maaß auf das Prinzip des 8=Studentages eingegangen sind, so möchte ich darauf aufmerksam machen daß die beiden Herren persönlich den 8=Studentag auch nicht achten werden; ich glaube bestimmt, die Herren arbeiten 10 und 12 Stunden lang, wenn es darauf ankommt, ihre Partei-Interessen wahrzunehmen, und ich ehre und achte das, wenn sie eine solche Tätigkeit ausüben. Im übrigen nimmt es mich wunder, daß der Rat überhaupt diese Frage den Stadtverordneten vorgelegt hat. Der Herr Oberbürgermeister hat sich in gewisser Beziehung ja schon darüber geäußert. Ich meine: Wenn es auf ein freiwilliges Angebot der Beamten ankommt und wenn die 48=Stunden=Woche nicht überschritten wird, dann ist das ganze eine reine Verwaltungssache. Wenn der Rat glaubt, es verantworten zu können, daß unter dieser Maßnahme die Arbeiten der Stadt nicht leiden, so mag er dem Wunsche der Beamten nachkommen, da
doch

doch die städtischen Beamten ⁱⁿ ~~ih~~ Gehalt und auch sonst den staatlichen Beamten gleichgestellt werden sollen. Man begeht kein Verbrechen, wenn man die Arbeitszeit, wie sie bei den ~~stad~~ Staatsbehörden schon eingeführt ist, nun auch bei den städtischen Behörden innehält.

Stadt v. L e h n e r t : Ich habe gesagt und bleibe dabei: Wenn vom Reichsminister und selbst vom braunschweigischen Ministerpräsidenten solche Unterschriften geleistet werden, so ist das nicht zu verstehen; erst hat der Reichsminister diese Eserei begangen und dann ist der braunschweigische Minister nachgefolgt, und wenn heute Herr Dr. Jasper noch Minister wäre, dann hätte er auch diese Eserei unterschrieben, denn auch er hätte gesagt: Du mußt Rücksicht nehmen, nicht auf die Gewerkschaftlichen Interessen, sondern den Beamten gegenüber, und deshalb setzt du deinen „Dr. Jasper“ darunter. Im vorigen Jahre hat der Rat der Stadt ersucht, die seinerzeit zusammengelegte Arbeitszeit wieder aufzuheben, und Herrn Burgdorff ist genau dasselbe Exempel vorgelegt wie er es meinem Freunde Maaß vorgelegt hat. Herr Burgdorff muß wissen, wie der Herr Oberbürgermeister gegen die getrennte Arbeitszeit gewesen ist. Von hinten herum, Herr Burgdorff, kann man auch Kartoffeln kaufen !

Stadtv. M a r t h: Ich glaube, meine Damen und Herren, wir machen nun Schluß mit der Debatte.

V o r s i t z e n d e r: Wortmeldungen liegen auch nicht mehr vor.

Die Versammlung spricht sich in ihrer Mehrheit für die von dem Beamtenausschuß vorgeschlagene Arbeitszeit aus.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8³/₄ Uhr.
